



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

25. Sitzung

3. Wahlperiode

---

Donnerstag, 16. September 1999, Schwerin, Schloß

---

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

<b>Inhalt</b>	Steffie Schnoor, CDU .....	1280	
	Dr. Gerhard Bartels, PDS.....	1281	
	Heike Polzin, SPD.....	1282, 1284	
	Monty Schädel, PDS .....	1283, 1284	
<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	1273	<b>B e s c h l u ß</b> .....	1284
Antrag der Volksinitiative: <b>Pro A 241</b> – Drucksache 3/355 – .....	1273	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: <b>Betriebsnahe Beschäftigungspolitik</b> – Drucksache 3/673 – .....	1284
<b>Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses</b> – Drucksache 3/690 – .....	1273	Heidemarie Beyer, SPD .....	1284, 1289
Jürgen Seidel, CDU .....	1273, 1275	Minister Helmut Holter.....	1285
Minister Dr. Rolf Eggert .....	1273	Bärbel Kleedehn, CDU.....	1287
Peter Ritter, PDS .....	1274, 1275	Kerstin Kassner, PDS .....	1289
Dr. Ulrich Born, CDU .....	1275	<b>B e s c h l u ß</b> .....	1291
Claus Gerloff, SPD.....	1276	 	
Dr. Armin Jäger, CDU .....	1278	Antrag der Fraktion der CDU: <b>Sicherung des Solidarpakts II</b> – Drucksache 3/678 – .....	1291
<b>B e s c h l u ß</b> .....	1279	Wolfgang Riemann, CDU.....	1291
 		Ministerin Sigrid Keler.....	1292
<b>Volksinitiative</b> <b>„Wir stoppen die Rechtschreibreform“</b> – Drucksache 3/668 – .....	1279	Angelika Gramkow, PDS .....	1295
Minister Dr. Peter Kauffold .....	1279	Rudolf Borchert, SPD .....	1297
		Eckhardt Rehberg, CDU .....	1298
		<b>B e s c h l u ß</b> .....	1301

**Fragestunde**

– Drucksache 3/697 – .....	1301
Dr. Ulrich Born, CDU .....	1301, 1302
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff ...	1301, 1302

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

**Zielsetzung und Programmschwerpunkte der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/675 – .....	1303
Barbara Borchardt, PDS.....	1303, 1315
Jürgen Seidel, CDU .....	1304, 1305
Dr. Arthur König, CDU .....	1305
Minister Helmut Holter.....	1306, 1310
Harry Glawe, CDU .....	1310
Reinhard Dankert, SPD.....	1313
Karla Staszak, SPD.....	1316
B e s c h l u ß .....	1317

Antrag der Fraktion der CDU:

**Bericht des Justizministers zur Entlassung des Generalstaatsanwalts**

– Drucksache 3/680 – .....	1317
Herbert Helmrich, CDU.....	1317
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff .....	1319
Dr. Ulrich Born, CDU .....	1321
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD .....	1326
Angelika Gramkow, PDS .....	1329
B e s c h l u ß .....	1329

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

**Fortschreibung des Landesaltenplanes**

– Drucksache 3/674 – .....	1329
----------------------------	------

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 3/708 – .....	1329
Torsten Koplín, PDS .....	1329
Harry Glawe, CDU .....	1330, 1333
Beate Mahr, SPD .....	1331
Irene Müller, PDS.....	1332
Dr. Margret Seemann, SPD .....	1334

B e s c h l u ß .....	1337
-----------------------	------

Antrag der Fraktion der CDU:

**Bericht über die aktuelle Situation bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/676 – .....	1337
Jörg Vierkant, CDU.....	1337
Minister Dr. Rolf Eggert .....	1338, 1343
Peter Ritter, PDS .....	1341
Minister Dr. Wolfgang Methling .....	1342
Jürgen Seidel, CDU .....	1342
Claus Gerloff, SPD.....	1344, 1345
Dr. Henning Klostermann, SPD .....	1345

B e s c h l u ß .....	1345
-----------------------	------

**Nächste Sitzung**

Freitag, 17. September 1999 .....	1345
-----------------------------------	------

**Beginn: 9.00 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 25. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung des Antrages der Volksinitiative – Pro A 241, Drucksache 3/355, hierzu Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 3/690.

**Antrag der Volksinitiative:****Pro A 241**– **Drucksache 3/355** –**Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses**– **Drucksache 3/690** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Seidel.

**Jürgen Seidel, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen die Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt kurz darstellen. Wir haben – wie das üblich und auch gefordert ist – eine Anhörung der Vertreter der Volksinitiative durchgeführt. Zu dieser Anhörung ebenfalls eingeladen war der BUND.

Die Volksinitiative Pro A 241 hat zunächst noch einmal zum Ausdruck gebracht, daß die Zielrichtung der Volksinitiative sich insbesondere auf die bis dato zeitliche Verzögerung des Baus der A 241 gerichtet hat. Das wurde noch einmal begründet mit Investitionen, die sich auf dieses Verkehrsprojekt letztlich begründen, also zum Beispiel den Ausbau des Hafens Wismar mit 130 Millionen DM oder das Gewerbegebiet Haffeld mit 100 Millionen DM. Aber auch Unternehmen, die bereits in Wismar investiert haben, bauen auf die A 241. Insbesondere im Bereich des Hafens haben Investitionen oder finden noch gegenwärtig Investitionen statt, und zwar ungefähr in einem Umfang von 1,2 Milliarden DM. Allein hier werden in Wismar 1.000 Arbeitsplätze entwickelt. Ich denke, das ist ganz wichtig für eine Stadt, die vom Strukturwandel doch in erheblichem Maße betroffen ist.

Es wurde auch deutlich gemacht, daß eine leistungsfähige Infrastruktur mit möglichst geringen Transportkosten natürlich eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Aktivitäten ist. Das gilt genauso für den touristischen Bereich. Auch hier ergibt sich durch die zügige Fertigstellung der A 241 ein weiterer Vorteil, zum Beispiel für die Insel Poel, aber auch andere Badeorte an der Ostsee oder im Binnenland. Nicht zuletzt verkehrspolitisch gesehen haben die A 241, die A 20, aber auch – das will ich erwähnen – die A 14 entscheidende Bedeutung für die Anbindung der Häfen und des Wirtschaftsraumes hier in der westmecklenburgischen Region.

Seitens des BUND wurde dagegen noch einmal deutlich gemacht, daß der Antrag der Volksinitiative in eine falsche verkehrspolitische Richtung weist. Es wurde ausgeführt, daß es nicht nachweisbar sei, daß der Bau der A 241 zur Belebung der Wirtschaft und damit zum Abbau von Arbeitslosigkeit führe. Es wurde darauf hingewiesen, daß durch den Bau selbst Landschaften gefährdet werden, was wiederum als Basis für den Tourismus sich negativ auswirken würde. Es wurde darauf hingewiesen

seitens der Vertreter des BUND, daß die Mittel besser eingesetzt wären für die Entwicklung der Bahn, für den Um- und Ausbau vorhandener Straßen. Auch das Argument mit den Alleen wurde insofern nicht anerkannt. Also daß man die Alleen erhalten könnte, wenn man eine solche Schnellstraße dort baut, wurde nicht anerkannt, sondern im Gegenteil, es wurde von einer Gefährdung durch Alleebäume ausgegangen.

Die Vertreter des BUND haben noch einmal betont, daß die beabsichtigte Verwendung von Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für den Autobahnneubau den Förderrichtlinien nach ihrer Meinung widersprechen würde, und es wurde zusammenfassend vorgeschlagen, daß die Mittel für den Autobahnneubau besser eingesetzt würden für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 1, die Bundesstraße B 106, um die Anbindung des Wirtschaftsraumes Wismar zu gewährleisten.

Was war nun das Ergebnis der Beratung im Wirtschaftsausschuß? Lassen Sie mich das kurz darstellen: Der Wirtschaftsausschuß hat sich der Meinung angeschlossen, daß es notwendig ist, zur Aufholung von Standortnachteilen nach wie vor den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf hohem Niveau fortzuführen. Gerade eben in einem relativ dünn besiedelten Flächenland ist es von enormer Bedeutung, ein ausgebautes Verkehrsnetz, auch ein ausgebautes Straßennetz zur Verfügung zu haben, was nicht heißt, daß der Ausbau des Schienennetzes vernachlässigt werden dürfe. Es wurde noch einmal unterstrichen und auch durch anwesende Fachleute bestätigt, daß die EFRE-Mittel sehr wohl für die Förderung von Verkehrsinfrastrukturprojekten eingesetzt werden können. Dies ist auch in der Vergangenheit durch andere Länder in der Europäischen Union bewiesen worden.

Nach Abwägung aller Argumente empfiehlt der Wirtschaftsausschuß einvernehmlich bei einer Stimmenthaltung seitens der Fraktion der PDS, ansonsten Zustimmung, den Antrag der Volksinitiative unverändert anzunehmen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort der Wirtschaftsminister Professor Eggert. Bitte sehr, Herr Minister.

**Minister Dr. Rolf Eggert:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, für jede Volksinitiative muß man Hochachtung aufbringen, denn sie ist eine direkte Beteiligung des Volkes am politischen Prozeß zwischen den Wahlen. Und es bleibt auch mit dieser vorliegenden Volksinitiative und der Behandlung im Wirtschaftsausschuß festzustellen, daß notwendige Infrastrukturmaßnahmen in unserem Land eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung haben, und nicht nur das, sie werden sogar aktiv unterstützt. Entsprechend einmütig hat ja auch der Wirtschaftsausschuß nach seiner Anhörung die Intention dieses Antrages bestätigt. Doch nicht nur der Wirtschaftsausschuß des Landtages, sondern auch ich als Wirtschaftsminister trage die grundlegenden Ziele dieses Antrages mit.

Meine Damen und Herren, Herr Seidel hat schon darauf hingewiesen, der Lückenschluß der A 241 zwischen

Schwerin und Wismar ist nach meiner festen Überzeugung für die verkehrliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, nicht zuletzt aber auch für den Tourismus, eminent wichtig. Der Bundesverkehrswegeplan weist das Projekt in der Prioritätsstufe vordringlicher Bedarf aus. Für die Küstenregion unseres Landes und damit vor allem für unsere Häfen, stellt die A 241 in Verbindung mit der Verteilschiene A 20 eine leistungsfähige Hinterlandanbindung her. Unsere wichtigsten Wirtschaftsstandorte werden über die neuen Autobahnstrecken untereinander verbunden und direkt an das bestehende Autobahnnetz angeschlossen. Regional betrachtet wird die A 241 als Hauptverkehrsachse und Bindeglied zwischen Schwerin und Wismar diesen Städten verstärkt gemeinsame Entwicklungschancen eröffnen. Und außerdem erfährt die Landeshauptstadt durch den Weiterbau der A 241 eine günstige Erreichbarkeit für die Verkehre aus Richtung Lübeck, Wismar und Rostock.

Lassen Sie mich noch einiges zu den Einwänden der Umweltverbände sagen – Herr Seidel ist ja schon kurz darauf eingegangen. Dort wird immer wieder behauptet, daß mit der Herstellung beziehungsweise dem Ausbau der Infrastruktur insbesondere bei Straßen und Autobahnen keine Entwicklung vorausgesagt werden kann, keine Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Natürlich, meine Damen und Herren, behauptet niemand, daß allein der Bau einer Straße per se zur wirtschaftlichen Entwicklung führt. Aber man muß einmal in die Geschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern schauen, um zu erkennen, warum sind denn die Landesteile Mecklenburg, aber auch Vorpommern in ihrer Entwicklung vor hundert Jahren so weit zurückgeblieben. Warum hat man darüber geredet, daß hier in Mecklenburg-Vorpommern keine industrielle Entwicklung stattgefunden hat in dieser Zeit. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß Infrastruktur gefehlt hat, daß Infrastrukturmaßnahmen dieses Land erst viel später erreicht haben, und das nicht in ausreichendem Maße. Und um dieses Defizit abzubauen, müssen wir alles tun, damit wenigstens die Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande geschaffen werden.

Deshalb werden Stellenwert und Attraktivität der A 241 natürlich auch mit dem Weiterbau Richtung Süden zunehmen. Eine überregional angelegte Untersuchung, die Verkehrsuntersuchung Nordost, bestätigt den Bedarf eindeutig. Und wenn man dann von einer Magistrale redet, die insgesamt von Magdeburg bis Dresden nach Tschechien reicht und im Norden bis nach Skandinavien und Osteuropa, dann kann man sich sicher ausmalen, welche Wirkungen daraus entstehen könnten. Ich verweise nur einmal auf die Punkte in unserem Land, wo die Infrastruktur schon optimal ausgebaut ist. Da braucht man ja nur hinzugehen in das Gewerbegebiet Zarrentin, oder man sieht sich zum Beispiel die Entwicklung in Rostock/Laage an, was ebenfalls sehr optimal angebunden ist, der gesamte Raum Rostock/Laage-Güstrow.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Damen und Herren, sicher werden die wichtigsten verkehrlichen Wirkungen der A 241 sich auch, und das ist dann die Folge, auf die Beschäftigungslage und die Wirtschaftsentwicklung auswirken. Die Autobahn wird die Erreichbarkeit unserer Hafenstandorte und Ferienorte nachhaltig verbessern. Mit einer Baulänge von 37 Kilometern und Investitionskosten in Höhe von etwa 370 Millionen DM ist die A 241 neben der A 20 und dem Rügenzu-

bringer eines der größten und wichtigsten Infrastrukturprojekte in Mecklenburg-Vorpommern.

(Gesine Skrzepski, CDU: Das stimmt nicht.)

Im Jahre 2005 und damit zeitgleich mit der vollständigen Fertigstellung der A 20 soll der letzte Abschnitt der A 241 für den Verkehr freigegeben werden. Dies ließ sich aber auch nur dadurch verwirklichen, daß in die Finanzierung der Autobahn neben Bundesmitteln auch in beträchtlichem Maße Fördergelder aus dem EFRE einfließen. Und hierfür habe ich mich intensiv eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Planungen der A 241 haben sich zum Teil als aufwendig und zeitintensiv erwiesen. Getrennt nach einem südlichen und einem nördlichen Teilstück der Autobahn wurden gesonderte Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren durchgeführt. Das südliche Teilstück der A 241 verläuft von der B 321 bei Raben Steinfeld bis zur B 104 bei Cambs. Ende 2000 soll die Fertigstellung dieses Abschnittes erfolgen. Für das nördliche Teilstück von der B 104 bis zum Anschluß an die A 20 waren in ökologisch sehr sensiblen, landschaftlich reizvollen Bereichen besonders umfassende Planungen erforderlich, um einen umweltverträglichen Korridor für die Autobahntrasse zu finden. Aber auch unter verkehrlichen und raumordnerischen Aspekten waren die Planungen kompliziert. Ziel war es, diejenige Variante zu bestimmen, die optimale Erschließungs- und Verbindungseffekte, aber auch bestmögliche strukturpolitische Wirkungen sicherstellt.

Die Linie der A 241 wurde unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der Fachbehörden in einem Raumordnungsverfahren bestätigt und vom Bundesverkehrsministerium offiziell festgelegt. Sie verbindet die Zentren Schwerin und Wismar auf möglichst kurzem Wege. Im Autobahndreieck Wismar-Ost bindet die A 241 an die Autobahn A 20 an, wo sie außerdem auf die in Richtung Rostock verlaufende Bundesstraße B 105 trifft. Eingriffe in die ökologisch anspruchsvollen Räume werden durch den Trassenverlauf so weit wie möglich vermieden.

Meine Damen und Herren, die Volksinitiative hat mit der Durchsetzung des Antrages ihre machbaren Ziele erreicht. Eine Beschleunigung der bisherigen Planung ist bereits jetzt eingetreten. Wie meine Ausführungen verdeutlichen sollen, sind meine Bestrebungen darauf ausgerichtet, die Planungs- und Bauarbeiten der A 241 zügig voranzubringen

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

und damit den Lückenschluß im Autobahnnetz möglichst bald zu vollziehen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und  
einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Ritter.

**Peter Ritter,** PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei verkehrspolitische Entscheidungen bestimmen gegenwärtig die Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist zum einen die heute zur Abstimmung vorliegende Volksinitiative zur unverzüglichen Fertigstellung der A 241 und zum anderen die Abbe-

stellung von weiteren Strecken im Schienenpersonennahverkehr. Diese beiden Tatsachen spiegeln meiner Meinung nach die totale Schiefelage der Verkehrspolitik im Bund und im Land wider.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und Dr. Henning Klostermann, SPD)

Mit diesen Entscheidungen wird der durch den Bundesverkehrswegeplan und andere verkehrspolitische Entscheidungen zementierte Weg zugunsten der Straße und zu Lasten der Schiene fortgesetzt. Von einer Wende hin zu einer finanziell, ökologisch und sozial nachhaltig vertretbaren Verkehrspolitik ist nichts zu spüren. Insofern unterstütze ich ohne Abstriche die vom BUND während der Anhörung vorgebrachten und in der Beschlußempfehlung wiedergegebenen Bedenken zur A 241.

Gleichwohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine intakte Verkehrsanbindung der Region Wismar für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Es ist aber geradezu aberwitzig, wenn vom Vertreter der IHK während der Anhörung festgestellt wird, daß die Autobahnbindung über die A 241 und am besten gleich noch über die A 14 wichtig für die Zulieferer aus dem süddeutschen Raum ist. Ich frage Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wieviel Zulieferer für den Schiffbau in unserem eigenen Land mußten wir eigentlich in den letzten Jahren dichtmachen?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehr wahr.)

Wäre es also nicht effektiver, die Chancen im eigenen Land zu nutzen und dafür auch die Finanzen einzusetzen?

Stichwort Finanzen: Nun ist offenbar durch die EU-Mittel für die A 241 eine Lösung gefunden. Aber in den Köpfen der Autobahnbefürworter geht es schon wieder um mehr. Der A 241 muß nach ihrem Willen die A 14 folgen.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist richtig.)

Auf die Frage nach den Kosten antwortet der Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalts auf die Frage meines Kollegen Ulli Kasten: „Im derzeit gültigen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen sind für eine Verlängerung der BAB 14 in Richtung Lüneburg (sogenannte x-Lösung) für 90 Kilometer Streckenlänge auf sachsen-anhaltinischem Gebiet 900 Millionen DM ausgewiesen.“ 900 Millionen DM für 90 Kilometer Streckenlänge!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Ich denke, die Bundesrepublik hat kein Geld.)

Genau.

50 Millionen DM wären notwendig, um die zur Abbestellung vorgesehenen vier Strecken im Schienenpersonennahverkehr fit zu machen. Und angesichts der Sparbemühungen der Bundesregierung stellt sich die Frage, wo diese Gelder herkommen sollen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, darf ich einmal unterbrechen, der Abgeordnete Seidel möchte eine Zwischenfrage stellen. (Zustimmung)

Bitte sehr, Herr Seidel.

**Jürgen Seidel,** CDU: Herr Abgeordneter Ritter, Sie haben, glaube ich, sinngemäß eben ausgeführt, daß Sie die Verkehrspolitik mehr oder weniger für falsch halten und Sie sich den Meinungen oder den Aussagen der Vertreter des BUND anschließen. Darf ich Sie fragen, sind Ihnen Aktivitäten oder welche Aktivitäten sind Ihnen bekannt

Ihrer Minister – jetzt meine ich die PDS-Minister im Kabinett –, um die Ihrer Meinung nach falsche Verkehrspolitik zu korrigieren?

(Angelika Gramkow, PDS: Das sind die falschen Ressorts, die wir haben. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Peter Ritter,** PDS: Herr Seidel, ich denke, Sie wissen selbst – Sie waren lange genug Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern –, daß eine Landesregierung in dieser Frage, was Bundesautobahn angeht, relativ wenig Handlungsspielraum hat. Deswegen habe ich auch formuliert, ...

**Jürgen Seidel,** CDU: Das kann ich überhaupt nicht bestätigen, ...

**Peter Ritter,** PDS: ... wir brauchen einen neuen Bundesverkehrswegeplan.

**Jürgen Seidel,** CDU: ... tut mir leid.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Seidel, daß Wort gebe ich Ihnen.

**Peter Ritter,** PDS: Deshalb habe ich auch formuliert, wir brauchen einen neuen Bundesverkehrswegeplan, der genau auf diese Tatsachen eingeht. Und wir werden versuchen, auf der nächsten Landtagssitzung – ich hoffe, die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion werden das mittragen – einen entsprechenden Antrag für einen neuen Bundesverkehrswegeplan zu stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und dann können wir uns über diese Probleme unterhalten. – Danke schön.

(Herbert Helmrich, CDU: Ohne Zustimmung des Landes wird hier keine Autobahn gebaut.)

Zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Finanzen. In der Antwort des Wirtschaftsministers des Landes Sachsen-Anhalt sind ausgewiesen 900 Millionen DM für 90 Kilometer Streckenlänge. Ich frage Sie nochmals, angesichts der Sparbemühungen der Bundesregierung stellt sich die Frage, wo diese Gelder herkommen sollen.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Wird weiter gespart bei Ortsumgehungen, die wir alle in unseren Wahlkreisen wollen, oder wird weiter gespart beim Schienenpersonennahverkehr? Ich glaube, letzteres ist zu befürchten. Der in politischen Sonntagsreden proklamierte Anspruch, die Anforderung einer nachhaltigen Entwicklung zu erfüllen, rückt somit wieder ein Stück in die Ferne.

(Georg Nolte, CDU: Sie können es ja tun. Sie sind ja in der Regierung.)

Daher kann ich der Volksinitiative meine Zustimmung nicht geben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

**Dr. Ulrich Born,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie bereits bei der Ersten Lesung, der ersten Befassung des Landtages mit der Volksinitiative kann ich erfreulicherweise hier eine Übereinstimmung der besonnenen Kräfte der Vernunft feststellen,

(Zuruf von Caterina Muth, PDS)

eine breite Übereinstimmung all derjenigen, die in dem Bereich Verkehrspolitik Verantwortung tragen. Und ich danke noch einmal ausdrücklich den Initiatoren der Volksinitiative, aber ebenso auch dem Wirtschaftsminister, daß er sich heute erneut ohne Wenn und Aber zu den Zielen der Volksinitiative bekannt hat, und darüber hinaus, daß es gelungen ist, nun die Möglichkeit zu eröffnen, daß europäische Mittel für den Bau, den beschleunigten Bau der A 241 zur Verfügung gestellt werden.

Ich habe ja bereits bei der Ersten Lesung darauf hingewiesen, daß es ja nicht so ganz selbstverständlich war, daß das auf breiten Konsens stößt, denn als es um den zweiten Rügenzubringer ging, da war es noch heftig umstritten, als die CDU sich massiv dafür einsetzte, daß auch dieses Verkehrsprojekt mit Hilfe von EFRE-Mitteln beschleunigt durchgeführt werden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und beide Maßnahmen, meine Damen und Herren, sind für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern lebensnotwendig. Wer das bestreitet, der ist einfach rückwärts gewandt, und da muß ich Ihnen leider sagen, Kollege Ritter, da präsentieren Sie sich hier als ein Vertreter einer Partei, da kann man nur sagen: PDS – Partei des Stillstands. Es geht einfach nicht an,

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

den einen Verkehrsträger gegen den anderen ausspielen zu wollen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Born, krabbeln Sie mich mal! Ich kann so schlecht darüber lachen, über Ihre schwachen Witzchen.)

Es nützt Ihnen überhaupt nichts, wenn Sie hier zusätzliche Eisenbahnstrecken bauen wollen und die Straßenverkehrsverbindungen vorsintflutlich sind. Dann brauchen Sie auch keine Eisenbahnlinien.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dann können Sie allenfalls, aber das ist dann nur für wenige Privilegierte noch möglich, mit dem Hubschrauber oder dem Düsenjäger über das Land fliegen.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Ja, genau!)

Aber das nützt der wirtschaftlichen Entwicklung nichts.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS – Angelika Gramkow, PDS: Aber erst, wenn Flugbenzin versteuert wird. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit es ganz klar ist, die Bürgerinitiative ist ein ausgesprochen positives Signal, weil es hier um eine Bürgerinitiative geht, die sich für etwas einsetzt. Das hebt sich von vielen anderen destruktiven ab, auch von solchen, die Sie ja vorhin hier wieder zitiert haben. Und es ist nicht das Verdienst eines einzelnen, daß es beschleunigt vorangeht, sondern hier haben viele mitgewirkt. Es war die erste Landesregierung, CDU-geführte Landesregierung,

(Beifall Harry Glawe, CDU)

die dafür gesorgt hat, daß diese Maßnahme in den Bundesverkehrswegeplan als vordringliche Maßnahme aufgenommen wurde, und es war der damalige Wirtschafts-

minister Dr. Ringstorff, der dafür gesorgt hat, daß der Baubeginn stattfinden konnte,

(Beifall Harry Glawe, CDU)

und Minister Seidel hat das konsequent fortgesetzt. Das ist eine sehr sinnvolle Sache, und dann soll man das hier auch deutlich darstellen. Man muß nicht etwas parteipolitisch auseinanderdividieren, wenn wirklich die besonnenen Kräfte einmal etwas gemeinsam zustande bringen.

Deshalb, meine Damen und Herren, meine ich, daß all das, was der Wirtschaftsminister heute gesagt hat, genauso, wie es der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses hier dargestellt hat, nur in vollem Umfang zu unterstützen ist. Ich habe einfach die Bitte, Herr Wirtschaftsminister, daß jetzt auch wirklich alles darangesetzt wird, daß nicht nur der erste Abschnitt bis zum Jahre 2000 in Betrieb genommen werden kann, sondern daß auch der zweite Streckenabschnitt so schnell wie möglich fertiggestellt wird. Sie haben heute keine Zahl dazu nennen können, das ist verständlich und wäre wahrscheinlich nicht seriös, das zum jetzigen Zeitpunkt zu tun. Aber ich erkläre ausdrücklich, Sie haben unsere volle Unterstützung, wenn Sie alles daransetzen, daß die Fertigstellung zum frühestmöglichen Zeitpunkt möglich ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Gerloff von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Gerloff.

**Claus Gerloff, SPD:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So mancher mag sich gefragt haben, bedurfte es eigentlich noch dieser Volksinitiative zur unverzüglichen Fertigstellung der A 241. Ich sage eindeutig ja, und es ist erfreulich, daß es Menschen in diesem Land gibt, die begriffen haben, wirtschaftliche Entwicklung und Verkehrsinfrastruktur hängen untrennbar voneinander ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Und wer hier eben Herrn Ritter gehört hat, der wird sich um so mehr darüber freuen, daß es in unserem Land eine Akzeptanz für derartige Verkehrsbauvorhaben von nahezu 90 Prozent unter den Bürgern gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also darüber kann sich wirklich nicht jeder freuen.)

Die A 241 – und das ist ein weiterer Anstoß,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Denken Sie an Ihre Enkel! Die werden sich darüber nicht freuen.)

denke ich mir, für die Initiatoren der Volksinitiative gewesen –, die A 241 war leider in den zurückliegenden Jahren etwas sehr ins Hintertreffen geraten, was die terminliche Realisierung betrifft. Und das hängt mit dem Bundesverkehrs...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Am besten, wir führen die A 241 über Pinnow.)

Herr Schoenenburg, sie geht dicht an Pinnow vorbei. Und ich kann gut damit leben,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Weit genug entfernt, Herr Gerloff.)

wo andere schon auf die Barrikaden steigen, wenn sie nur das Wort „Autobahn“ hören. Ich kann damit leben, daß sie dicht an Pinnow vorbeigeht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also so dicht ist sie nun auch wieder nicht an Pinnow.)

Wie gesagt, der Bundesverkehrswegeplan hat die Ursache dafür gesetzt, daß es die A 241 leider nicht zeitgleich gibt mit der Inbetriebnahme des Teilstückes der A 20 von Grevesmühlen nach Rostock. Das wäre eigentlich zwingend notwendig gewesen. Aber das ist ein Geburtsfehler des Bundesverkehrswegeplanes von Anfang an, daß er nämlich eine Unterfinanzierung in der Größe von 90 Milliarden DM ausweist. Der Bundesverkehrswegeplan ist eine Addition vieler berechtigter Wünsche. Man hat es damals nicht gewagt, diese Anforderungen der Länder noch härter zu klassifizieren und vielleicht nicht nur die Kategorien „weiterer Bedarf“ und „vordringlicher Bedarf“ einzuführen, sondern man hätte bestimmen müssen „realisierbarer Bedarf“.

Durch diese Unterfinanzierung standen uns nicht die 365 Millionen DM im notwendigen Zeitraum zur Verfügung. Aber selbst die Mittel, die nach dem 5-Jahresplan-Zeitraum eingeordnet waren bis zum Jahr 2001, nämlich 205 Millionen DM, wurden überhaupt nicht bei diesem Vorhaben verwendet durch die bisherige Landesregierung. Der erste Bauabschnitt, und das sind ja nur 12,4 Kilometer, sollte eine Bauzeit von 1997 bis günstigstenfalls 2001 haben. Über die weitere Fertigstellung gab es keine konkreten terminlichen Vorstellungen. Um so erfreulicher ist es jetzt, daß wir – und die Volksinitiative hat uns auch in unserer Entscheidung hierbei noch bestärkt – konkrete und realistische Vorstellungen für die Realisierung dieses Vorhabens haben.

Über die Bedeutung von Verkehrsinfrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben wir oft genug gesprochen. Ich möchte einmal von einer ganz anderen Sicht das deutlich machen. Ich habe vor kurzem eine Autofahrt zwischen zwei Ländern in Richtung östliche Nachbarn gemacht und habe dabei 780 Kilometer nacheinander zurücklegen müssen. Ich habe für die ersten 400 Kilometer bis zur Grenze zum Nachbarland etwa drei Stunden gebraucht und habe dann aber sieben Stunden gebraucht für den restlichen Weg. Und diese Relation, die sich hier in der Qualität der Verkehrsinfrastruktur zeigt, kennzeichnet nämlich auch den derzeitigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Also wer diese Zusammenhänge einfach nicht begreifen will, der ist nicht nur blind, sondern der ist schon bald böswillig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Leider gibt es derzeit auch ähnliche Relationen in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Westmecklenburg und Vorpommern. Und wer will jetzt den Vorpommern sagen, jetzt fangen wir mit einer ganz anderen Verkehrsinfrastruktur an, jetzt nehmen wir die Pferdekutsche und das Fahrrad?

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Nichts gegen das Fahrrad, Herr Gerloff! Nichts gegen das Fahrrad!)

Zugespitzt. Zugespitzt.

(Norbert Baunach, SPD: Bei Pferden wollen wir mal vorsichtig sein. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die Debatte mit dem BUND im Wirtschaftsausschuß hat doch ganz eindeutig klargemacht, die Vertreter dieser Denkweise leben in einer anderen verkehrspolitischen Welt.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Sie nehmen nicht zur Kenntnis, daß es nicht funktioniert, Mecklenburg unter eine Käseglocke zu stellen, um hier das Modell einer anderen Verkehrspolitik – so genüßlich es sich vielleicht damit auch leben ließe – zu realisieren. Verkehrspolitik ist heute nicht Sache eines Bundeslandes, sie ist nicht nur Sache der Bundesrepublik Deutschland allein, sondern Verkehrspolitik ist gekennzeichnet durch europäische Entwicklungen. Und das Land, das sich dort ausklinkt und eine rückwärts orientierte Verkehrspolitik machen möchte, gerät in umfassendem Sinne ins Hintertreffen.

(Harry Glawe, CDU: Alles Sache der PDS.)

Daß durch die derzeit schon erzielte Verkehrsanbindung der Hansestadt Wismar und die in Aussicht gestellte und jetzt konkret terminlich fixierte Verkehrsentwicklung Wismars mit ihren Anbindungen für die Schiene und für die Straße bereits Investitionen in Gang gesetzt worden sind von 1,2 Milliarden DM, zeigt doch die Richtigkeit dieses Weges. 1.000 Arbeitsplätze sind neu geschaffen worden. In einer arg gebeutelten Region mit immer noch sehr hoher Arbeitslosigkeit zeigt das aber doch, es gibt für diesen Weg überhaupt keine Alternative. Eine Standortgunst mit der Anbindung Schiene/Straße, wie sie Wismar hat, werden wir nicht überall gleichzeitig erzielen können.

Aber wir lassen uns nicht von diesem Weg abbringen. Wir wollen aus der zentralen Lage unseres Landes im Entwicklungsraum Ostseeraum den optimalen Nutzen ziehen. Und das wird nicht mit einer romantisch verklärten Infrastruktur des letzten Jahrhunderts gelingen, sondern mit Hochleistungsstrassen für schnelle Verkehre auf Schiene und Straße.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Georg Nolte, CDU: Richtig.)

Und deswegen hören wir auch nicht auf mit unseren Vorbereitungen und Planungen bei den feststehenden Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes im vordringlichen Bedarf, sondern wir denken darüber hinaus an die Anbindung unseres Landes über europäische Verkehrswege nach Südosten und in den Süden Europas. Und deshalb besteht auch die zwingende Notwendigkeit, die Verlängerung der A 241 in Richtung Süden mit Anschluß Magdeburg anzugehen und durchzusetzen.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein.)

Wir müssen diese Lösung bundesweit erst einmal durchsetzen. Herr Ritter, die von Ihnen genannte x-Lösung, die ist schon lange vom Tisch, die hat selbst der Bund schon verworfen mit der Akzeptanz der Studie „Verkehrsuntersuchung Nordost“. Danach gibt es nämlich keine Lösung mehr mit A 39 und A 14, sondern es gibt nur noch eine Trasse.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und die brauchen wir dringend.)

Und wir stehen in einem harten Wettstreit mit den anderen Bundesländern, wo schließlich diese Trasse verlaufen wird. Partizipieren wir von dieser Trasse, läuft sie durch Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Oder verläuft sie dort, wo die Wirtschaft im Grunde ohnehin wesentlich mehr boomt als bei uns, nämlich von Hamburg aus durch Niedersachsen?

(Jürgen Seidel, CDU: Es ist doch schon klar, was Schröder will, der VW-Kanzler. – Zuruf von Georg Nolte, CDU – Friedbert Grams, CDU: Alles für Niedersachsen.)

Insofern ist es elementare Verkehrspolitik unseres Landes, Herr Ritter, für diesen Anschluß zu kämpfen.

(Angelika Gramkow, PDS: Neben anderen.)

Allein die Bundesländer melden beim Bund den Bedarf an Verkehrsinfrastruktur an. Die Bundesländer melden an,  
(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

nicht der Bund!

(Georg Nolte, CDU: Genauso ist es! Beim Bund!)

Nicht der Bund schwatzt uns irgendwelche Lösungen auf oder drängt uns Vorhaben auf, sondern wir müssen hart darum kämpfen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Siehe Transrapid. – Harry Glawe, CDU: Ja.)

Und wer das nicht mitmachen will, wer sich in dieser Frage verweigert, der sollte mal redlich in sich gehen und darüber nachdenken, ob diese Haltung förderlich für unser Land ist oder ob sie schädlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut. – Angelika Gramkow, PDS: Nachdenken erfordert das von allen Seiten. – Der Abgeordnete Dr. Klostermann meldet sich für eine Anfrage.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, eine Frage können Sie jetzt leider nicht mehr stellen. Es kommt noch ein Redner, den können Sie dann auch noch befragen.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Jäger.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich dem, was Herr Gerloff eben gesagt hat, voll anschließen. Ich möchte nur zwei Überlegungen hinzufügen: Ich glaube, daß es nicht gut ist, wenn wir darangehen und Natur- und Umweltschutz selektiv sehen. Ich sage das mal als Schweriner Abgeordneter. Wenn Sie sehen, welche Verkehre sich über den Paulsdamm wälzen, und wenn Sie sehen, welche Entlastung die A 241 bringen kann, dann können Sie nicht ernsthaft, Herr Ritter, sagen, daß die A 241 umweltpolitisch bedenklich sei. Das zweite ...

(Peter Ritter, PDS: Das Problem verschieben Sie doch nur von Schwerin auf die 241.)

Das ist absolut falsch, was Sie da erzählen.

(Peter Ritter, PDS: Fahren denn weniger Autos auf der Autobahn als hier in Schwerin?)

Das ist absolut falsch, was Sie da erzählen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie scheinen sich in der Gegend weniger auszukennen. Wir beide können heute nachmittag ja mal einen Ausflug machen.

(Peter Ritter, PDS: Aber nicht mit dem Auto, ich fahre immer mit dem Zug.)

Nein, nein.

(Unruhe bei den Abgeordneten)

Mit dem Auto würde ich mit Ihnen nicht fahren, weil ...

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, heute nachmittag haben wir auch noch Plenarsitzung. Ich bitte das zu beachten.

(Heiterkeit und Beifall bei den Abgeordneten)

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Vielen Dank, Herr Präsident, für den Hinweis.

(Angelika Gramkow, PDS: Und außerdem würde er dann viel lieber mit mir gehen.)

Nein, mit Ihnen, Herr Ritter, würde ich auch nicht fahren, weil ich den Eindruck habe, was Verkehrspolitik angeht, nähern Sie sich langsam einem Geisterfahrer.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie sind arrogant.)

Nein, nein, Frau Gramkow, nein,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

das ist keine Arroganz,

(Angelika Gramkow, PDS: Doch.)

sondern Sie merken doch, Sie merken ...

(Angelika Gramkow, PDS: Gegenüber von anderen politischen Auffassungen. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ach, ist das so schlimm, daß Sie nicht mal ertragen können, daß einer einen Satz ausspricht?! Wir lassen Sie doch auch immer ausreden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach ja? – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Es kommt auf den Satz an. – Heike Lorenz, PDS:

Das wäre schön. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Natürlich.

So, Herr Präsident, darf ich jetzt wieder? Danke.

Meine Damen und Herren, es geht doch eigentlich um folgendes: Wir haben die Abwägung zu treffen, ob wir einen Verkehr erschließen bis an die Küste und – und das ist ganz wichtig – ob wir unsere Zentren im Lande verkehrspolitisch enden lassen. Und da bin ich dem Wirtschaftsminister sehr dankbar, daß er hier sehr deutlich gesagt hat, daß er eine Vorstellung davon hat, wie das Land angebonden werden soll.

(Beifall Friedbert Grams, CDU)

Und ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der PDS, wirklich: Lassen Sie die Scheuklappen fallen! Sie kriegen keinen einzigen Passagier in den Schienenpersonennahverkehr, wenn Sie die A 241 verhindern wollen. Das ist naiv, was Sie da glauben. Sie kriegen eine Anbindung unserer Zentren nur, wenn wir – und das hat Herr Gerloff richtig gesagt – an die europäischen Straßennetze

angebunden werden. Nur das sichert Entwicklung. Und deshalb bedanke ich mich noch mal bei der Volksinitiative, die hier den Anstoß dazu gegeben hat,

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

daß wir als Landtag noch mal klar Position beziehen. Wenn es auch sein mag, Herr Minister, daß Sie teilweise offene Türen einrennen, aber in Zeiten, in denen Geld knapp ist, ist es sicher ganz wichtig, daß mit der Zustimmung des Landtages beim Verteilen von Geld auch Pflöcke eingestoßen werden, festgelegt werden. Und deswegen bitte ich noch mal: Lassen Sie die Scheuklappen fallen!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Und was machen Sie mit Ihren?)

Wir sollten dieser Volksinitiative folgen.

Ich hab' so keine.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach nein?! –  
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach so.  
Das glauben Sie aber auch nur. –  
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ich bin da ein bißchen leichter gebaut. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Wirtschaftsausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 3/690, den Antrag der Volksinitiative auf Drucksache 3/355 unverändert anzunehmen. Wer der Beschlußempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 3/690 bei drei Enthaltungen und sieben Gegenstimmen auf seiten der PDS-Fraktion, ansonsten Zustimmung bei den Fraktionen der SPD, CDU und PDS angenommen worden.

Wir haben gestern beschlossen, daß der Tagesordnungspunkt 10 auf morgen verschoben wird.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung der Volksinitiative „Wir stoppen die Rechtschreibreform“ auf Drucksache 3/668.

### **Volksinitiative**

#### **„Wir stoppen die Rechtschreibreform“ – Drucksache 3/668 –**

Im Ältestenrat wurde ein Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat ums Wort gebeten der Bildungsminister Professor Kauffold. Bitte sehr, Herr Minister.

**Minister Dr. Peter Kauffold:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung erfolgte in allen Ländern, so auch in Mecklenburg-Vorpommern, auf der Grundlage der Wiener Absichtserklärung vom 1. Juli 1996, an der auch die deutschsprachigen Nachbarländer teilnahmen.

Zielstellung war es, eine Vereinfachung und Entlastung im Gebrauch der deutschen Schrift in der Schule und in

der gesellschaftlichen Praxis herbeizuführen. Aus schulischer Sicht ist vor allem die leichtere Erlernbarkeit und die bessere Handhabung der Rechtschreibregeln nach wie vor das wichtigste Anliegen. Das wird nun gerade von der Volksinitiative bezweifelt. Und da Sie sich mit dieser Initiative befassen werden, erlaube ich mir, einige Ausführungen zur Geschichte der Reform und zum Stand der Einführung zu machen.

Die bis 1996 gültigen Rechtschreibregeln basieren auf der 2. Orthographischen Konferenz aus dem Jahre 1901 in Berlin. Das dort vereinbarte Regelwerk war bis 1996 die Grundlage für den Unterricht in den Schulen. Durch die bereits 1915 erfolgte Integration des sogenannten Drucker-Dudens, das ist eine Spezialvorschrift für Buchdrucker, in die Ausgabe des Dudens für die Öffentlichkeit sowie durch die laufende punktuelle Weiterentwicklung des Dudens in der Folgezeit entstand im Laufe der Jahrzehnte ein Geflecht von komplizierten Regeln und Ausnahmen, mit denen wir uns in unserer Schulzeit auseinandersetzen hatten.

Nach fast hundert Jahren und nach mehreren Fehlversuchen und kontroversen Debatten in der deutschen Öffentlichkeit seit 1950 war nun die Zeit gekommen, ernsthafte Versuche für eine Reform zu unternehmen mit der Zielstellung der Vereinfachung. Die Kultusministerkonferenz hatte in 1955 dem Duden den Rang einer amtlichen Norm für die Schule gegeben und kam nun auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz 1984 gezielt zu der Festlegung, die Reform in Angriff zu nehmen. Am 1. Dezember 1995 beschloß die KMK die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung. Im März 1996 stimmte die Ministerpräsidentenkonferenz zu. Die Zustimmung des Bundes erfolgte entsprechend der Voraussetzung durch KMK-Beschluß vom Dezember '95 durch den zuständigen Bundesminister des Innern.

Nun einiges zur Bedeutung der Neuregelung für die Schule, Behörden sowie für alle Bürgerinnen und Bürger. Das Bemühen der Kultusministerkonferenz um eine veränderte Rechtschreibung war von Anfang an auf den Bereich der Schulen gerichtet. Für den Rechtschreibunterricht in den deutschen Schulen gab es schon immer Vorgaben. Das ist also nicht neu. Auf Regelbücher in den einzelnen Schulen folgten im 19. Jahrhundert Schulorthographien der Einzelstaaten, bis es zum Regelwerk von 1901 kam. Die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz, nach der das Regelwerk von 1901 und auch in Zweifelsfällen der Duden maßgeblich für Schulen wurden, war in den Ländern die bislang aktuelle Vorgabe für den Rechtschreibunterricht. Der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 1. Dezember 1995 über die Einführung der Neuregelung, wie sie jetzt besteht, ist deshalb lediglich eine weiterführende Regelung.

Nachdem nun alle Länder begonnen hatten, den Beschluß zu verwirklichen, ergab ein Volksentscheid in Schleswig-Holstein, an den Schulen weiter wie früher zu unterrichten. Es entstand so eine besondere Schreibinsel innerhalb der gleichen Sprachgemeinschaft, und gerade die Presse von gestern – wir hatten das im „Pressespiegel“ – machte deutlich, welche Verunsicherung und Probleme sowie welche Handlungszwänge daraus für Schüler, Lehrer, Behörden und politische Entscheidungsebenen entstehen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Das sollten wir durchaus sehr ernst beachten.

Nachdem alle anderen Länder die neuen Schreibungen auch in den Behörden in der ersten Jahreshälfte 1999 eingeführt hatten, wurde schließlich die Einführung in den Behörden unseres Bundeslandes zum 1. August 1999 mit der Bekanntmachung des Innenministeriums verbindlich. Das betrifft nun also die Schulen und die Behörden. Für die Allgemeinheit wirkt sich die Einführung nur mittelbar aus. Außerhalb von Schule und Behörden sind die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Schreibweise frei. Von dieser Freiheit haben insbesondere auch Schriftsteller zu jeder Zeit Gebrauch gemacht. Wer weiter nach den alten Schreibweisen schreibt, schreibt nicht falsch, sondern er schreibt traditionell, wie es dem individuellen Gestaltungswillen entspricht. Und wenn heute Neuauflagen von Goethe erscheinen, so braucht nicht modernisiert zu werden, und es steht uns auch heute nicht an, die Rechtschreibung von Beethoven zu kritisieren.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist in Ordnung.)

Lassen Sie mich abschließend noch den Stand der Einführung der Neuregelung in den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns zusammenfassen. Mit Runderlaß des Kultusministeriums vom 8. Oktober 1996 wurde die Einführung der Neuregelung ab 1. August 1998 sowie die Anwendung der neuen Schreibung für die Übergangszeit ab 1. August 1996 für alle Schulen in unserem Land verbindlich geregelt. Zur Vorbereitung auf die neuen Bedingungen führte das Landesinstitut für Schule und Ausbildung ab Schuljahresbeginn 1996/97 Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer mit Multiplikatorenfunktion ein. Sonst wäre das gar nicht zu schaffen gewesen. Mit dem Schulbuchkatalog 1999 sind von 1.044 Titeln 70 Prozent auf die neue Schreibung umgestellt. Es ist zu erwarten, daß mit dem Jahr 2001 alle Titel die Neuregelung enthalten. Die Beschaffung dieser Titel durch die Schulträger erfolgt vorrangig im Zuge des Ersatzes von abschreibungsreifen Beständen innerhalb des Übergangszeitraumes für die Einführung, der bis 2005 gilt. Somit ergeben sich kaum höhere Kosten als sonst.

An den Schulen des Landes wird zur Zeit überall an der Verwirklichung der Neuregelung mit Interesse und Engagement gearbeitet. Zwischenzeitlich hat sich auch herausgestellt, daß Schülerinnen und Schüler, die bereits das vierte Jahr die neuen Schreibungen als Selbstverständlichkeit anwenden, weniger Fehler machen, als vor der Reform festgestellt werden konnten. Das wäre also ein positives Ergebnis. Ich hoffe, das stimmt auch so.

Immerhin ist das Ganze gewöhnungsbedürftig. Ein neues Regelverständnis muß sich entwickeln. Einzelne Eltern haben Klage vor den Verwaltungsgerichten eingereicht. In unserem Land wurden bisher vier Klagen an die Gerichte Greifswald und Schwerin herangetragen, von denen zwei Klagen abgewiesen wurden. Eine Klage wurde zurückgezogen, eine weitere ist noch nicht behandelt. Und nun liegt also die Volksinitiative vor.

Die Neuregelung ist in einem langjährigen Beratungsprozeß von den politischen Einrichtungen in Bund und Ländern beschlossen worden. Diejenigen, die es wollten – und das halte ich für ein ganz gewichtiges Argument –, konnten zu jeder Zeit Stellung nehmen, bevor sich der Zug in Bewegung gesetzt hat. Die Kultusministerkonferenz hat insbesondere hervorgehoben, daß ein Sonderweg einzelner Länder bei der Rechtschreibung für sie nicht vorstellbar ist. Und nach dem politischen Willen der Länder, einschließlich Schleswig-Holsteins, waren alle dieser Auffassung gefolgt.

Nachdem Schulen und Verlage die Neuregelung nach sorgfältigen Abwägungen aller Argumente akzeptiert haben, würde ein Stopp der Reform die Vergeudung bisher aufgewendeter gesellschaftlicher Ressourcen bedeuten, jahrelang Verwirrung stiften, der Glaubwürdigkeit deutscher Bildungspolitik im In- und Ausland schaden und sehr viel Geld kosten. Vor allem im Interesse der jungen Generation sollten wir in Mecklenburg-Vorpommern uns an die Einführung der Rechtschreibreform halten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

**Steffie Schnoor,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahl der Volksinitiativen häuft sich.

(Gerd Böttger, PDS: Das ist gut.)

Das ist sicherlich ein Zeichen, denn es wird deutlich, daß sich viele Menschen nicht mehr mit der Landespolitik identifizieren. Das sollte auch ein Warnzeichen an die Regierenden sein.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber erst seit Herbst '98, ne, Frau Schnoor? – Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, so viele hatten wir vorher nicht. Das müßte Ihnen vielleicht auffallen.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS –  
Gerd Böttger, PDS: Sie haben  
mehr Vertrauen zu uns.)

Allein in dieser Landtagssitzung drei Volksinitiativen. Und lassen Sie mich nach der katastrophalen Wahlbeteiligung in Thüringen und in Nordrhein-Westfalen auch hier feststellen,

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

die Beteiligung vieler Menschen an Volksinitiativen ist ein Zeichen dafür, daß Politikverdrossenheit nicht so verbreitet ist, wie sie sich scheinbar an Wahltagen widerspiegelt. Das sollte uns zu denken geben.

Die Beteiligung vieler Menschen an Volksinitiativen ist natürlich noch nicht der Garant dafür, daß die vorgetragenen Ansinnen in der Politik im Land umgesetzt werden. Hier muß ein Ausgleich möglich sein, und die gewählten Vertreter im Landtag müssen nach Abwägung aller Interessen eine unabhängige Entscheidung fällen können. Das wollen wir tun und im Rahmen einer Anhörung diese Interessenabwägung vornehmen.

Meine Damen und Herren, jedoch noch einige Bemerkungen zum Anliegen der Volksinitiative. In vielen Punkten teile ich die Kritik der Initiatoren an der sogenannten Reform. Ich halte sie für absolut überflüssig. Diese Rechtschreibreform ist keine wirkliche Reform. Es handelt sich hier um einen Teilbereich einer Reform, ein Teilbereich,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist aber auch eine Reform, wenn auch nur eine Teilreform.)

der für den Sprache Anwendenden nur schwer nachvollziehbar und kaum schlüssig erscheint.

Ich kann auch die Auffassung von Frau Marquardt nicht teilen, die nach dem KMK-Beschluß sagte, daß diese Reform nötig sei, damit die Kinder weniger Rechtschreibfehler machten. Das trifft zumindest für die Schüler nicht zu, die nach der herkömmlichen Art Schreiben lernten und sich nun während ihrer Schulzeit auf eine andere Schreibweise umstellen müssen.

(Sylvia Bretschneider, SPD:  
Sie sind doch immer so für Flexibilität.)

Da für viele neue Regeln eine Logik nicht erkennbar ist, fällt diese Umstellung natürlich nicht leicht. Wir wissen ja, wie schwer wir Erwachsenen uns mit diesen Änderungen tun.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Kinder  
sind lernfähiger als Erwachsene.)

Die Ablehnung resultiert im wesentlichen aus der Gewohnheit im Umgang mit geschriebener Sprache. Es ist aber nicht nur das. Viele der sogenannten Vereinfachungen ergeben ein Bild einer anarchischen Rechtschreibung, in der alles und nichts gilt. Die Initiatoren haben dies am Beispiel neuer Kommaregeln zutreffend erläutert. Die Übergangszeit ist da dringend geboten. Mir scheint allerdings, sie ist zu kurz. Der Wechsel wird meiner Meinung nach zumindest eine Generation brauchen.

Neben der Kritik, die ich im wesentlichen mit den Initiatoren teile, muß ich diese aber auch selbst kritisieren. Sie initiieren eine Volksinitiative erst zu einem Zeitpunkt, zu dem die Rechtschreibreform in Deutschland nicht nur beschlossene Sache, sondern bereits umgesetzt war. In Schulbüchern und in anderen Druckerzeugnissen ist die Rechtschreibreform bereits umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Rechtschreibreform ist keine Gesetzesangelegenheit der Länder. Sie ist ein bilaterales Abkommen zwischen den deutschsprachigen Ländern Schweiz, Österreich und Deutschland, deren Umsetzung mehr oder weniger in den Ländern auf dem Verordnungsweg erfolgt. Wir haben die Verantwortung, auch darauf zu achten, daß Mecklenburg-Vorpommern seine Rolle im Gesamtgefüge spielt. Und wir sollten auch aufpassen, daß sich in den Köpfen nicht festsetzt, daß in Mecklenburg-Vorpommern alles hundert Jahre später passiert – selbst Schleswig-Holstein hat inzwischen in der Gesetzgebung die Rechtschreibreform verankert –, die Umsetzung der Rechtschreibreform, die vor allem in der Schule und in den Behörden stattfindet.

Die Rechtschreibreform ist aber auch Ergebnis eines jahrzehntelangen Forschungsprozesses von Sprachwissenschaftlern aus den benannten drei Staaten. Der Herr Minister hat bereits darauf hingewiesen. Ein Prozeß, der vor weit über 15 Jahren begann, an dem sich auch die ehemalige DDR mit Sprachwissenschaftlern aktiv beteiligte.

Das, was wir heute als Rechtschreibreform beklagen, ist, wie gesagt, nur ein Bestandteil dessen, was die bilaterale Kommission eigentlich als Reform vorsah. Die vorliegende Reform ist ein politiktypisches Ergebnis. Sie ist nämlich ein Konsens auf dem kleinsten Nenner, der zwischen den Staaten herauszuhandeln war. Auch diesen Aspekt sollten wir bei der Betrachtung der Rechtschreibreform beachten, auch wenn wir das Ergebnis für uns nur schwer oder gar nicht akzeptieren können.

Alles in allem, der Landtag sollte in einer Anhörung alle Argumente hören. Dies wird sicherlich nicht schwer sein.

Da ein Mitglied der Reformkommission aus Mecklenburg-Vorpommern stammt, ist es sicherlich leicht, auch einen versierten Vertreter der Rechtschreibreform in Kürze vor dem Ausschuß zu hören.

Daher – so, wie es die Verfassung unseres Landes gebietet – wird der Landtag die vorliegende Volksinitiative in die zuständigen Ausschüsse überweisen und dann hoffentlich eine gute unabhängige Entscheidung fällen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU und Heike Polzin, SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bartels.

**Dr. Gerhard Bartels,** PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung.

Frau Schnoor, ich habe ja für vieles Verständnis, aber daß Sie nun alle Volksinitiativen, alle Aktivitäten auf die gute Oppositionsarbeit der CDU zurückführen, halte ich dann doch für ein bißchen gewagt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Sie wissen natürlich, daß auch diese Volksinitiative lange vor den Wahlen im Herbst 1998 gestartet ist

(Steffie Schnoor, CDU: Sie haben auch nicht  
richtig zugehört. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und nicht etwa mit dem Wahlergebnis zusammenhängt. Wir sollten uns dann vielleicht doch alle ein bißchen zurückhalten.

Lassen Sie mich zu Beginn sagen, daß die PDS-Fraktion der Überweisung dieser Volksinitiative in die Ausschüsse und der damit verbundenen Anhörung zustimmen wird. Dafür sprechen drei Gründe, die ich kurz skizzieren will.

Zum einen sind das natürlich die Vorschriften des Gesetzes zum Umgang mit Volksinitiativen, die wir weder umgehen können noch wollen.

Zum zweiten ist es der Respekt für die Initiatoren von Volksinitiativen, unabhängig davon, ob der einzelne oder die Fraktion mit dem Inhalt und der Zielstellung der Volksinitiative übereinstimmt. Ich weiß sehr genau, welche Mühe und Kraft es kostet, so etwas zu organisieren, und ich habe vor jedem Respekt, der ein solches Unterfangen beginnt und auch zu einem positiven Ende führt, das heißt zu einer Anerkennung entsprechend des Gesetzes. Und ich habe auch ganz großen Respekt vor den Unterzeichnern dieser Volksinitiative. Zum einen aus dem gleichen Grund oder aus dem ähnlichen Grund, den ich eben schon genannt habe, eine prinzipielle Frage, weil ich auch weiß, daß die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sich sehr genau überlegen, was sie unterschreiben, wo sie ihren Namen und ihre Anschrift preisgeben, wofür sie sich einsetzen. Und es gibt natürlich auch einen inhaltlichen Grund. Der Gegenstand dieser Volksinitiative, die Rechtschreibreform, geht alle an, denn alle schreiben. Und für alle gilt eine gesellschaftliche Norm, die besagt, es ist schon besser, mensch macht keine Rechtschreibfehler, denn wer als gebildet gelten will im deutschen Sprachraum, kann das unter anderem auch belegen durch möglichst wenig Rechtschreibfehler. Aber, auch darauf möchte ich hinweisen, mit Ausnahme der Schule, wo es Noten gibt, gibt es keine wirklichen Sanktionen in der Gesellschaft für

Rechtschreibfehler, zumindest bislang nicht, ich komme darauf noch mal zurück. Mensch wird mehr oder weniger schief angesehen, belächelt, aber es gibt keine Sanktionen, selbst wenn öffentliche Dienststellen Rechtschreibfehler begehen. Ein weiterer Grund für die Probleme, die viele mit der Rechtschreibreform haben, liegt natürlich auch darin, daß wir uns alle wohl daran erinnern, mit welchen Schwierigkeiten wir die Rechtschreibregeln erlernt haben und welche Schwierigkeiten viele von uns auch bei der Anwendung haben. Ich rede mich in solchen Fällen immer damit raus: Mathematiker können nicht rechnen, und Sprachwissenschaftler können nicht schreiben. Aber diese Schwierigkeiten, diese Probleme sind natürlich ein wesentlicher Grund für die Unsicherheiten im Umgang mit der Reform.

Der dritte Grund, weshalb wir der Überweisung zustimmen, das will ich auch deutlich sagen, sind die Unsicherheiten, die ich eben schon geschildert habe bezüglich der Bewertung der Volksinitiative auch in unserer Fraktion. Wir haben uns darauf verständigt, daß wir uns eine Meinung bilden, nachdem wir die Experten gehört haben, nachdem wir beraten haben, und daß wir dann darüber reden, wie die Volksinitiative insgesamt zu bewerten ist, weil viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion diese gründliche Diskussion brauchen, um sich eine Meinung zu bilden. Ich halte das auch für völlig legitim.

Gestatten Sie mir aber nach diesen prinzipiellen Äußerungen zum Umgang mit dieser Volksinitiative einige Anmerkungen aus der Sicht des Sprachwissenschaftlers.

Ich habe eben schon erwähnt, daß man, wenn das Fach betroffen ist, dies auch gut als Ausrede benutzen kann. Ich will aber auch darauf hinweisen, daß mit dem Namen Konrad Duden natürlich eine ganz wesentliche Leistung verbunden ist. Es ist historisch ein großes Verdienst von Konrad Duden, daß es ihm und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern gelungen ist, eine Vereinheitlichung der deutschen Rechtschreibung zu erreichen. Das heißt aber nicht, daß die Bemühungen von Konrad Duden unumstritten gewesen wären, im Gegenteil. Wer sich ein bißchen mit der Geschichte dieser Dinge beschäftigt, wird sehr schnell feststellen, daß den Festlegungen über die Vereinheitlichung der Rechtschreibreform, die mit dem Namen Konrad Duden verbunden sind, sehr, sehr viele Auseinandersetzungen, sehr viel emotionale Diskussionen, heftige Anfeindungen auch der Person Konrad Dudens vorausgegangen sind und den Ergebnissen des Rechtschreibkongresses dann auch folgten.

Es ist beileibe nicht so, daß zu irgendeinem Zeitpunkt ein hundertprozentiger Konsens in der Gesellschaft über die von Konrad Duden und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern festgelegten Regeln bestanden hätte. Ich glaube auch, daß das nicht möglich ist. Und ich glaube das deshalb, weil Sprache nicht logisch ist. Sprache ist ein lebender Organismus, zumindest so lange es Kommunikationsgemeinschaften gibt, die diese Sprache benutzen. Und am Ende können Sprachwissenschaftler und Regelfestsetzer aufschreiben, was sie wollen. Die Sprachpraxis und die Sprachträger entscheiden, wie sie die Sprache benutzen. Die Veränderungen, die der Duden seit 1901 erfahren hat, sind sehr wesentlich zustande gekommen durch die Sprachpraxis. Ich will das jetzt nicht im Detail darstellen, es ließe sich aber an vielen Beispielen verdeutlichen.

Eine zweite Bemerkung möchte ich machen zu der Geschichte der Reformbemühungen. Es ist schon gesagt

worden, daß es seit sehr langer Zeit Bemühungen der ehemals vier und seit 1990 drei deutschsprachigen Länder um eine Rechtschreibreform gegeben hat. Es ist eigentlich nie bezweifelt worden, daß eine Rechtschreibreform nach fast 100 Jahren notwendig ist. Was geändert werden muß, darüber gibt es schon immer – das habe ich auch schon angedeutet – sehr heftige Auseinandersetzungen. Ich kenne ein bißchen, ohne daß jemals die Rechtschreibung ein Spezialgebiet meiner wissenschaftlichen Tätigkeit gewesen ist, die Forschung, die in Rostock unter Leitung von Professor Nerius über Jahrzehnte betrieben worden ist.

Ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident.

Ich weiß daher, wieviel Probleme damit verbunden sind und welche Fragestellungen behandelt worden sind.

Jetzt hat die rote Lampe geleuchtet, ich muß mich also kurz fassen. Wir werden noch Gelegenheit haben, über Sinn und Unsinn der Rechtschreibreform zu diskutieren und sie zu bewerten, bis hin zu der Frage, welche Konsequenzen es hätte, wenn wir die Rechtschreibung auf Gesetzesebene heben. Und davor kann ich nur warnen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heinz Müller, SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Polzin von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Polzin.

**Heike Polzin, SPD:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Reformen, so weiß der gewitzte Bundesbürger, bedeuten in der Regel nichts Gutes. Da leuchtet immer schon mal die rote Signallampe auf.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben doch gerade erst angefangen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Und siehe da, auch die Rechtschreibreform hat schon ihre Ecken und Kanten. Sie ist inkonsequent. Das Problem der generellen Kleinschreibung konnte nicht durchgesetzt werden. Im System gibt es viele Brüche und Widersprüche. Zu allem Unglück haben die unterschiedlichen Verlage auch teilweise noch unterschiedliche Schreibungen anzubieten.

Da kreißte der Berg von Sprachwissenschaftlern des deutschsprachigen Raumes über lange Jahre und gebar ein Reförmchen. Einzelne warnende Stimmen gab es schon, aber in der Regel wurde die Zeit nicht genutzt, um das Wesentliche zu klären. Die Beschlüsse wurden gefaßt, der Minister hat es uns sehr eindringlich aufgeführt. Die Maschinerie rollte an. Die neuen Bücher gingen in Druck. Sie können sich gar nicht vorstellen, was das für Kosten generell verursacht hat.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Mittlerweile sind an den Schulen Neuausstattungen da, und es werden auch gar keine anderen Bücher mehr angeboten als die mit reformierter Rechtschreibung.

Seit mehreren Jahren unterrichten wir an den Schulen nach der neuen Rechtschreibung, und ich kann Ihnen versichern, das hat auch ein paar nette Effekte, wenn man denn so als Korrektor einer Deutscharbeit dasitzt und die veralteten Fehler mit Wellenlinien anstreicht und die Fehler mit anderen Korrekturzeichen und mit einem Wörterbuch daneben sitzt und die Übergangsfristen beachtet. Es

ist schon eine interessante Zeit, um das mal freundlich zu formulieren.

Ich sehe aber wirklich aus der Erfahrung einige positive Effekte, denn Vereinfachung wurde zumindest im Ansatz eingesetzt. Ich finde es beispielsweise schon logisch, daß auch der „Kuss“ mit „ss“ geschrieben wird, wenn die „Küsse“ schon immer damit geschrieben wurden. Ich meine, auch in der Groß- und Kleinschreibung sind einige systematische Arbeiten vorangekommen. Auch die Eindeutschung von Fremdwörtern erleichtert den Kindern durchaus die Schreibung.

Nun aber, nachdem im Prinzip alle Messen gesungen sind, soll durch die Volksinitiative ein Stopp dieser Reform erfolgen. Ich möchte Ihnen mal die Konsequenzen, wenn auch etwas satirisch überhöht, vor Augen führen, wenn es denn dazu käme:

Was sagen wir unseren Kindern nach drei Jahren Erfahrung mit dieser Rechtschreibreform? April, April, vergeßt alles! Ein bißchen könnt ihr euch ja noch merken von der neuen Schreibung, denn wenn ihr ins deutschsprachige Ausland, vielleicht nach Niedersachsen oder so, kommt, könnt ihr ja noch einiges wiedererkennen.

Was sagen wir unseren Trägern, wenn jetzt die Bücher nicht mehr gelten und wir im Prinzip neu ausstatten müssen? Der Jubel wird uns gewiß sein!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Von den Verlagen auf jeden Fall.)

Man könnte beispielsweise sogar noch einen Schritt weitergehen und fragen: Sind wir auf dem Weg zu einer autonomen Republik hier in Mecklenburg-Vorpommern? Auf dem Sonderdruck – „Sonderdruck M-V“ müßte dann ja immer darüber stehen bei den Verlagen – könnte vielleicht der Don Quichotte drauf sein, wie er gegen Windmühlen kämpft.

Wir könnten vielleicht sogar eine Umweltaktion starten unter dem Motto: „Sammelt alle alten Lehrbücher aus den alten Bundesländern!“.

(Zurufe von Lutz Brauer, CDU,  
und Georg Nolte, CDU)

Das wäre noch eine ganz vernünftige Aktion und würde viel Geld sparen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Dann brauchen wir doch wieder die  
Autobahn, sonst geht das doch gar nicht.)

Ich habe das jetzt extra mal so satirisch überhöht, aber die Klarstellung muß doch einfach heißen: Wir können an diesem Punkt nicht mehr zurück. Versuchen wir also, der ganzen Geschichte etwas Positives abzugewinnen. Sprache befindet sich nun mal in ständiger Entwicklung. Meine Großmutter konnte sich ihr Leben lang nicht damit abfinden, daß ihre schöne Sütterlinschrift einfach nicht mehr das Aktuelle war. Wer hat geglaubt vor 30 Jahren, daß „Telefon“ mit „f“ geschrieben wird?

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Wir müssen einfach damit leben, daß die Sprache in ständiger Entwicklung ist.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Danke für den Hinweis.

Auch die Sprachgeschichte hat sich ja ein paar hübsche Kapriolen geleistet. Ich denke da nur an die Puristenbewegung, als man in einer Zeit krampfhaft versuchte, alle Fremdwörter ins Deutsche zu übersetzen und „Nase“ plötzlich „Gesichtserker“ heißen sollte. Wir wissen, diese Form hat nicht überlebt, weil man einfach gemerkt hat,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

das Volk nimmt dieses nicht an. Und genauso, denke ich, wird es mit den Widersprüchlichkeiten sein, die es tatsächlich gibt in der Rechtschreibreform. Das Leben wird es richten.

Die Anhörung ist ein selbstverständliches Mittel, und, ich denke, wir werden dabei Argumente austauschen können. Für mich wäre es eine Idealvorstellung, wenn die Volksinitiative angesichts der Argumentation sagt, wir ziehen unsere Initiative in dieser Form zurück,

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Wie schreiben Sie denn jetzt?)

arbeiten aber daran, daß sie besser wird. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Der Abgeordnete Monty Schädel  
meldet sich für eine Anfrage.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Volksinitiative auf Drucksache ...

Herr Monty Schädel, was wollten Sie?

**Monty Schädel,** PDS: Ich wollte eigentlich noch eine Zwischenfrage stellen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Hatten Sie sich vorher schon gemeldet?

**Monty Schädel,** PDS: Ja, hatte ich auch schon. Das war bei meinem Kollegen Klostermann heute auch schon so.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Der Nachteil ist, es gibt hier einen toten Winkel, und es gibt Abgeordnete ...

**Monty Schädel,** PDS: Dann müssen Sie die beiden neben sich mal ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Frau Polzin, sind Sie bereit, noch eine Frage zu beantworten? (Zustimmung)

Herr Schädel, Sie haben das Wort.

**Monty Schädel,** PDS: Es war nicht nur ich im toten Winkel. Auch Herr Klostermann war heute morgen schon nicht gesehen worden.

Dieser ganzen Rechtschreibreform „Positives abverlangen“: Ich wüßte so aus dem Stegreif auch nicht, wie ich zum Beispiel „Telefon“ schreiben sollte,

(Peter Ritter, PDS: Na mit „T“ vorne. –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

nach der neuen oder nach der alten Rechtschreibung. Deshalb mal einfach eine Frage zur Verständigung: Wie würden Sie denn zum Beispiel „Doppelstockbus“ trennen?

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD,  
CDU und PDS – Minister Dr. Gottfried Timm:  
Zwischen -stock und -bus, würde ich sagen.)

**Heike Polzin**, SPD: Na einfach wie ich spreche: Doppel-stock-bus.

**Monty Schädel**, PDS: Und das „ck“ bleibt „ck“?

**Heike Polzin**, SPD: Ja, selbstverständlich.

**Monty Schädel**, PDS: Gut. Na ja, ich weiß das nicht.

(Minister Dr. Gottfried Timm:  
Eigentlich darf man nur einen Gelenkbus  
trennen, keinen Doppelstockbus. –  
Heiterkeit bei den Abgeordneten)

**Präsident Hinrich Kuessner**: Herr Schädel, auch wenn Sie über „Doppelstockbus“ reden, muß ich Ihnen bei Anfragen das Wort erteilen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Polzin,  
machen Sie mal eine Stunde Deutsch mit uns!)

Ich schließe jetzt die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Volksinitiative auf Drucksache 3/668 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Innenausschuß zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß wir unseren Zeitplan heute etwas verändert haben. Der Tagesordnungspunkt 13 wird noch vor der Mittagspause abgehandelt. Nach der Mittagspause folgt dann die Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Betriebsnahe Beschäftigungspolitik, Drucksache 3/673.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:  
Betriebsnahe Beschäftigungspolitik  
– Drucksache 3/673 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Beyer von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Beyer.

**Heidemarie Beyer**, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen von SPD und PDS vorliegende Antrag zur betriebsnahen Beschäftigungspolitik soll dazu dienen, eine Brücke zwischen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in einem integrierten Gesamtkonzept zu bauen.

Einen wichtigen Baustein moderner betriebsnaher Beschäftigungspolitik sehe ich in der Qualifizierung von Stammkräften. Die sogenannte Job-rotation-Methode

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Kann man das auch auf deutsch sagen?)

ist hierbei ein Modell, das in Skandinavien seit knapp zehn Jahren erfolgreich durchgeführt wird. Jede dritte Arbeitskraft hat auf diesem Weg einen Job in der Firma gefunden, in der sie ausgeholfen hat. Ein zweites Drittel hat kurze Zeit später in einem anderen Betrieb eine Beschäftigung gefunden. Von Experten wird dieses Modell für die geringe Arbeitslosenquote in Dänemark verantwortlich gemacht. Auch in Deutschland gibt es solche Modelle von Job-rotation, so zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Baden-Württemberg. Auf Mecklenburg-Vorpommern werde ich später noch intensiv eingehen.

Grundidee ist, die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten zu fördern und gleichzeitig durch eine befri-

stete Stellvertretung Arbeitsuchenden den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Während Stammkräfte sich beruflich weiterbilden, übernehmen geeignete oder zuvor entsprechend qualifizierte und eingearbeitete Arbeitsuchende deren Aufgaben als Stellvertreter am Arbeitsplatz. Job-rotation ist damit ein Kombinationsmodell, das arbeitsmarktpolitische Instrumente mit Aspekten der Wirtschafts- und Strukturförderung sowie der beruflichen Bildung verbindet. Gerade diese Kombination empfinde ich als besonders notwendig. Dieses möchte ich näher verdeutlichen:

Unternehmen verbessern ihre Wettbewerbsfähigkeit, indem sie sich durch qualifiziertere, kompetentere und motiviertere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung anpassen und somit ihre Innovationskraft erhöhen. Zudem sichern sie Kontinuität und erhalten ihre Produktivität, indem sie qualifizierte, eingearbeitete Ersatzkräfte an den Arbeitsplätzen der Stammebelegschaft einsetzen können.

Job-rotation zielt besonders auf eine deutliche Verbesserung des Qualifikationsniveaus aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Weiterbildung soll an der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung und am individuellen betrieblichen Bedarf orientiert sein. Ich betone noch einmal, am betrieblichen Bedarf orientiert und nicht nur am Angebot von Bildungsträgern. Häufig geschieht Weiterbildung an dem Bedarf vorbei, und die Folgen sind bekannt.

Meine Damen und Herren! Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen wird somit eine Weiterbildung der Beschäftigten ermöglicht. Wie Sie wohl wissen, ist nicht selten problematisch, daß gerade kleine und mittlere Unternehmen die Fachkompetenz ihrer Beschäftigten kontinuierlich erneuern müssen, um am Markt bestehen zu können, denn sie können zumeist keine eigenen Abteilungen für Forschung, Entwicklung und Ausbildung unterhalten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen können ihre Beschäftigten selbst für dringend nötige Weiterbildung nicht freistellen. Diese sind zumeist an ihrem Arbeitsplatz unabhkömmlich. Die Folgen sind dann, daß die erforderliche Anpassung an Markt und Entwicklung ausbleibt, die Wettbewerbsfähigkeit darunter leidet, und am Ende führt das zur Gefährdung der Arbeitsplätze. Dieses zu verhindern ist das Ziel von Job-rotation. Ich bin der Auffassung, daß Job-rotation gerade für Mecklenburg-Vorpommern ein sehr attraktives Modell ist.

Meine Damen und Herren! Fachliches Know-how und berufliche Handlungskompetenz sind wesentliche Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens. Die schnellen Entwicklungen im technologischen Bereich sind häufig verbunden mit Veränderungen der Produktionsabläufe und der betrieblichen Organisationsstrukturen. Dadurch wird eine angemessene kontinuierliche berufsbegleitende Anpassung der Beschäftigten erforderlich. Dies ist notwendig, um die Innovationsfähigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auf Dauer zu erhalten und zu verbessern. Hier setzt Job-rotation an, indem es Betriebe bei der Entwicklung und Umsetzung zukunftsorientierter Weiterbildungsstrategien berät und unterstützt.

Ziel ist die Entwicklung unternehmensspezifischer Konzepte für eine bedarfsorientierte und anwendungsbezogene Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die Beschäftigten hat dieses Modell den Vorteil, daß

es ihnen eine umfangreiche effektive Qualifizierung während der Arbeitszeit ermöglicht, und dies nicht nur für Führungskräfte, sondern insbesondere für den Arbeiter an der Werkbank, der dazu in einem kleinen Betrieb selten die Möglichkeit erhält.

Weiterhin sichern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren eigenen Arbeitsplatz, indem sie neue, bedarfsgerechte und innovative Kompetenzen erwerben. Auch für Arbeitslose bietet dieses Modell Chancen. So können sie ihre Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern, indem sie aktuelle berufliche Praxis erwerben, sowie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse erweitern und direkt am Arbeitsplatz unter Beweis stellen können.

Arbeitslosen wird somit eine neue Perspektive geboten. Die Stellvertretung bietet ihnen die Möglichkeit, ihre berufliche Handlungskompetenz unter Beweis zu stellen, zu erneuern und zu erweitern. Dies geschieht durch vorbereitende Qualifizierung und Einarbeitung sowie die anschließende Einbindung in betriebliche Arbeitsabläufe. Ihre Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt wird dadurch deutlich verbessert. Darüber hinaus ist es mehr als wahrscheinlich, daß ein Unternehmen, in welchem Bedarf an Fachkräften besteht oder entsteht, auf die eingearbeiteten Stellvertreterinnen und Stellvertreter zurückgreift.

Insofern unterstützt Job-rotation das Personalmanagement der Unternehmen und nicht zuletzt auch die Vermittlungsbemühungen der Arbeits- und Sozialverwaltung. Job-rotation ist ein innovatives, arbeitsmarktpolitisches Modell. Die Durchführung und Verbesserung betrieblicher Weiterbildungsaktivitäten ist eine präventive Strategie, die auf die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze zielt. Gleichzeitig verhindert das Stellvertretermodell eine Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen kann durch Job-rotation allerdings nicht unmittelbar, sondern nur mittelfristig erreicht werden. Voraussetzung dafür ist, daß der angeregte und erfolgte Qualifikations- und Innovationsschub sowie die folgende verbesserte Wettbewerbsfähigkeit Investitionen und neue oder größere Marktanteile erschließt.

Meine Damen und Herren! Job-rotation fördert betriebliche Innovationsprozesse, die Verfügbarkeit und den adäquaten Einsatz qualifizierter Beschäftigter. Sie ist eine konsequente Unterstützung für Betriebe in Richtung zukunftsorientierter Personalentwicklung und eine Chance, Arbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen. Ich möchte mit Ihnen diese Möglichkeit der betriebsnahen Beschäftigungspolitik als Chance für unser Land intensiv diskutieren und bitte aus diesem Grund um Ihre Zustimmung zur Überweisung unseres Antrages in den Bauausschuß, in den Wirtschaftsausschuß und in den Finanzausschuß, damit wir viele Fragen noch im Detail diskutieren können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort der Arbeitsminister Herr Holter. Bitte sehr, Herr Minister.

**Minister Helmut Holter:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße und unterstütze das Anliegen dieses Antrages der Koalitionsfraktionen. Es ist gut und richtig, daß das Thema „Betriebsnahe Beschäftigungspolitik in Unternehmen des Landes“ hier im Landtag zur Sprache kommt. Die Intentionen des Antrages gehen in die gleiche Richtung wie die Initiativen des Ministeriums für Arbeit und Bau.

Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik ist sicherlich mehr als Job-rotation.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Was ist denn das überhaupt?)

Wir haben hier eine Reihe von Maßnahmen und Erfahrungen in der Vergangenheit gesammelt. Wir werden heute nachmittag über die Schwerpunkte des zukünftigen AQMV, des Programmes „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“, diskutieren, und Schwerpunkte werden genannt werden.

Wir brauchen für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hier im Lande ein enges Zusammenwirken von Wirtschafts-, Strukturentwicklungs- und Arbeitsmarktpolitik. Das erfordert vor allem ein gemeinsames Handeln aller wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Akteure. Es wird darauf ankommen, überall vor Ort im Miteinander von Unternehmern, Beschäftigten, Personalräten und Gewerkschaften nach neuen Feldern betriebsnaher Beschäftigungspolitik zu suchen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,  
und Angelika Gramkow, PDS)

Die Möglichkeiten der Landesregierung allein werden hier nicht ausreichen, um alle Potentiale zu erschließen. Durch die Bündelung der Möglichkeiten aus verschiedenen Fördertöpfen von Land, Bund und Europäischer Union mit den Möglichkeiten von Unternehmen sind erhebliche Energieeffekte erschließbar. Darüber hinaus wird es wichtig sein, überall nach Erfahrungen zu suchen,

(Harry Glawe, CDU: Synergieeffekte.)

hier bei uns, in anderen Bundesländern und nach Erfahrungen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Synergieeffekte.)

Synergieeffekte. Habe ich mich dort versprochen?

(Angelika Gramkow, PDS:  
Das macht Dich sympatisch, Helmut!)

Danke. Synergieeffekte sind natürlich hier erforderlich.

(Reinhard Dankert, SPD:  
Ja, Fremdwörter verstehen sie auch.)

Das ist genau der Punkt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Der Punkt ist, daß die CDU immer erst etwas versteht, wenn er auswärts spricht.)

über den wir, Herr Born und liebe Kolleginnen und Kollegen, oftmals diskutiert haben: Wie gelingt es, Arbeitsmarktpolitik stärker auf die Bedürfnisse der Unternehmen auszurichten? Ich meine, es ist auch wichtig, daß wir in den Ausschüssen darüber diskutieren. Und es ist auch ein Anliegen von mir, ganz zielgerichtet die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten so zu entwickeln. Wir brauchen diese Erfahrung, und es geht darum, hinzuschauen, was an-

derswo passiert. Wir sollten das prüfen, und dabei ist auch ein Blick über die Ländergrenzen notwendig.

In anderen Bundesländern gibt es solche Initiativen, die wir prüfen sollten, über die man sicherlich nachdenken sollte. So gibt es zum Beispiel bei Volkswagen ein Projekt „Praxislernplätze“, wo 18 Monate Hochschulabsolventen in Fachabteilungen eingesetzt werden, um Berufserfahrung zu sammeln. Die meisten der Teilnehmer fanden danach bedeutend leichter eine feste Anstellung. Bundesweit erfreuen sich berufliche Weiterbildungsangebote, so sagt die Statistik, wachsender Beliebtheit. Viele Beschäftigte wollen und müssen sich weiterbilden, um zu lernen, mit den neuesten Techniken am Arbeitsplatz umgehen zu können. Hier bieten sich auch Chancen für neue Arbeitsfelder.

Mit wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Landesregierung können die Anstrengungen der Unternehmen unterstützt und flankiert werden, um noch mehr Unternehmen im Land zu helfen, durch Qualifizierung ihrer Mitarbeiter Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten zu erlangen und neue Märkte zu erschließen. Im Rahmen der Weiterbildungsförderrichtlinie fördert das Arbeitsministerium Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten, die insbesondere geeignet sind, Beschäftigungswachstum und -stabilität zu fördern oder die Qualifikationen von Beschäftigten an industrielle und soziale Wandlungsprozesse und/oder Veränderungen der Produktionssysteme anzupassen oder das Personal in Forschung, Wissenschaft und Technologien zu fördern.

Bei der Förderung dieser Maßnahmen läßt sich mein Ministerium vor allem von den bestehenden Qualifizierungsbedarfen der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern leiten. Ziel ist es, vorhandene berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Beschäftigten zu erhalten, zu vervollkommen und zu erweitern und – und das, glaube ich, ist der entscheidende Ansatz – dem wirtschaftlichen und technologischen Wandel anzupassen. Den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen entsprechend konzentrieren sich die geförderten Maßnahmen unter anderem auf folgende Bereiche:

- anwendungsbezogene informationstechnische Qualifizierung sowie Multimediaanwendung
  - Maßnahmen zur qualifizierten und zertifizierten Schweißerausbildung nach internationalen Normen und Standards
  - Qualifizierung für Management und Führungstätigkeit einschließlich Personalentwicklung und Personalmanagement
- (Harry Glawe, CDU: Das ist doch nichts Neues.)
- betriebswirtschaftliche Aufbauqualifizierung, insbesondere Unternehmensführung, Buchführung und Controlling, Einkauf und Vertrieb

Natürlich ist das nichts Neues, Herr Glawe. Wir reden hier über betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik. Ich meine, es ist nur zu Recht wichtig, daß man den Komplex, was an Qualifizierungsmaßnahmen passiert, hier nochmals vorstellt. Aber den Zwischenrufer interessiert ja gar nicht, was hier vorne gesprochen wird.

(Harry Glawe, CDU: Doch, doch.  
Aber es ist ja nichts Neues dabei. –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Mit diesen Maßnahmen, die sich auf die Erhaltung und Erweiterung von Kenntnissen ...

Es gebietet die Kultur, daß ich, wenn auf meinen Zwischenruf reagiert wird, auch zuzuhöre, was darauf geantwortet wird, Herr Glawe.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Entschuldigen Sie, ich möchte auch etwas dazu sagen. Ich finde es nicht gut, wenn Sie nur dazwischenrufen, um den Redner zu stören. Das war gestern schon mehrfach der Fall. Wir sollten uns darum bemühen, damit der Redner seine Linie auch durchhalten kann. Zwischenrufe finde ich sehr schön, aber sie müssen qualifiziert sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

**Minister Helmut Holter:** Mit diesen Maßnahmen, die sich auf die Erhaltung und Erweiterung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten richten, die von den Unternehmen nachgefragt werden, wird ein Beitrag zur Stabilität und zum Wachstum von Beschäftigung in kleinen und mittleren Unternehmen geleistet und mittelbar die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verstärkt. Aufgrund der angespannten Wirtschafts- und Wettbewerbssituation der kleinen und mittleren Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern werden die Qualifizierungen von Mitarbeitern meist in modularisierter Form, berufsbegleitend am Abend und an den Wochenenden, durchgeführt. Zudem hat sich die durchschnittliche Maßnahmedauer aufgrund der modularisierten Form der Qualifizierung erheblich verkürzt.

Für die Beschäftigten steht im Mittelpunkt ihrer Qualifizierungsbemühungen die Zielsetzung, ihren Arbeitsplatz zu erhalten. Sie investieren ihre Freizeit und zum Teil beträchtliche finanzielle Mittel in die eigene Weiterbildung. Freistellungen von Mitarbeitern für längerdauernde Vollzeitmaßnahmen werden von den Betrieben aufgrund ihres geringen Personalbestandes und der angespannten Wettbewerbssituation nur in Ausnahmefällen gewährt. Hinzu kommt genau der Gedanke, den Frau Beyer eingebracht hat, wir müssen über Job-rotation diskutieren, um diese Momente auszuschalten, damit sowohl die Weiterbildung, die Qualifizierung möglich ist, aber auch das Unternehmen die Möglichkeit hat, mit dem geringen Personalbestand seine technologischen Erfordernisse zu erfüllen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,  
und Angelika Gramkow, PDS –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Deswegen erproben wir Modelle der Job-rotation. Inwieweit diese angenommen werden in Betrieben und Unternehmen sowie von den Beschäftigten müssen wir ganz konkret untersuchen. Deswegen gibt es Modellvorhaben.

Um in diese Richtung Anstöße zu geben und Wege aufzuzeigen, fördert das Arbeitsministerium gegenwärtig aus Mitteln der Gemeinschaftsinitiative ADAPT ein transnationales Modellprojekt zur Sicherung von Beschäftigung in kleinen und mittleren Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern durch Job-rotation. Das Projekt wird in der Regel in Rostock durchgeführt und durch einen Beirat, in dem das Arbeitsamt Rostock, die IHK Rostock, das Versorgungsamt Rostock und das Arbeitsministerium vertreten sind, begleitet. Im Rahmen des Projektes wurde als erstes eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, die am 22. Sep-

tember 1999 den Beiratsmitgliedern vorgestellt wird. Ich bin gerne bereit, die Ergebnisse dieser Studie in den entsprechenden Ausschußberatungen mit vorzustellen. Ich finde es begrüßenswert, daß parlamentarisch hier ein solcher Weg begleitet wird. Wir können nicht genug tun, um das auch in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,  
und Angelika Gramkow, PDS)

Wir sollten die Ergebnisse der Studie nicht nur im Beirat und in den Ausschüssen diskutieren, sondern auch öffentlich vertreten und mit Sozialpartnern darüber diskutieren, was machbar ist. Wir werden heute nachmittag sicherlich noch einmal darüber sprechen, was Frauen betrifft. Es ist ein sinnvolles Angebot, wie man Beruf, Familie und Weiterqualifizierung sinnvoll miteinander verbinden kann. Ich glaube, hier ist ein sinnvoller Ansatz zu suchen.

Der Träger des Projektes wird erste Ergebnisse auf der Bildungsmesse in Rostock vom 17. bis 19. September 1999 vorstellen, das heißt also an diesem Wochenende, und wir als Ministerium werden die Ergebnisse dieses Modellprojektes mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren auswerten, diskutieren und Schlußfolgerungen ziehen. Auch das sollten wir dann in den Ausschüssen des Landtages tun, und deswegen herzlichen Dank für diesen Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kleedehn von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kleedehn.

**Bärbel Kleedehn,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich den beiden Vorrednern dankbar dafür, daß sie angesichts des vorliegenden Antrages ihre Redebeiträge so gefaßt haben, daß sie, so könnte man meinen, sogenannte Butter bei die Fische waren.

(Caterina Muth, PDS: Was sind die?)

Denn der Antrag als solches gab substantiell zunächst einmal nicht so sehr viel her, wie das, was Sie, Frau Beyer, als auch Herr Minister Holter hierzu ausgeführt haben. Und insofern

(Reinhard Dankert, SPD: ... sind wir  
jetzt gespannt auf Ihren Beitrag.)

muß ich mich ein bißchen korrigieren, denn zunächst einmal hatte ich gesagt, die beiden Anträge zur aktuellen Landtagssitzung, gerade zwei Anträge zur Arbeitsmarktpolitik, haben uns doch ziemlich überrascht.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Überraschungen  
sind doch was Schönes, Frau Kleedehn. –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wenn man den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten Ringstorff vom gestrigen Tag folgen durfte, dann sei doch gerade, was den Arbeitsmarkt betrifft, alles auf dem guten Weg.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Das haben Sie doch eben gehört.)

Es scheint aber vielleicht doch nicht so zu sein,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Man kann  
doch alles noch viel besser machen.)

weil auch fast ein Jahr nach Ihrer Regierungsübernahme weniger Ergebnisse zu sehen sind als vorher, um nicht gar zu sagen, die Arbeitslosigkeit im August war in Mecklenburg-Vorpommern genau um 0,1 Prozent höher als im Vorjahresmonat.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU: Richtig. –  
Angelika Gramkow, PDS: Sie haben gestern  
auch nicht zugehört, ne, Frau Kleedehn? –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Doch, Frau Gramkow, ich habe sehr wohl zugehört.

Ich kann mir allerdings angesichts der beiden Vorredner sehr, sehr gut vorstellen, wenn es um betriebsnahe Beschäftigungspolitik geht, daß ein gesamtgesellschaftlicher Konsens für derartige Überlegungen und Modelle durchaus zu erreichen ist, beispielsweise wenn es darum geht, in den sozialen Bereichen verstärkt solche Modelle auszuprobieren, denn da kränkeln wir vielfach darunter, daß wir eben viel zu niedrige Betreuungsschlüssel haben, die letztlich von Kassen und anderen nicht mitfinanziert werden. Und ich glaube, da, wo Arbeit zu Lasten von Fürsorge bei den Menschen geht, sollte diesbezüglich durchaus etwas getan werden. Darüber aber sollte man zu gegebener Zeit diskutieren.

(Angelika Gramkow, PDS: War das jetzt  
ein Votum für öffentliche Beschäftigung? –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS)

Nein, das war kein Votum für öffentliche Beschäftigung, Frau Gramkow, sondern dieses war ein möglicher Ansatz und auch die Relation, wenn es um beitragsfinanzierte oder steuerfinanzierte Arbeit geht, um da einen gesamtgesellschaftlichen Konsens eher herbeizuführen, als es an anderer Stelle möglich ist.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Ich danke Ihnen sehr für diese Antwort.)

Ansonsten kann ich nur an die Äußerungen meines Fraktionsvorsitzenden Herrn Rehberg von gestern erinnern, der den Präsidenten des ZDH hat sprechen lassen. Und da zitiere ich noch einmal den Herrn Philipp, als es beispielsweise um das Programm für arbeitslose Jugendliche ging: „So, wie es bisher gelaufen ist, kann es nicht weitergehen.“, sagte Herr Philipp zu Recht. Den wahren Problemen der Jugendarbeitslosigkeit werde dieses Programm nicht gerecht. Diese Probleme würden daran deutlich, daß von den bisher 52.900 Jugendlichen, die eine Ausbildungsmaßnahme beendet hätten, 15.600 wieder arbeitslos seien. Von rund 14.000 Teilnehmern wisse man nicht, wo sie verblieben seien. Nur 8.500 junge Leute hätten tatsächlich Arbeit bekommen, und lediglich 1.700 hätten einen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden. 7.500 Jugendliche hätten die Ausbildung abgebrochen, und 55.000 Angefragte seien gar nicht erst angetreten.

Meine Damen und Herren, ich will die Lage auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht beschönigen, und keine Partei hier in diesem Landtag wird dieses Problem als solches verniedlichen oder sich gar wirklichen Lösungsansätzen zur Lösung solcher Probleme verschließen. Und ich gebe ehrlich und unumwunden zu, daß es auch meiner Partei, wie auf Bundes- als auch auf Landesebene, nicht immer gelungen ist, diese Ansätze gerade auch in ihrer eigenen Partei bei allen, die dort angefragt sind, mit umzusetzen. Insofern, denke ich mal schon, ist auch hier eine echte sachliche Grundlage für vernünftige Ge-

sprache, wenn es nämlich um Deutschland geht und nicht nur um Mecklenburg-Vorpommern, gefragt.

Meine Damen und Herren, glaubt man, wie gesagt, allerdings den Zahlen des Ministerpräsidenten aus der gestrigen Haushaltsdebatte, so versucht Mecklenburg-Vorpommern allerdings im Moment, die Arbeitsmarktprogramme durchaus mit einem Erfolg zu betiteln, wie sie bislang in dem einen Jahr gelaufen sind. Mit dem Glauben ist das so eine Sache, und ich denke mal, wir sollten eher dazu kommen, daß Arbeitsmarktprogramme beim ersten Arbeitsmarkt noch verstärkter ansetzen

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

und dann zu einem Erfolg werden.

Ich denke, vor dem Hintergrund der Daten scheint es naheliegend, wenn SPD und PDS wenigstens für die Zukunft mit publikumswirksamen Aktionen ihr arbeitsmarktpolitisches Engagement nicht laufend demonstrieren, sondern tatsächlich echte Ansätze bringen. Schließlich gebieten dies auch die selbstgesteckten Zielsetzungen Ihres Koalitionsvertrages, und hier möchte ich nur die Ziffer 2 zitieren: „Die Landesregierung wird aufgefordert, solche Bemühungen zu unterstützen, die moderne, betriebsnahe Beschäftigungspolitik in Unternehmen ermöglichen.“

Da stellt sich schon die Frage, was diese Formulierung soll. Welche halbwegs vernunftbegabte Landesregierung in unserem Land mit 17,6 Prozent Arbeitslosigkeit und etwa 70.000 Menschen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird sich einer solchen Forderung verschließen?

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Nein, mit Sicherheit nicht. Wir sind ja noch am Anfang.

(Angelika Gramkow, PDS: Was haben wir denn gemacht die letzten vier Jahre?)

Müssen SPD und PDS ihre eigene Landesregierung zum Jagen tragen mit solchen Anträgen? Ich glaube mal, nicht.

Liebe Kollegen, ist SPD und PDS ...

(Angelika Gramkow, PDS: Wissen Sie, konstruktiv unterstützen ist viel mehr wert. – Wolfgang Riemann, CDU: Schlafwagen anschieben.)

Ja, ich glaube ja gerne, Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Sie sollen nicht glauben, wissen.)

daß Sie mehr Rückgrat haben als so manch einer der Vertreter, die hinter mir sitzen.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie wissen ganz genau, daß diese Formulierung empfohlen wird.)

Und mit Aktionismus sollen die eigenen Bemühungen um mehr Beschäftigung dem interessierten Publikum verkauft werden, ohne allerdings auch nur annähernd auf Ergebnisse verweisen zu können, bis zum heutigen Tag.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier nicht mißverstanden werden, auch für uns ist das Problem der Arbeitslosigkeit, wie gesagt, ein zentrales Anliegen, und ich denke, daß wir dies in diesem Jahr auch mit unseren Anträgen schon mehrfach zum Ausdruck gebracht haben.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Auf Ihre Diskussionsbereitschaft seitens der Regierungsfraktionen konnten wir dabei allerdings nicht hoffen. Im Gegenteil, unsere Anträgen wurden wie beim Bündnis für Arbeit in einmalig peinlicher Weise in den Ausschüssen behandelt oder mit völlig destruktiven Redebeiträgen willentlich mißverstanden,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Ach, sind wir böse Menschen.)

so geschehen auch beim Antrag zu den Strukturmaßnahmen Ost. Dort wurde im Brustton der Überzeugung verkündet, die Regierung würde bei eventuellen Problemen natürlich sofort handeln. Ich denke mal, wie lange müssen wir noch warten, bis wir das eventuelle Problem feststellen. Wir sind mittendrin, und das seit Jahren. Eines parlamentarischen Antrages bedürfe es da allerdings nicht.

Meine Damen und Herren, da gestatte ich mir doch die Frage, warum, wenn die Regierung die eventuelle Fehlwirkung von Programmen sofort beseitigen würde, dies hier mit einem derartigen Antrag auf den Weg gebracht werden mußte. Sicherlich tragen wir hier Ihre Eskapaden durchaus mit parlamentarischem Sportsgeist mit. Schuldig sind Sie uns allerdings Erklärungen, was denn die Zielrichtung des vorliegenden Antrages überhaupt sein soll. Betriebsnahe Beschäftigungspolitik soll, folgt man Ihrem Antrag, der Arbeitslosenvermittlung Chancen eröffnen sowie Qualifizierung und Personalentwicklung in Unternehmen erleichtern. So weit, so gut. Dagegen wird auch niemand etwas einwenden.

Ich sagte bereits, ich sehe hier durchaus Möglichkeiten in den sozialen Bereichen. Fragt man sich allerdings, wie das pauschal geschehen sollte und liest interessiert die Begründung, wird man nicht viel klüger. Dort heißt es: „Durch Freistellung von Beschäftigten zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen bei gleichzeitigem Einsatz von qualifizierten Stellvertretern für die Zeit der Freistellung, können Unternehmen durch betriebsnahe Beschäftigungspolitik ihre Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität verbessern“. So einfach ist das also? Weiterbildung als Haltbringer für den Arbeitsmarkt – da ist doch wohl auch Erklärungsbedarf notwendig.

Ohne Frage ist die Qualifizierung und Weiterbildung am Ausgang des 20. Jahrhunderts ein zentraler Wettbewerbsfaktor – ohne Frage. Aber wie soll das entlastend auf den Arbeitsmarkt wirken? Indem Arbeitslose die Zeitvertretung für Arbeitnehmer in Weiterbildungsmaßnahmen sind? Man stelle sich dieses einfach mal praktisch vor, wenn nicht die rote Lampe leuchten würde. Die Landesfinanzverwaltung schickt ihre Steuerfahndung, weil Frau Gramkow gestern das Beispiel gebracht hat, zur Weiterbildung, 150 Milliarden kann man deutschlandweit praktizieren –

(Heidmarie Beyer, SPD: Es geht um Betriebe.)

auch die Landesverwaltung kann ein Unternehmen sein,

(Angelika Gramkow, PDS: Es geht um die Betriebe, wollte ich nur sagen.)

bringen Sie das in Ihren Antrag mit rein –, und stellt dafür Arbeitslose als zeitliche Vertretung ein. Meinen Sie nicht, daß wir in Verwaltungen nicht auch Qualifizierungen notwendig hätten? Ich kann nur hoffen, daß das nicht Ihr Ernst ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir tun das.)

Meine Damen und Herren, unser Petitum ist, wie so oft, das gleiche. Herr Präsident, ich komme zum Schluß.

Lassen Sie uns bei der gesamten Arbeitsmarktpolitik am ersten Arbeitsmarkt ansetzen. Orientieren Sie sich auf die Schaffung neuer Unternehmen! Bemühen Sie sich um eine Entlastung bei den Lohnzusatzkosten! Fordern Sie die Gewerkschaften zu einer moderaten Lohnpolitik auf, oder fragen Sie sich vielleicht mal, ob Tarifautonomie noch zeitgemäß ist!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Reinhard Dankert, SPD: Das hat ein Nachspiel.)

Dann sind wir vielleicht, andere Länder machen es uns vor, ...

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich bitte jetzt zum Schluß zu kommen, Frau Kollegin.

**Bärbel Kleedehn, CDU:** ... bei so manchen Beschäftigungsproblemen und deren Lösung an Ihrer Seite. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rudolf Borchert, SPD: Ist das jetzt die neue CDU-Politik?)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat Frau Kassner von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kassner.

**Kerstin Kassner, PDS:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Problem der möglichen Weiterbildung für Mitarbeiter wird in Diskussionen immer wieder angesprochen. Von beiden Seiten, sowohl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch von Unternehmerinnen und Unternehmern, werden dabei eine Vielzahl von Problemen benannt, die es angeblich schwer oder fast unmöglich machen. So wird die Weiterbildungsmaßnahme in vielen Fällen einfach nicht wahrgenommen, sehr zum Schaden der Unternehmen, wie ich meine, aber auch der Mitarbeiter, der sich qualifiziert hat, diese Qualifizierung dann aber nicht den aktuellen Erfordernissen entspricht, kann den neu erworbenen Wissensstand nicht anwenden. In vielen Diskussionen wird dabei auf fehlende gesetzliche Bestimmungen, auch bei uns im Land, verwiesen. Ja, das stimmt, das Weiterbildungsgesetz, finden wir, bedarf klarer Regelungen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Nun bin ich aber der Auffassung – und ich denke, Sie werden mir da zustimmen –, daß die Unternehmen nicht nur auf die gesetzlichen Regelungen warten sollten, denn ich denke, da ist wirklich auch Selbständigkeit und die Nutzung aller schon gegebenen Möglichkeiten einfach notwendig. Das Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen ist sehr vielfältig. Eine ganze Branche lebt davon, und die Einrichtungen versuchen sehr oft, sich genau auf die Bedürfnisse einzustellen und zugeschnittene Maßnahmen anzubieten.

Ein Beispiel, was vielleicht nicht ganz die Richtung trifft, aber was man sicher in diese Richtung ausbauen könnte, ist die Winterakademie bei uns auf der Insel Rügen, eine Veranstaltung, die in Trägerschaft einer Bildungseinrichtung durchgeführt wird, unterstützt vom DEHOGA-Kreisverband und natürlich getragen vom Arbeitsamt. Dort werden spezielle Kurse in den Wintermonaten durchgeführt, um zum Beispiel Sprachausbildung für Arbeitnehmer in der Tourismusbranche zu ermöglichen, eine sehr wichtige Sache, sowie spezielle Fertigkeiten zu erwerben,

die einfach die Möglichkeiten für die Arbeitnehmer verbessern. Ich könnte mir vorstellen, daß es dabei nicht nur darum gehen würde, aus Saisonverträgen Dauerarbeitsverträge zu machen – so ist das leider im Moment –, sondern daß man dieses Angebot erweitern könnte und ganz spezielle Fertigkeiten für Arbeitnehmer vermittelt, damit diese auch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Diese Winterakademie ist heiß umstritten. Man muß, wenn man seine Mitarbeiter dort unterbringen möchte, sich schon rechtzeitig auf die Hinterfüße stellen, damit das auch klappt. Also hier sind auf jeden Fall noch Potenzen vorhanden, da ist der Bedarf einfach viel höher, als er im Moment genutzt werden kann.

Trotz dieser eben genannten positiven Erfahrungen besteht aber wirklich unserer Meinung nach auch die Notwendigkeit, daß die gesetzlichen Regelungen zur Weiterbildung präzisiert und ergänzt werden. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, ein Bildungsfreistellungsgesetz in dieser Legislaturperiode zu erlassen, und ich sehe den heutigen Antrag als einen Schritt in diese Richtung, aber nicht als etwas, was dieses Vorhaben überflüssig macht. Wir wollen mit diesem Antrag erreichen, daß bereits im nächsten Jahr Maßnahmen in Richtung von Bildungsfreistellungen in Kraft treten. Dazu soll einfach die Möglichkeit eingeräumt werden, Modelle für dieses Gesetz, für dieses Vorhaben zu erproben.

Unserer Meinung nach ist es wirklich wichtig für die weitere Behandlung, daß man eng zusammenarbeitet mit Unternehmerverbänden, mit den Industrie- und Handelskammern, mit den Handwerkskammern und natürlich mit den Arbeitnehmerverbänden. Das ist, denke ich, ganz, ganz wichtig, damit man einen Konsens bekommt.

Frau Kleedehn, an dieser Stelle möchte ich sagen, daß Ihre Ausführungen sehr widersprüchlich waren. Auf der einen Seite haben Sie sehr deutlich gemacht, daß dieser Konsens einfach notwendig ist. Wenn wir aber sagen, wir wollen, daß sich der Landtag mit denen, die davon betroffen sind, gemeinsam darum einen Kopf macht, dann sagen Sie, daß das eben an den Haaren herbeigezogen ist. Ich sehe das nicht so. Wir wollen, daß das öffentlich diskutiert wird, daß es transparent gemacht wird und nicht in irgendwelchen stillen Kämmerchen Modelle ausgedacht werden. Also ich denke, das ist hier der richtige Weg, den wir gehen, wenn wir uns gemeinsam um diesen Konsens bemühen und dann die entsprechenden Modelle auch auf den Weg bringen, denn nur so haben sie auch wirklich eine Chance, daß sie verwirklicht werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Bärbel Kleedehn, CDU)

Deshalb sind wir der Meinung, wir sollten den vorliegenden Antrag in die Ausschüsse überweisen, dort gemeinsam mit den von mir genannten Vertretern darüber diskutieren und dann möglichst bald zu einem schnellen Ergebnis kommen, damit die ersten Modelle schon bald auflaufen können. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Beyer von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Beyer.

**Heidemarie Beyer, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Kleedehn, Ihre Einschätzung zur Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung kann ich beim besten Willen nicht teilen. Ich muß aber sagen, wir sind nicht so vermessen wie Sie, uns einzubilden, daß eine Sache, die gut ist, nicht noch verbesserungswürdig wäre.

(Befall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich muß sagen, mit diesem Antrag geht es uns auch weniger um Verbesserung, sondern es geht uns darum, einen Aspekt, der uns sehr wichtig erscheint, einfach mal herauszuheben und hier zu diskutieren, und ich denke, das ist legitim. Aber ich will es noch mal versuchen, vielleicht verstehen Sie es ja jetzt ein bißchen besser. In zahlreichen Ländern, das sagte ich schon, nutzen Unternehmer erfolgreich die Möglichkeit, ihre Mitarbeiter zu qualifizieren, ohne Personalengpässe in Unternehmen zu riskieren.

Das dänische Büro „EU-Job-rotation“ in Silkeborg spricht von einer Qualifikationslücke, die europäischen Unternehmen zum Verhängnis werden kann und sich zu einer wachsenden Bedrohung für die Volkswirtschaft der europäischen Länder entwickelt – dramatische Worte. Tatsache ist, daß qualifizierte Arbeitskräfte und ein hochwertiger Service immer mehr zum Erfolgsfaktor im unternehmerischen Wettbewerb werden. Wer da zurückbleibt, geht schweren Zeiten entgegen, meinen die Akteure der Initiative Job-rotation im Landkreis Güstrow. Zu ihnen gehören unter anderem die Bildungsträger der Regionen, der Unternehmerverband, die Kreishandwerkerschaft, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Güstrow, das Arbeitsamt Güstrow und beratend die BWJ Service GmbH Mecklenburg-Vorpommern Regionalbüro Rostock.

Dr. Fleischer, der Initiator dieses Projektes innerhalb des Güstrower Bündnisses für Arbeit, erklärte es einmal an folgendem Beispiel sehr konkret, wie das funktionieren soll. Nehmen wir zum Beispiel ein Unternehmen, das Heizungs- und Lüftungsbauer sowie Elektromonteur beschäftigt und nun auch in den Markt regenerativer Energien einsteigen möchte. Um seine Mitarbeiter dafür fit zu machen, möchte das Unternehmen Stammkräfte zur Anpassungsfortbildung Solartechnik Wärmepumpen schicken. Das Unternehmen kann es sich aber nicht leisten, diese Stellen für den Fortbildungszeitraum unbesetzt zu lassen, da dann Verträge nicht eingehalten werden können.

Welche Lösung bietet da Job-rotation? Die Stammkraft im Unternehmen wird für den Zeitraum der Fortbildung durch einen Stellvertreter ersetzt. Dieser muß natürlich entsprechend ausgebildet sein, um einen vollwertigen Ersatz für die Stammkraft darzustellen. Darüber hinaus wird der Stellvertreter entsprechend eingearbeitet und steht wenn nötig in regelmäßigem Kontakt mit der in Fortbildung befindlichen Stammkraft. Erfahrungen der Projektgruppe Job-rotation in Nordrhein-Westfalen, der deutschen Modellregion, zeigen, daß die aus dem Arbeitslosenheer kommenden Stellvertreter gute Arbeit leisten, da sie sich so Referenzen für ihre Arbeitsplatzsuche erwerben können. Hinzu kommt ein finanzielles Bonbon für den Unternehmer, denn oftmals kann er sowohl für die Mitarbeiterqualifizierung als auch für den befristet eingestellten Stellvertreter Fördergelder erhalten.

Die Güstrower Kreishandwerkerschaft und der Unternehmerverband zeigen gemeinsam ihren Mitgliederunternehmen in Informationsveranstaltungen, wie Qualifizierung und Innovation im Unternehmen möglich sind, ohne betriebliche Abläufe zu stören oder gar zu unterbrechen.

Aber eines ist klar, es gibt keine Standardschnittmuster für Job-rotation. Gerade diese Flexibilität macht es aber so interessant, denn je nach unternehmerischer Branche, dem Angebot an Fortbildungskursen und der Herkunft der Stellvertreter gibt es eine Vielzahl von praktischen Umsetzungsmöglichkeiten. So kann der Stellvertreter beispielsweise im ständigen Wechsel mit der Stammkraft im Unternehmen sein, die in regelmäßigen Abständen zwischen Unternehmen und Fortbildung wechselt. Denkbar ist auch ein rotierender Stellvertreter, der nacheinander für eine Reihe von Stammkräften eingesetzt wird.

Um eine auf das individuelle Unternehmen zugeschnittene Variante von Job-rotation zu entwerfen, werden nun natürlich eine Reihe von Informationen benötigt. Hier hilft die Güstrower Initiative Job-rotation. Während die Güstrower Bildungsunternehmer über Fortbildungskurse und deren Förderung informieren, bemüht sich das Arbeitsamt Güstrow um einen geeigneten Stellvertreter. Generelle Auskünfte zur Förderung von Weiterbildung geben außerdem das Arbeitsamt, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Güstrow und die BWJ. Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Job-rotation sind selbstverständlich der passende Stellvertreter für das Unternehmen und das Angebot dringend benötigter Weiterbildungskurse. Deshalb sucht die Rostocker Studiengesellschaft Drewas ab Juni diesen Jahres Unternehmen auf und erfragt mittels Fragebogen den unternehmerischen Bildungsbedarf im Interview. Diese Befragung wird zunächst erst einmal auf den Landkreis Güstrow beschränkt. Selbstverständlich sind aber Informationen von Unternehmen aus allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns willkommen und werden in den Bildungskatalog mit aufgenommen.

Job-rotation heißt für die Güstrower Initiatoren nun vor allem viel koordinieren, informieren und beraten. Und ich kann Ihnen mitteilen, daß wir nach einiger Anlaufzeit inzwischen so weit sind, daß jetzt im Herbst zwei Kurse ganz maßgeschneidert auf die Bedürfnisse von einigen Unternehmen in unserer Region beginnen werden.

Meine Damen und Herren, noch eins zum Schluß. Wenn wir den Airbus in Mecklenburg-Vorpommern produzieren wollen, wenn wir neue innovative Unternehmen haben wollen, die ihre Produkte entwickeln und produzieren wollen, dann brauchen wir auch qualifizierte Mitarbeiter, die diese Produkte herstellen, einen qualifizierten Service anbieten und professionell vermarkten können.

Die Tatsache, daß viele ältere Arbeitnehmer in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen und deutschlandweit 380.000 Unternehmen einen Nachfolger suchen, macht deutlich, daß hier ein sehr hoher Qualifizierungsbedarf besteht. Es liegt nun an uns, ob es uns gelingt deutlich zu machen, daß auch junge Menschen in unserem Land eine Perspektive haben, daß sie gebraucht werden. Es liegt an uns, ob wir Unternehmern und Mitarbeitern deutlich machen können, daß ihre Zukunft von einer sehr guten Ausbildung und Bildung sowie ihrer Bereitschaft zu einem lebenslangen Lernen abhängt. Das vorliegende Modell ist eine gute Unterstützung dafür, und ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen in den Ausschüssen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Befall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Reinhard Dankert, SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/673 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bau, Arbeit und Landesentwicklung und zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuß sowie an den Finanzausschuß zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sicherung des Solidarpakts II, Drucksache 3/678.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Sicherung des Solidarpakts II  
– Drucksache 3/678 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Riemann.

**Wolfgang Riemann**, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Punkt 1: Auch zehn Jahre nach der friedlichen Revolution im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR sind gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland trotz gewaltiger Finanzströme von West nach Ost bisher noch nicht erreicht. Ich denke hier an gleiche Löhne und Gehälter für gleiche Arbeit,

(Angelika Gramkow, PDS: Aha?! Frau Kleedehn hat gerade den Lohnverzicht gefordert.)

an gleiche Arbeitsproduktivität, aber auch an gleiche Lohnnebenkosten, an gleiche Stellenzahl, aber auch einwohnerbezogen im öffentlichen Dienst. Ich denke, wir haben einen Nachholbedarf bei der Sanierung von Schulen und Universitätsgebäuden.

(Heike Lorenz, PDS: Leute rausschmeißen zugunsten von Investitionen.)

Wir haben einen Nachholbedarf beim unterschiedlichen Arbeitslosenniveau, und wir haben einen Nachholbedarf in der Verkehrsinfrastruktur und in vielem anderen. Wir müssen ...

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Frau Gramkow, ich habe gesagt, gleiche Löhne und Gehälter, aber auch gleiche Arbeitsproduktivität, wenn Sie das nicht gehört haben. Ich habe aber auch gesagt, gleiche Arbeitsproduktivität und gleiche Lohnnebenkosten, auch das muß angeglichen werden.

Wir müssen für das Auslaufen des Solidarpaktes I eine Bilanz aufstellen, das heißt, wir müssen deutlich machen, wo wir Rückstände haben, wo wir selber auch noch etwas aufzuarbeiten haben, und wir müssen eine Zeitschiene für die Maßnahmen und den Mittelbedarf festlegen, um gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen, denn einen Solidarpakt III darf es nicht geben.

(Angelika Gramkow, PDS: Das heißt, wir haben es in fünf Jahren geschafft, ja?)

Zu Punkt 2: Wer Punkt 1 als Zielstellung bejaht, kann sich Punkt 2 nicht entziehen, denn eine gerechte Finanzausstattung der neuen Bundesländer ist Voraussetzung für gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West. Drohungen des Finanzministers Eichel, bei Nichtzustimmung zum unsozialen Sparpaket der Bundesregierung die Finanztransfers einzustellen, und die des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Baustellen im Osten still-

zulegen, sind hier wenig hilfreich und zeugen vom Unverständnis der rot-grünen Bundesregierung für den Osten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:

Die schwarze war auch nicht viel besser.)

Zum Punkt 3: Frühzeitige Verhandlungen und kraftvollere Vertretung der Interessen von Mecklenburg-Vorpommern sind Voraussetzung für einen Erfolg des Solidarpaktes II. Ausdrücklich hilfreich ist hier die Feststellung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, der am gestrigen Tage feststellte: „Wir stehen ohne Wenn und Aber zu den neuen Bundesländern.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Daß in erheblichem Maße Widerstände zu brechen sind ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sie hätten weiterlesen sollen.)

Frau Gramkow, daß Ihnen das Zitat nicht paßt ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sie hätten weiterlesen sollen bei Herrn Koch!)

Ich habe weitergelesen,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja und?)

er hat ausdrücklich gesagt: „Wir stehen zu den neuen Bundesländern,“

(Angelika Gramkow, PDS: Was heißt das in bezug auf den Länderfinanzausgleich?)

„aber wir müssen natürlich überprüfen, welche Belastung und welche Rechenwege wir gehen.“ Frau Gramkow, er hat gesagt: „Wir stehen ohne Wenn und Aber zu den neuen Bundesländern.“

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: „Aber“ hat er doch gesagt.)

Ja, das ND. Solange Sie das ND lesen, kommen Sie von Ihrer roten Brille nicht runter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Wieso, da ist Herr Koch zitiert. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die schwarze Brille wollen wir wirklich nicht.)

Daß in erheblichem Maße Widerstände zu brechen sind, belegen Sprüche wie die des Soziologen Thomas Roethe: „In den Osten kann man Geld reinpumpen, wie man will, das bringt nichts.“ Hier ist von der Regierungskoalition, aber besonders vom Ministerpräsidenten ein kraftvolleres Vertreten unserer Interessen gefordert.

Zu Punkt 4. Ich habe schon darauf hingewiesen, mit welchen Erpressungspotentialen die Bundesregierung versucht, ihr Sparpaket durchzubringen. Aber ich meine auch, wenn es uns nicht gelingt, den Makel von Rot-Rot in Schwerin den Menschen in den alten Bundesländern zu erklären, wenn wir nicht darstellen, daß Versorgungsmoralität und Gleichmacherei hier nichts zu suchen haben, sondern den Leistungsgedanken und -werte vermitteln,

(Heike Lorenz, PDS: Das soll solidarisch sein?)

dann wird der Osten weniger Akzeptanz für den Solidarpakt II finden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was heißt denn überhaupt, den Makel von Rot-Rot erklären?)

Das wissen Sie doch ganz genau, was das heißt in den alten Bundesländern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Aber diesen Satz, den Sie selber  
nicht auseinandernehmen können.)

Das wissen wir doch ganz genau,

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

was das heißt bei den Menschen in den alten Bundesländern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dann wird der Osten weniger Akzeptanz für den Solidarpakt II finden.

Noch ein Wort zum Streit um die Aufteilung der EU-Mittel zu Lasten von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, zugunsten von Thüringen und Sachsen. Frau Finanzministerin Keler, Ihre Äußerungen vom gestrigen Tage bedeuten eigentlich, daß Sie es dem Ministerpräsidenten Ringstorff nicht zutrauen, auf gleicher Augenhöhe mit Vogel, Biedenkopf und Schröder zu verhandeln, um kraftvoll unsere Interessen zu vertreten.

Und um der Legendenbildung noch einmal vorzubeugen, Frau Keler: Es war der Bundeskanzler Schröder, Ihr SPD-Genosse, der auf dem EU-Gipfel im März in Berlin dem neuen Verteilungsschlüssel, der Mecklenburg-Vorpommern mit 90 Millionen DM belasten kann, zustimmte. Es war Schröder, der dem Schlüssel zugestimmt hat, aus dem Sachsen und Thüringen ihre heutigen Ansprüche herleiten. Also keine Nebelkerzen werfen, Frau Keler! Handeln Sie! Tragen Sie unseren Ministerpräsidenten zum Jagen, und stimmen Sie unserem Antrag heute zu!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Riemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Keler.

**Ministerin Sigrid Keler:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um es gleich zu sagen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen,

(Beifall Dr. Harald Ringstorff, SPD,  
und Angelika Gramkow, PDS)

denn wir halten ihn für überflüssig

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

und in höchstem Maße für scheinheilig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD  
und PDS – Zuruf aus der CDU: Wie bitte?)

Scheinheilig.

Worum geht es?

(Harry Glawe, CDU, und  
Wolfgang Riemann, CDU:  
Das ist unparlamentarisch.)

Das Wort nehme ich heute gerne in Kauf und eine Rüge auch, das sage ich Ihnen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –  
Dr. Harald Ringstorff, SPD: Scheinheilig ist doch nicht unparlamentarisch.  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die  
Ministerin kann doch nicht gerügt werden.)

Worum geht es? Mit wohlklingenden Vokabeln und Floskeln garniert geben Sie vor, die Verhandlungen zum Solidarpakt II von sachfremden Forderungen freihalten und zu einem guten Ergebnis führen zu wollen. Würden wir Ihrem Antrag – so, wie er steht, und nach dem, Herr Riemann, was Sie gerade hier gesagt haben – zustimmen, würden wir genau das Gegenteil erreichen.

(Beifall bei einzelnen  
Abgeordneten der SPD und PDS –  
Wolfgang Riemann, CDU: Mit Herrn  
Eichel wollen Sie sich's nicht verderben.)

Ich komme gleich zu Herrn Eichel.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der Opposition, ist durchaus geeignet, die ostdeutschen Länder in dieser Frage auseinanderzudividieren,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Wolfgang Riemann, CDU: Nee, eben nicht.)

denn selbstverständlich gibt es jene unterschiedlichen Interessenlagen, die Sie unter Punkt 3 Ihres Antrages erwähnen. Es gibt sie zwischen armen und reichen Ländern, zwischen ostdeutschen und westdeutschen, zwischen Stadtstaaten und Flächenländern, zwischen Küstenländern und Braunkohleländern. Und es gibt sie ganz handfest. Bernhard Vogel zum Beispiel will seine Landeshauptstadt unbedingt an das ICE-Netz anschließen und so weiter, und so weiter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da hat Müntefering gekürzt. Da fängt's an beim Aufbau Ost. –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und, Herr Riemann, nach dem, was Sie jetzt hier fordern, würden wir uns auseinanderdividieren. Und für den Solidarpakt müssen wir zusammenbleiben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

denn wir ostdeutschen Länder haben nur eine Chance, wenn wir bei den kommenden Verhandlungen zum Solidarpakt II gemeinsam auftreten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Deshalb haben die ostdeutschen Bundesländer und Berlin eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet – ich nehme an, Sie sind darüber informiert –,

(Angelika Gramkow, PDS:  
Das hörte sich nicht so an.)

die mit den Solidarpakt-II-Verhandlungen und den Vorarbeiten dazu begonnen hat. Jedem ist klar, daß diese Arbeit nur Erfolg haben kann, wenn wir eng zusammenarbeiten. Und da spielt natürlich der Nachholbedarf, Herr Riemann, eine sehr große Rolle, und es wird darüber gestritten werden. Das wissen wir schon, daß die westdeutschen Länder – und da vor allen Dingen die drei reichen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen – ja nun schon seit Monaten eine Kanonade auf uns abschießen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Ich erinnere daran, daß der damalige Finanzminister Huber seine Artillerie in Stellung bringen und auf uns jeden Tag ballern wollte, wenn wir nicht dem Solidarpakt I und den Veränderungen zustimmen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bayern hat noch keinen Krieg gegen Mecklenburg-Vorpommern gewonnen.)

Ich erinnere daran, daß Herr Stoiber gesagt hat: „Wenn die Länder nicht so wollen wie wir, dann werden wir mal sehen, ...“

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat Eichel gesagt, ja.)

Herr Stoiber hat es gesagt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Eichel hat das gesagt. Verwechseln Sie das nicht! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich erinnere nur daran, was heute in der „Schweriner Volkszeitung“ steht, nämlich daß der Ministerpräsident von Hessen, dem Bundesland, das ja nun die größte Summe

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

in den Länderfinanzausgleich einzahlt, gesagt hat, daß er es bei dem Solidarpakt II durchaus davon abhängig machen will,

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber ohne Wenn und Aber zum Osten.)

wie die politischen Handlungsspielräume gestaltet werden können. Was heißt denn das auf deutsch? Das heißt doch genau das, daß auf die Abstimmung und vor allen Dingen auf das Wohlergehen der Länder gehofft wird. Und das, Herr Riemann, glauben Sie doch wohl im Ernst nicht, wenn Herr Koch sich hinstellt – ich hätte beinahe gesagt, Herr Hessen – und sagt: Es soll sich da nichts ändern beim Solidarpakt I. Wissen Sie, wieviel Prozent die ostdeutschen Länder bekommen? 86 Prozent! Und wenn der Kuchen insgesamt kleiner wird, glauben Sie doch nicht, daß das nur die westdeutschen Länder trifft, die sowieso nur 14 Prozent kriegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Hier wird doch schon seit Monaten etwas politisch vorbereitet, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu beeinflussen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ooh, das gibt's doch nicht! Das ist doch wohl das Letzte, daß Sie jetzt sagen, politische Debatten beeinflussen die Entscheidungen vom Bundesverfassungsgericht.)

Na gut, dann werden ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also, Frau Keler, wirklich!)

Dann werden wir es mal abwarten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Überlegen Sie sich, was Sie hier sagen!)

Nächste Woche haben wir die ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie stellen die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichtes in Frage.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter Rehberg, ...

**Ministerin Sigrid Keler:** Ich stelle sie nicht in Frage.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Natürlich, das haben Sie eben getan.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** ... es gibt noch ausreichend Redezeit. Lassen Sie bitte Frau Rehberg,

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Frau Keler ausreden, Entschuldigung.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es ist ungeheuerlich, was Sie hier machen! Ungeheuerlich!)

**Ministerin Sigrid Keler:** Herr Rehberg, nächste Woche haben wir die mündliche Verhandlung in Karlsruhe. Gucken Sie sich mal an, was da inzwischen schon läuft, und sehen Sie sich dann mal an – ich will nicht das Bundesverfassungsgericht ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Na, das haben Sie doch eben gemacht.)

Nein, das habe ich ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Und Sie tun es jetzt wieder. Sie tun es schon wieder!)

Ach, Herr Rehberg,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Rehberg, hören Sie doch mal zu! Lassen Sie doch mal Ihr Gesäusel!)

nun reden Sie mir hier nicht irgend etwas ein, sondern hören Sie doch mal zu! Sehen Sie, was da passiert,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und dann werden wir uns weiter unterhalten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, wir werden das Urteil akzeptieren.)

Ja, wir werden das Urteil ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Weil wir in einem Rechtsstaat leben.)

Ja, das sage ich ja auch.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, also bitte.)

Aber glauben Sie doch ja nicht, daß uns das nicht beeinflussen wird

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

und daß diese politischen Attacken,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es ist abenteuerlich.)

die seit Monaten von diesen drei Ländern geführt werden und die abgestimmt geführt werden – Sie können das in der Presse verfolgen –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Dr. Harald Ringstorff, SPD: Richtig.)

daß die nicht Auswirkungen haben werden auf die politischen Entscheidungen. Und die werden vorbereitet!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Auch auf die juristischen Entscheidungen.)

So, und jetzt komme ich zu dieser zweiten dollen Legende,

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

die Sie gestern und heute hier noch mal wiederholt haben. Ich erkläre Ihnen das noch mal, wie das mit den EU-Strukturfonds ist. Es gibt für alle Länder der EU einen einheitlichen Schlüssel. Und dieser einheitliche Schlüssel basiert auf den Punkten Bruttoinlandsprodukt und Einwohner. Jedes Land ist aber berechtigt und in der Lage, differenzierte Schlüssel anzuwenden. Die Bundesrepublik Deutschland hat statistisch wesentlich bessere Möglichkeiten als viele andere Länder. Deshalb hat man sich auf diesen einheitlichen Schlüssel innerhalb der EU verständigt, jedoch mit dem Passus, daß jedes Land einen speziellen Schlüssel dafür zur Anwendung bringen kann, wie die EU-Strukturfonds verteilt werden. Die Bundesrepublik Deutschland, und in diesem Fall der Bundesfinanzminister, hat diesen Schlüssel, einen modifizierten Schlüssel, für die Verteilung der EU-Strukturfonds genommen, nämlich nach einem bestimmten Verhältnis zwischen EFRE, ESF und EAGFL. Das hat der Bundesfinanzminister gemacht. Und jetzt sagen Thüringen und Sachsen, nein, wir wollen den wesentlich größeren Schlüssel, wir wollen den, der allgemein für die EU gilt.

Herr Riemann und Herr Rehberg, das finde ich schon ein starkes Stück,

(Wolfgang Riemann, CDU: Daß der  
Ministerpräsident nicht verhandelt hat.)

wenn Sie jetzt auf einmal das Herrn Schröder und Herrn Eichel in die Schuhe schieben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Stimmt,  
der muß es ja entscheiden.)

wenn Thüringen und Sachsen in diesem Fall unsolidarisch sind

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

und wenn die jetzt auf einmal was anderes fordern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie können  
vielleicht mit Ihren Kollegen nicht.)

Wie bitte?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie können  
vielleicht mit Ihren Kollegen nicht. Das  
muß man absprechen bei den Ministern.)

Herr Dr. Jäger, wissen Sie,

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Und Herr Ringstorff ist isoliert, und  
deswegen kann er nicht verhandeln. –  
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Herr Dr. Jäger, auf Ihre Zusagen konnte ich mich früher nie so richtig verlassen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und ich habe sie immer gehalten.

Ich will Ihnen was sagen: Am 31. Mai hat der Bundesfinanzminister diesen Schlüssel und diese Aufteilung an die Länder geschickt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Es hat Abstimmungen zwischen den Referenten gegeben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und da gab es Konsens. Auf einmal, Mitte Juli, kommt Sachsen und sagt, nein, wir setzen den anderen Schlüssel an, ohne daß wir überhaupt eine Chance hatten. So, und jetzt gibt es nun den Streit. Und dieser Streit muß eigentlich zwischen den Ländern geklärt werden. Da das nun offensichtlich nicht der Fall ist, da wir nicht bereit sind, auf 600 Millionen DM zu verzichten und Brandenburg auf 1 Milliarde DM, wird der Bundesfinanzminister eine Entscheidung treffen müssen – gegen Sachsen und Thüringen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS:  
Ja. – Wolfgang Riemann, CDU:  
Wollen wir's mal hoffen.)

Und Sie behaupten jetzt, andersherum wäre es der Fall, Herr Rehberg. Das ist eben die Unverschämtheit, die immer wieder von Ihnen kommt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD  
und Angelika Gramkow, PDS)

daß Sie immer wieder falsche Meldungen hier in die Presse bringen. Das ist doch das. Sie sollten sich vielleicht vorher doch mal genauer informieren!

(Harry Glawe, CDU: Was? –  
Dr. Harald Ringstorff, SPD:  
Er ist doch informiert.)

Ja.

(Heike Lorenz, PDS: Desinformiert. –  
Eckhardt Rehberg, CDU: Machen Sie nur weiter,  
Frau Keler. Es ist interessant, Ihnen zuzuhören.)

Ja, Herr Rehberg, ich glaube schon, Sie sollten es öfter mal tun, dann wäre es bei Ihnen vielleicht doch ein bißchen anders,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Umgekehrt  
aber genauso, Frau Finanzministerin.)

was Sie uns hier immer so erzählen.

Jedenfalls kann ich Ihnen sagen, wir arbeiten seit mehreren Monaten zusammen, alle ostdeutschen Länder, und versuchen, für den Solidarpakt II die entsprechenden Daten und Fakten zusammenzustellen, damit wir eine Chance haben, bei dem Solidarpakt II unseren unbestrittenen Bedarf, den wir auch nach dem Jahr 2000 hier haben werden, zu realisieren. Und ich sage Ihnen, alles das, was jetzt von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Und von Bonn und Berlin.)

gemacht wird, ist genau das, wo wir es schwerhaben werden. Und wenn Sie sich das Zitat von Herrn Eichel genau ansehen, hat Herr Eichel gesagt:

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn ihr  
nicht folgsam seid, kriegt ihr Haue.)

Wenn der Bund nicht mehr handlungsfähig ist, dann kann der Bund auch nicht mehr den neuen Ländern ab 2005 Finanzmittel zur Verfügung stellen.

(Wolfgang Riemann, CDU: So hat er  
es hinterher versucht zu erklären.)

Übrigens noch etwas: Ich habe damals vermißt, daß Bundeskanzler Kohl sich mal in die frühere Debatte eingemischt hätte. Von ihm war damals nichts zu hören, während von den SPD-Spitzenpolitikern schon seit jeher immer gesagt wurde: Wir sind dagegen, daß der Solidar-pakt I aufgekündigt wird.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Außer Eichel, außer Eichel!)

Und genau das erwarte ich jetzt auch mal von Ihnen ...

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Außer Eichel, das wissen Sie genau, als er  
noch Ministerpräsident von Hessen war.)

So, und Sie wissen auch ganz genau, warum Herr Eichel damals

(Wolfgang Riemann, CDU: Geschwiegen  
hat. Weil er vor den Wahlen stand.)

in Hessen eine modifizierte Klage eingereicht hat. Sie kennen die auch, die sieht etwas anders aus.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich denke,  
die SPD war immer dagegen.)

Ich habe damals mit Herrn Eichel sehr wohl darüber gesprochen, auch das haben wir hier schon mal diskutiert. Bayern und Baden-Württemberg sind nun mal eindeutig diejenigen Länder, die die Speerspitze in diesem Kampf sind. Und neuerdings mischt sich Herr Koch ganz schön mit ein.

Jedenfalls haben wir, die ostdeutschen Länder, allen Grund, weiterhin zusammen in einem Boot zu bleiben. Ich wäre schon froh gewesen, wir hätten es beim Solidar-pakt I bei den Verhandlungen in Karlsruhe geschafft. Es war leider nicht möglich. Sachsen und Thüringen haben sich eigene Gutachter und Prozeßvertreter genommen. Aber ich hoffe doch noch, daß die Unterschiede nicht so immens sind und daß wir nächste Woche auch dort mit einer einheitlichen Stimme sprechen, denn es geht um sehr viel Geld für uns ostdeutsche Länder. Und das sollten wir immer bedenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Angelika Gramkow, PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holz-nagel:** Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Vorsitzende der Fraktion der PDS Frau Gramkow.

**Angelika Gramkow,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Von konstruktiver Opposition, Herr Riemann, kann hier wahrlich nicht die Rede sein, die Sie uns so weitreichend angekündigt haben. Dieser Antrag glänzt vor Populismus und belanglosen Feststellungen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das,  
was unbequem ist, ist populistisch.)

Erstens sollen wir nach Ihrem Antrag feststellen, daß noch erhebliche Anstrengungen bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West erreicht werden sollen.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Da können Sie zustimmen, ne?)

Na klar, das sieht wirklich jeder. Aber wenn in den vor-angegangenen Beiträgen Ihrer Kollegen aus der Fraktion

hier angemahnt worden ist, Tarifgebundenheit zu überprüfen, Solidarität von den Gewerkschaften in bezug auf Lohnverzicht, dann finde ich schon sehr interessant, was das bei Ihnen heißt. Das haben Sie nicht ausgeführt.

Und ich denke, über den Ansatz gibt es Einigkeit. Die Fraktionen von CDU und SPD haben am 13. Mai 1998 den Antrag „Entschließung zur Reform des Länderfinanzausgleichs“ mit der Ost-Förderung eingebracht. Dieser ist mit den Stimmen der damaligen Opposition, der PDS, beschlossen worden – Einigkeit in diesem Parlament.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sehen Sie.)

Zweitens. Bei dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, sollen wir es von entscheidender Bedeutung halten, daß die Verhandlungen zum sogenannten Solidarpakt II zu einem Ergebnis führen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zu einem  
guten Ergebnis für dieses Land. –  
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ein Ergebnis wird immer erreicht. Dieses Ergebnis soll dann die Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West ermöglichen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Lesen Sie  
doch! Das steht doch gar nicht da.)

Das ist zwar ein absoluter Allgemeinplatz, aber ich denke, auch darüber gibt es Konsens.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Na dann stimmen Sie zu!)

Drittens sollen wir anerkennen, daß bei den derzeit laufenden Verhandlungen unterschiedliche Interessenlagen vorliegen.

(Heike Lorenz, PDS: Was das  
Wort „Verhandlungen“ sagt.)

Es wäre sehr interessant gewesen, Sie hätten diese unterschiedlichen Interessenlagen einmal dargestellt. Und an der Stelle würde ich Ihnen dann doch ebenfalls heute ein Zitat von Roland Koch bezüglich der – von der Frau Finanzministerin erwähnten – in einer Woche stattfindenden Verhandlung beim Bundesverfassungsgericht zum Länderfinanzausgleich nahelegen, ganz eindeutig überschrieben mit „absurde Übernivellierung“. Er fordert ein, daß der Länderfinanzausgleich – und hier darf ich ihn zitieren – „einen geschützten Mindestkorridor für wirtschaftlich arbeitende Landesregierungen ermöglicht.“ Und in begrenztem Umfang müßten auch Erfolgsunterschiede zwischen den Ländern möglich sein, fordert Koch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau  
dasselbe haben Sie gestern beim  
Finanzausgleichsgesetz auch gesagt.)

De facto heißt der Vorschlag zur Veränderung des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland, daß Mecklenburg-Vorpommern noch einmal 600 Millionen DM verliert. Können Sie das verantworten?

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie  
sich endlich mal dafür einsetzen, daß ...)

Dieses Zitat hätten Sie auch anwenden und dann noch neben den Satz stellen können:

(Harry Glawe, CDU: Sie kriegen doch  
nichts hin! Sie kriegen doch nichts hin!)

Wir wollen die Ost-Förderung nicht angreifen. Nein, das braucht man doch auch nicht, wenn man den Solidaripakt abschließt und gleichzeitig über den Länderfinanzausgleich dafür sorgt, daß die starken mehr haben, viel mehr haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Was machen Sie mit dem FAG, Frau Gramkow? Was machen Sie mit dem FAG in diesem Land?)

und die schwachen Länder in dem Zusammenhang dann auf der Strecke bleiben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es gibt einen einheitlichen Unterschied. Die Länder, die heute klagen über das Solidaritätsverhältnis unter den schwachen und steuerstarken Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, haben 20 Jahre lang von den anderen Ländern fein säuberlich gelebt, daß sie erst so stark werden konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das ist der Unterschied zu den Kommunen dieses Landes.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aha! Aha! – Harry Glawe, CDU: Dann setzen Sie sich doch mal durch in Bonn und in Berlin! Das ist doch wichtig.)

Und da muß Solidarität aus meiner Sicht eingefordert werden, und nicht nur Solidarität zwischen ostdeutschen Ländern und westdeutschen, sondern zwischen ost- und westdeutschen Ländern, die die Solidarität der starken Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen brauchen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und die Solidarität der starken Kommunen mit den schwachen, Frau Gramkow? Wie ist das bei denen?)

Viertens verlangen Sie von uns,

(Harry Glawe, CDU: Wir arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern.)

daß diese Verhandlungen zum Solidaripakt,

(Wolfgang Riemann, CDU: In Anklam.)

die Sie nicht definieren, wo Sie keine Forderungen aufmachen ...

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Herren Abgeordneten von der CDU, lassen Sie bitte Frau Gramkow ausreden!

**Angelika Gramkow, PDS:** Och, ich schaff' das. Ich bin ja lauter.

(Lorenz Caffier, CDU: Sie schreien ja laut genug. – Heinz Müller, SPD: Sie haben 'ne Höflichkeit wie ein Mülleimer.)

Ich schreie nicht, denn wer schreit, hat keine Argumente. Das zur gestrigen Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Viertens sollen wir heute erklären, daß diese Verhandlungen nicht durch sachfremde Forderungen belastet werden dürfen. Der Landtag soll die Bundesregierung auf-

fordern, daß sie ihre Darlegungen zum Zusammenhang zwischen dem aktuellen Entwurf des Bundesetats und dem Solidaripakt zurückzieht.

An diesem Punkt erkläre ich, daß ich die Äußerungen des Bundesministers für Finanzen, die er ja umgehend relativierte – auch das sollte man sagen –, schon ziemlich erpresserisch fand.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der Meinung sind wir auch. – Wolfgang Riemann, CDU: Das finden wir auch.)

Und deshalb habe ich entsprechend reagiert. Gleichwohl darf man dabei nicht vergessen, daß es natürlich einen Zusammenhang gibt zwischen einem intakten Bundeshaushalt und gerechten Finanzbeziehungen zwischen dem Bund, den Ländern und Kommunen sowie dem weiteren Aufbau Ost. Und an dieser Stelle sind wir uns ja wohl einig, daß der Bundeshaushalt nicht intakt ist. Wir haben es gestern gehört. Jeden Tag 230 Millionen DM an Zinsen an die Banken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Frau Luft hat immer noch mehr gefordert.)

Welch stolzes Ergebnis konservativer Politik! Daß die Lösung der dringendsten Probleme in der Gesellschaft, doch nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, aber letztendlich eine Konsolidierung erfordert, auch darüber sollte Einigkeit bestehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich frage Sie deshalb, meine Damen und Herren von der CDU, Herr Glawe: Wo war denn eigentlich Ihr Aufschrei, als der Kohlsche Regierungssprecher die weitere Ost-Förderung vom Wahlverhalten der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger abhängig gemacht hat?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Erhard Bräunig, SPD)

Wo war Ihr Aufschrei, meine Damen und Herren,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben protestiert wie auch Sie bei Herrn Eichel.)

als gleich mehrere CDU- und CSU-Politiker die Transferleistungen des Bundes für die neuen Länder an politische Forderungen knüpfen wollten?

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir protestiert wie Sie bei Eichel.)

Und Ihren Aufschrei zur Klage zum Länderfinanzausgleich, wie schon eben betont, haben wir auch nicht gehört.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir doch protestiert. – Rudolf Borchert, SPD: Das war aber auffallend leise.)

Da war von Ihrer Seite nichts zu sehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Substantiell kann ich deshalb Ihrem Antrag nichts abgewinnen. Die ersten drei Punkte – ich nannte sie – sind lapidare Feststellungen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dem dritten haben Sie zugestimmt.)

zu denen sich der Landtag längst mehrheitlich verständigt hat, und der vierte ist tatsächlich reiner Populismus.

Ich hätte konkrete Vorstellungen von Ihnen verlangt. Die Tatsache, daß die neuen Bundesländer auch noch nach dem Jahr 2004 am finanziellen Tropf hängen werden und auch viele andere Bundesländer nicht überlebensfähig erscheinen, macht aus der Sicht der PDS eine Veränderung der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland notwendig. Die Fürsorgepflicht des Staates seinen Bürgern gegenüber, die Selbstverwaltung von Kommunen, eine Aufwertung des Föderalismus und

(Harry Glawe, CDU: Das müssen Sie mit dem Ministerpräsidenten besprechen.)

die Stärkung der Rolle der Länder gegenüber dem Bund sollten dabei doch im Vordergrund stehen. Und das bedeutet aus unserer Sicht, wir müssen über eine generelle Gemeindefinanzreform reden. Wir müssen im Grundgesetz das Konnexitätsprinzip verankern. Die Länder sollten eingeschränkte Rechte bei der Steuereinnahme erhalten, und die Verteilung der Steuereinnahmen des Bundes sollten entsprechend präzisierter, konkretisierter Aufgabenstellungen von Bund, Ländern und Kommunen überprüft werden. Das sind doch die eigentlichen Fragen, vor denen wir stehen und um die wir uns nicht herumgeln dürfen. Das sind Fragen bei den weiteren Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und sicherlich auch den kommunalen Spitzenverbänden.

Mit der Änderung der Finanzverfassung ist die weitere Ausgestaltung der Demokratie verbunden, meine Damen und Herren. Solidarität und Rechtsstaatlichkeit gehören dazu. Ich hätte mir wirklich gewünscht, daß die CDU in diesem Land zu solchen Fragen Vorschläge unterbreitet und sich mit viel Engagement um die Einnahmeseite des Bundes als auch des Landes kümmert. Da Ihr Antrag in dieser Hinsicht völlig substanzlos ist, lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznel:** Danke, Frau Gramkow.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte Sie doch noch mal ermahnen, unparlamentarische Worte bei den Zwischenrufen zu vermeiden und störendes Wiederholen von Zwischenrufen zu unterlassen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

**Rudolf Borchert,** SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin.)

Oh, Entschuldigung! Frau Präsidentin!

1995 haben für den Zeitraum von zehn Jahren der Bund und die Länder das föderale Konsolidierungsprogramm beschlossen, das dem Ziel dient, in ganz Deutschland annähernd gleiche Lebensverhältnisse herzustellen. Mit diesem Länderfinanzausgleich unterstützen die finanzstarken Länder die finanzschwachen Länder, und damit wird der Forderung des Grundgesetzes im Artikel 107, die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen auszugleichen, entsprochen.

Dieser Solidarpakt läuft im Jahr 2004 aus. Mecklenburg-Vorpommern wie auch die anderen ostdeutschen Länder stellen sich darauf ein, daß sie nach Auslaufen des Solidarpakts mit weniger Geld rechnen müssen. Und die Länder schauen nicht tatenlos diesem Termin entgegen –

das ist auch bekannt –, denn sie befassen sich seit einem Jahr im Auftrag der Ostdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe bereits intensiv mit dieser Thematik. Tatsache ist, daß es ein Anschlußprogramm nach 2004 geben wird, an dessen inhaltlichen Ausgestaltung Mecklenburg-Vorpommern beteiligt ist.

Tatsache ist, daß die ostdeutschen Länder auf die Finanzhilfen der alten Bundesländer und des Bundes auf längere Zeit angewiesen sind und die Länder wie auch Mecklenburg-Vorpommern deshalb rechtzeitig begonnen haben, ihre Haushalte zu konsolidieren. Tatsache ist, daß es einer Neustrukturierung der Finanzhilfen bedarf, um die knappen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Tatsache ist auch, daß eine überschuldete Bundesregierung keine Aufbauhilfe leisten kann.

Und die Länder bewegt die Frage, wieviel die ostdeutschen Länder brauchen, um endlich ähnliche Lebensverhältnisse wie im Westen zu bekommen, und wozu die westdeutschen Länder bereit sind, für welchen Zeitraum zu geben, damit die Lebensverhältnisse angeglichen sind. Diese entscheidenden Fragen werden in der oben genannten Arbeitsgruppe verhandelt. Sie können sicher sein, die Ergebnisse aus den Verhandlungen werden wir dabei sehr genau unter die Lupe nehmen.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, in Ihrem Antrag ist von solidarischen Anstrengungen in Ost und West die Rede. Wie steht es aber um die Solidarität der CDU? Sind es doch die CDU-geführten Bundesländer Bayern, Hessen und Baden-Württemberg, die Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich beim Bundesverfassungsgericht eingereicht haben, die also beabsichtigen, die Solidarität aufzukündigen. Zahlreiche Bundesländer, unter ihnen auch Mecklenburg-Vorpommerns Regierung, haben diesen Frontalangriff auf den Solidarpakt und die bundesstaatliche Ordnung aufs schärfste kritisiert, denn die Verfassungsklage ist ein völlig ungeeigneter Weg, zu einem anderen, neuen Verteilungsmodus zu kommen.

(Beifall Heinz Müller, SPD)

Ist es nicht vielmehr eine Frage der Politik, den Solidarpakt neu zu verhandeln, als eine Frage des Rechts?

Und übrigens an die wortgewaltigen Herren Rehberg und Riemann,

(Peter Ritter, PDS: Lautstark.)

wortgewaltig, lautstark:

(Heinz Müller, SPD: Nicht klug, aber laut. – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Welchen Einfluß nehmen Sie auf Ihre Parteifreunde Herrn Koch, Herrn Teufel und Herrn Stoiber, CSU, diese Verfassungsklage zurückzuziehen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Aber Eichel hat's eingebracht.)

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion,

(Heinz Müller, SPD: Komödienstadl. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

in Ihrem Antrag fordern Sie in dezenter Umschreibung den Bundesfinanzminister auf, seine Äußerungen bezüglich der Zustimmung der Länder zum Sparpaket im

Zusammenhang mit der Weiterführung des Solidarpaktes zurückzuziehen. Und ich sage Ihnen, Herr Eichel hat recht mit seiner Meinung, daß eine Aufbauhilfe für die neuen Bundesländer nach 2004 nur auf der Basis geordneter Staatsfinanzen solide finanziert werden kann, denn nur eine finanzstarke Bundesregierung kann im Osten weiter die nötige Aufbauhilfe leisten.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion lehnt den CDU-Antrag aus zwei Gründen ab: Erstens bedarf es bei der Feststellung und Erkenntnis in den Punkten 1 bis 3 Ihres Antrages keines Landtagsbeschlusses, denn die Landesregierung handelt bekannterweise schon. Und zweitens interpretieren Sie im Punkt 4 des Antrages mit viel Phantasie Presseveröffentlichungen und unterstellen Herrn Eichel Nichtgesagtes. Auf den Punkt gebracht: Ihr Antrag ist überflüssig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg.

**Eckhardt Rehberg,** CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich hoffe, Frau Keler, daß wir ein Wortprotokoll von dieser Sitzung bekommen, wo von Ihnen nicht soviel drin rumgestrichen worden ist. Ich halte es für wirklich abenteuerlich, wenn Sie ausführen, daß das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidungen auch auf politischen Druck hin fällt. Ich hoffe, daß Sie sich Ihre Worte sehr gut überlegt haben. Herr Schoenenburg hat Ihnen ja noch beipflichtet.

Und, Herr Borchert, es ist legitim, im Rechtsstaat seine Interessen vor Gericht durchzusetzen. Ich bin gern bereit, Ihnen einige Kopien zuzusenden, wie ich mich geäußert habe zu Herrn Hauser, zu Herrn Huber und auch zum Ansinnen von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und der SPD-Regierung. Das kann ich gerne tun.

Frau Gramkow, ich glaube, ich bin einer der wenigen gewesen in der CDU, die ganz massiv dagegen Position bezogen haben. Insoweit, muß ich Ihnen sagen, brauchen wir von Ihnen keinen Nachhilfeunterricht, wie die CDU Mecklenburg-Vorpommerns die Landesinteressen vertritt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das haben wir seit Jahren getan.

Als zweites. Wenn wir jetzt alle reden von Lasten und Schulden, dann müssen wir uns doch mal fragen, ... Ich habe heute morgen gehört, daß es zehn Jahre her ist, daß die EKD, die Evangelische Kirche in der DDR, die Synode, einen sehr mutigen Brief am 16. September 1989 an die Öffentlichkeit gebracht hat, und dann am Sonntag danach auf den Kanzeln hat verlesen lassen.

Ich kann mich sehr gut – und das rate ich gerade einigen Kolleginnen und Kollegen der SPD und PDS – an eine Rede von Herrn Beckmann hier erinnern, wo er darauf hingewiesen hat, daß 1990 nicht ein wettbewerbsfähiger Arbeitsplatz in der ehemaligen DDR zur Verfügung stand. Das ist Realität.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Beckmann, SPD! – Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt, stimmt.)

Das heißt, wir haben – und das habe ich vermißt bei allen Rednern, auch bei Ihnen Frau Keler – erst einmal danke zu sagen für die Solidarität des Westens und Achtung zu bezeugen für die Aufbauleistung im Osten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich wiederhole das noch mal, was Sie hier für ein politisches Theater vollführt haben gegen das föderale Konsolidierungskonzept, was übrigens letztendlich auch mit SPD-Stimmen, Sie hatten damals die Mehrheit im Bundesrat, durchgegangen ist. Und damals, zu Zeiten der CDU/CSU/FDP-Regierung, hat der Bund am allermeisten geblutet und nicht die westdeutschen Länder, ob unionsgeführt oder SPD-geführt.

(Wolfgang Riemann, CDU,  
und Dr. Berndt Seite, CDU: Richtig.)

Und dieses Paket hat eine Sicherheit gegeben bis zum Jahr 2004, und das wird nicht einfach aufgekündigt. Es war damals politischer Wille, daß das Paket fast zehn Jahre läuft und daß man danach natürlich einen Anschluß braucht.

Frau Gramkow, Sie widersprechen sich ja selber. Wenn Sie ...

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Er legt sich die Wahrheiten zurecht, wie er sie braucht.)

Herr Ringstorff, wer sich hier Wahrheiten zusammensammelt – und daß Sie immerzu von der Regierungsbank dazwischenrufen, das finde ich ja ganz toll –, das wird sich in den nächsten Wochen und Monaten noch erweisen.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Selbst Stolpe hat 'ne andere Meinung.)

Wissen Sie, wenn ich Sie so im Konzert der 15 Ministerpräsidenten, Sie als der 16., dieser Bundesrepublik Deutschland erlebe, dann vertreten – ich werde das nachher auch noch im einzelnen ausführen – andere Landesinteressen und wenden sich gegen Bonn beziehungsweise Berlin, während dessen Sie hier die Parole ausgegeben haben, in Nibelungentreue als der treueste Vasall von Schröder und Eichel dieses Land zu regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist doch nicht Vertretung von Landesinteressen! Und heute drehen Sie die letzten neun Jahre Politik deutscher Einheit gerade so, wie Sie es haben wollen. Sie haben hier gestanden und immer mehr Geld gefordert und haben gesagt, daß die Transfersummen von West nach Ost viel zu niedrig sind. Herr Ministerpräsident Ringstorff, ich werde mir die Mühe machen und Ihnen die Zitate herausziehen, die Sie seit 1990 hier abgelassen haben zu diesem Thema, nicht nur als Oppositionsführer, sondern auch noch als stellvertretender Ministerpräsident. Deswegen würde ich Ihnen raten, seien Sie im Augenblick etwas still,

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Kann er noch stiller sein, Eckki?)

diese Sparpolitik hier im Landtag ...

Ansonsten ist er ja still, da kriegt er wohl jeden Tag einen Telefonanruf mit der Weisungsentscheidung aus der Berliner Zentrale. Jetzt hat er einen neuen Chef, Herrn Müntefering.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Aber ich wollte noch was zu Frau Gramkow sagen. Frau Gramkow, wenn Sie den Ländern eine höhere Kompetenz bei den Steuereinnahmen geben wollen, dann laufen Sie Gefahr, daß die Ungleichgewichte durch Struktur-schwäche sich noch deutlicher ausprägen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Deswegen würde ich mir das sehr, sehr gut überlegen, welchen Weg man hier geht, gerade als Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann nicht auf der einen Seite dagegen sein, daß Sachsen und Thüringen höher partizipieren mit einem neuen Verteilungsschlüssel, der eben bestimmte Indikatoren nicht mehr berücksichtigt bei den EU-Strukturmitteln, und auf der anderen Seite sagen, gebt Mecklenburg-Vorpommern eine höhere Kompetenz bei den Steuereinnahmen.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie kennen doch unsere Vorschläge ganz und gar nicht, die Diskussionsgrundlage, die wir erarbeitet haben.)

Um das gleiche Volumen in bestimmten Steuerarten, was ja immer auf Wirtschaftskraft basiert oder in vielen Fällen Einkommenssteuer, Umsatzsteuer und so weiter, zu erreichen, müssen Sie hier pro Kopf eine höhere Steuer auflegen,

(Angelika Gramkow, PDS:  
Das ist nicht unser Ansatz.)

als das im Süden des Westens oder auch in Sachsen und Thüringen der Fall ist. Sie werden doch keine Steuer erfinden wollen,

(Angelika Gramkow, PDS: Sie wissen doch gar nicht, wovon ich geredet habe.)

die nicht von Wachstum, von Wirtschaftskraft abhängig ist. Deswegen, denke ich, sollte man in Mecklenburg-Vorpommern sehr, sehr vorsichtig sein, auf diesen Zug mit aufzuspringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe ja vernommen, daß Sie diesem Antrag nicht zustimmen wollen oder nicht zustimmen können.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach! Ihre Pressemitteilung ist doch schon fertig.)

Aber, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob man es sich so einfach machen kann, daß man die Äußerungen von Herrn Eichel, seines Zeichens Bundesfinanzminister, und Karl Diller, seines Zeichens Parlamentarischer Staatssekretär, so einfach beiseite packt. Fangen wir mal mit dem Staatssekretär an, der – und da muß ja unsere Landesfinanzministerin dabei gewesen sein – gegenüber der Berliner Redaktion sagte, nachzulesen in der SVZ, 3. September diesen Jahres, „daß massenhaft vorhandene Baustellen bei Straßen, Wasserwegen und Schienen stillgelegt werden, wenn denn eben die Übernahme des Wohngeldes abgelehnt wird“. Wissen Sie, was das ist?

(Wolfgang Riemann, CDU: Erpressung.)

Einfach räuberische Erpressung, ganz einfach.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Georg Nolte, CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU:  
Und Herr Ringstorff schweigt dazu.)

Und das zweite, Frau Keler. Ich habe das Interview von Herrn Eichel,

(Heike Lorenz, PDS: Oh, jetzt geht das Konzert wieder los! Das kennen wir doch schon.)

und das haben Sie ja wohl erwarten können, mit der „Leipziger Volkszeitung“ dabei. Und er sagt, wenn sich der Bund nach 2004 solidarisch mit den Ostländern durch einen neuen Solidarpakt verhalte, muß er sich auch auf die Solidarität der Länder ihm gegenüber verlassen können. Was heißt Solidarität? Politisches Wohlverhalten, Nichtwahrnehmung der Landesinteressen?

Herr Borchert, Sie sagen auch noch, Eichel hat recht. Meinen Sie das wirklich? Meinen Sie ernsthaft, daß ein Bundesfinanzminister politisches Wohlverhalten einfordert und sagt, entweder ihr stimmt unserem Sparpaket zu – Diller sagt in einem Teil, den ja auch Sie kritisiert haben, wenn ich das richtig vernommen habe, bei der Wohngeldübernahme –, wenn ihr aber da nicht zustimmt, dann sparen wir 7,6 Prozent. Jetzt ist mal das Wohngeld mit dem Verkehrshaushalt in einem Teil zusammen. Das halte ich für völlig abwegig, auf der einen Seite eine gesetzliche Leistung zu verbinden mit Investitionen.

Noch einen Satz zum ICE. Der ist lebensnotwendig für Thüringen, es ist lebensnotwendig, hier eine Nord-Süd-Verbindung zu bekommen. Ich will Ihnen nur eins sagen – ich sage das, was ich gestern gesagt habe, noch einmal –, ich habe zu keinem Zeitpunkt solch ein Drohpotential in den letzten acht Jahren der Kohl-geführten Bundesregierung erlebt. Es gab Streit, es gab Diskussionen, aber uns wurde nicht gedroht, entweder stimmt ihr dort zu, oder da nehmen wir es euch weg.

(Beifall bei der CDU –  
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das habe ich nicht erlebt! Ich denke, auch Herr Dr. Seite hat es zu keinem Zeitpunkt erlebt.

Meine Damen und Herren, Sie sprechen jetzt immer von einer aufgehäuften Schuldenlast. Was wäre denn gewesen, wenn die Bruttotransfers – ich sage erst mal nur, die Bruttotransfers – nicht so hoch gewesen wären: Summen von 160, 180 Milliarden DM. Sicher, ein Teil ist auch wieder nach Deutschland West zurückgeflossen. Ich denke nur an die Abschreibungsmodelle, die gelaufen sind. Dieses Geld hat man nicht aus der Portokasse holen können, Herr Dr. Ringstorff. Man hätte es nur aus der Portokasse holen können,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wenn man 1990 die Steuern erhöht hätte, und nur dann. Sie wurden ja danach erhöht, und zwar mit der Solidarsteuer.

Gut, die fließt heute in den Bundeshaushalt ganz normal ein, das habe ich immer beklagt. Sie hat eigentlich mit dem Aufbau Ost direkt nichts mehr zu tun. Wenn dieses Geld nicht dagewesen wäre, dann würden wir heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht noch dastehen, wo wir 1989 um diese Zeit gestanden haben. Altenheime, Krankenhäuser, Straßen, die Städte. Gucken Sie sich mal Städte an in Ländern wie Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, die nicht soviel in Dorferneuerung und Städtebausanierung gesteckt haben! Machen Sie sich die Mühe, fahren Sie mal in unsere Nachbarländer! Dort wurde über Jahre eine Politik gemacht, wie Sie sie heute machen – Kürzung von Bauförderungen! Und so sehen

die Städte auch aus, und das ist der falsche politische Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU –  
Heike Lorenz, PDS: Überprüfen Sie mal, ob  
das alles ist, was Sie zum Leben brauchen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie verhält es sich jetzt mit den einzelnen Ländern?

Im Osten hat Herr Stolpe eine Nachforderung in Sachen Ost-Förderung und Rentengerechtigkeit gefordert und bekam dabei Unterstützung von Herrn Höppner. Diepgen, Vogel und Biedenkopf haben deutlich gemacht, daß sie zwar gegen weite Teile des Sparpakets sind, weil Länderinteressen beschädigt werden, aber gleichzeitig angekündigt, daß es keine Blockadehaltung geben wird. Klimmt hat versucht, gegen den Bund einen Wahlkampf zu führen, und ist gescheitert. Sein Nachfolger Herr Müller hat in seinen ersten öffentlichen Äußerungen klargestellt, daß er einigen Aspekten im Sparpaket zustimmen könne, anderen keinesfalls. Stoiber, Koch und Teufel sind für Sparen, sagen grundsätzlich ja, sagen aber Herrn Eichel, daß gerade sie keinen Nachhilfeunterricht brauchen in Sachen Sparen. Clement hat einige Änderungen im Sparpaket zugunsten von mehr Investitionen und Wirtschaftsfreundlichkeit angemahnt. Und Herr Runde und Frau Simonis beklagen insbesondere den geplanten Ausstieg aus dem Unterhaltsvorschußgesetz und die Abwälzung der Wohngeldkosten auf die Kommunen. Herr Scherf, Herr Glogowski und Herr Beck haben den Kopf gewogen nach dem Grundsatz, daß Gesetze selten so aus einem Parlament herauskommen, wie sie hereingekommen sind.

Einzig und allein unser Harald Ringstorff, von dem wir seit Jahr und Tag nichts anderes hörten, als daß die CDU in schlimmster Bonn-Hörigkeit die Landesinteressen verraten habe, steht wie ein norddeutscher Leuchtturm und strahlt mit seinem Licht auf seine Sparikonen Schröder und Eichel. Wir haben es gestern während der Haushaltsdebatte zum wiederholten Male erleben müssen.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Heute verläßt er den Saal. – Zurufe von  
Harry Glawe, CDU, und Dr. Berndt Seite, CDU)

Er stimmt ehrerbietig Eichel in Punkt und Komma zu, verteidigt noch die Abwälzung in Sachen Wohngeld, während sogar seine eigene Finanzministerin im Bundesratsfinanzausschuß Einspruch erhebt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo ist der  
Ministerpräsident bei dem Thema?)

Scheinbar interessiert ihn nicht der Solidarpakt II.

Dr. Ringstorff, ich stelle fest: Sie sind nicht nur nicht in der Lage, Landesinteressen gegenüber dem Bund zumindest einmal zu formulieren – ich habe es bisher nämlich nicht gehört, daß er sie formuliert hat –, geschweige denn durchzusetzen. Sie haben es sogar geschafft, sich auf der Bank der Regierungschefs der Länder zu isolieren. Anstatt sich zumindest mit Frau Simonis in Sachen Wohngeld zu verbünden, machen Sie hier in Mecklenburg-Vorpommern den norddeutschen Eichel. Ich denke, Dr. Ringstorff, Sie dürften mittlerweile zu den politisch wohl einsamsten Menschen in Deutschland gehören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Scharping hat vor einigen Tagen Neubrandenburg besucht, und ich zitiere: „Das Land hat eine große Chance, im Rahmen

der EU-Osterweiterung. Ministerpräsident Ringstorff ist eine Persönlichkeit, die man trotz aller Meinungsverschiedenheiten unterstützen kann.“

(Dr. Berndt Seite, CDU: Kann!)

Aber jetzt kommt der entscheidende Satz, Herr Scharping ist stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender: „Die politische Koalition in Schwerin allerdings nicht, um das klar zu sagen.“

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU  
und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ringstorff, Sie sind wegen dieser Koalition politisch isoliert, das heißt Sie als Person und dieses Land. Und das schreibt Ihnen Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender ins Stammbuch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen in diesem Land laufen Ihnen schließlich ebenfalls in Scharen weg. Ich denke, es gibt keinen Grund anzunehmen, daß das Ansehen der SPD und Ihr persönliches auch nur einen Deut besser wäre als das der SPD in Brandenburg, Thüringen, Sachsen, im Saarland, vielen Städten in Nordrhein-Westfalen und in Hessen. Die Kommunalwahlen in unserem Land haben das eindrucksvoll bestätigt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wollen Sie jetzt  
nicht mal zur Sache sprechen, Herr Rehberg?)

Herr Schoenenburg, ich bin genau beim Thema. Landesinteressen kann man nur dann vertreten, wenn man auch politisch akzeptiert wird in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese rot-rote Koalition ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Also wenn Sie fortwährend das gleiche ...)

Ich habe hier einen Zeugen, Herrn Scharping, Bundesverteidigungsminister und stellvertretender Bundesvorsitzender, der hat uns das bestätigt. Das sage ich doch nicht, sondern das sagt Herr Scharping.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Also Ihr Unsinn wird nicht besser,  
wenn Sie ihn fortwährend wiederholen.)

Herr Schoenenburg, Sie müssen sich doch überhaupt nicht wohl fühlen, wenn wir hören, wenn Herr Holter in Pressekonferenzen mit Herrn Schröder

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na Sie  
reden doch schon wieder nicht zum Thema.)

oder Herrn Eichel für Fotos hinzueilen will,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Reden Sie doch mal zum Thema!)

da wird er beiseite geschoben und darf sich nicht mit ablichten lassen. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Ringstorff wird doch von seinen eigenen SPD-Bundesgenossen gar nicht akzeptiert. Das hat man hier in Schwerin ganz deutlich gesehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Rehberg, wenn das Ihre einzige Sorge ist, daß Sie Ihr Image aufpolieren wollen oder das anderer Leute, dann machen Sie mal ruhig weiter so.)

Wissen Sie, Herr Schoenenburg, um mein Image habe ich überhaupt keine Sorgen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na also.)

Ich habe ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dann kümmern Sie sich mal nicht um unseres! – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Ich habe gehört, daß in 14 Tagen wieder so eine interessante Umfrage auf den Tisch kommt, und die warten wir doch mal alle miteinander ab.

(Heike Lorenz, PDS: Wenn die Leute sehen, wie Sie sich hier bewegen! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Warten Sie doch!)

Um mein Image brauchen Sie sich nun wirklich keine Sorgen zu machen. Machen Sie sich doch um das Image dieser Regierungskoalition Sorgen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

Gucken Sie doch mal nach, wie unzufrieden die Menschen in diesem Land sind! Gucken Sie sich doch mal, wenn die Staatskanzlei schon Umfragen veröffentlicht, diese Umfragen wirklich an.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Rehberg, haben Sie denn vergessen, daß Sie nicht ohne Grund abgewählt worden sind?! Haben Sie das schon vergessen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Antrag ist notwendig. Und ich finde es wirklich inakzeptabel, daß die Regierungsmehrheit aus SPD und PDS nicht Landesinteressen mit vertritt. Es wäre doch nur eine Unterstützung von Herrn Ringstorff und Frau Keler gewesen. Wenn Sie meinen, daß Sie Ihren Ministerpräsidenten, Ihre Finanzministerin nicht unterstützen müssen, dann müssen Sie halt gegen diesen Antrag stimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Rehberg.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/678. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/678 ist damit mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 12.50 Uhr fortgesetzt.

**Unterbrechung: 11.47 Uhr**

**Wiederbeginn: 12.52 Uhr**

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Gestatten Sie mir zu Beginn ein persönliches Wort. Ich möchte mich bei allen, die mir gestern ihre Stimme gegeben haben, sehr herzlich bedanken und Ihnen und natürlich auch denen, die es nicht getan haben, versichern, daß ich mich in meiner Amtsführung um Ausgleich und Fairneß bemühen möchte. Ich wünsche mir, daß wir alle zusammen lustvoll

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

und leidenschaftlich streiten, aber ich wünsche mir auch, und dazu kann jeder seinen Beitrag leisten, daß das ohne persönliche Verletzungen abgeht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jawohl. Es lebe unsere Präsidentin!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 3/697 vor.

**Fragestunde**

**– Drucksache 3/697 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Justizministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Dr. Born.

Herr Dr. Born, Sie können Ihre Fragen stellen.

**Dr. Ulrich Born, CDU:** Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wird in welchem Umfang die Ausstattung der Justiz mit neuer Computertechnik abgeschlossen und das „elektronische Grundbuch“ in Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend eingeführt sein?

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstoff:** Herr Abgeordneter Born, die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern mit neuer Computertechnik umfaßt insgesamt 3.000 Arbeitsplätze. Nach dem Abschluß der Neuausstattung voraussichtlich Ende November 1999 werden alle Dezernenten, Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger sowie Mitarbeiter im Büro- und Kanzleidienst über moderne leistungsfähige Computerarbeitsplätze verfügen. Die gemeinsam mit den Landesjustizverwaltungen Brandenburg und Schleswig-Holstein betriebene Erarbeitung der fachlichen Vorgaben für ein maschinell geführtes Grundbuch, das sogenannte „elektronische Grundbuch“, hat einen Stand erreicht, der es voraussichtlich erlaubt, die neue Anwendung im Jahre 2000 in der Grundbuchabteilung eines Amtsgerichts zu pilotieren. Die flächendeckende Einführung des „elektronischen Grundbuches“ kann angesichts des Umstellungsaufwandes nur sukzessive erfolgen und wird nach gegenwärtigen Planungen im Jahr 2005 abgeschlossen sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hatten Sie in den Haushaltsberatungen aber anders dargestellt.)

**Dr. Ulrich Born, CDU:** Gestatten Sie eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Können Sie uns sagen, inwieweit das „elektronische Grundbuch“ das bisherige vollständig ersetzt und welche Dienstleistungen durch das „elektronische Grundbuch“ erbracht werden können, insbesondere inwieweit zum Beispiel Notare unmittelbaren Zugriff auf das Grundbuch haben werden?

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Es ist geplant, daß die Notare schnell Zugang haben. Welche Schutzfunktion dort noch enthalten ist, das weiß ich nicht. Man muß es ja auch vor dem Zugang von Unberechtigten sichern. Ich gehe davon aus, Herr Abgeordneter, daß sich die Arbeit für die Notare nach der endgültigen Einführung des „elektronischen Grundbuches“ sehr wesentlich erleichtern wird.

**Dr. Ulrich Born, CDU:** Gestatten Sie noch eine zweite Zusatzfrage?

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Eine Zusatzfrage lasse ich noch zu.

**Dr. Ulrich Born, CDU:** Wird das „elektronische Grundbuch“ das bisherige dann vollständig ersetzen, so daß eine Parallelführung nicht mehr erforderlich ist?

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Ich denke, es ist so geplant, daß nach dem Jahr 2005 das maschinelle Grundbuch das ist, mit dem gearbeitet wird, und daß nur dadurch nachhaltige Einsparungen und Beschleunigungen zu erreichen sind. Weil das so ist, müssen alle jetzigen Grundbuchunterlagen entsprechend übertragen werden. Wir arbeiten, wie Sie wissen, etwas anders als die Sachsen, die ja auch ein „elektronisches Grundbuch“ eingeführt haben, aber die Grundbuchauszüge lediglich einscannen. Das erlaubt später nicht eine so hohe Automatisierung, wie wir sie haben. Wir arbeiten auch nach den Vorgaben, die Sie mit eingebracht haben. Wir wollen eine einheitliche Systemlandschaft in allen Bereichen der Justizanwendungen, und deshalb geht es etwas langsamer als bei den Sachsen.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Herr Dr. Born, Sie können Ihre zweite Frage stellen.

**Dr. Ulrich Born, CDU:** Danke. Die zweite Frage lautet:

2. Wie hoch beziffert der Justizminister die von der Landesregierung prognostizierte Kostenersparnis im Zusammenhang mit der Gerichtsstrukturreform, und wie ist der derzeitige Stand der Umsetzung?

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Herr Abgeordneter, durch die Gerichtsstrukturreform sind zehn Amtsgerichte zum 01.01.1998 aufgehoben worden. Zur Regelung des Überganges sind durch die Zweigstellen- und Übergangsverordnung vom 24.11.1997 mit Wirkung vom 01.01.1998 zehn Zweigstellen eingerichtet worden, die den örtlichen zuständigen Amtsgerichten zugeordnet worden sind. Aufgehoben sind seither die Zweigstelle Pasewalk, die Zweigstelle Strasburg des Amtsgerichtes Pasewalk, die Zweigstelle Bützow des Amtsgerichtes Güstrow, die Zweigstelle Sternberg des AG Parchim und die Zweigstelle Teterow des AG Güstrow. Aufgehoben wird die Zweigstelle Altentreptow des Amtsgerichtes Demmin zum 01.01.1999. Die Grundbuchabteilung der Zweigstelle Gadebusch soll zum 15.09.1999 zum Amtsgericht Grevesmühlen verlegt werden. Es ist also jetzt in der Durchführung.

Zu den Kosten: Die eingesparten Kosten im Hinblick auf die in der Größe optimierte Organisation lassen sich nicht beziffern. Es sind allerdings Organisationsvorteile da, die mit ein Grund dafür waren, um diese Reform durchzuführen. Das Einsparvolumen bei den Kosten für die raumbedarfsgerechte und bautechnisch mangelfreie Entwick-

lung der zur Auflösung vorgesehenen Amtsgerichte war im Gesetzentwurf 1997 von der Landesregierung mit circa 37,1 Millionen DM prognostiziert worden. Nach den in der parlamentarischen Beratung, insbesondere auf das Engagement von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, eingebrachten Änderungen des einstimmig gefaßten Kabinettsbeschlusses die Standorte Hagenow, Wolgast, Ueckermünde und Demmin betreffend war diese Prognose auf 32,7 Millionen DM zurückzunehmen.

Bei Zugrundelegung der 1997 angewandten Berechnungsgrundlagen kann beispielhaft für den Landkreis Güstrow festgestellt werden, daß durch die Zusammenführung der drei Gerichtsstandorte Güstrow, Teterow und Bützow 1.047 Quadratmeter Hauptnutzfläche eingespart worden sind, die weder errichtet noch unterhalten und bewirtschaftet werden müssen. Nach der Prognose der Landesregierung sollte in diesem Landkreis beispielsweise nur eine Flächeneinsparung von 846 Quadratmeter Hauptnutzfläche möglich sein.

Ich kann Ihnen nennen, wieviel das umgerechnet bedeutet. Die Kennziffern kennen Sie. Hauptnutzfläche mal Faktor 1,5 mal 4 mal 12, das ist die Jahresbelastung, die wir haben. Das sind 72 DM. Dann gibt es noch die Bauunterhaltskosten, die mit 50 DM pro Quadratmeter veranschlagt werden. Pro Quadratmeter eingesparter Hauptnutzfläche haben wir also jährlich eine Kostenentlastung von 122 DM.

(Zuruf von der Regierungsbank: Tausend.)

Nein, pro Quadratmeter von 122 DM pro Jahr.

Und wenn wir hier bei der Zusammenlegung dieser drei Gerichtsstandorte 1.047 Quadratmeter eingespart haben, dann haben wir jährlich alleine dadurch etwa 122.000 – etwas mehr – Einsparungen, und das sind nachhaltige Einsparungen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Es ist bekannt, daß auch viele bauliche Maßnahmen nicht notwendig waren. Die Gerichtsstrukturreform ist noch nicht insgesamt abgeschlossen, das wissen Sie auch, so daß wir eine endgültige Rechnung noch nicht aufmachen können.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Justizminister.

Gibt es noch Nachfragen von Herrn Dr. Born?

**Dr. Ulrich Born, CDU:** Herr Minister, wenn Sie noch eine Zusatzfrage gestatten: Wann rechnen Sie mit dem Abschluß der geplanten Maßnahmen?

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Sie haben ja durch Ihre Intervention gegen den einstimmig gefaßten Kabinettsbeschluß Übergangslösungen gefordert. Wir wären in der Lage gewesen, diese Übergangslösungen schon vorher zu beenden, halten uns bisher aber an das, was dann im parlamentarischen Verfahren letzten Endes herausgekommen ist. Wir halten uns genau an den dort vorgegebenen Fahrplan. Das heißt, Röbel wird aufgehoben, wenn der Amtsgerichtsneubau in Waren fertig ist. Gadebusch wird voraussichtlich im Jahr 2003 soweit sein. Malchin wird aufgehoben, wenn in Demmin ein Erweiterungsbau errichtet ist, und Plau am See – das wissen Sie – dürfen wir nicht, könnten wir vorher, aber dürfen wir nicht laut Entschließung des Landtages vor 2002 aufheben

sowie Grimmen laut Entschließung des Landtages auch nicht vor 2002. Es wird dann aber auch durchgesetzt werden.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Vielen Dank.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff**: Bitte.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner**: Vielen Dank, Herr Justizminister.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Zielsetzung und Programmschwerpunkte der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/675.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:  
Zielsetzung und Programmschwerpunkte  
der aktiven Arbeitsmarktpolitik des  
Landes Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 3/675 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt.

**Barbara Borchardt**, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wohl kaum ein Problem stand in den letzten Jahren so im Zentrum der Aufmerksamkeit wie die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Aber stand die Lösung des Problems auch ausreichend im Mittelpunkt des politischen Handelns? Die Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen, die Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, damit sie ihre berufliche Weiterbildung, Qualifikation und Umschulung den sich verändernden Bedingungen in der Wirtschaft, in der Infrastruktur und im soziokulturellen Bereich anpassen können, war ein wesentlicher Auftrag der allergrößten Mehrheit der Wählerinnen und Wähler an die Abgeordneten des Landtages, an die oberste gewählte Volksvertretung des Landes generell.

Der Landtag wurde in den vorangegangenen Legislaturperioden vor allem durch die Anträge der Linken Liste/PDS und später durch die PDS-Fraktion veranlaßt, Verantwortung im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere wahrzunehmen. Das wichtigste Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Lande war das Programm „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“ und später das AQMV, Programme, die von den jeweiligen Sozialministern aufgelegt worden sind. Mehrfach wurden im Landtag beziehungsweise im Sozialausschuß Berichte zum arbeitsmarktpolitischen Programm entgegengenommen. Mit dem vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen wollen wir darauf hinwirken, daß der Landtag unter Mitwirkung aller Fraktionen seine Verantwortung in neuer Qualität wahrnimmt.

Die Herausforderungen sind ungleich größer geworden. Trotz immenser finanzieller Mittel für die Wirtschaftsförderung und die Arbeitsmarktpolitik haben wir zur Zeit in Mecklenburg-Vorpommern eine Arbeitslosigkeit von 18,8 Prozent. Das sind 0,1 Prozent mehr als im August 1998. 158.780 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ohne Erwerbstätigkeit. Sie liegen damit nicht niedriger als die Arbeitslosenquote generell in den neuen Bundesländern. In der Jugendgruppe 20 bis 25 Jahre sind 19,1 Prozent erwerbslos. In den Landkreisen Demmin und Uecker-Randow sind circa 24 Prozent von Erwerbslosigkeit betroffen. Diese, aber auch die Tatsache, daß Mecklenburg-Vor-

pommern wie alle anderen neuen Bundesländer ab dem Jahr 2006 nicht mehr mit zum Zielgebiet I der EU-Förderungen gehören wird und somit die bisherigen Gelder nicht mehr in der bisherigen Höhe als Sonderfördergebiet erhalten werden, veranlaßt uns, über die aktive Arbeitsmarktpolitik neu nachzudenken. Dies betrifft insbesondere alle EU-Fördermittel, die sich auch auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes auswirken.

Unter Berücksichtigung dieser Bedingungen beabsichtigen wir, mit dem vorgelegten Antrag bereits auf den Prozeß der Entstehung und der Verabschiedung des AQMV Einfluß zu nehmen und nicht später vor allem Berichte entgegenzunehmen und Änderungen sowie Korrekturen zu beantragen. Der Prozeß der Erarbeitung des AQMV soll transparent und so öffentlich wie möglich gestaltet werden. Wir sind davon überzeugt, daß in dem Maße, wie die Akteure des Arbeitsmarktes in die Entscheidungsvorbereitung einbezogen werden, sie auch später Aktivitäten und Verantwortungsbewußtsein bei der Umsetzung des AQMV entwickeln werden.

Weiterhin sollte eine neue Qualität der Verantwortung des Landtages darin bestehen, daß er darauf hinwirkt, daß es nicht nur – wie im wesentlichen in den vergangenen Legislaturperioden – um eine Fortschreibung des jeweiligen vorausgegangenen arbeitsmarktpolitischen Landesprogrammes gehen kann. Was meinen wir damit? Selbstverständlich halten wir die Schwerpunktbildung aus dem AQMV 1998, nämlich die Vernetzung von Arbeits-, Wirtschafts- und Strukturpolitik, die Regionalisierung der beschäftigungswirksamen Entscheidungsprozesse und die effektive Erfolgskontrolle der Förderpolitik, für richtig. Insoweit geht es um anzustrebende Kontinuität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zu hinterfragen ist jedoch, ob die Instrumente zur Umsetzung dieser Schwerpunkte wirksam geworden sind beziehungsweise ausreichen. Prüfen sollten wir auch, ob der bisherige Förderansatz, der darin bestand, vorrangig den allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern, weil letztlich nur dort bezahlte Arbeit dauerhaft geschaffen werden kann, in der Absolutheit wie bisher fortgeschrieben werden sollte.

Im AQMV 1998 heißt es ausdrücklich, daß die Förderstruktur im Verhältnis zu den bisherigen Programmen grundsätzlich nicht berührt werde. Es sollten nur deutlichere Schwerpunkte bei der Förderung des allgemeinen Arbeitsmarktes herausgearbeitet werden. Und schauen wir zurück: 1997 entfielen zwei Drittel der Fördermittel auf Maßnahmen der Beschäftigungsförderung im ersten Arbeitsmarkt. Aber bereits damals wurden angesichts der Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres 1998 Zweifel angemeldet, ob allein durch die Förderung des allgemeinen Arbeitsmarktes Arbeitslosigkeit und deren Folgen wirksam bekämpft werden können. Diesen begründeten Zweifeln müssen wir nachgehen, um an dieser Stelle jeder sinnlosen Polemik vorzubeugen.

Selbstverständlich muß im Rahmen des AQMV auch mit Landesmitteln der sogenannte erste Arbeitsmarkt gefördert werden, vor allem kleine und mittelständische Unternehmen. Sie werden am ehesten noch Arbeitsplätze schaffen. Um dies aber auch gleich zu sagen: Wir begreifen aktive Arbeitsmarktpolitik nicht nur als sozialpolitische Aufgabenstellung. Auch gegenwärtig müssen wir konstatieren, daß Steuergelder, also Wirtschaftsförderung, ohne deutlichen Effekt für die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns und die Arbeitsmarktpolitik

fließen. Das kann nicht so bleiben. Deshalb wird in dem Antrag gefordert, daß das AQMV ressortübergreifend erarbeitet werden muß und daß insbesondere das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung ihre Förderpolitik zusammenführen und vernetzen müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern betrug 1998 0,2 Prozent Bruttoinlandsprodukt. Seit 1991 wurden über 30 Milliarden DM Haushaltsmittel für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen ohne wesentliche beschäftigungswirksame Effekte in die Wirtschaft gesteckt.

(Dr. Arthur König, CDU: Das ist doch Unsinn!)

Das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung hat in diesem Jahr wie im Vorjahr nur circa 110 Millionen DM aus dem AQMV für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung, zuzüglich 10 Millionen DM Rückflüsse. Das Wirtschaftsministerium hat hingegen 1,1 Millionen DM und Mehrausgaben zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur von 160 Millionen DM zur Verfügung. Hier ist also in enger Verflechtung, in Transparenz und im Miteinander der Akteure auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen, inwieweit die Mittel für die Wirtschaftsförderung auch den beschäftigungspolitischen Zielstellungen entsprechen. Eine Analyse der bisherigen Förderpolitik sollte der Erarbeitung eines neuen AQMV zugrunde gelegt werden. Der vorliegende Antrag zielt also vor allem darauf ab, noch einmal zu prüfen, inwieweit in dem neuen AQMV eine Vernetzung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wirklich gelingt und inwieweit die von der EU geforderte Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik unter Einbeziehung der Akteure auf dem Arbeitsmarkt, der Trägergesellschaften, der Kommunen et cetera tatsächlich erfolgt.

Was heißt Vernetzung? Geht es vorrangig um die Abstimmung von Vorschriften oder doch eher darum, gleichgerichtete Interessenlagen in den Regionen herauszufinden und bewußt zu machen? Daraus können sich vernetzte Strukturen und ein entsprechendes Handeln ergeben. Hier muß Neues entwickelt und nicht in erster Linie fortgeschrieben werden. Inwieweit spielt das Land bei einer notwendigen Vernetzung eine aktive Rolle? Inwieweit könnte es eine Rolle spielen? Wir gehen davon aus, daß der Ansatz bei der ursprünglichen aktiven Arbeitsmarktpolitik mit der Schaffung des AFG 1999, sie mit einer sogenannten Brückenfunktion auszugestalten, richtig und notwendig war. Heute bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit sind die damals konzipierten Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht mehr ausreichend, zumal die CDU-Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode

(Wolfgang Riemann, CDU: 16 Jahre Kohl.)

die Zielstellung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausschließlich auf die Personenförderung ausgerichtet hatte. Auch insoweit meinen wir, daß eine Fortschreibung nicht genügt. Hier geht es um einen neuen Politikansatz.

Hinsichtlich des zweiten Punktes des vorliegenden Antrages machen wir darauf aufmerksam, daß stärker als bisher das AQMV als Strategierahmen zielgerichteter regionalisierter Arbeitsmarktpolitik und als Kooperations- und Forderungsangebot an die Regionen und Kommunen des Landes erarbeitet und abgefaßt werden sollte. Ihnen sollte eine partnerschaftliche, abgestimmte Entwicklungskonzeption der Region und lokaler Partnerschaften zu-

grunde liegen. Regionalkonferenzen sollten der regelmäßigen Anpassung und Zielkontrolle dienen. Wir gehen weiter davon aus, daß in das AQMV die im operationellen Programm zur Durchsetzung der ESF-Politikbereiche festgeschriebenen Leitbilder aufgenommen werden sollten. Aus unserer Sicht ist die Herangehensweise im Sinne einer abgestimmten Strategie der Regierung zur effektiven Zusammenführung von Landespolitik und EU-Förderung unabdingbar. Damit kann der Einsatz der finanziellen Mittel von EU und Land optimiert werden.

Eine weitere Absicht des vorliegenden Antrages besteht daran, daß Ziele und Instrumente der Arbeitsmarktpolitik so präzise wie möglich beschrieben werden, so daß der Effekt der Maßnahmen quantitativ und qualitativ gemessen werden kann. Bereits 1998 wurde im AQMV gefordert, künftig eine effektivere Erfolgskontrolle durchzuführen. Nur der meßbare Erfolg rechtfertigt den Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, hieß es dort. Um wie vieles mehr gilt er, dieser Anspruch für das neue AQMV? Das heißt, mit dem AQMV 2000 soll auch eine Grundlage dafür geschaffen werden, eine bessere Überprüfung der Erfüllung der Förderziele zu ermöglichen. Es sollte unbedingt auf eine Versachlichung und Qualifizierung der Kontrolle der Ergebnisse der Förderung orientiert werden.

In Hinsicht auf Punkt 3 des vorliegenden Antrages halten wir es für notwendig, daß die Landesregierung vor der Verabschiedung des AQMV vor dem Landtag berichtet. Angesichts der herausragenden Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik für Mecklenburg-Vorpommern hielte ich eine Beschlußfassung der Ziele und Politikbereiche sowie Querschnittsaufgaben durch den Landtag für wünschenswert.

Zusammenfassend gehen wir davon aus, daß der Antrag angesichts der schlimmen Situation auf dem Arbeitsmarkt und der neuen Herausforderung sowie angesichts der zu erwartenden veränderten Rahmenbedingungen notwendig und sinnvoll zur Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik durch die Regierung ist. Zugleich meinen wir, daß der Antrag ein Mindestmaß fordert und daß der Landtag über diesen Antrag hinaus Verantwortung für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wahrnehmen sollte. Zunächst aber empfehle ich dem Hohen Haus, dem Antrag im vorliegenden Text zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Frau Borchardt, lassen Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Seidel zu?

(Peter Ritter, PDS, und Angelika Gramkow, PDS:  
Bei der Einbringung gibt es keine Anfragen!  
Bei der Einbringung gibt es keine Anfragen!)

**Jürgen Seidel,** CDU: Frau Abgeordnete Borchardt, ich habe, glaube ich, richtig verstanden, daß Sie gesagt haben, daß die bisherige Investitionsförderung – Sie meinen die Wirtschaftsförderung – im Lande nichts gebracht hat. Ich will Sie wirklich mal fragen: Von welcher Basis gehen Sie denn da aus, wenn Sie das so meinen? Ich will Sie an einem konkreten Beispiel fragen, ob Sie denn der Meinung sind – nehmen wir mal das Beispiel Wismar-Hafffeld –, daß die dortigen Investitionen, da handelt es sich immerhin um eine knappe Milliarde, ich habe das heute früh ausgeführt, auch nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen wären, wenn wir keine Investitionsförderung betrieben hätten.

**Barbara Borchardt**, PDS: Herr Seidel, ich denke, ich habe mich ganz konkret ausgedrückt. Ich habe gesagt, daß die Investitionen und die Investitionsförderung im Land im Hinblick auf die Beschäftigungswirksamkeiten unwesentliche Erfolge gebracht haben.

(Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU)

Wenn man die Zahlen betrachtet, wieviel Investitionen auch im Wirtschaftsbereich geflossen sind, und da gegenüberstellt, wieviel Arbeitsplätze wir damit geschaffen haben, dann muß man hinterfragen, wie wir gemeinsam Politik machen wollen, so daß es auch immer ein Maßstab ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da kommt der wirtschaftliche Sachverstand aber raus.)

Dabei gehe ich auch davon aus, daß es durchaus sinnvoll ist, Investitionen durchzuführen ohne arbeitsmarktpolitische Effekte. Auch das kann ja sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber messen müssen wir schon an der Beschäftigungswirksamkeit, wenn wir uns gemeinsam das Ziel gestellt haben, die Arbeitslosigkeit zu senken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Jürgen Seidel**, CDU: Darf ich noch mal fragen?

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS:  
Nein! – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner**: Herr Seidel, bei der Einbringungsrede sind normalerweise keine Anfragen üblich. Frau Borchardt redet später noch. Vielleicht hat sie dann Ihre Frage beantwortet, oder Sie stellen sie später. – Vielen Dank.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. König.

**Dr. Arthur König**, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe das Anliegen des vorliegenden Antrages der Fraktionen der PDS und SPD mit einiger Verwunderung zur Kenntnis genommen, denn ich bin der Auffassung, daß wir hier im Hohen Hause Wichtigeres zu tun haben, als über Selbstverständliches und allen Bekanntes zu debattieren. Wo ist das Konstruktive in Ihrem Antrag? Wie soll man, Frau Borchardt, einen Antrag bewerten, der die Landesregierung auffordert, etwas zu tun, was sie längst tut,

(Angelika Gramkow, PDS:  
Siehe Antrag zum Solidarpakt II.)

und der Berichte fordert, die längst gegeben wurden?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren von der Koalition! Ich möchte Sie daran erinnern, daß der Ministerpräsident die Zielsetzung der Landesregierung zur Arbeitsmarktpolitik bereits in den Landtagssitzungen am 2. Dezember 1998, am 2. Januar 1999 sowie am 14. April dieses Jahres ausführlich dargestellt hat.

(Zurufe von Jürgen Seidel, CDU,  
und Peter Ritter, PDS)

Darüber hinaus dürfte Ihnen beim Durchsehen der Post nicht entgangen sein, daß der Arbeitsminister Herr Holter mit Schreiben vom 22. Juni 1999 die Programmschwerpunkte des AQMV 2000 uns allen zur Kenntnis gegeben hat.

(Angelika Gramkow, PDS: Und? Haben Sie dazu keinen Beratungsbedarf?)

Da können Sie auf 35 Seiten alles nachlesen, was Sie hier in Ihrem Antrag fordern. Auch ohne diese Lektüre sollte es klar sein, daß ein Programm, das bereits 1991 ins Leben gerufen wurde, permanent entsprechend den veränderten Rahmenbedingungen angepaßt werden muß, denn sonst läuft auch ein solches Programm Gefahr, schnell zu einem zahnlosen Tiger zu werden, zumal ein Programm diesen Umfangs systembedingt gewisse Rigiditäten und Unflexibilitäten enthält. Es könnte dann auch der Effekt eintreten, daß eine stetige Erweiterung von Zielsetzungen und Mitteln nicht mehr mit den angestrebten Zielen korreliert, sondern im wesentlichen an einer Mehrung von Bürokratie endet.

Meine Damen und Herren! Ebenso selbstverständlich ist es wohl, daß Arbeitsmarktpolitik nur dann wirklich effektiv ist, wenn eine Vernetzung und Verzahnung mit Wirtschafts- und Sozialpolitik in die Gänge kommt.

(Barbara Borchardt, PDS: Und warum ist es dann vorher nicht gemacht worden in Ihrer Regierungszeit?)

Hier allerdings dürften wir gespannt sein, ob die Landesregierung in der Lage ist, eine solche Verzahnung ohne Reibungsverluste in einer vernünftigen Zeit zustande zu bringen.

In Punkt 2 Ihres Antrages fordern Sie, die von der EU im Rahmen der Entwicklungsplanung zum Einsatz des Europäischen Sozialfonds in Mecklenburg-Vorpommern für den Zeitraum 2000 bis 2006 vereinbarten Ziele sowie Instrumente zu ihrer Umsetzung in das neue Landesprogramm aufzunehmen.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen! Sie bilden die Regierungskoalition, und in dieser Eigenschaft sollten Sie sich vielleicht ab und an mit Ihren Ministern unterhalten, denn dann wüßten Sie, daß genau an dieser Problematik, Verzahnung AQMV mit den Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds, im Hause Holter mit Nachdruck gearbeitet wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Barbara Borchardt, PDS: Schön. –  
Heike Lorenz, PDS: Das ist ein schönes Kompliment. Es wäre auch schön gewesen, wenn der Landtag das angenommen hätte.)

Ähnlich verhält es sich in Punkt 3 des Antrages. Hier wird die Landesregierung aufgefordert, über die Zielsetzung und Programmschwerpunkte der Arbeitspolitik in unserem Land zu berichten. Zu dieser Thematik hat der Ministerpräsident letztmalig, wie gesagt, am 14. April hier berichtet. Die Haltbarkeit dessen, was der Ministerpräsident zu den Schwerpunkten der Arbeitsmarktpolitik in unserem Land sagt, wird doch wohl höher als drei oder vier Monate sein.

(Reinhard Dankert, SPD: Mit Sicherheit. –  
Wolfgang Riemann, CDU:  
Das nehmen wir vielleicht an, aber ...)

Also was soll der Punkt in diesem Antrag? Wenn Sie ein Informationsdefizit in Sachen Arbeitsmarktpolitik in unse-

rem Land haben, dann schlage ich Ihnen vor: Verbessern Sie Ihre Kommunikationswege!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Substantiell gibt der vorliegende Antrag nichts her. Er liefert uns weder neue Informationen, noch trägt er dazu bei, daß sich in der Sache etwas bewegt. Das Landesprogramm AQMV wird durch diesen Antrag um keinen Zentimeter weiter nach vorne gebracht.

Meine Damen und Herren! Die Frage bleibt: Was bezwecken Sie als Koalitionsfraktionen mit diesem Antrag? Es gibt keinen vernünftigen Grund, diesen relativ schlichten Antrag heute und hier zu behandeln. Ich kann Ihnen daher nur empfehlen, diesen Antrag zurückzuziehen. Die CDU-Fraktion kann ihn so jedenfalls nicht mittragen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Das ist nicht unbedingt der Maßstab.)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Dr. König.

Um das Wort hat der Arbeitsminister gebeten. Bitte sehr, Herr Holter.

(Peter Ritter, PDS: Du mußt Dich auch für das Lob bedanken.)

**Minister Helmut Holter:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon eine interessante Debatte. Wenn alle Selbstverständlichkeiten im Parlament nicht behandelt werden sollten, müßte man sich manchmal die Frage stellen, warum wir denn hier überhaupt tagen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich meine schon, daß es richtig und notwendig ist, entscheidende Probleme des Landes und Handlungsstrategien hier gemeinsam zu bereden und auch die Denkansätze der verschiedenen Parteien sowie der Regierung der werten Öffentlichkeit kundzutun.

Der liberale US-Ökonom Friedmann meint, daß alles, was Regierungen tun, in zwei Kategorien eingeteilt werden kann, nämlich in Aufgaben, die man ihnen heute schon wegnehmen kann, und in Aufgaben, die wir ihnen hoffentlich morgen wegnehmen können. Meine Haltung zu dieser Extremauffassung ist klar: Wenn ich alles das, was Regierungen tun, in zwei Kategorien einteilen müßte, dann wären das für mich zwei andere, nämlich Aufgaben, die der Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Situation dienen, und Aufgaben, die einen anderen Charakter haben.

(Angelika Gramkow, PDS: So, so.)

Ich halte die Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Situation im Lande für die vordringlichste Aufgabe der Landespolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Deswegen ist es richtig, daß wir darüber hier und heute reden.

Die Landesregierung stellt sich dieser Aufgabe mit einem neuen Politikansatz. Das sozialkonservative Denkmuster der CDU ersetzen wir durch einen sozialinnovativen Politikansatz.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Das war mir klar, daß Sie darauf lachen. Aber genau das ist ja das qualitativ Neue an unserer Politik im Gegensatz zu dem, was Sie hier vertreten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das glaubt Ihnen doch keiner mehr.)

Wichtigste Partner dabei sind die Akteure des allgemeinen Arbeitsmarktes, wie es uns andere Länder erfolgreich vorgeführt haben. Die Niederlande und Dänemark können in diesem Segment des Arbeitsmarktes wirkliche und nachhaltige Fortschritte bei der Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit vorführen.

In Mecklenburg-Vorpommern verwirklichen wir diesen Ansatz im Bündnis für Arbeit. Bislang ist schon Beachtliches geleistet worden, so etwa die konsuale Verabschiedung der Fördergrundsätze für gemeinwohlorientierte Arbeitsprojekte oder die wirklich ermutigenden Ergebnisse im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

(Jürgen Seidel, CDU: Da warten wir noch mal ab.)

Da warten wir ab.

Zahlen, die Sie hier verbreiten, sind mißverständlich, und Sie greifen auf andere, falsche Ausgangsdaten zurück.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heike Lorenz, PDS: Immer die gleiche Taktik: Erst Angst machen und dann draufhauen.)

Wenn nämlich behauptet wird, ein Beispiel, Herr Seidel, daß 55.000 Jugendliche Maßnahmen nicht angenommen oder abgebrochen hätten, ist die Zahl falsch, weil diese Jugendlichen eine ganz andere Ausgangsbasis haben. Sie haben nämlich schon eine berufliche Planung.

(Jürgen Seidel, CDU: Darum geht's gar nicht.

Erklären Sie mal, was nach diesem halben Jahr mit den Jugendlichen passiert, das erklären Sie mal!)

Was nach einem halben Jahr mit den Jugendlichen passiert?

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Darüber können wir uns gern unterhalten, wir können ja das Programm im einzelnen aufrufen. Fakt ist eins, daß über dieses Programm 148.000 junge Frauen und Männer eine Chance erhalten, um auf dem Arbeitsmarkt wirksam zu werden. Und das, glaube ich, kann sich sehen lassen in dieser Bundesrepublik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Zurück zum Thema: Allerdings sind die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten der Arbeitsmarktpolitik klar zugunsten des Bundes geregelt. Das ist bekannt. Ergebnis dieser Zuständigkeitsverteilung ist, daß die Bundesanstalt für Arbeit jährlich rund 2,5 Milliarden DM für aktive Arbeitsmarktpolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern ausgibt. Dem Land stehen dafür insgesamt lediglich 310 Millionen DM zur Verfügung. Die Zahlen sind Ihnen sicherlich bekannt. Hinzu – darüber will ich auch sprechen – kommt die wachsende Rolle der Europäischen Union. Die Handlungsfähigkeit der Landesregierung ist damit eingebunden in ein arbeitsmarktpolitisches Mehrebenen-

system. Im Ergebnis der damit gestiegenen Anforderungen an das Regierungshandeln stehen wir vor immer komplexeren Handlungsrahmen. Die direkten arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Regierung werden im wesentlichen in dem neuen AQMV zusammengefaßt sein. Darüber hinaus gibt es noch die arbeitsmarktpolitischen Modellversuche, die auf der Basis eines Kabinettsbeschlusses eine erhebliche Ausweitung erfuhren. Mit diesen Modellversuchen betreten wir bundesweit arbeitsmarktpolitisches Neuland und gestalten den Einstieg in neue Formen öffentlicher Beschäftigung.

Ich möchte hier noch an dieser Stelle vor Illusionen warnen. Mit den erwähnten 310 Millionen DM, davon die Hälfte aus EU-Mitteln, kann die Landesregierung die Arbeitsplatzlücke im Lande nicht schließen. In den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik der Regierung habe ich innovative Impulse zur Induktion regionaler Entwicklungsprozesse gestellt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Regionalisierung – und darauf legen wir besonderen Wert – der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten ist für uns wichtiges politisches Anliegen und keine verwaltungstechnische Pflichtaufgabe. Wir streben an, die Regionalisierung zum zentralen Handlungsprinzip bei der Planung und Durchführung der Arbeitsmarktpolitik zu machen. Regionalisierungsprozesse müssen vor Ort organisiert und die entsprechenden Strukturen dort aufgebaut werden. Beispiele dafür gibt es, wo Bündnisse für Arbeit, so in Güstrow, um ein Beispiel zu nennen, oder regionale Konsense über die Tätigkeit von Beiräten in Rostock oder anderswo aufgebaut werden.

Unsere Aufgabe, die Aufgabe der Regierung, meines Ministeriums, im Zuge dieser Regionalisierung von Arbeitsmarktpolitik ist dabei die koordinierende und moderierende Prozeßgestaltung. Unser Ziel ist es, die Entwicklungspotentiale der Regionen zu aktivieren.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Riemann, ich würde Ihnen empfehlen, kommen Sie mal zur Arbeitsgruppe „Bündnis für Arbeit – Regionalmarketing Vorpommern“.

(Wolfgang Riemann, CDU: Einen einzigen Mann haben Sie dort eingestellt, beim Unternehmerverband, einen einzigen! Das ist alles, was Sie gemacht haben. –  
Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Ich weiß nicht, Herr Riemann, was Ihr Maßstab ist. Der Maßstab, daß wir einen Mann eingestellt haben, der sich fachlich und inhaltlich mit dieser Frage beschäftigt, das ist doch ein Plus für das Bündnis für Arbeit, um dort zu Ergebnissen zu kommen. Sie wissen sehr wohl, daß Sie mit dem Unternehmer ...

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Wo sind denn Ihre Ergebnisse? –  
Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Warten Sie es doch mal ab! Sie wissen sehr wohl, daß ich im Konsens mit dem Unternehmerverband Vorpommern handele. Das wissen Sie doch.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Warum zerreden Sie denn die Aktivitäten Ihrer eigenen Parteifreunde?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Riemann, Sie machen hier Nestbeschmutzung. Sie zerreden die Aktivitäten Ihrer eigenen Parteifreunde. Reden Sie doch mal mit den Mitgliedern der CDU und denen, die im Bündnis mitarbeiten!

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit denen habe ich geredet. – Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Herr Riemann, ich bitte Sie, den Redner nicht weiter zu unterbrechen.

**Minister Helmut Holter:** Herr Riemann und Herr König, kommen Sie bitte zur nächsten Arbeitsgruppensitzung! Hören Sie sich an, was dort besprochen wird! Sie werden erleben, daß die Landesregierung aus Rot-Rot, aus SPD und PDS, Unternehmerverband, Landräte und andere dort zusammensitzen und diskutieren über Regionalmarketing in Vorpommern, wie man es entwickeln kann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die werden doch gar nicht eingeladen.)

Falsch, Herr Riemann.

(Angelika Gramkow, PDS: Er hat sie doch schon zweimal eingeladen.)

Die Landräte, der Oberbürgermeister aus Greifswald und so weiter sind persönlich bei den Beratungen dabei. Herr Molkentin sitzt mit mir im Präsidium, wo wir diese Fragen diskutieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zweimal haben Sie das getan, zweimal!)

Herr Riemann, Herr Riemann,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten  
der PDS – Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

wir haben zweimal getagt mit ganz konkreten Ergebnissen. Warten Sie es ab! Für Vorpommern wird diese Landesregierung mehr tun, als Sie mit Ihrem Gerede hier schaffen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir wollen also mit regionalen Schwerpunktsetzungen Entwicklungspotentiale aktivieren, die die Menschen in der Region zur Selbsthilfe befähigen. Darüber haben wir gerade gesprochen. Die Menschen müssen sich nach den langen Jahren enttäuschter Hoffnungen auf blühende Beschäftigungslandschaften endlich wieder auf ihre eigene Kraft besinnen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und das, glaube ich, kann man über das Bündnis für Arbeit sehr wohl leisten. Das müssen Kräfte sein, die aus der Region kommen. Arbeitsmarktpolitik hat dann die Aufgabe, Multiplikatoreneffekte zu erzeugen sowie die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, diese Eigeninitiative entwickeln zu können.

Es ist ein vom Bund übernommenes Strukturproblem der Arbeitsmarktpolitik, diese lediglich als individuellen Förderkatalog für Arbeitslose zu definieren. Arbeitsmarktpolitische Leistungen müssen jedoch grundsätzlich darauf ausgerichtet sein, zu einem neuen Beschäftigungsverhältnis zu führen, nämlich die schon immer von vielen eingeforderte Brückenfunktion zu erfüllen. Außerdem sollen sie den Eintritt von Arbeitslosigkeit verhindern. Es geht also um präventive Arbeitsmarktpolitik. Das ist eine

Sache, die ich schon mehrfach hier in dem Parlament vorgestellt habe. Schlußendlich soll sie die Folgen von Arbeitslosigkeit sozialverträglich gestalten. Also hat Arbeitsmarktpolitik auch eine soziale Funktion. Die von uns angestrebte neue Art der Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erfordert eine enge Abstimmung aller beschäftigungsrelevanten Politikfelder.

Wir haben heute am Vormittag schon über betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik gesprochen. Wir haben bei der Erarbeitung des Programms AQMV 2000 sehr wohl Möglichkeiten, um Existenzgründungen vorzubereiten, insbesondere für diejenigen, die sich aus der Arbeitslosigkeit auf einen solchen Schritt vorbereiten wollen, beziehungsweise die Existenzgründerinnen und -gründer selbst zu unterstützen. Es ist angebracht, das mit dem Wirtschaftsministerium – und das werden wir tun – zusammenzufassen, damit es hier tatsächlich zu einer komplexen verzahnten Vorgehensweise kommt, daß Existenzgründer in der Breite erfahren, welche Möglichkeiten die Landesregierung bietet, und das kann man in der Tat noch besser abstimmen. Daran wird gegenwärtig gearbeitet.

Was bislang fehlte – auch das wurde deutlich gesagt –, ist die strukturpolitische Komponente der Arbeitsmarktpolitik. Die von mir genannten Funktionen von Arbeitsmarktpolitik müssen miteinander verbunden werden, und genau das ist der Denkansatz und der Politikansatz, den wir bei der Erarbeitung des neuen AQMV und der Modellprojekte praktizieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist so, meine Damen und Herren, daß Mecklenburg-Vorpommern als erstes ostdeutsches Bundesland im Jahre 1991 ein geschlossenes, in diverse Förderpunkte untergliedertes arbeitsmarktpolitisches Landesprogramm entwickelt hat. Dieses Landesprogramm war immer erheblicher Kritik ausgesetzt, nicht zuletzt deswegen, weil die strukturpolitische Komponente zu wenig im Mittelpunkt stand. Das Programm kann schließlich nur so gut werden, wie die arbeitsmarktpolitischen Akteure im Lande ihre Problemanalyse und Lösungsvorschläge einbringen.

Lassen Sie mich im folgenden einige Grundsätze und Rahmenbedingungen der künftigen Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung vorstellen:

1. Vorrang – ich will es hier noch mal deutlich sagen, ich habe es mehrfach in diesem Parlament ausgesprochen – hat die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heike Lorenz, PDS:  
Das wollen sie aber nicht hören.)

Den ersten Arbeitsmarkt zu fördern heißt damit, die Möglichkeiten zu verbessern für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen und für besonders belastete Regionen etwas zu tun. Hierzu wird die künftige Förderung der beruflichen Weiterbildung bedarfsgerechter ausgestaltet und stärker als bisher auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Ziel ist es, auf diese Weise die Vermittlungsaussichten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Maßnahmeabschluß deutlich zu verbessern. In dieses Thema gehört auch Jobrotation, was wir heute morgen ja diskutiert haben.

2. Existenzgründungen

Eine Existenzgründung zu wagen ist für viele Arbeitslose eine mögliche Alternative zur abhängigen Beschäfti-

gung. Doch Existenzgründungen sind kein Wundermittel. Sie müssen solide und ohne leichtfertige Gefährdung der Existenzbasis des Gründers vorgenommen werden. Das bedeutet: keine Förderung von Scheinselbständigkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Ein aktiver Beitrag des Landes zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Gründungsphase steht hier ebenso im Mittelpunkt wie der Ausbau von Beratungsstrukturen sowie eine praxis- und gründungsbezogene Qualifizierung. Und hier meinen wir mit einem neuen Ansatz aufwarten zu können, daß wir nicht nur die Existenzgründung vorbereiten und den Existenzgründer in seiner ersten Phase begleiten im Sinne des Zuschusses zum Lebensunterhalt, sondern wir wollen auch nach der Existenzgründung stärker Beratung leisten, damit der Existenzgründer sozusagen seinen Marktkampf dann tatsächlich bestreiten kann.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik – wir haben heute morgen darüber gesprochen – ist auch, daß wir für Betriebe Einstellungshilfen gewährleisten. Diese kommen für Zielgruppen und arbeitsmarktpolitische Problemregionen in Frage. Dieser Punkt ist nicht unproblematisch. Am Beispiel der Strukturanpassungsmaßnahmen Ost erleben wir Mitnahmeeffekte, die sich schwer quantifizieren lassen. Letztlich kennt niemand die wirklichen Einstellungsmotive eines Arbeitgebers, dennoch halte ich diese Form der Förderung für unverzichtbar. Die Existenz schwarzer Schafe wird uns aber nicht dazu bringen, quantifiziertere und zielgenauere Förderwege zu beschreiten. Es geht einfach darum – und gerade bei Strukturanpassungsmaßnahmen kann man das nachweisen –, daß mit einer Mark eingetzter Landesmittel über 18 Mark andere Mittel requiriert werden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

nämlich EU-Mittel, Trägermaßnahmen und auch die Dinge, die aus der Bundesanstalt für Arbeit kommen. Das ist ein wertvoller Beitrag, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

(Harry Glawe, CDU:

Die werden nächstes Jahr gekürzt.)

3. Qualifizierung

Die Unternehmen Mecklenburg-Vorpommerns müssen sich einem harten regionalen Wettbewerb stellen. Zur Sicherung ihrer technologischen Leistungsfähigkeit und zum Erhalt moderner wertschöpfungsintensiver Arbeitsplätze kann Arbeitsmarktpolitik einen wichtigen Beitrag leisten. Hier werden wir durch zeitgemäße und problemorientierte Förderung helfen. Wir wollen unter einer Richtlinie spezielle Aktionsprogramme für Qualifizierungsschwerpunkte und Zielgruppen zulassen. Hier, glaube ich, kann man auch beweisen, daß man sehr wohl durch Entbürokratisierung und Flexibilität im Zuge der Abarbeitung eines solchen arbeitsmarktpolitischen Programms auf aktuelle Situationen reagieren kann, deswegen: Entbürokratisierung, Flexibilisierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir werden darüber hinaus in dem neuen arbeitsmarktpolitischen Programm speziell und ganz konkret für

Jugendliche mehr tun und Richtlinien für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ausweisen in Ergänzung zu dem, was der Bund tut mit seinem 100.000-Stellen-Programm.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Wir werden die Stellung der Frauen besonders herausstellen. Die Richtlinie, die vorliegt, wird erweitert werden, und wir werden genau das, was ich heute morgen schon formulierte, Arbeit, Qualifizierung und Familie, in Übereinstimmung bringen. Wir wollen mit unseren Richtlinien einen Beitrag dafür leisten, daß mehr Frauen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS  
und Heidemarie Beyer, SPD)

Und da geht es auch, wie bei anderen Punkten, aber insbesondere bei Frauen, darum, Betreuungs...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Glawe, stellen Sie Ihre Frage bitte vom Mikrophon aus.

Es geht gerade darum, auch Frauen, alleinerziehenden Frauen, Frauen in Familien mit Kindern die Chance zu erweitern, daß Kinderbetreuung, soziale Betreuung, Beratung erfolgen. Das ist ein Ansatz, eine soziale Komponente, die sich neben anderen Fragen durch das neue AQMV ziehen wird. Ich meine, hier verwirklichen wir unseren Ansatz als rot-rote Regierung, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir werden insbesondere das, was auch mit den Kommunen beredet wurde und auch von den CDU-geführten Landkreisen, wie dem Müritzkreis, praktiziert wird, weiter umsetzen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir werden die Unterstützung weiter gewähren, damit Sozialhilfeempfänger in Arbeit kommen, denn für mich sind nicht nur diejenigen arbeitslos, die beim Arbeitsamt registriert sind,

(Harry Glawe, CDU: Ganz richtig.)

für mich sind alle die arbeitslos, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Auch Sozialhilfeempfänger brauchen die spezielle Unterstützung, deswegen die Entscheidung, weiterhin aus dem arbeitsmarktpolitischen Programm im Zusammenhang mit dem BSHG auch Sozialhilfeempfänger dabei zu unterstützen, einer beruflichen Qualifizierung beziehungsweise einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme nachzugehen oder – wünschenswert – eine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Hier, glaube ich, muß man im Detail ansetzen. In Auswertung der Probleme und in Diskussion mit den Sozialpartnern kommt es darauf an, die Richtlinien so zu verändern, daß wir die Probleme des Landes erfassen und darauf abstellen, daß Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden kann. Das wird uns mit diesem neuen Programm gelingen.

Bei der Entwicklung des neuen AQMV haben wir geänderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Soll

der erforderliche Ansatz einer Verzahnung der Beschäftigungspolitiken verwirklicht werden, kann dies nur im Rahmen von landes-/ESF-finanzierten Projekten geschehen. Auch die von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Entlastungsmaßnahmen werden im neuen AQMV ihren Platz haben, denn die damit verbundenen, überaus nennenswerten Entlastungsmaßnahmen und Förderungsmöglichkeiten zu verschenken hieße, unverantwortlich zu handeln.

Wir haben uns im Ministerium das Ziel gestellt, so viel wie möglich fremdes Geld nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen, um eine wirksame Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. Das erreichen wir mit dem Europäischen Sozialfonds und den Mitteln, die über die Bundesanstalt bereitgestellt werden. Ich erhebe hier nicht den Anspruch, den Stein des Weisen gefunden zu haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Den gab's schon.)

aber, ich meine, es geht hier um eine problemorientierte und problemadäquate Politik, die es zu verantworten gilt, um sich auch von ideologischen Verkrustungen freizumachen. Eine dieser ideologischen Verkrustungen ist die Auffassung, die enorme Arbeitsplatzlücke in unserem Land ließe sich allein durch den sogenannten ersten Arbeitsmarkt lösen. Wer dieser Theorie nachgeht, der liegt falsch.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS)

Das wird auf Jahre nicht möglich sein, bei aller Anerkennung dessen, was die Wirtschaft leistet – und da bin ich der letzte, der dagegenredet – und was auch in den letzten zehn Jahren an Investitionen in diesem Lande getätigt wurde. Aber angesichts der Tatsache, daß immer weniger Menschen in dem produktiven Bereich immer mehr Produkte für die Gesellschaft im einzelnen produzieren, müssen wir uns die gesellschaftspolitische Frage beantworten, was mit all denen wird, die keinen Platz, keinen Arbeitsplatz in diesen Prozessen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Diese Antwort müssen wir geben. Deswegen, meine ich, müssen mit dem neuen arbeitsmarktpolitischen Programm Mecklenburg-Vorpommerns Signale gesetzt werden. Es geht also neben der notwendigen Prioritätensetzung für die Arbeitsmarktpolitik in Richtung Wirtschaft, betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik und Ausrichtung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt darum, tatsächlich neue Wege zu beschreiten. Neue Wege können sein, daß wir den landespolitischen Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gehen.

Nun will ich mal etwas sagen zu der Argumentation, daß hier Geld rausgeschmissen wird. Sie sollten mal berücksichtigen, daß in beachtlichem Maße bei den bisherigen Fördermaßnahmen jede zweite Firma in Mecklenburg-Vorpommern, jeder zehnte Normalarbeitsplatz in Mecklenburg-Vorpommern und 60 Prozent aller befristeten Jobs in Form von ABM aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden. Das ist eine Tatsache. Wer dann gegen öffentlich geförderte Beschäftigung spricht, der erkennt eigentlich, daß wir in Größenordnungen schon Jobs und Arbeit öffentlich unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Hier wird etwas zur Argumentation herangezogen, was der Politik der Landesregierung und der Landespolitik ins-

gesamt schaden soll. Dennoch – und das wissen Sie, und ich will das noch mal deutlich machen – fehlen in Mecklenburg-Vorpommern rund 250.000 Arbeitsplätze. Es können 270.000 sein, auch 240.000, es geht nicht um Zehntausend rauf oder runter, es geht um die Größenordnung – 250.000 Arbeitsplätze. Und das ist die Herausforderung, die vor uns steht, und die steht nicht nur vor der Landesregierung, sondern auch vor allen anderen.

Jährlich verlassen mehrere Tausend junge Menschen unser schönes Land, weil sie keine Perspektive mehr haben. Besonders viele junge Frauen sind darunter. Arbeitslosigkeit ist damit unser gemeinsames, ist ein gesellschaftspolitisches Problem und eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Glawe?

**Minister Helmut Holter:** Ja, bitte schön, Herr Glawe.

**Harry Glawe,** CDU: Herr Minister, Sie führten ja gerade aus, daß Sie neue Wege in Arbeitsmarktpolitik beschreiten wollen, und Sie führten den ÖBS an. Ist es denn nun richtig, wenn 250.000 Arbeitsplätze fehlen, daß Sie im ÖBS-Bereich nur 300 oder 400 auf drei Jahre schaffen können? Ist das richtig?

**Minister Helmut Holter:** Das ist falsch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gestern hat er die Zahlen aber so genannt.)

Ich werde gleich etwas zum ÖBS sagen. Ich will bloß nicht, daß Sie so lange stehenbleiben müssen.

Ich habe gestern deutlich gemacht, daß wir mit den gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten 1999 circa 350 Arbeitsplätze schaffen werden – 1999, nicht, wie auch Herr Seidel gestern sagte, daß das in der Legislaturperiode sein soll. Wir werden unser Versprechen einlösen. Wir haben gesagt, wir wollen 1.000 Schul- und Jugendsozialarbeiterstellen schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir werden ein Programm machen „Jugend baut“, wir werden ein Programm machen „Jugendfirmen“. Alles das gehört zum ÖBS.

Wenn Sie nur die reinen gemeinwohlorientierten Arbeitsprojekte dazu zählen, dann ist das falsch. Wir werden 1999 350 Arbeitsplätze schaffen und in den Folgejahren diese Arbeit fortsetzen. Jährlich sind im Haushalt dafür ganz konkrete Summen eingestellt. Das können Sie dann nachlesen.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Gestatten Sie eine weitere Frage?

**Minister Helmut Holter:** Bitte.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Bitte sehr, Herr Glawe.

**Harry Glawe,** CDU: Ist es richtig, daß etwa 10,5 Millionen DM für diese Modellprojekte bereitstehen?

**Minister Helmut Holter:** Wir haben 1999 im Haushalt circa 10,5 Millionen DM – zwischen 10 und 11 Millionen – bereitgestellt. Die gleiche Summe steht auch 2000 zur Verfügung. Es ist aber so, daß wir verschiedene Programme fahren. Diese 10,5 Millionen DM, von denen Sie sprechen, stehen für die gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte zur Verfügung. Alle anderen Projekte, wie „Ju-

gend baut“ oder Jugend- und Schulsozialarbeiter, werden aus anderen Quellen finanziert und tauchen im Haushalt entsprechend auf.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Gestatten Sie noch eine Frage?

**Minister Helmut Holter:** Ja, gerne.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Bitte sehr, Herr Glawe.

**Harry Glawe,** CDU: Herr Minister, wie wollen Sie insgesamt diese 250.000 Arbeitsplätze schaffen, wenn Sie immer nur von 200, 300 oder 400 reden und die nur effektiv schaffen können?

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Heike Lorenz, PDS: Soll er es denn lassen?)

**Minister Helmut Holter:** Herr Glawe, ich habe zwei Aussagen in meiner bisherigen Rede gemacht. Erstens habe ich gesagt, ich habe nicht den Stein des Weisen gefunden. Ich bin der Meinung, man kann einen Beitrag leisten und Signale setzen, wie man Arbeitslosigkeit bekämpft. Man muß neue Wege gehen. Zweitens kann Arbeitsmarktpolitik diese Arbeitsmarktlücke nicht schließen. Auch das habe ich gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Es ist – da sind wir uns in der Regierung einig – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine Aufgabe dieser Regierung insgesamt, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dabei immer nur Helmut Holter, den Arbeitsminister, anzuschauen – das kann man ja gerne tun, ich laß' mich auch gerne anschauen – ist aber zu wenig. Wir müssen uns alle anschauen, um hier einen Beitrag zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

**Harry Glawe,** CDU: Danke schön.

**Minister Helmut Holter:** Ich möchte hier auch anknüpfen, weil ich etwas zu dem Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sagen will. Wir haben eine durchaus gesellschaftspolitische Debatte darüber, die halte ich für richtig und für notwendig. Ich bin auch dafür, daß wir sie hier führen müssen. Es geht darum, eine Verbindung zwischen unterschiedlichen Segmenten des Arbeitsmarktes zu finden. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor mit seiner Brückenfunktion soll eine Chance darstellen für mehr Beschäftigung in diesem Land. Wir brauchen – und darauf stellen wir ab – insbesondere ein Verständnis für die Potentiale der sogenannten „weichen“ soziokulturellen Faktoren regionalökonomischer Entwicklung. Neben der schönen Natur ist das ein Ansatzpunkt zur Erhöhung der Attraktivität des Landes für potentielle Investoren.

An dieser Stelle erlangt öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigung einen bedeutenden Platz bei der Gestaltung jener Strukturen, die die soziale Reichhaltigkeit einer Region zum Attraktivitätsfaktor für die in ihr lebenden und agierenden Menschen sowie Unternehmen machen. Bislang brachliegende soziale und ökologische Tätigkeitsfelder betrachte ich unter zwei Gesichtspunkten: Einerseits und zuallererst bringen wir Menschen damit in einen längerfristigen und sehr sinnvollen Arbeitszusammenhang, von dem sie am sogenannten ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Andererseits ist ein

solchermaßen zu gestaltender öffentlicher Beschäftigungssektor zugleich ein Beitrag zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Das will ich Ihnen kurz erläutern:

Die in Projekten wie den GAP, den gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten, in Rostock geleistete Arbeit – und das ist nur der Anfang, wir haben gerade darüber gesprochen, 1999 350 Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern – bedeutet eine Verbesserung des Unternehmensumfeldes. Dieses Umfeld unternehmerischer Aktivitäten ist in hohem Maße abhängig von soziokulturellen weichen und ökologischen Standortfaktoren.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS)

Wer das nicht sieht, reduziert die Komplexität unternehmerischer Entscheidungen auf ein vorindustrielles Niveau. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Ökonomie ist auch eine Funktion der Mobilisierungsfähigkeit, des Kreativitätspotentials und des verfügbaren wie umsetzbaren Wissens dieser Gesellschaft. Diese Faktoren beeinflussen das Umfeld unternehmerischer Aktivitäten beträchtlich, und sie wachsen nicht von selbst. Die von uns geförderten Schul- und Jugendsozialarbeiter sind ein anderes Beispiel dafür, wie die weichen Standortfaktoren langfristig verbessert werden können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Der Einstieg in den ÖBS – in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor – dockt sich intelligent an die Defizite der mecklenburg-vorpommerschen Wirtschaftsstandorte an und verbessert damit das Unternehmensumfeld durch die Gestaltung bislang brachliegender Arbeit. In der Entwicklung von entsprechenden Modellprojekten, mit denen der Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor strukturiert wird, achten wir darauf, daß die Durchführung von Projekten auf der Grundlage eines regionalen Konsenses zu einer regional definierten Verbesserung des Unternehmensumfeldes kommt. In dem Maße, wie die ersten Projekte aus der Anfangsphase austreten, wird dann schließlich auch die Förderung von Projekten zur Deckung nicht getätigter Nachfrage eine wachsende Rolle spielen.

Öffentlich geförderte Beschäftigung bekommt dabei eine weitere innovative Funktion, indem sie unerschlossene Reserven neuer Beschäftigungsfelder in marktfähige Angebote überführen hilft. Der ÖBS ist sozusagen Impulsgeber auf dem Weg in die Dienstleistungskultur des 21. Jahrhunderts. Das haben wir mit der Aufnahme des neuen Förderschwerpunktes öffentlich geförderte Beschäftigung in das Landesprogramm auf den Weg gebracht. Ausgehend von den Erfahrungen aus den Gesprächen im Rahmen des Bündnisses für Arbeit werden als Einstieg „Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte“ (GAP) in Fortführung des Rostocker Modells realisiert. Unser Ziel dabei ist es, die arbeitsmarktpolitischen Chancen zur Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten des Landes nachhaltig zu nutzen und die verschiedenen Funktionen der Arbeitsmarktpolitik miteinander zu verbinden. Und die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sehen das genauso. Ich sagte gestern schon, daß sich im Ergebnis der aktuellen Emnid-Umfrage nahezu zwei Drittel der Menschen im Lande für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aussprechen, weil sie nämlich – und das will ich Ihnen noch einmal sagen, ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Glawe, einen kleinen Moment ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir kürzen überhaupt nichts. Hören Sie doch mal zu!

Der entscheidende Punkt, warum viele Menschen dafür sind, ist doch folgender: Weil wir nämlich den Weg gehen, weg von der Individualförderung, wie es über die Arbeitsämter realisiert wird, hin zu einer Projektförderung, die langfristig angelegt ist. Und das, glaube ich, ist eine neue Qualität. Das ist genau der Ansatz, den wir verfolgen, um einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Andere Förderprogramme habe ich schon im Zuge der Fragen genannt. Das ist unser Programm „Schul- und Jugendsozialarbeit“, das sind die Hilfen für kommunale Arbeitsmarktpolitik, das ist „Jugend baut“, Jugendfirmen und andere Dinge, die also den Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor begleiten, die Förderung von Jugend- und Schulsozialarbeitern als in diesem Sinne besondere soziale Dienstleistungen, die wichtig zur Festigung sozialer und demokratischer Grundwerte in den Köpfen junger Leute sind und damit einen Beitrag zur Zukunft unserer Gesellschaft leisten. Wir werden die Kommunen unterstützen, um solche Arbeitsverhältnisse bei der Jugendhilfe, bei Sozial- und Schulträgern entsprechend häufig zu fördern.

„Jugend baut“ – diese Richtlinie liegt seit kurzem in meinem Hause vor. In dieser Förderrichtlinie sollen sich arbeitslose Absolventen einer Berufsausbildung in sinnvoller Arbeit bewähren. Hier will ich noch einmal sagen: Es geht ausschließlich darum, auf bestehende Wirtschaftsunternehmen zu orientieren, denn das Programm beinhaltet die Verknüpfung der Lohn- und Sachausgabenförderung der Bundesanstalt für Arbeit für junge Menschen mit notwendiger Investitionsförderung des Landes in den Bereichen Kultur, Jugend, Sport, Denkmalpflege und Soziales im Sinne der Verbesserung einer kommunalen Infrastruktur. Auch hier erfüllt die Landesregierung ihr Versprechen. Schauen Sie in den entsprechenden Punkt der Koalitionsvereinbarung!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Mit dem Konzept Jugendfirmen und -betriebe ist eine komplexe Verbindung verschiedener in den allgemeinen Arbeitsmarkt zielender Förderansätze geplant. Dabei sollen sich arbeitslose Berufsanfänger in einer Einrichtung bewähren, die in enger Kooperation mit der Wirtschaft und dem Handwerk arbeitet.

Darüber hinaus soll die Förderung marktorientierter Arbeitsförderbetriebe erweitert beziehungsweise verändert werden. Statt einer arbeitsmarktorientierten Unternehmensgründung soll die Gründung von Unternehmenseinheiten im Vordergrund stehen, die geeignet sind, Integrationsmöglichkeiten für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen in anderen Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes zu eröffnen, also sogenannte Brückenbetriebe wollen wir schaffen.

Die bisherige Förderung von Koordinatoren für Wirtschaft und Arbeit wird auslaufen. Herr Riemann sprach das an. An ihre Stelle treten geförderte Kräfte, die bei den Landkreisen und kreisfreien Städten einerseits einen aktiven Beitrag zur kommunalen Beschäftigungspolitik leisten und andererseits auch Funktionen bei der regionalen und wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen sollen. Künftig

können also die förderungsberechtigten Kommunen zwei Arbeitsmarktkoordinatoren beschäftigen. Ich möchte – und das werden wir in den Richtlinien vorsehen –, daß diese Arbeitsmarktkoordinatoren sehr wohl auch Koordinatoren sind für den Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und sozusagen als Regisseure, als Regiestelle dafür agieren, daß ein regionaler Konsens in der Arbeitsmarktpolitik zustande kommt.

Mit den genannten Eckpunkten des neuen Programms „Arbeit und Qualifizierung Mecklenburg-Vorpommern 2000“ wird den Vorgaben der Koalitionsvereinbarung entsprochen. Dies gilt insbesondere für die Ziffer 9, die aussagt: „Die Arbeitsmarktpolitik und das Programm ‚Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern‘ (AQMV) sind bei der derzeitigen Massenarbeitslosigkeit unverzichtbar. ABM, Fortbildung und Umschulung, Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie Lohnkostenzuschußprogramme bilden dabei auch in Zukunft das Rückgrat des Zweiten Arbeitsmarktes.“

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dementsprechend soll auch im neuen AQMV die Förderung für Sachausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die ergänzende Lohnfinanzierung für Struktur Anpassungsmaßnahmen bedarfsgerecht fortgeführt werden.

Die Arbeitsmarktpolitik des Landes wird in hohem Maße durch den Europäischen Sozialfonds mitgeprägt. Frau Borchardt ging schon darauf ein. Der ESF ist einer der vier Strukturfonds, mit denen die Europäische Union die strukturpolitischen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten unterstützt. Hieran ist auch die zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik des Landes ausgerichtet. Zukunftsorientiert ist die Arbeitsmarktpolitik für mich, wenn die strukturpolitisch defensive Addition individueller Leistungsansprüche in gesellschaftlich zukunftsweisende Projekte umgelenkt wird. Entwicklungsziele müssen dabei benannt und verlässliche Rahmenbedingungen zu deren Erreichung gesetzt werden. Zu diesem Zweck sind individuelle Leistungsansprüche zusammenzuführen.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer Übergangsphase dieses Entkopplungsprozesses, in der es darauf ankommt, bestehende Finanzierungslinien, insbesondere der Bundesanstalt für Arbeit, aber auch des AQMV und der Modellprojekte, miteinander abzustimmen. Es ist das Ziel, künftig das AQMV soweit es geht mit dem ESF kofinanzieren. Ich sagte es schon, wir wollen soviel wie möglich fremdes Geld, insbesondere europäisches Geld, für die Finanzierung unserer Arbeitsmarktpolitik hereinholen. Das ist allerdings ein zweischneidiges Schwert. Das bedeutet, der Arbeitsmarktpolitik des Landes die goldenen Zügel der europäischen Gremien anzulegen. AQMV ist damit die Übersetzung europäischer Vorgaben auf die Landesebene. Die Abstimmungsprozesse künftiger Arbeitsmarktpolitik werden damit komplizierter und zeitaufwendiger. Der Vorteil – und deshalb stellen wir uns dem Prozeß – ist aber, daß aus diesen enormen Mühen der ESF die finanziellen Handlungsspielräume des Landes wiederum erheblich erweitert werden.

Erschwert – das will ich hier auch noch anführen – wird die Planung des Einsatzes der ESF-Mittel und nicht nur der ESF-Mittel in der neuen Förderperiode durch folgende Probleme, das kann ich Ihnen nicht ersparen:

Von den CDU-geführten Bundesländern Sachsen und Thüringen wird die vom Bund vorgeschlagene Aufteilung

der Strukturfondsmittel auf die neuen Bundesländer in Frage gestellt.

Ich muß hier Herrn Rehberg nun mal deutlich widersprechen. Es war nicht Bundeskanzler Schröder, der den Ausgangspunkt gesetzt hat.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Doch, das war Schröder.)

Es war nicht Schröder, der Ausgangspunkt wurde in Sachsen und Thüringen gesetzt.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Nein, der Ausgangspunkt war Berlin.)

Für mich ist die Frage, was Sie in dieser Situation tun als CDU-Fraktion, ob Sie jetzt Landesinteressen vertreten oder Ihre parteipolitische Klientel bedienen wollen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Hier ist konstruktive Oppositionsarbeit angesagt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und da kann ich Sie nur auffordern: Setzen Sie sich bei Ihren Parteifreunden in Dresden und Erfurt dafür ein,

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Weil der Ministerpräsident nicht  
mit denen verhandeln will, oder was?)

daß die Solidarität der ostdeutschen Länder, der neuen Länder erhalten bleibt und nicht zurückgenommen wird,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

denn was Sachsen und Thüringen machen, ist eine Aufkündigung der Solidarität der neuen Länder. Und da, glaube ich, kann man nur sagen: So geht es nicht!

(Harry Glawe, CDU: Reden Sie  
mal zu den Schwierigkeiten!)

Hinzu kommt ein sich erhöhender Handlungsdruck von seiten der EU, der den nun zur Verfügung stehenden Zeitplan enger werden läßt. Die beihilferechtlich relevanten Fördertatbestände müssen ab 2000 von der EU-Kommission genehmigt und notifiziert werden. Daher müssen die Länder, wenn sie zeitnah zum Jahresanfang mit der Förderung beginnen wollen, möglichst schnell die beihilferechtlich relevanten Teile ihrer ab 2000 gültigen Förderprogramme der Kommission zur Notifizierung vorlegen. Geboten ist hier Eile. Das Notifizierungsverfahren dauert vier bis sechs Monate. Mit einer Förderung kann erst nach der Genehmigung durch die Kommission begonnen werden. Das ist bekannt, und deswegen arbeiten wir – Herr König hat es gesagt, danke schön – unter Hochdruck daran, diese Richtlinien zu erarbeiten und der EU zu übergeben, damit wir tatsächlich rechtzeitig damit beginnen können.

Es gibt auch ein weiteres Problem. Das Problem ist folgendes: Wir aus Mecklenburg-Vorpommern waren das erste der neuen Bundesländer, das das operationelle Programm zum Europäischen Sozialfonds vorgelegt hat. Andere Länder sind noch lange nicht soweit. Hier steht die Frage, ob die Europäischen Strukturfonds am 01.01.2000 überhaupt beginnen können, was von vielen – auch von mir – bezweifelt wird. Deswegen meine ich, daß auch die anderen Länder aufgefordert sind, ihre Aufgaben, ihre Schularbeiten zu erledigen, damit wir hier nicht ins Hintertreffen geraten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben im Ministerium gemeinsam mit den Sozialpartnern einen neuen Weg beschritten. Herr Glawe, Sie waren dabei.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Wir haben am 30.06. eine erste Problemdiskussion zum AQMV 2000 durchgeführt. Wir werden in der nächsten Woche die Anhörung durchführen zu den Richtlinien. Wir gestalten also einen sehr transparenten Prozeß, um all die Meinungen und Hinweise zu berücksichtigen, um dann unsere Dokumente der Europäischen Kommission zu übergeben.

Ich habe deutlich gemacht, daß die Zeit durch den uns von der EU vorgegebenen engen Rahmen drängt. Wenn wir im bisherigen Tempo ohne Verzögerung fortfahren, werden wir die gesetzten Ziele erreichen. Im Interesse der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern werden wir die von mir aufgezeigten sozialinnovativen Wege beschreiten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dankert.

**Reinhard Dankert, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist kein Zufall, Frau Präsidentin, daß Sie gerade bei einem Ihrer früheren Spezialgebiete hier die Leitung übernommen haben.

Herr Glawe rief schon dazwischen, jetzt kommt's. Nach der ausführlichen Gestaltung durch Herrn Holter kommt hier nicht mehr viel.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Er ist in bester Übereinstimmung mit unserer Politik,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und da muß man eigentlich nicht mehr sehr viel sagen.

Die Arbeitsmarktpolitik als Wort ist manchmal ein bißchen sperrig, aber an sich eine einfache Sache. Es heißt nämlich Arbeit schaffen und bestehende Arbeitsplätze sichern. Aktive Arbeitsmarktpolitik heißt zupacken und nicht danebenstehen und zuschauen, wie Sie das ab und zu mal machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nur mit aktiven Maßnahmen kann es uns gelingen, die Zahl der Arbeitslosen in unserem Land zu verringern. Es ist auch mehrfach gesagt worden, das schafft nicht nur ein Land alleine.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es muß mit dem Bund zusammengearbeitet werden. Das ist auch verfassungsmäßig so organisiert. Darauf brauche ich nicht weiter einzugehen.

Ein wichtiger Punkt ist, daß die Arbeitsmarktpolitik – und das ist punktuell gelungen und kann noch verbessert werden – ein ressortübergreifendes Thema ist. Wir brauchen auch die Wirtschaftspolitik. Ein ganz einfaches Beispiel: Es hat keinen Sinn, Arbeitslose irgendwohin zu qualifizieren, wenn sie dann von der Wirtschaft so nicht aufgenommen werden können.

Die SPD steht natürlich für ein umweltgerechtes Wirtschaftswachstum, um mal eine Facette rauszugreifen.

Wir haben bereits in der Aktuellen Stunde darauf hingewiesen, daß wir die Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung präferieren. Und das ist zum Beispiel nur ein Teil der Liste der innovativen Techniken, die wir für unser Land brauchen können. Und ich sage es auch an dieser Stelle ganz deutlich: Gerade Mittel der Arbeitsförderung sind insbesondere geeignet, um auch mal neue Ideen sprießen zu lassen und zur Marktreife zu führen. Ich erinnere daran, daß Banken manchmal gar nicht für neue Projekte Geld geben, es aber mit unseren Fördermitteln insbesondere vom Arbeitsmarkt her immer die Chance gibt, etwas Neues zu tun.

Wir wollen demzufolge diese neuen Beschäftigungsfelder erschließen. Beispielsweise ist in der Telekommunikation eine Menge passiert in unserem Lande. Deswegen müssen auch hier gerade neue Berufsbilder entwickelt werden. Wir haben da, denke ich, eine große Chance in unserem Land. Und generell gilt für alle Beschäftigungsfelder, beschäftigte Frauen müssen die Möglichkeit bekommen, ihre erworbenen Qualifikationen auch belegen zu können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist für uns Koalitionsfraktionen auch innovative Arbeitsmarktpolitik.

Die SPD redet nicht nur von der Verteilung der Arbeit, sondern wir können ja auch was tun, wo wir doch selber Arbeitgeber sind. Unsere Landesregierung hat am 7. September 1999 im Kabinett eine neue Arbeitszeitordnung verabschiedet, die im öffentlichen Dienst einiges in Bewegung bringen wird. Durch die Führung individueller Arbeitszeitkonten ist es jetzt unter anderem möglich, Überstunden in einem sogenannten Sabbatjahr abzufeiern. Das ist der richtige Weg, denn in einem Land mit derart hohen Arbeitslosenzahlen müssen Überstunden konsequent abgebaut werden, da, wo es geht. Die Arbeitszeitordnung ist die fortschrittlichste in der ganzen Bundesrepublik, und ich hoffe sehr, daß möglichst viele Bedienstete davon Gebrauch machen.

Aber wir setzen nicht nur auf den öffentlichen Dienst, auch in der Privatwirtschaft werden zu viele Überstunden gemacht. Ich spreche hier nicht von Ausnahmefällen, sondern von regelmäßigen Überstunden, die vom Arbeitgeber schlichtweg erwartet werden, bezahlte und, was viel schlimmer ist, eigentlich auch unbezahlte. Hier muß sich manches ändern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Wir wissen auch ganz genau – es ist gerade im Osten so, und es geht von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern –, daß bei den derzeitigen Löhnen Teilzeitarbeitsplätze in den wenigsten Fällen existenzsichernd sind. Deswegen halten wir uns auch mit Teilzeitforderungen an die Wirtschaft zurück. Das, denke ich, müßten Sie von der CDU auch bemerkt haben. Aber es bleibt dabei, bundesweit steckt im Überstundenabbau ein erhebliches Beschäftigungspotential.

Das Landesprogramm – und jetzt komme ich zum Thema – „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ hatte und hat ein hohes qualitatives und quantitatives Niveau und wird auch mit dem Haushalt 2000 auf

diesem Niveau weitergeführt. Zu den anderen Dingen sagte inhaltlich der Minister schon etwas, so daß ich also nicht weiter darüber zu reden brauche. Ich denke, das Programm ist eine gute Kombination von Bewährtem und Neuem. Es soll die Arbeitsmarktpolitik des Bundes flankieren. Das war in den letzten vier Jahren ein bißchen schwieriger, aber auch dieses hat unser AQMV überstanden.

An dieser Stelle vielleicht ein kleiner Ausflug: Das AMV, später auch AQMV genannt, ist von Anfang an ein gutes Programm gewesen. Das möchte ich mal sehr deutlich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich denke, Herr Holter, Sie können Ihrer Mannschaft dafür ruhig ein Lob aussprechen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich habe es an anderer Stelle auch schon mal gesagt. Es hat einen F.D.P.-Minister überstanden, einen SPD-Minister, und es wird auch Herrn Holter überstehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Nix is'! –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Ich denke, ein Programm ist so gut, daß es unabhängig von der Führungsspitze des Hauses ist. Ich darf mir das, glaube ich, mal erlauben an dieser Stelle.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Angelika Gramkow, PDS: Na, na, na!)

Allerdings, was bei einem CDU-Arbeitsminister wird, das möchte ich bezweifeln.

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS)

Ja, ja, nicht zu früh freuen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, ja, wir hatten schon mal einen Helmut, der wollte die Arbeitslosigkeit in zwei Jahren halbieren, aber da hatten sie sich gründlichst geirrt.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, ja. Dieser Helmut hier geht nicht auf diese Art und Weise mit den Problemen des Arbeitsmarktes um. Da können Sie sicher sein!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Über die Existenzgründungen im AQMV ist bereits geredet worden. Ich halte das für eine gute Sache.

Einen Punkt, der mir auch besonders am Herzen liegt, möchte ich hier explizit erwähnen. Das AQMV unterstützt zum Beispiel auch die marktorientierten Förderbetriebe, das heißt schlichtweg, nach drei Jahren Förderung können die Unternehmen auf eigenen Füßen stehen, wenn sie es dann packen. Es ist auch, wenn man will, eine Art Hilfe zur Selbsthilfe, die viel dauerhafter ist als ständige Betreuung. Diese wollen die Arbeitslosen nämlich auch gar nicht, sondern sie wollen beweisen, was in ihnen steckt. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit dieser Art von Förderung auf dem richtigen Weg sind.

Daß AQMV – das ist auch bekannt – jetzt noch mehr auf die EU-Philosophie ausgerichtet wird, findet unsere volle Zustimmung.

Ein bißchen kritischer Text an der ganzen Sache, aber bitte nicht falsch verstehen, weil das hier auch schon mal vorkam in der Diskussion: Wo geht es mit dem Geld hin? Wir geben natürlich Millionen und Milliarden für die Arbeitsmarktpolitik aus. Wir haben eine Vielzahl von Programmen

(Harry Glawe, CDU: Vom Land  
bestimmt nicht, vom Bund.)

und vor allem von Richtlinien, letztere vor allem, damit das Geld nicht falsch ausgegeben wird. Und trotzdem passiert es gelegentlich. Dort wird dann insbesondere von der jetzigen Opposition zugeschlagen – auch schon während Ihrer Regierungszeit –, die dann an diesen zwei, drei Negativbeispielen die gesamte Arbeitsförderung madig gemacht hat,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

auch mit Ihrer Anfrage zu den 300 Arbeitsplätzen und so weiter. Das ist dann beste Tradition.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich meine, viel wichtiger in dieser ganzen Sache ist, es ist ein Programm, was sehr aktiv ist, was sehr dynamisch ist. Es muß schon mal dazugehören, ein Programm auslaufen zu lassen, wenn es vielleicht nicht die Ziele erfüllt hat, die man sich gewünscht hat, und dann muß man ein neues beginnen, um auf die aktuellen Gegebenheiten zu reagieren.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ein  
Modellprojekt, Herr Dankert.)

Das erfordert eine notwendige Freiheit in der Gestaltung des AQMV und vor allen Dingen einen großen politischen Konsens – den sehe ich hier allerdings auf der einen Seite nicht so besonders hergestellt, aber es reicht für die Mehrheit – und vor allem Diskussionen in der Öffentlichkeit, die ja in gewohnter Weise sehr viel sachlicher geführt werden als teilweise hier im Saal

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,  
und Barbara Borchardt, PDS –  
Heidemarie Beyer, SPD: Richtig.)

und auch viel problemorientierter. Ich habe die Gelegenheit, auch bei den GAP-Sitzungen dabei zu sein. Da ist insbesondere die Arbeitgeberseite wesentlich erfreulicher und wesentlich konstruktiver, als Sie das immer glauben machen wollen. Lediglich Verbandsfunktionäre wettern öffentlich dagegen, aber insgeheim nutzen sie alle die Vorteile des AQMV.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,  
und Barbara Borchardt, PDS –  
Heidemarie Beyer, SPD: Genauso ist es!)

Deshalb ist es gut, daß die Landesregierung über Zielsetzungen und Programmschwerpunkte berichtet hat. Frau Borchardt, wir müssen uns noch darüber einigen, ob unser Antrag auf Berichterstattung nicht schon fast erledigt ist mit dem doch sehr umfangreichen Bericht.

Eine sorgfältige Beurteilung der Arbeitsmarktpolitik wird aber stattfinden. Und das, das sage ich Ihnen ganz deutlich, müssen wir tun. Es gibt zum Beispiel auch einige Anregungen, einige Kommunen sind sehr erfolgreich

dabei, Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Das geht von Stralsund über Rostock und andere Städte – ich will keinen Raum hervorheben –, aber warum nicht alle?

Ich frage die Landesregierung, wie solch ein Gedankenaustausch zwischen den Kommunen befördert werden könnte. Dann ist das Nebeneinander von Förderung im Bereich der Existenzgründung nicht unübersehbar. Ich denke, auch da gibt es einiges zu tun. Dieses Nebeneinander setzt sich dann auf kommunaler Ebene mit Arbeitsamt, Sozialamt, Kammern et cetera fort. Sie kennen alle die Schwierigkeiten, die es gelegentlich gibt. Ich denke, daß wir auch sehr schnell neue Wege finden, denn die EU-Programmatik setzt auf den regionalen Konsens, nicht auf Parallelkurs.

Lassen Sie mich abschließend einen Ausblick wagen: Die Schwerpunkte der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden länger als eine Legislaturperiode halten, deswegen vorhin mein etwas flapsiger Ausflug, daß das nicht unbedingt immer von den Spitzen abhängt, sondern von der Programmatik und wie man damit umgeht. Eine kontinuierliche Politik muß in diesem Bereich einen mittelfristigen Zeithorizont einplanen. Die Koalitionsfraktionen sind dazu bereit, die Landesregierung dabei zu unterstützen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche viel Kraft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dankert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

**Barbara Borchardt,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Leider ist Herr König jetzt nicht mehr im Saal. Aber ich hätte doch erwartet, daß Herr König etwas mehr beizutragen hätte in bezug auf die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik und die Vorstellungen, die entwickelt werden sollen.

Wir haben ja den Antrag gestellt, und selbstverständlich haben wir die Unterlagen des Arbeitsministeriums auch gelesen. Unser Anliegen war aber, alle Fraktionen in diese, denke ich mal, ganz wichtige Seite der politischen Arbeit mit einzubeziehen. Es wäre sicherlich nicht verkehrt gewesen, wenn es auch mal Ansätze gegeben hätte aus Sicht der Opposition, wie man denn was im Land Mecklenburg-Vorpommern unter Einbeziehung der Möglichkeiten, die das AQMV bieten könnte, ändern könnte. Vielleicht sollte man mal darüber nachdenken und nicht immer nur populistisch hier irgendwelche Sachen von sich geben.

In der Begründung zum vorliegenden Antrag habe ich dafür geworben, daß wir das AQMV 2000 in einem öffentlichen, transparenten und partnerschaftlichen Miteinander der Arbeitsmarktpartner, Fraktionen im Landtag und der Ministerien erarbeiten wollen. Wir haben auch deutlich gemacht, wie wir das Verhältnis von Fortschreibung und notwendigen Erneuerungen des landespolitischen Arbeitsprogrammes sehen.

Erlauben Sie mir nun, auf einige Probleme aufmerksam zu machen, die aus Sicht der PDS bei der Erarbeitung des AQMV zu bedenken sind.

Zunächst unstrittig ist sicherlich, daß wir gerne auf Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik verzichten wür-

den, wenn wir das Problem der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit im Land gelöst hätten. Aber angesichts der Entwicklung und der sich verändernden Rahmenbedingungen haben wir uns diesen Problemen auf längere Sicht und uns gemeinsam dieser Verantwortung zu stellen, die vorhandenen Mittel so effektiv wie möglich zu nutzen und gemeinsam neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik zu gehen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, bestimmte objektive Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen.

Erstens. In bezug auf die Weiterentwicklung der Wirtschaft haben wir folgende Entwicklung zu verzeichnen: Der Markt ist zumindest in den Massensparten gefüllt, Anteile können im wesentlichen nur durch die Verdrängung von Konkurrenten errungen werden.

Zweitens. Nicht verdrängen sollten wir auch die Tatsache, daß gerade in den neuen Bundesländern die notwendige soziale Infrastruktur aufgrund der leeren Kassen in den Kommunen fast ausschließlich durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik finanziert wird.

Drittens. Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Trägern von Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Kulturpolitik, ihre Kooperation ist eher von dem Gedanken beherrscht um der kompromißlosen Konkurrenz, die knapper werdenden Mittel und die enger werdenden Märkte. Die Akteure auf dem Arbeitsmarkt können sich nur im Rahmen der vorhandenen Förderlogik bewegen. Wie viele gute und sinnvolle Projekte von unterschiedlichen Akteuren scheitern, weil sie nicht in die Förderkonzepte passen?!

Aufgrund all dieser Entwicklungen fehlt gerade den Projekten die notwendige öffentliche Akzeptanz und Unterstützung. Deshalb meinen wir, daß die Aufgaben einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in unserem Land und in seinen Regionen eingebettet sein müssen in eine langfristige komplexe Entwicklungskonzeption, in Zielstellungen und Leitbilder für ein zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern und somit in einen weitergehenden politischen Konsens über das zukünftige Gesicht der Region. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sind in ihrer Einheit mit ökologischen, sozialen und kulturellen Perspektiven auf die nachhaltige Entwicklung einer eigenständigen, spezialisierten, nach innen und außen agierenden wirtschaftlichen und sozialen Struktur unseres Landes zu orientieren.

Nach unserer Auffassung sollten wir die Erarbeitung eines neuen arbeitsmarktpolitischen Programmes zum Anlaß nehmen, eine öffentliche Debatte über das künftige Gesicht von Mecklenburg-Vorpommern im Parlament und in der Öffentlichkeit zu beginnen. Eine solche Diskussion müßte dazu beitragen, Konkurrenzvorstellungen und Konkurrenzverhalten von Privatwirtschaft und aktiver Arbeitsmarktpolitik, von Region zu Region, von Kommune zu Kommune, von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig, von Unternehmen zu Unternehmen et cetera abzubauen und damit Blockaden für Innovationen abzureißen.

Bewußt sind wir uns der Tatsache, daß die Mittel des Landes für eine aktive Arbeitsmarktpolitik auch weiterhin sehr begrenzt sind und im wesentlichen durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt werden. Um so mehr wird es darauf ankommen, die vorhandenen Mittel sowohl dieser Bundesanstalt für Arbeit als auch der EU und des Landes gebündelt und effektiver als bisher für eine höhere Beschäftigungswirksamkeit einzusetzen. Hier gibt es nach unserer Auffassung noch Reserven, die

durch eine höhere Qualität des AQMV zu mobilisieren wären.

Wir wollen Erfahrungen bei der Schaffung territorialer Beschäftigungspakte sammeln und auch nutzen. Es geht um eine neue Qualität der Kooperation zwischen Landesverwaltung, sozialen Verbänden, Unternehmerinnen und Unternehmern, Beschäftigungsgesellschaften, Projekten und Kommunen sowohl bei der Ermittlung von Bedarfen als auch beim Ausfindigmachen neuer Beschäftigungsfelder im Dienstleistungsbereich, in der Umweltgestaltung, bei sozialen Diensten, aber auch in der Produktion materieller Güter. Es müssen Formen gefunden werden, in denen die einzelnen Bereiche, die die Beschäftigungssituation in unserem Land wesentlich bestimmen, nicht getrennt behandelt werden. In diesem Zusammenhang spielt die Erhöhung der Vernetzung der verschiedenen Akteure und Strukturen auf dem Arbeitsmarkt eine wesentliche Rolle. Hier könnte mit dem AQMV ein gewisser Durchbruch versucht werden.

Und damit, meine Damen und Herren, komme ich zu einem dritten Problem, das in der Diskussion schon viel Staub aufgewirbelt hat, ich meine den ÖBS, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Ich weiß, meine Damen und Herren von der CDU, dieser neue Ansatz in der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist für Sie ein rotes Tuch. Aber seien Sie doch einmal ehrlich! Ihre offensichtliche Abneigung ist doch ideologisch motiviert. Denn wie anders ist es zu erklären, daß Sie in bestimmten Bereichen eine Subventionierung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit durchaus befürworten, wie zum Beispiel die erhöhte finanzielle Unterstützung des Tourismusverbandes beziehungsweise die institutionelle Förderung des Landesfrauenverbandes? Damit ich nicht falsch verstanden werde, diese Unterstützung ist von uns allen gewollt, darüber besteht politischer Konsens. Die hier geleistete Arbeit ist von uns allen als gesellschaftlich notwendig anerkannt. Aber warum die Arbeit in den soziokulturellen Einrichtungen, in den Umweltverbänden eigentlich nicht? Ich frage Sie: Wie wollen Sie das begründen?

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, daß der Einstieg in den ÖBS Chancen für die Entwicklung in unserem Land sowohl aus Sicht der Wirtschaft als auch der sozialen Infrastruktur mit sich bringen kann. Auf der einen Seite ist es doch unstrittig, daß wir ohne eine gesunde und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur auch keine Investoren anlocken werden, auf der anderen Seite bestimmte Vorhaben einfach nicht begonnen werden können, weil sie nicht in bestehende Förderlogiken passen beziehungsweise die notwendigen finanziellen Mittel nicht bereitgestellt werden können.

Wir sind davon überzeugt, daß bei Nutzung aller von mir dargestellten Wege, der Schaffung einer breiten Akzeptanz, der Entwicklung von Bedarfen in den Regionen sowie der Entwicklung von Leitbildern in unserem Land, wir auch gemeinsam bereit sein werden, gesellschaftlich notwendige Arbeit dauerhaft zu finanzieren. Dieser Entwicklung können sich letztendlich alle, sowohl die Politikerinnen und Politiker als auch die Vertreter von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, nicht verschließen, wenn wir gemeinsam ernsthaft daran interessiert sind, unser Land zu einem zukunftsfähigen Land zu gestalten.

Gestatten Sie mir zum Abschluß ein paar Bemerkungen zu der öffentlich geführten Debatte hier im Landtag zum sogenannten zweiten Arbeitsmarkt.

Ich bin der Auffassung, daß wir gemeinsam durch die Anerkennung der hier geleisteten Arbeit dazu beitragen können, daß die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den unterschiedlichsten Projekten geleistete Arbeit nicht weiter als minderwertige Arbeit dargestellt wird. Damit helfen wir weder den Betroffenen noch dem Gelingen der einzelnen Projekte. Und seien wir doch ehrlich! Was wäre, wenn bestimmte Projekte in den Regionen durch die unterschiedlichen Förderungen nicht durchgeführt werden könnten? Ich möchte im Namen meiner Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Beschäftigungsgesellschaften, in sozialen Vereinen und Verbänden für die geleistete Arbeit recht herzlich danken und sie motivieren, ihr Bestes zu geben.

Sicher, auch ich weiß, daß einige Projekte in unserem Land vielleicht nicht die notwendige nachhaltige Wirkung haben. Aber ist das die Schuld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Ist es wirklich so? Sie wollen Arbeit, nicht nur beschäftigt werden, und dafür sollten wir gemeinsam sorgen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Borchardt.

Als nächstes erhält das Wort die Abgeordnete Frau Staszak von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Staszak.

**Karla Staszak, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Holter! Ich danke Ihnen ausdrücklich, daß Sie in Ihrer ausführlichen Rede die Frauen so intensiv bedacht haben. Ich will das aber trotzdem noch etwas intensivieren, weil ich denke, die Programmschwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik sind ja für Frauen sehr wichtig. Für mich heißt das:

1. zu prüfen, ob diese Beschäftigungspolitik für Männer und Frauen querschnittsorientiert ist
2. zu prüfen, ob Diskriminierung von Frauen und Männern nachweislich und abrechenbar bekämpft wird. Hierbei sind sowohl die direkten Diskriminierungen als auch die indirekten Benachteiligungen zu berücksichtigen.
3. zu prüfen, ob für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirksame Lösungen für Frauen und Männer entwickelt werden. Damit meine ich jedoch keineswegs die Teilzeit – in welchem Umfang auch immer – ausschließlich für Frauen und die Vollzeit vorrangig nur für Männer. Damit sind Sie nicht einverstanden, ne?
4. zu prüfen, ob Instrumente geschaffen werden, die die Rückkehr in das Berufsleben denen erleichtern, die wegen Familienarbeit ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben, ja unterbrechen mußten. Und das ist ein wesentlicher Punkt. Dieses betrifft, das wissen wir alle, fast ausschließlich Frauen, denen immer noch an der Schwelle zu dem so häufig magisch genannten 21. Jahrhundert die Zuständigkeit für die Familienarbeit zugewiesen wird. Die Zahl der Berufsunterbrecherinnen wird auch in Mecklenburg-Vorpommern zunehmen, meine Damen und Herren. Das Arbeits- und Qualifizierungsprogramm sollte daher schon jetzt dafür Unterstützung vorsehen.

Die Erfüllung dieser vier Punkte zielt auf die Realisierung der im Grundgesetz und der Landesverfassung festgeschriebenen Verwirklichung der Chancengleichheit von

Frauen und Männern. Sie beinhaltet auch die dazu notwendigen Angebote, die eine gleichberechtigte Aufgabenverteilung von Familienaufgaben und Berufserfordernissen erst ermöglichen.

Die von mir punktuell aufgeführten gleichstellungsorientierten Anforderungen sind Grundpfeiler einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die von niemandem in Frage gestellt werden können – meiner Meinung nach – und breite Unterstützung erfordern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS)

Die Unterstützung, meine Damen und Herren, wird allen abverlangt, auch denen, die noch immer vielleicht ein traditionelles Rollenbild im Kopf haben und dieses gutheißen. Die geschlechterorientierte Arbeitsmarktpolitik kann und darf nicht durch Einstellungen oder aus parteipolitischen Kalkül unterlaufen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und CDU)

Dafür gibt es gute und zwingende Gründe. Das AQMV wird vor allem aus Mitteln der Europäischen Union gespeist, das heißt in diesem Zusammenhang aus dem Europäischen Sozialfonds, den meisten als ESF ja bekannt.

Auch wenn Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der strukturellen Probleme Spielräume bei der Gestaltung seines beschäftigungspolitischen Programmes nutzen kann, so stellt die Europäische Beschäftigungsstrategie, auf die sich die Mitgliedsstaaten verständigt haben, Anforderungen und macht Vorgaben, denen sich auch Mecklenburg-Vorpommern nicht entziehen kann.

Die Europäische Beschäftigungspolitik hat eine Rechtsgrundlage. Der Vertrag von Amsterdam nennt in Artikel 2 die Gleichstellung von Männern und Frauen ausdrücklich im Aufgabenkatalog – das möchte ich hier noch mal allen sagen –, und nicht irgendwo, sondern die Gleichstellung ist an einen exponierten Platz gerückt. Die Gleichstellung wird gleich mit der Förderung der Beschäftigung an zweiter Stelle genannt, das heißt unmittelbar nach der Ursprungsaufgabe der Gemeinschaft, der harmonischen Entwicklung des Wirtschaftslebens. Somit hat die Gleichstellung von Frauen und Männern auch für die Entwicklung des AQMV eine qualitativ und quantitativ neue Dimension erhalten. Sie ist nämlich seit dem 1. Mai, dem Inkrafttreten des Vertrages, nicht mehr nur eine Möglichkeit, sondern eine Pflicht. Diese besteht darin, die Anstrengungen zur Förderung der Chancengleichheit zu verstärken, sie in allen Strukturfonds und damit auch im ESF festzuschreiben. Dabei ist sowohl die Berücksichtigung von Frauen in allen Maßnahmen vorzusehen als auch die Ergänzung durch spezifische frauenfreundliche Maßnahmen, die die unterschiedlichen Situationen von Frauen und Männern berücksichtigen. Deshalb habe ich auch gar nicht mehr soviel Angst, daß das hier nicht gemacht wird, weil sonst nämlich das Geld nicht fließt.

Konkret heißt dies, das AQMV muß so konzipiert sein, daß umfassend geschlechtsspezifische Hindernisse für gleichen Zugang und gleiche Beteiligung Berücksichtigung finden. Nur damit kann sichergestellt werden, daß die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird und diskriminierende Effekte abgebaut werden. Dabei spielt die ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an den Entscheidungsstrukturen eine Schlüsselrolle. Hier-

zu sind Maßnahmen notwendig, die unter anderem darauf abzielen, die Aufstiegschancen von Frauen zu verbessern, das Ungleichgewicht zwischen dem Frauen- und Männeranteil in bestimmten Berufen und Wirtschaftsbereichen zu beseitigen, die Erwerbsquote von Frauen zu erhöhen und die Aufnahme unternehmerischer Tätigkeit durch Frauen zu fördern. Der Minister hat dazu ja auch schon etwas gesagt. Dazu muß das gesamte Potential der im AQMV zur Verfügung stehenden Fördermaßnahmen genutzt werden, das heißt sowohl eine zielgerichtete Qualifizierung als auch eine qualitativ und quantitativ ausgewogene Beschäftigungsförderung erfolgen.

Denen, die nun meinen, meine Anforderungen an das AQMV seien unrealistisch und überzogen, sage ich noch einmal ganz deutlich: Meine Ausführungen bewegen sich in dem von der Europäischen Union vorgegebenen Rahmen, wie die Entschließung des Rates vom 22.02.1999 verdeutlicht. Darin heißt es: „Die Mitgliedsstaaten haben sich zu bemühen, das Gefälle zwischen der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern zu vermindern, indem sie aktiv auf ein hohes Beschäftigungsniveau bei den Frauen hinarbeiten und Maßnahmen ergreifen, um eine ausgewogene Repräsentanz von Frauen und Männern in allen Sektoren und an allen Arbeitsplätzen zu erreichen.“

Um die zweckmäßige Verwendung der ESF-Mittel zu gewährleisten, die im AQMV zur Anwendung kommen werden, sind die Rahmenbedingungen, die umfassend in der Strukturverordnung beschrieben sind, einzuhalten. Dies zu unterstützen und damit auch vielen Frauen Chancen und Perspektiven zu eröffnen, sind wir alle aufgefordert, meine Damen und Herren, und das heißt für mich, Sie sollten den Antrag unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und PDS und Harry Glawe, CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Staszak.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/675.

Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer ist gegen diesen Antrag? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/675 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bericht des Justizministers zur Entlassung des Generalstaatsanwalts auf Drucksache 3/680.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Bericht des Justizministers zur  
Entlassung des Generalstaatsanwalts  
– Drucksache 3/680 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Helmrich von der CDU-Fraktion.

**Herbert Helmrich, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Antrag liegt Ihnen vor. Wir möchten gerne über die Gründe und die Umstände der Entlassung etwas Genaueres wissen, als wir bisher aus den Medien entnehmen konnten.

Wir haben uns in der Sommerpause – sehr überrascht über diesen Entlassungsakt – zusammengesetzt und

überlegt, wie wir darauf reagieren sollten. Wir haben dann als erstes noch einmal festgestellt, daß wir – und das sei sozusagen als Nebenergebnis noch mal ins Haus zur Überlegung gegeben – nicht die Möglichkeit haben in einem solchen Fall, die Sondersitzung eines Ausschusses zu beantragen.

(Siegfried Friese, SPD:  
Waren Sie wirklich so überrascht?)

Ja.

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS)

Der Betroffene übrigens auch. Er war nämlich gerade am Tag vorher aus dem Urlaub gekommen und hatte weder vorher noch im Urlaub was davon gerochen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich denke,  
Sie wollen darüber einen Bericht.  
Sie wissen aber gut Bescheid.)

Wir haben also überlegt, wie wir reagieren könnten, und haben festgestellt, daß unsere Geschäftsordnung die Einberufung einer Sondersitzung durch eine Fraktion nicht zuläßt. Allerdings, eine Landtagssitzung, die hätten wir erzwingen können.

(Angelika Gramkow, PDS: Na und?!)

Ja, na und. Wir waren in der Sommerpause und hätten ...

(Angelika Gramkow, PDS: Ach so.)

Jaja, jaja.

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

... dann ja doch erst eine Sitzung mit Einladungen erreichen können,

(Götz Kreuzer, PDS: So wichtig war  
es dann wohl auch nicht, daß man es  
in der Sommerpause beraten mußte.)

die drei Wochen vor dem heutigen Tage lag.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann kann  
es ja nicht so wichtig gewesen sein.)

Deshalb haben wir gesagt, eine Sondersitzung des Landtages ist nicht notwendig, wenn wir drei Wochen später sowieso Landtagssitzung haben. Dann nehmen wir es auf diese Tagesordnung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Das ist auch ganz richtig so.)

Das ist doch sinnvoll gehandelt.

Nur, der Punkt ist eben, man sollte noch mal darauf achten, ob wir nicht in der Richtung unsere Geschäftsordnung mal ändern sollten hinsichtlich der Erzwingung einer Sondersitzung eines Ausschusses.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Helmrich,  
Sie wissen doch, daß wir die Geschäftsordnung  
in jeder Richtung ändern müssen.)

Na ja, vielleicht nicht in jeder.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS –  
Wolfgang Riemann, CDU: Eben.)

Deshalb steht es heute auf der Tagesordnung, unsere Bitte, darüber zu berichten, denn die Wirkungen sind ja doch exorbitant gewesen: Richterbund, Anwaltsvereine,

der Vorsitzende Richter vom Amtsgerichtshof hat seinen Vorsitz niedergelegt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Er hat's  
aber gleich wieder zurückgenommen.)

Pressewirbel.

(Heinz Müller, SPD: Er war doch aber  
darüber informiert, oder wie war das?)

Ich lese Ihnen jetzt die Überschriften aus den Zeitungen vor. Hören Sie sich die in Ruhe an!

(Siegfried Friese, SPD: Das bedeutet aber viel. –  
Sylvia Bretschneider, SPD: Ach, die  
haben wir doch alle selber gelesen. –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Lesen können  
wir selber. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

„Wirbel um Entlassung“ in den „Lübecker Nachrichten“.

(Heinz Müller, SPD: Ich habe schon  
profundere Argumente gehört.)

Wir wollen es genauer wissen. Sie haben offensichtlich vergessen, welcher Wirbel in der Zeitung um diesen Tatbestand gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

„Rot-rotes ...

(Heinz Müller, SPD: Wer hat das  
Gesetz eigentlich gemacht, auf  
dessen Basis das passiert ist?)

Es geht um die Umstände. Hören Sie in Ruhe zu! Und dann wollen wir über die Presse hinaus, weil wir auch nicht wissen, ob das immer alles so stimmt, was in der Presse gestanden hat, denn hier ist der Ort,

(Heinz Müller, SPD: Also was Sie heute  
bei uns in der Presse geschrieben haben,  
ist jedenfalls faustdick gelogen.)

hier ist der Ort ...

(Heinz Müller, SPD: Das sage ich Ihnen.)

Halten Sie sich zurück! Der Ministerpräsident hat unsere Presseerklärung. Und da kann er lesen, was darin steht.

Also zu diesem Tatbestand: „Wirbel um die Entlassung“, „Es war wie auf der Flucht“, „Rot-rotes Komplott“, „Kniefall in Demut vor der PDS“, „Entlassung schlägt hohe Wellen, zieht bundesweite Kreise“, „Prechtel-Rausschmiß – ‚Unwürdig, menschenverachtend‘“, „Büro wie auf der Flucht verlassen“ („Lübecker Nachrichten“), „Generalstaatsanwalt gedemütigt“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden Verständnis haben, daß uns natürlich in dieser Sache bei dieser Presseaufmerksamkeit schon interessieren muß, wie es denn tatsächlich gewesen ist. Wir haben uns mit Presseerklärungen darüber zurückgehalten, wie Sie ja wahrscheinlich auch gemerkt haben. Bei dieser Fülle von Presse mit einer ganz bestimmten Tendenz ist kaum anzunehmen, daß davon gar nichts stimmt.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ich denke, daß hier der Ort ist – das sieht nun mal unsere Geschäftsordnung vor, ich habe Ihnen das noch mal erläutert –, um zu klären: War es nun nur schlechter Stil

oder nicht einmal das? Oder steckt sogar auch noch mehr dahinter? Deshalb möchten wir gerne wissen, wie es war und wie die sonstigen Reaktionen der Regierung und dem Justizminister gegenüber gewesen sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Helmrich.

Entgegen den Vereinbarungen im Ältestenrat ist zwischen den Fraktionen vereinbart worden, die ursprünglich mit 60 Minuten benannte Redezeit auf 75 Minuten zu erhöhen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Justizminister. Bitte sehr, Herr Dr. Ringstorff, ich erteile Ihnen das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hier ist eben von Herrn Helmrich die Frage eines eventuell schlechten Stils in den Raum gestellt worden. Herr Müller hat einen Zwischenruf gemacht wegen einer Verlautbarung im „Nordkurier“. Der „Nordkurier“ ist zwar noch etwas weitergegangen als Sie, Herr Helmrich, aber in dieser Presseerklärung zur Schließung des Generalkonsulats haben Sie auf alle Fälle schlechten Stil an den Tag gelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –

Heinz Müller, SPD: Gelogen hat er. –

Wolfgang Riemann, CDU:

Verlogen sind Ihre FAG-Darstellungen.)

Sie erwecken in diesem Antrag den Eindruck, daß die Landesregierung, daß PDS und SPD der Schließung dieses Generalkonsulats zugestimmt hätten.

(Wolfgang Riemann, CDU:

Das hat er ja verhindert.)

Sie erwecken den Eindruck, obwohl es nicht explizit enthalten ist. Sie haben sehr geschickt formuliert, und Sie wissen genau, was SPD und PDS in dieser Frage getan haben.

(Wolfgang Riemann, CDU, und

Harry Glawe, CDU: Nichts. –

Herbert Helmrich, CDU: Deshalb haben Sie den Antrag abgelehnt.)

Sie haben eben argumentiert, es war ja Sommerpause, und Sie konnten nichts tun. Vielleicht war bei Ihnen ja etwas länger Sommerpause, meine Damen und Herren von der CDU, denn bevor Sie mit Ihrem Dringlichkeitsantrag kamen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

haben wir längst gehandelt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

hatte ich längst einen Brief an den Außenminister und an den Bundeskanzler geschrieben.

Nun, meine Damen und Herren, ...

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Das hätte ich, Herr Helmrich, von Ihnen wirklich nicht erwartet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zum Thema!)

Bei Ihrem Fraktionsvorsitzenden bin ich diesen Stil gewohnt, aber von Ihnen war ich es bisher nicht.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dieser Stil ist in Europa unübertrefflich.)

Meine Damen und Herren, nun lassen Sie mich zum vorliegenden Antrag kommen. Es ist ja über Stil gesprochen worden, deshalb werden Sie mir diesen kleinen Exkurs erlaubt haben.

Ich glaube nicht, daß Sie mit dem Erzwingen dieser Debatte dem ehemaligen Generalstaatsanwalt einen Gefallen tun. Lassen Sie mich gleich auf den Punkt kommen. Unbestreitbar hat sich Herr Prechtel Anfang der 90er Jahre Verdienste um den Aufbau der Staatsanwaltschaften im Lande erworben. Das ist so, und dafür habe ich ihm gedankt. Im vollen Bewußtsein dieses Umstandes hat sich die Landesregierung aber entschließen müssen, ihn gleichwohl in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Nach den Vorstellungen der damaligen Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P. sollte der Generalstaatsanwalt ein politischer Beamter sein. So ist es beschlossen worden. Politische Beamte sind jedoch keine Politiker und schon gar nicht Politiker in eigener Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Man mag darüber geteilter Auffassung sein, ob Generalstaatsanwälte politische Beamte sein sollen oder nicht. Sie wollten es aber ausdrücklich so, Herr Helmrich. Ich frage mich, wie Sie, Herr Rehberg, dies inzwischen sehen. Aber daß ein politischer Beamter in den einstweiligen Ruhestand versetzt wird, ist ein relativ normaler Vorgang,

(Herbert Helmrich, CDU: Von uns nie bestritten. Von uns nie bestritten.)

der beim Wechsel von Landesregierungen häufiger zu beobachten ist.

(Herbert Helmrich, CDU: Ja.)

Uns oder mir wurde hier aber vorgeworfen, ich wolle die Justiz gleichschalten

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

und alte Verhältnisse wieder einführen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie unter DDR-Verhältnissen.)

Meine Damen und Herren! Nicht zuletzt hat auch der hessische Ministerpräsident einige, ich betone, einige Polizeipräsidenten, die nachweislich sehr gute Arbeit geleistet haben, in den einstweiligen Ruhestand versetzt, da er kein Vertrauen in diese Beamten hatte. Ich bin neugierig, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, wie Sie dies kommentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Gegen manchen ernstzunehmenden Rat habe ich mich jedoch bei der Regierungsbildung entschlossen, Herrn Prechtel nicht gleich in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Ich wollte ihm eine Chance geben. Herr Prechtel hat diese Chance nicht genutzt.

(Unruhe bei der CDU)

Politiker erhalten ihre Legitimation vom Wähler, ein politischer Beamter dagegen erhält seine Legitimation durch das politische Vertrauen, das eine Landesregierung in ihn

setzt, und was Vertrauen ist, brauche ich Ihnen hier nicht näher zu sagen. Er kann ohne Angabe von Gründen jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Und dies ist im Fall von Herrn Prechtel so geschehen.

Verständlicherweise kann ich zu dem Antrag der CDU-Fraktion nicht viel sagen, denn wenn ein politischer Beamter ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden kann, bedeutet dies auch, daß entsprechende Gründe nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Nur soviel: Das Problem war die Person Prechtel.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang erinnern an die Ablösung Prechtels als Pressesprecher des Generalbundesanwaltes in Karlsruhe im Jahre 1989 unter der damaligen CDU-geführten Bundesregierung nach mehr als acht Jahren Tätigkeit in dieser Funktion. Gegenstand der Kritik war damals seine eigenwillige und die Belange der Bundesregierung mißachtende Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der sogenannten Hungerstreikaffäre. Dies wurde von der CDU-geführten Bundesregierung offenbar als Illoyalität gewertet.

Die von mir geführte Landesregierung war übrigens nicht die erste Landesregierung, die Schwierigkeiten mit der Amtsführung des Herrn Prechtel hatte. Schon Ende 1993 gab es Störungen in der Zusammenarbeit zwischen Ihrem damaligen Justizminister Helmrich und Herrn Prechtel, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, weil dieser wiederholt ohne jede Abstimmung mit dem politisch dem Landtag verantwortlichen Justizminister Helmrich eigene Politik zu betreiben geruhte. Und dies veranlaßte damals im Jahre 1994 ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Helmrich kann sich daran gar nicht erinnern. –  
Angelika Gramkow, PDS:  
Das glaube ich aufs Wort.)

Ja, das ist ja alles in den Personalakten nachlesbar, Herr Riemann.

Dies veranlaßte damals im Jahre 1994 Ihren CSU-Staatssekretär Letzgas, die Amtsführung von Herrn Prechtel förmlich zu beanstanden.

(Gesine Skrzepski, CDU: Das ist ja wohl ... –  
Rainer Prachtl, CDU: Das wäre nicht mal bei Otto Grotewohl passiert. –  
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Die neue Landesregierung hat sich dann nach dem Regierungswechsel gleichwohl bemüht, ein Vertrauensverhältnis zu Herrn Prechtel herzustellen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist ja wohl unerhört! Er kann doch nicht zitieren irgendwas!)

Wenn Sie möchten, daß ich Ihnen etwas erläutere, bitte ich Sie, auch zuzuhören.

Also die neue Landesregierung hat sich dann nach dem Regierungswechsel gleichwohl bemüht ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Heinz Müller, SPD: Sie wollen doch einen Bericht. Was ist denn hier los? –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Ja, möchten Sie nun, daß ich Ihnen hier etwas sage, oder möchten Sie das nicht? Dann müssen Sie Ihr Kra-  
keelen schon einstellen, Herr Glawe.

(Beifall bei der SPD und  
einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die neue Landesregierung hat sich dann nach dem Regierungswechsel gleichwohl bemüht, ein Vertrauensverhältnis zu Herrn Prechtel herzustellen. Wie wir heute wissen, ohne Erfolg. Herr Prechtel wurde kein anderer Mensch.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Umständen der Entlassung sagen. Bei uns ist eine Entlassung durch Telefonanruf des Ministerpräsidenten oder per Fax wie in Bayern nicht üblich. Selbstverständlich ist Herr Prechtel bei seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand von mir nicht innerhalb von drei Minuten im Justizministerium abgeföhstückt worden. Ihm ist auch etwas zu trinken angeboten worden – wenn auch kein Sekt.

(Jürgen Seidel, CDU: Schierlingsbecher.)

Hierauf und auf eine Aussprache verzichtete er jedoch. Selbstverständlich konnte Herr Prechtel auch seine Frau anrufen. Er hat es aber vorgezogen, mit Vertretern der Presse Kontakt aufzunehmen, und so konnte es passieren – und dies bedauere ich wirklich –, daß seine Ehefrau von seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand erst aus dem Rundfunk erfuhr.

Meine Damen und Herren, ich könnte so fortfahren, möchte aber angesichts der mir zur Verfügung stehenden Redezeit auf einen weiteren Punkt eingehen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Herr Prechtel hat in der Presse behauptet, er sei auf Betreiben der PDS in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Dies ist definitiv falsch. Schon gar nicht wegen der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen PDS-Abgeordnete ist Herr Prechtel in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Ich finde es übrigens erstaunlich, wie in der Öffentlichkeit von Herrn Prechtel das Klischee des angeblich den „Roten“ verhaßten „schwarzen“ Strafverfolgers nachgezogen wurde.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Genauso ist das!)

Herr Prechtel wollte offenbar ernsthaft glauben machen, er hätte die Strafverfolgung gegen Landtagsabgeordnete betrieben. Dem war jedoch nicht so. Die Ermittlungsmaßnahmen und die Abschlußentscheidungen sind bei den Staatsanwaltschaften in Neubrandenburg und in Stralsund und nicht beim Generalstaatsanwalt in Rostock getroffen worden. Das wissen unsere Staatsanwälte in Neubrandenburg und in Stralsund sehr genau. Um so erstaunter müssen sie gewesen sein, aus der Presse zu erfahren, ihr früherer Generalstaatsanwalt habe angeblich die Ermittlungen in beiden Fällen geführt.

Meine Damen und Herren! Die Schlagkraft der Staatsanwaltschaften in Mecklenburg-Vorpommern ist durch den neuen Generalstaatsanwalt Herrn Uwe Christian Martensen verbessert worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich will an dieser Stelle einen Fall hervorheben: Ich bin froh über die Hartnäckigkeit der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg beim Erwirken der Haftbefehle gegen die Täter von Eggesin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,  
einzelnen Abgeordneten der PDS  
und Herbert Helmrich, CDU)

Dieser feige Überfall traf mich, der ich nicht nur Justizminister, sondern auch Ministerpräsident dieses Landes bin, besonders hart. Ja, ich schäme mich, daß so etwas in unserem Land geschehen konnte. Ich bin aber auch froh, daß viele nach dieser schändlichen Tat ihre Trauer und Wut zum Ausdruck gebracht haben, indem sie auf die Straße oder in die Kirche gegangen sind. Hiermit haben sie ein Zeichen für unsere ausländischen Mitbürger gesetzt, ein Zeichen, das aber auch an die Gewalttäter gerichtet ist: Wir lassen unser Land mit seinen liebenswürdigen Menschen und seiner einzigartigen Landschaft nicht durch Verblendung, Brutalität und Gewalt einiger weniger beschädigen!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Und für mich steht fest, meine Damen und Herren, daß das Ermittlungsverfahren zum Überführen der Täter und zu ihrer gerechten Bestrafung führen wird. Ich weiß, daß die Strafverfolgungsbehörden bei Verfahren dieser Art besonders zügig arbeiten. Wir kennen kein Pardon für solche Straftäter.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS –  
Herbert Helmrich, CDU: Sehr gut.)

Der neue Generalstaatsanwalt Martensen steht ebenso wie die Landesregierung für eine konsequente Strafverfolgung und ein unnachgiebiges Ahnden von Straftaten! Mit dem neuen Generalstaatsanwalt setzt sich die Landesregierung für ein verstärktes Vorgehen gegen die Alltagskriminalität, die Schleuserkriminalität, die politisch motivierte Kriminalität sowie gegen Organisierte Kriminalität ein. Darüber hinaus werden weiterhin konsequent die Korruption, der illegale Rauschgifthandel sowie die gesamte grenzüberschreitende Kriminalität bekämpft. Erst heute wieder sitzen Staatsanwälte aus der Bundesrepublik, aus unserem Land und Polen zusammen, um über diese Themen zu beraten.

Meine Damen und Herren! Auch gilt unser Augenmerk verstärkt der besorgniserregenden Anzahl von Verkehrsstraftaten, insbesondere der fahrlässigen Tötungen. Lassen Sie mich noch sagen, daß am 1. Juli dieses Jahres das im Justizministerium konzipierte Modellprojekt „Geldjäger“ bei der Staatsanwaltschaft Schwerin eingerichtet worden ist. Und inzwischen haben die Staatsanwälte und das Landeskriminalamt ihre Arbeit aufgenommen. Ich bin zuversichtlich, daß wir mittelfristig und landesweit bei allen Staatsanwaltschaften und Polizeidirektionen Finanzermittler haben werden. Damit treffen wir die Straftäter dort, wo es weh tut: am Geld!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zu Herrn Martensen lassen Sie mich nur einen Artikel aus dem „Nordkurier“ vom 07.08.1999 zitieren: „Der Richterverband Schleswig-Holstein gratulierte Martensen unterdessen zum neuen Job. Mecklenburg-Vorpommern habe eine ‚herausragende Richterpersönlichkeit‘ ins Land geholt, dessen fachliche und menschliche Qualitäten außer Frage stünden. Unterscriben“, meine Damen und Herren von der CDU, „hat dies der Verbandsvorsitzende Geert Mackenroth.“ Wenn Sie den Namen nicht kennen: Dieser war zur letzten Wahl Schattenjustizminister der Kieler CDU. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Lassen Sie mich noch auf folgendes eingehen. Ich denke, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie stimmen mit mir darüber überein, daß in der Tatsache, daß ich sowohl Ministerpräsident als auch Justizminister unseres Landes bin, unsere Justiz nicht politisiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ja, meine Damen und Herren, diese Gewißheit entnehme ich einerseits dem politischen Wohlverhalten Ihrer Parteifreunde in Bremen und andererseits den Verlautbarungen des künftigen Ministerpräsidenten aus dem Saarland, der, wie ich es bereits bin, Ministerpräsident und Justizminister des Landes werden will.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist aber ein  
Jurist und kein Agierer, Herr Ringstorff.)

Dies hat er bereits im Wahlkampf entsprechend geäußert. – Herr Rehberg, ich danke auch für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Justizminister.

Als nächster hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dr. Born.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Nun bin ich aber gespannt.)

**Dr. Ulrich Born, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den amtierenden Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern zeichnet offensichtlich ein besonderes Demokratieverständnis aus.

(Siegfried Friese, SPD:  
Davon können Sie ausgehen.)

Das Gewaltenteilungsprinzip, das laut Bundesverfassungsgericht ein tragendes Organisationsprinzip unserer staatlichen Ordnung ist, scheint er sich nicht gerade zu eigen zu machen.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Wieso denn  
nicht? – Unruhe bei Annegrit Koburger, PDS)

Nach Montesquieu, einem der wesentlichen Begründer des Gewaltenteilungsprinzips, läßt sich die Freiheit der Bürger an der Art der Gewaltenteilung des betreffenden Staates messen. Und wenn ich sage, der Ministerpräsident hat offensichtlich ein besonderes Demokratieverständnis, so zeigt sich das in seinem Umgang mit den anderen Staatsgewalten. Sobald ihm aus dem Parlament, vielleicht dreisterweise gar noch aus den Reihen der Opposition, kritische Vorhaltungen gemacht werden, sagt er grundsätzlich, so gestern wieder in der Haushaltsdebatte und fast in jedem seiner Redebeiträge: „Mit Ihrer Kritik reden Sie das Land schlecht.“

Übrigens im Zusammenhang mit der Werftenkrise im Jahr 1996

(Angelika Gramkow, PDS:  
Würden Sie bitte zum Thema kommen.)

noch in seiner damaligen Funktion als stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister entgegnete er mir auf kritische Anmerkungen zum Bremer Vulkan und

seinem damaligen Vorstandsvorsitzenden Hennemann: „Sie reden den Konzern schlecht.“ Ich war damals schon beeindruckt, welch geradezu magischen Kräfte mir Dr. Ringstorff aufgrund einer Landtagsrede gegenüber einem großen Konzern zumaßt.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

So sehr also offensichtlich die dem Gewaltenteilungsprinzip immanente Ausübung der Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung als unbotmäßige, dem Land angeblich schadende Kritik umgedeutet wird, so sehr stellt der Ministerpräsident mit seinem, wie man ohne Übertreibung sagen kann, in Deutschland beispiellosen Umgang mit der dritten Gewalt im Staat, der unabhängigen Justiz, unter Beweis, wie gering er diese dritte Gewalt im Staat schätzt, ja wie er sie geradezu mit Mißachtung straft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Minister Dr. Gottfried Timm:  
Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

Und damit sind Sie es, Herr Ministerpräsident, der dem Land nicht nur irgendeinen, sondern einen geradezu nachhaltigen schweren Schaden weit über die Grenzen unseres Landes hinaus zufügt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich werde darauf im einzelnen noch zurückkommen.

Um es von vornherein unmißverständlich deutlich zu machen: Was wir Ihnen nicht vorwerfen, ist, daß Sie von Justiz keine Ahnung haben. Ein solcher Vorwurf ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Ja, meine Damen und Herren, ein solcher Vorwurf wäre auch geradezu absurd angesichts des biographischen Werdegangs unseres Ministerpräsidenten. So läßt sich an keiner Stelle Ihres im amtlichen Handbuch des Landtags Mecklenburg-Vorpommern veröffentlichten Lebenslaufs auch nur irgendein Hinweis auf eine wie auch immer gear- tete juristische Bildung oder Ausbildung ableiten.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das ist ja unverschäm! – Zurufe von Siegfried Friese, SPD,  
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Wie gesagt, daraus machen wir Ihnen überhaupt keinen Vorwurf. Um so mehr ist es aber im Gegenteil – und deshalb ist es auch völlig verkehrt, sich mit erstklassigen Juristen wie mit dem Bremer Senatspräsidenten Henning Scherf oder dem zukünftigen Ministerpräsidenten vom Saarland zu vergleichen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Angelika Gramkow, PDS: Ich bezweifle  
sehr stark, daß Sie nach Geschäfts-  
ordnung den Antrag beraten.)

geradezu vermessen, Herr Ministerpräsident –,

(Beifall und Unruhe bei der CDU –  
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

„Um so mehr ist aber im Gegenteil im höchsten Maße bemerkenswert und für ein rechtsstaatliches Denken völlig inakzeptabel, in welcher Weise dieser nun bar jeder juristischen Kenntnis amtierende Ministerpräsident meint, mit dem hohen Gut der Unabhängigkeit der dritten Gewalt im Staat, der Justiz, umspringen zu können. Sein heutiger

Debattenbeitrag macht einmal mehr deutlich, daß ihm das notwendige Gespür für das Gewaltenteilungsprinzip schlicht abzugehen scheint.

(Angelika Gramkow, PDS: Wer hat  
Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Gerade angesichts der Entlassung des Generalstaatsanwalts Prechtel lohnt es sich, noch einmal nachzulesen, was vor knapp einem Jahr im Zusammenhang mit der faktischen Abschaffung des Justizministers in Mecklenburg-Vorpommern und der direkten Unterstellung des Justizministeriums unter den Ministerpräsidenten des Landes an massiver Kritik von berufener Seite geäußert wurde, manchmal mit geradezu gespenstisch-prophetischer Gabe.

So heißt es etwa im „Forum“, einer Zeitschrift des Richterbundes Mecklenburg-Vorpommern, in einem Beitrag vom Präsidenten des Landgerichts Schwerin, Dähnhardt: „Aufregungen, die bald vorübergehen, so etwa hat Ministerpräsident Dr. Ringstorff in einem Radio-Interview die vielfältige Kritik an der Entscheidung eingestuft, das Justizministerium seinem Bereich zuzuordnen. Mit seiner Aussage nährt der Ministerpräsident aber auch den Verdacht, bei politischen Entscheidungen der von ihm geführten Regierung werde darauf geachtet, wie sie nachhaltig von der veröffentlichten Meinung begleitet werden. Nur dann, so scheint, wird öffentliche Kritik ernstgenommen, zumal wenn diese nicht verstummen will.“

Ob die getroffenen Entscheidungen auch staats- und gesellschaftspolitisch notwendig und richtig sind, ist offenbar demgegenüber zweitrangig. Das kann dazu führen, daß nur diejenigen politischen Gegenstände die ihnen gebührende Aufmerksamkeit von Regierung und Parlament (?) erhalten, die durch eine machtvolle und die Interessen zahlreicher Bürger wahrnehmende Lobby ständig im Blickpunkt auch der Medien gehalten werden. Eine solche Lobby hat die dritte Gewalt indes nicht. Sie selbst übt entsprechend ihrem Auftrag und ihrer Pflicht zur Neutralität Zurückhaltung. Ihre Repräsentanten neigen traditionsgemäß dazu, sich kaum an der öffentlichen Diskussion um politische Vorgänge zu beteiligen. Hier aber geht es um den Stellenwert der dritten Gewalt. Sie ist im Grundgesetz und in den Länderverfassungen besonders aufgeführt. Nach diesen Vorstellungen wird sie von einem dafür eigens zuständigen Minister betreut.“

Nun kommen Verweise auf Grundgesetz und Landesverfassung.

„In der Geschichte der Bundesrepublik sind die Justizminister bei aller ihrer seitens der Richter und Staatsanwälte entgegengebrachten und auch berechtigten Kritik für die Unabhängigkeit der Justiz eingetreten und haben die Interessen der dritten Gewalt in ihren Kabinetten vertreten. Selbstverständlich sind alle Regierungsmitglieder diesem Grundsatz und damit auch der Achtung der richterlichen Unabhängigkeit verpflichtet. Einen besonderen Einsatz wird man von ihnen aber nicht unbedingt erwarten können. Das gilt auch für den Regierungschef selbst, dessen Arbeitskraft ohnehin viel zugemutet wird. So hat auch Ministerpräsident Ringstorff dem Vernehmen nach bereits angekündigt, daß er das Justizministerium nicht selbst leiten, sondern dies dem Staatssekretär überlassen würde. Der Justiz wird damit im Vergleich zu den anderen Ressorts bei allem Respekt vor der Tätigkeit der Beamten im Justizministerium nur noch eine untergeordnete Rolle im Richtlinienprogramm des Ministerpräsidenten zugeordnet.“

(Heidmarie Beyer, SPD:  
So ein geistiger Dünnschiß.)

Diesen geistigen Dünnschiß, verehrte Frau stellvertretende Fraktionsvorsitzende, unterstellen Sie dem Präsidenten des Landgerichts Schwerin. Herzlichen Dank für Ihr Verfassungsverständnis!

(Beifall und Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ich zitiere weiter aus dieser Mitteilung des Richterbundes Mecklenburg-Vorpommern, unterschrieben vom Präsidenten des Landgerichts: „Es ist jetzt wieder wie in der DDR, hat mir neulich ein Bürger dieses Landes am Telefon gesagt. So mancher mag frohlocken, daß endlich die Justiz auf Vordermann gebracht werde. Ein hoffentlich nicht gewollter, aber doch leichtfertig herbeigeführter Eindruck. Oder schwingt im Kopf einiger Verantwortlicher der Gedanke mit, sich auch die Richter botmäßig zu machen und die Staatsanwaltschaften“

(Annegrit Koburger, PDS: Sie müssen mal zum Thema reden. – Wolfgang Riemann, CDU:  
Er redet doch zum Thema. –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

„durch verstärkte Ausnutzung des externen Weisungsrechts im Sinne der jeweiligen parteipolitischen Opportunität in ihrer Arbeit anzuleiten?“

(Reinhard Dankert, SPD:  
Sie machen gerade Zeitungsschau. –  
Annegrit Koburger, PDS: Thema verfehlt.)

„Eine erschreckende Aussicht, ein düsteres Szenario.“ Soweit Herr Dähnhardt. Und leider muß man sagen: Wie recht er nur hatte.

In einer Presseerklärung des Deutschen Richterbundes vom 12.11.1998 heißt es zum gleichen Thema: „Einen eklatanten Verstoß gegen den Geist der Verfassung sieht der Deutsche Richterbund in der Tatsache, daß die Eigenständigkeit der Justizministerien in mittlerweile drei Bundesländern – Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen – aus Effizienzgründen und/oder machtpolitischen Zweckmäßigkeitserwägungen aufgegeben worden ist.“

(Siegfried Friese, SPD: Und im Saarland.)

„Das berührt den Grundsatz der Gewaltenteilung – Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz: Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung stehen gleichrangig nebeneinander. Um die Staatsgewalt zu mäßigen, kontrollieren und begrenzen sie sich gegenseitig. In der Eigenständigkeit des unpolitischen Einflusses klassischer Justizressorts kommt die Kontrollfunktion der dritten Staatsgewalt gegenüber Exekutive und Legislative sinnfällig zum Ausdruck. Wer dieses Prinzip aufgibt, leistet in unverantwortlicher Weise dem Eindruck Vorschub, die Justiz sei manipulierbar und stehe zur Disposition der jeweiligen politischen Mehrheit. Auf diese Weise droht die Justiz zur beliebigen politischen Verfügungsmasse zu verkommen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Rechtsprechung wird so gefährdet.“ – Leider auch prophetische Fähigkeiten, und das sind keine Stimmen der Opposition.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das sind Organe, die nun wirklich dafür bekannt sind, daß sie überparteilich und sehr wohl in der Lage sind, Sachverhalte sehr kritisch und sachlich zu würdigen.

Der frühere Bundesjustizminister Klaus Kinkel hat in einem Gastkommentar in der „Welt“ vom 16.11.1998 unter anderem ausgeführt: „Die Kabinettszuständigkeit für die Justiz ist keine beliebige Verfügungsmasse. Die Justiz eignet sich nicht zum Wegrationalisieren. Wehret den Anfängen und der Symbolik! Ich kann deshalb nicht verstehen, wie leichtfertig jetzt mit dem sensiblen Gut Rechtsstaat umgegangen wird. Hat sich niemand gefragt, wie diese Reform bei den Bürgern ankommt, was dies für ihr Rechtsbewußtsein und ihr Vertrauen in den Staat bedeutet?“

(Angelika Gramkow, PDS: Thema! –  
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist  
das Thema, Frau Gramkow.)

„Die Menschen sind sensibel, und sie haben nach allem, was war, guten Grund dafür. Es geht um den bösen Schein.“

(Annegrit Koburger, PDS: Thema. –  
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist das Thema.)

Und der frühere Bundesjustizminister und frühere SPD-Bundesvorsitzende hat Ihnen schlicht öffentlich erklärt, Herr Ministerpräsident: So etwas tut man nicht. Wie wahr!

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU –  
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Die „Süddeutsche Zeitung“, wahrlich nicht im Verdacht stehend, der Union nahe zu stehen, schreibt in einem Kommentar zur Vorgehensweise unseres Ministerpräsidenten: „Die Gefahren, die der Zentralbank vom Zugriff der Politik drohen, werden als viel gefährlicher eingeschätzt als die Gefahren, die der Justiz von der Politik drohen. Deren Unabhängigkeit ist wirklich im Grundgesetz garantiert. Und sie ist nicht nur in Gefahr, sondern diese Gefahr hat sich schon realisiert. Soeben wird in Schwerin schon wieder ein Justizministerium aufgelöst.“

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS –  
Torsten Koplin, PDS: Im Saarland auch.)

„Es ist Symbol für Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Doch die öffentliche Klage über die Zertrümmerung hält sich in Grenzen. Länder, die von der SPD regiert werden, haben offensichtlich wenig Sinn für die Fundamente des modernen Verfassungsstaates.“

(Reinhard Dankert, SPD: Wir haben doch gerade gestern den Haushalt des Justizministeriums beraten. Wieso wird denn das ausgelöscht? –  
Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU,  
und Torsten Koplin, PDS)

Und in der „Welt am Sonntag“ – Sie müssen die Zitate schon ertragen – vom 08.11.1998 schreibt Friedrich Karl Fromme, ein auch Ihnen vielleicht bekannter und anerkannter Journalist, der etwas von Justiz versteht, unter der Überschrift „Die Unabhängigkeit der Justiz ist bedroht“: „Bei der Regierungsbildung mit der PDS in Schwerin hat die SPD eine Tradition aufgegeben, die seit 1918 bestand: Keine Zusammenarbeit mit Kommunisten. Diesem Traditionsbruch fügte sie einen weiteren hinzu: Das Justizministerium, ein klassisches Ressort, das im Bund von Verfassungen wegen in seiner Existenz geschützt ist, wird künftig vom SPD-Regierungschef Ringstorff mit verwaltet. Damit verstärkt er eine fatale Entwicklung. So wird die dritte Säule der Staatsgewalt neben Legislative und Exekutive, die Jurisdiktion, zunehmend geschwächt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!“

(Präsident Hinrich Kuessner  
übernimmt den Vorsitz.)

„Schlimm genug, wenn diese Justiz einmal nicht mehr eigenständig unter den Druck verschiedener politischer Interessen zu geraten droht, noch schlimmer, wenn das in einer Regierung geschehe, in der SED-Nachfolger ein gewichtiges Wort mitreden. Wie will ein Schiffarbenchemiker wie Ringstorff wohl den von der neuen Bundesjustizministerin geplanten Umbau des Rechtswesens, der auch Ländersache ist, nebenbei mitgestalten? Und wie will er den noch nicht abgeschlossenen Aufbau einer unabhängigen Justiz in seinem Land vollenden? Dazu bedarf es gestandener Fachleute. Auf Ringstorff werden die neuen Koalitionsgefährten nachhaltig einwirken.“

Hören Sie sich das einmal an! Das ist vor einem Jahr vorhergesagt worden.

„Ein Ressortminister kann sich hinter seiner Eigenverantwortung verschanzen. Soll aber ein Regierungschef etwa eine von der PDS gewünschte Berufung eines stasi-belasteten Richters ablehnen und so Unfrieden in sein Koalitionshaus holen? Ringstorffs Partner sind harte SED-Kader.“

(Annegrit Koburger, PDS: Das ist  
so ungeheuerlich, daß Sie das nicht  
mal mit Brille mitkriegen.)

„Daß diese Leute den Satz im Gefühl und im Hirn hätten, dem seit der Paulskirchenverfassung von 1848 gehuldigt wird ‚Zur Stütze der Unabhängigkeit der Justiz von den anderen Staatsgewalten bedürfe es eines eigenständigen Ministeriums.‘, ist zu bezweifeln. Daß sie eine Annäherung an das Ziel der SED im Hinterkopf hegen könnten, die Justiz habe der Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit – DDR-Verfassung von 1974 – zu dienen, ist beunruhigend.“

Und nun, meine Damen und Herren, unmittelbar zur Entlassung des Generalstaatsanwalts durch den Ministerpräsidenten.

(Annegrit Koburger, PDS: Jetzt kommen  
Sie endlich mal zum Thema!)

In einer Presseerklärung ...

Ja, Sie begreifen offensichtlich nicht, daß die Vorgehensweise des Ministerpräsidenten genau vor einem Jahr begonnen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –  
Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD,  
und Annegrit Koburger, PDS)

Und deshalb müssen Sie es ertragen, daß ich Ihnen aus einer Erklärung der Generalstaatsanwälte der Bundesrepublik Deutschland und des Generalbundesanwalts vom 19.11.1998 folgendes Zitat entgegenhalte:

(Siegfried Friese, SPD: Nun nehmen  
Sie sich doch nicht so wichtig!)

„Auf ihrer Herbsttagung in Karlsruhe vom 19. bis 20.11.1998 haben der Generalbundesanwalt und die Generalstaatsanwälte der Länder ihre große Sorge über die Entwicklung zum Ausdruck gebracht, die sich durch den Wegfall eigenständiger Justizministerien in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern ergeben hat. Sie sehen durch den Verlust eigener

Justizressorts Grundprinzipien der Verfassungsordnung berührt, zu denen die Trennung der Exekutive und Legislative gehört und befürchten, daß diese vorwiegend mit ökonomischen Zwängen begründeten Maßnahmen Nachahmefekte im Bund und in den Ländern nach sich ziehen könnten.

Den Verzicht auf eigenständige Justizressorts bewerten sie als Maßnahme, die sich ungeachtet der Auswirkungen für die gesamte Justiz rechtspolitisch und rechtsstaatlich bedenklich von der Entstehungsgeschichte der Staatsanwaltschaft in Deutschland entfernt, mit der eine Institution zur Verwirklichung des Rechts und nicht des Machtwillens geschaffen und die deshalb einem eigenständigen Justizministerium unterstellt wurde. Der Generalbundesanwalt und die Generalstaatsanwälte sehen die Gefahr, daß zumindest in den Augen der Öffentlichkeit die Objektivität der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit mit negativen Folgen für die rechtsstaatliche Ordnung in Frage gestellt wird.“

(Torsten Koplín, PDS: Das ist doch Spekulation!)

Das ist von allen Generalstaatsanwälten und dem Generalbundesanwalt unterschrieben. Leider muß man sagen, sie haben recht gehabt.

Ein eigenständiges Justizministerium beruht auf gewachsener verfassungspolitischer und verfassungsrechtlicher Tradition. Ein eigenständiges Justizministerium ist Ausdruck eines verfassungspolitischen Konsenses, der sich aufgrund der Vergangenheit intensiv geführter Diskussionen gebildet hat.

Zum Abschluß heißt es in der Erklärung: „Die Funktionsfähigkeit der Rechtsprechung lebt auch von dem Vertrauen der Rechtssuchenden in ihre Unabhängigkeit. Dieses Vertrauen wird nicht erst durch konkrete Eingriffe im Einzelfall erschüttert, sondern kann schon durch den bösen Schein gefährdet werden.“

Und nun komme ich zu dem unsäglichen Schaden, den Sie dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Ansehen der unabhängigen Gewalt im Staat nicht nur durch die Unterstellung des Justizministeriums unter den Ministerpräsidenten, sondern auch durch die Art und Weise, mit der Sie den Generalstaatsanwalt entlassen haben, zugefügt haben. Wir hatten Sie ja mit unserem Antrag aufgefordert, auch insbesondere über die Reaktionen auf Ihre Maßnahmen zu berichten. Da Sie dies offensichtlich nicht tun wollen, erlaube ich mir, mit Ihrer Unterstützung einige Passagen aus deutschen Presseveröffentlichungen im Zusammenhang mit der Entlassung des Generalstaatsanwalts zu zitieren.

Der Deutsche Richterbund schreibt: „Zeitpunkt und Umstände der Entlassung lassen nur den Schluß zu, daß sich die Landesregierung eines unbequemen Spitzenbeamten entledigen wollte, der ihr politisch nicht genehm war. Damit fügt die Landesregierung dem Ansehen der Justiz weiteren Schaden zu. Insbesondere das Vertrauen der Bevölkerung in die Objektivität der Staatsanwaltschaft und ihre strikte Bindung an Recht und Gesetz werden erschüttert. ‚Zurück in die Vergangenheit‘ scheint die Devise für die Justizpolitik in Mecklenburg-Vorpommern zu sein.“

Vernichtender kann das Urteil über die Justizpolitik in diesem Lande überhaupt nicht ausfallen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Presseerklärung des Richterbundes des Landes Mecklenburg-Vorpommern – das sind alles Ihnen unterstellte Richter und Staatsanwälte, und die schreiben: „Gleichwohl werden der Spekulation in der Bevölkerung auch im Hinblick auf Ermittlungsverfahren“

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

„mit politischem Einschlag Tür und Tor geöffnet. Das schadet dem Ruf der Staatsanwaltschaft als objektive Ermittlungsbehörde und damit der Justiz allgemein. Der Richterbund Mecklenburg-Vorpommern und der Deutsche Richterbund fordern deshalb, den Generalstaatsanwalt aus dem Kreis der sogenannten politischen Beamten herauszunehmen.“ – und angesichts ihrer Verhaltensweisen wird man das wohl tatsächlich tun müssen.

Jetzt aus der von Ihnen ja so geschätzten Publizistik einige Zitate: „Dem Regierungschef von Mecklenburg-Vorpommern fehlt es nicht nur an Respekt vor einer unabhängigen Justiz, er hat nicht einmal einen Justizminister im Kabinett.“

(Torsten Koplín, PDS: Das ist eine Unterstellung!)

„Dieses Amt hat er vorsichtshalber auch mit sich selber besetzt, so daß er um so unkontrollierter den obersten Ankläger seines Landes aus dem Weg räumen konnte.“ So der „Focus“.

„Norddeutsche Neueste Nachrichten“: „Ringstorff hat Klugheit und Besonnenheit vermissen lassen, sich eher als reizbarer und zynischer Landesfürst zu erkennen gegeben. Dieser Mangel an Souveränität läßt Mecklenburg-Vorpommern neben anderen Vorurteilen nun auch noch als das Land erscheinen, in dem die Justiz keine unabhängige dritte Gewalt, sondern Spielball der Politik ist.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ steht bestimmt der CDU nicht nahe. „SPD-Regierungen waren und sind es, die der Geringschätzung der dritten Gewalt besonderen Ausdruck verliehen und auf ein eigenständiges Justizministerium verzichtet haben. In Nordrhein-Westfalen hat Ministerpräsident Clement diese Untat wieder rückgängig gemacht. In Bremen und in Mecklenburg-Vorpommern fungiert der Regierungschef nach wie vor zugleich als Justizminister. Das offenbart merkwürdige Unsensibilität für rechtsstaatliche Grundregeln. Und regelmäßig sind es auch SPD-Regierungen, die sich zu personalpolitischen Brutalitäten hinreißen lassen.“ „Süddeutsche Zeitung“, ich zitiere nur.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –

Reinhard Dankert, SPD: Ja, ja, Sie lesen ja sowieso die ganze Zeit aus der Zeitung ab.

Da kann man ja nichts falsch machen. –

Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

„Ein Kniefall in Demut vor der PDS“, schreibt Friedrich Karl Fromme. „Das Verhältnis des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Harald Ringstorff, SPD, zur Macht ist ebenso merkwürdig wie seine Auffassung vom Umgang mit Menschen. Ohne Vorzeichen des Kriselns hat er den Generalstaatsanwalt des Landes Alexander Prechtel in den einstweiligen Ruhestand geschickt. Die Umstände, unter denen dies geschah, erinnern ein wenig an den Hinauswurf eines Lehrlings, der sich an der Portokasse vergriffen hat. Die Entlassung des Generalstaatsanwaltes beim Oberlandesgericht Rostock – dem einzigen des Landes – durch Ringstorff weist auf eine bisher unbeachtet gebliebene Merkwürdigkeit hin. Dieser

Ministerpräsident ist zugleich Justizminister, eine sonderbare Konstruktion, zumal Ringstorff etwas von Schiffslatten versteht, kaum aber etwas von Justiz. ... In Schwerin schwelt ein schwerwiegender Verdacht: Sollte es sich bei Prechtels Rauswurf um eine Gefälligkeit Ringstorffs gegenüber der SED-Fortsetzungspartei PDS gehandelt haben?“

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, das sind keine Mutmaßungen der Opposition. Das sind unabhängige Pressestimmen. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen!

(Heiterkeit bei SPD und PDS –  
Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Torsten Koplín, PDS:  
Das glauben Sie doch selber nicht.)

Verehrte Damen und Herren, wenn Sie schon von der unabhängigen dritten Gewalt im Staat nichts halten, ich hatte immer bisher gedacht, daß Sie wenigstens von der vierten Gewalt im Staat, von der unabhängigen Presse, etwas halten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Passen Sie auf! „Frankfurter Rundschau“ – die steht Ihnen doch nun ganz nahe: „Es sieht aus wie Methode und ist wohl nur eine gewisse Gedanken- und Bedenkenlosigkeit im Umgang mit dem Rechtsstaat.“

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

„Was allerdings viel schwerer wiegt, erst befindet der Schweriner Ministerpräsident Harald Ringstorff, daß die Justiz keiner eigenen Repräsentanz bedürfe und erklärt sie zur Chefsache, was in aller Regel, überlastet, wie Chefs sind, keineswegs bedeutet, daß man sich ihrer mit besonderer Sorgfalt und Aufmerksamkeit widmet. Und dann räumt er seinen Laden auf nach Gutsherrenart. ... Und im Fall der rüden Entlassung des Alexander Prechtel besteht begründeter Verdacht, daß Ringstorff nicht weiß oder wissen will, was eines Staatsanwaltes Pflicht ist, nach Wahrheit und Recht zu suchen nämlich und nicht nach politischem Begehren.“

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Machen wir heute 'ne Landtagsdebatte oder 'ne Zeitungsschau?)

„Klar, daß einer lästig ist, der unnachsichtig den Klau von Wimperntusche verfolgt, begangen von einer Repräsentantin des Koalitionspartners. Sich solcher Last einfach zu entledigen, zeugt indes von wenig politischem und noch weniger rechtsstaatlichem Gespür.“

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

„Wie soll da Rechtsbewußtsein gedeihen im Osten, wenn die Staatsgewalt vorführt, daß manche Reflexe so prächtig funktionieren wie zu DDR-Zeiten: Wer nicht spurt, fliegt.“ „Frankfurter Rundschau“, meine Damen und Herren.

(Gerd Böttger, PDS: Und nun noch eins aus dem „Neuen Deutschland“. – Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Wissen Sie, wenn Sie das nicht ertragen können ...

(Heinz Müller, SPD: Wegen der Ausgewogenheit auch noch aus dem „Bayernkurier“. – Sylvia Bretschneider, SPD: Sie sind wirklich schwer zu ertragen, Herr Dr. Born.)

Ich hoffe, daß das nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wieviel Zeit  
haben Sie noch für Ihre Presseschau? –  
Glocke des Präsidenten)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich bitte um Ruhe, sonst gebe ich dem Redner noch längere Redezeit.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS  
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Meinen Sie, daß  
wir den „Medienspiegel“ nicht lesen können?!) )

**Dr. Ulrich Born, CDU:** Danke, Herr Präsident.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dann brauchen wir  
uns die gesammelten „Medienspiegel“ nicht  
durchzulesen. – Siegfried Friese, SPD:  
So eine Lachnummer!)

Bürger aus Deutschland äußern sich in Leserbriefen:

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Alle auf einmal? –  
Glocke des Präsidenten)

„Aus eigenem Erleben kann ich bestätigen: Für die Roten sind Loyalität, Kompetenz und Leistung ein rotes Tuch. Sie brauchen und bevorzugen die Unfähigkeit. Sie ist Voraussetzung für die Verflechtung mit dem roten Filz als Auffangnetz.“

(Torsten Koplín, PDS:  
Haben Sie das geschrieben?)

„Dadurch schaffen sie die gewünschte Abhängigkeit und Gefolgschaft.“ Dr. Harald Schneider.

Und nur noch ein Zitat, damit Sie erst mal erlöst sind:

(Torsten Koplín, PDS: Dürfen Sie das eigentlich?  
Sind die autorisiert? – Angelika Gramkow, PDS:  
Wie ist das mit dem Datenschutz? –  
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Also, Herr Friese, da das ein Pfarrer im Ruhestand ist, werden Sie nicht viel Genuß daran haben.

(Siegfried Friese, SPD: Ich wußte nicht,  
daß wir hier Presseschau machen.)

Daran werden Sie nicht viel Genuß haben.

Zitat: „Ich bin entsetzt und zutiefst besorgt. Ministerpräsident Ringstorff hat seit seinem Amtsantritt massiv gegen den freiheitlichen Rechtsstaat gesündigt. Seine Blindheit, die PDS aufzuwerten und in die politische Mitverantwortung der SPD-Regierung zu nehmen, war erschreckend. Und nun scheint er nicht davor zurückzuschrecken, einen ihm unbequemen Generalstaatsanwalt zu entlassen.“ Das schreibt ein Pfarrer in Ruhe aus der ehemaligen DDR, nämlich in Chemnitz. „Der Stil, wie er es tat, findet seine Parallelen in Hitlers und Ulbrichts Diktatur. Unter beiden habe ich gelitten. Damit hat Ringstorff unseren Staat in den Herzen unzähliger ehemaliger DDR-Bürger entwürdigt.“

(Angelika Gramkow, PDS: arschloch!)

„So geht ein Ministerpräsident eines deutschen Landes nicht mit seinen Leuten um.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das sind alles Originalzitate.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie bewegen sich im Bereich der Justiz in unverantwortlicher Weise wie ein großes Tier mit großen Ohren und langem Rüssel im Porzellanladen. Sie fügen damit dem Land großen Schaden zu, und zwar nicht durch Reden,

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

wie Sie es anderen immer vorhalten, sondern durch Ihr unglaublich unverantwortliches Handeln. Und es ist keine Frage: Jeder kann Fehler machen, sogar Sie, und daß es ein schwerer Fehler war zu versuchen, sich die Justiz gefügig zu machen, indem Sie sich pro forma selbst zum Justizminister ernennen, ohne in irgendeiner Weise in der Lage zu sein, dieses Amt auszuüben, ist schlimm genug. Noch schlimmer ist, was Sie in der Folgezeit daraus hergeleitet haben. Ich habe die herzliche Bitte: Gehen Sie in sich! Denken Sie über diese Dinge nach, und korrigieren Sie das, was noch zu korrigieren ist! Der Schaden, den Sie angerichtet haben, ist ohnehin groß genug. Sorgen Sie dafür, daß er nicht noch größer wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, das ist sicher ein sehr emotionales Thema. Es kann zu Entgleisungen kommen, aber einige Ausdrücke sind nicht gerechtfertigt.

Ich erteile Ihnen, Frau Abgeordnete Beyer, einen Ordnungsruf für die Aussage „So ein geistiger Dünnschiß“ und Ihnen, Frau Gramkow, für die Äußerung „arschloch“.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Ich finde es nicht lächerlich. Auch bei solchen Themen ist das Niveau des Hauses zu halten. Das gilt für alle Seiten, und da braucht die eine Seite nicht auf die andere zu gucken. Wir haben Diskussionen, die nicht dem Niveau des Landtages entsprechen. Wir sollten darauf schon achten.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Körner.

**Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen!

Herr Kollege Helmrich, sehr überrascht haben Sie sich gegeben. Sie wissen, daß ich Ihnen viel abnehme, zumal ich ja kein Jurist bin und Sie ein gestandener renommierter sind.

(Gerd Böttger, PDS: Na, na, na, na!)

Also nehme ich Ihnen viel ab, aber dieses eine – da können Sie sicher sein – nimmt Ihnen hier in diesem Saal keiner ab.

(Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD:  
Doch, die CDU.)

Daß Sie sehr überrascht waren – wahrscheinlich würden Sie sich das selbst nicht einmal abnehmen, überrascht gewesen zu sein, denn so neu wie ich sind Sie in diesem Parlament, in diesem Landtag nicht, und das nehmen Sie mir bitte ab –, nehme ich Ihnen nicht ab.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU und PDS)

Darüber hinaus scheine ich ein zweifelhaftes Interesse, insbesondere der CDU-Fraktion, an diesem Thema zu

bemerken, nämlich einen Mann ins Rampenlicht zu ziehen, der von der politischen Bühne abgetreten ist, abtreten mußte,

(Wolfgang Riemann, CDU: Worden ist!)

in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde, wie es im Beamtendeutsch heißt, weil Sie nämlich das berufliche Schicksal eines Menschen hier instrumentalisieren,

(Torsten Koplín, PDS: Richtig.)

weil Sie, indem Sie den Fall Prechtel hier auf die Tagesordnung setzen, das tun, indem Sie wissen, daß Sie nichts ändern werden, aber auch gar nichts ändern wollen.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Und das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ihnen geht es hier und heute überhaupt nicht um Herrn Prechtel, und mir tut es leid, daß durch Ihren Antrag ein Mann, der durchaus in der Öffentlichkeit war, nun wieder in die Öffentlichkeit gezogen wird und ich als rechtspolitischer Sprecher hier und heute von Ihnen gezwungen werde, meine Sicht über die Amtsführung von Herrn Prechtel zu sagen. Ich hätte ihm das gern erspart. Wenn Sie ihm das nicht ersparen wollen und können, dann ist das Ihr Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Gesine Skrzepski, CDU:  
Das ist ja eine Unerhörtheit!)

Trotzdem werde ich versuchen, mich zurückzuhalten, denn mir geht es nicht darum, Herrn Prechtel zu schaden. In dem, was Sie tun, schaden Sie ihm aber.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber nun zur Sache. Bei dieser Sache habe ich das Gefühl, Sie agieren nach dem Motto: Kleinvieh macht auch Mist. Laßt uns alles auf die Tagesordnung setzen, was möglichst populär ist, was möglichst emotional und mit Affekten behandelt werden kann.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr populistisch!)

Irgend etwas bleibt immer hängen. Wenn Sie über diesen Weg Erfolge erzielen, so kann ich das nicht leugnen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Sylvia Bretschneider, SPD:  
Wenn ihnen nichts Besseres einfällt.)

Es war bei der Ausländergeschichte ein Weg, wo Sie gepunktet haben, es gab andere Wege, andere Inhalte, wo Sie gepunktet haben mit diesem, Ihrem Stil.

(Torsten Koplín, PDS: Traurig, traurig ist das!)

Meiner ist das nicht, und meiner wird es nie sein, durch Verunglimpfung oder Verunsicherung – hier in diesem Fall Verunglimpfung – zu punkten. Das muß nicht sein. Wenn Sie das für sich in Anspruch nehmen wollen, will ich Ihnen das nicht abstreiten.

Sie sagen, Herr Prechtel war politischer Beamter. Sie haben dieses Amt eingeführt, und Sie wußten auch, daß Herr Prechtel politischer Beamter als solcher werden wollte.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Wer politischer Beamter werden will, muß sich natürlich dort auch an die Spielregeln halten.

Wenn Sie dann, Herr Kollege Helmrich, überrascht waren und ich Ihnen das nicht abnehme, dann sei mir hier gestattet, ein Zweites Ihnen auch nicht abzunehmen, nämlich daß Sie anfragen, warum es keine außerordentliche Ausschußsitzung zu diesem Thema gegeben habe.

Herr Kollege Helmrich, ich will fragen in dieser Situation – wenn Sie mir Ihr geneigtes Ohr leihen würden, wäre ich Ihnen dankbar –, ob Sie an den Ausschußvorsitzenden herangetreten sind oder an mich als stellvertretenden Ausschußvorsitzenden mit der Bitte, eine Ausschußsitzung durchzuführen. Ich denke, an mir hätte es sicherlich nicht gelegen, in meiner Fraktion darauf hinzuwirken, eine außerordentliche Ausschußsitzung herbeizuführen, und ich denke, an Herrn Kollegen Kreuzer von der PDS in diesem Fall auch nicht. Sie bedauern also etwas, wozu Sie nicht mal soviel unternommen haben, um es zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und das ist auch nicht mein Stil.

Zu Herrn Prechtel werden Sie mir nachsehen, daß ich mich da fachlich als Nichtjurist nicht äußern kann, nicht äußern will und nicht äußern werde. Ich kann also seine fachlichen Qualitäten als rechtspolitischer Sprecher nicht einschätzen. Ich kann und werde auch seine geschichtlichen Verdienste in diesem Land nicht einschätzen. Da fehlt mir auch die Erfahrung, ich bin neu in diesem Landtag. Ich habe die Situation nicht so vor Augen, wie sie Anfang der 90er Jahre war, wie das andere hier Anwesende ausgeführt und erlebt haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie hätten  
sich ja informieren können! –  
Herbert Helmrich, CDU: Aber Sie wollten  
doch über ihn reden, haben Sie gesagt.)

Ja, ich werde auch gleich zu ihm kommen.

Ich will nur sagen, zu welchen Themen ich mich nicht äußern möchte, und das ist ja mein legitimes Recht. Ich werde aber hier meine Wahrnehmung wiedergeben, meine Wahrnehmung, die ich im Falle der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand im Lande aufgenommen habe. In der Juristenschaft in unserem Land bin ich herumgefahren, und was ich Ihnen sagen kann nach der Entlassung Prechtels, was mir da entgegenschlug, war ein allgemeines Aufatmen. Daß sich ein Richterbund äußert, was er getan hat, das kann er auch tun. Das ist vielleicht auch – auch da stehe ich als Nichtjurist nicht deutlich drin – eine Art pflichtgemäße Verbeugung, so eine Captatio benevolentiae. Möglicherweise, das kann ich nicht einschätzen, gab es hier im Lande eine Erleichterung. Es gab eine zurückhaltende Zufriedenheit, und es gab keinen artikulierten Widerstand, mir gegenüber jedenfalls nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Waren Sie bei Ihren SPD-Juristen?)

Und Sie wissen auch, Herr Kollege Helmrich, und der Kollege Born weiß das sicherlich auch, Sie beide waren ja mal Justizminister in diesem Land,

(Reinhard Dankert, SPD: Ach ja?)

daß es Probleme mit Herrn Prechtel gab. Nicht die juristischen, sondern – und darauf will ich die Akzente setzen – es waren mehr die nichtjuristischen Sachen, die menschlichen Qualitäten, die atmosphärischen Qualitäten, seine Führungs- und Leitungspersönlichkeit. So

wurde es mir nahegebracht von ernstzunehmenden Menschen. Diese fehlenden Qualitäten braucht ein Generalstaatsanwalt, der nicht in gewisser Weise Chef der Staatsanwaltschaft, sondern mehr Moderator ist. Diese braucht er natürlich, um einen solch individuell Verantwortung tragenden Berufsstand zusammenzuführen. Und diese Qualitäten hatte er nicht.

(Dr. Arthur König, CDU: Sagen Sie!)

Sage ich. So wurde mir gesagt aus der Staatsanwaltschaft.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Von Ihnen nicht, Herr Seite, nein, ich bin zu den Fachleuten gegangen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Herbert Helmrich, CDU: Vom Hörensagen.)

Nein. Vom Hören und vom Sagen,

(Herbert Helmrich, CDU:  
Ah ja, also vom Hörensagen.)

Nicht vom Hörensagen. Vom Sagen und Hören.

(Herbert Helmrich, CDU: Das sind die besten Zeugen bei Gericht.)

Zurück zur Sache. Sie wissen, meine Damen und Herren, alle durch die Bank, wenn Sie Zeitung gelesen haben – und ich gehe davon aus, daß die meisten in diesem Raum lesen können –, daß Herr Prechtel politisch agiert hat. Das wissen Sie. Das ist nachweisbar, nachlesbar. Er hat sich in politische Abläufe eingemischt, wie es meines Erachtens einem Generalstaatsanwalt als solchem nicht zusteht. Er hat hier seine Kompetenzen überschritten. Er hat insbesondere im Fall von Caterina Muth Dinge erzählt, die einfach nicht gestimmt haben. Aber Ihrerseits nun zu behaupten, es gäbe eine Retourkutsche der PDS, das ist doch an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Also ist er doch wegen Frau Muth rausgeflogen.)

Und das Verrückte ist, Sie wissen das auch, daß es an den Haaren herbeigezogen ist, und behaupten es hier trotzdem. Wollen Sie ihn denn wirklich zurückhaben?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Herr Rehberg ist der einzige. Noch jemand? Wer noch?

(Zurufe von Abgeordneten der CDU: Ja.)

Das glauben Sie doch selbst nicht.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Niemand von Ihnen will ihn zurückhaben.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Niemand von Ihnen will ihn zurückhaben. Und wenn Sie es wollen, dann kann ich nur sagen, reden Sie mit Herrn Vogel aus Thüringen! Sagen Sie, das ist ein toller Mann, er soll ihn als Justizminister einstellen. Ich bin sicher, er wird auf Sie hören, und damit können Sie ihm vielleicht am besten nützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Aus meiner Sicht haben Sie weder der Justiz noch der Öffentlichkeit, noch dem Landtag, noch sich selbst, noch Herrn Prechtel einen Gefallen getan.

Ich betrachte mit dieser Debatte Ihren Antrag als erledigt, will aber noch mal – ich kann es mir nicht verkneifen – auf den Kollegen Born eingehen. Herr Born, ich will sagen, ich stand in einer großen Versuchung nach Diktionenart, wie ich sie wahrgenommen habe, mit einem aktuellen Regine-Hildebrandt-Zitat auf Sie einzugehen.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Born, ich wollte das hier in diesem Saal nicht verschärfen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aber schade.)

aber es hat sich einiges bei mir angestaut,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

wo ich dachte, so erlebst du ihn jetzt, aber du hast ihn auch schon ganz anders erlebt. Wenn er will, kann er auch ganz anders sein.

(Martin Brick, CDU: Er hat eben eine andere Konfession, Herr Körner.)

Ja, hat er.

Aber ich will fragen, Herr Born: Sie waren mal Justizminister, und von daher traue ich Ihnen justitielle Kompetenz zu. Haben Sie wahrgenommen, daß wir ein eigenständiges Justizministerium in diesem Land haben?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das liegt außerhalb seines Erfassungsvermögens. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Sie tun immer so, als wenn wir das nicht hätten. Wenn man Sie hört, kann man ja fast das Gefühl haben, daß der Ministerpräsident nicht nur Justizminister ist, sondern als Justizminister alle Justizangelegenheiten in diesem Lande regelt und gar kein Ministerium mehr hat,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

daß er sozusagen fokussierte Figur ist und nichts anderes in der Justiz läuft außer Herrn Ringstorff. Es gibt dort ein Ministerium, das arbeitet, er steht ihm vor.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und wer hat die politische Verantwortung dafür?)

Die politische Verantwortung hat er natürlich. Aber Sie wissen auch ganz genau als Jurist – und das wissen Sie besser als ich, weil Sie nämlich einer sind, was ich nicht bin –, daß es keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die hier im Lande aktuelle Konstruktion gibt. Und wenn Sie die haben, dann klagen Sie doch, und Sie werden durchfallen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Lesen Sie mal das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen! Ich gebe es Ihnen.)

Herr Born, ich kann Ihnen sagen: Klagen Sie, klagen Sie noch mal, Sie werden durchfallen! Es gibt hier eine Konstruktion im Land, die verfassungsrechtlich überhaupt nicht bedenklich ist.

(Heiterkeit bei Herbert Helmrich, CDU)

Ja, Herr Helmrich, Sie sagen hä, hä, hä. Klagen Sie doch, dann wissen Sie es. Sie wollen es doch gar nicht

wissen. Dann versuchen Sie es doch, und sagen Sie nicht zu mir hä, hä,

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

sondern klagen Sie, und dann haben wir Klarheit, alle Mann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das mit dem Ministerpräsidenten, Herr Born, das nehme ich Ihnen echt übel, und das meine ich nicht nur, das sage ich auch, das sage ich nicht nur, das meine ich auch: Sie mißachten Herrn Ringstorff als Ministerpräsidenten und als Menschen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Nein!)

wenn Sie ihm sagen, er mißachtet die Justiz. Das ist für mich eine unerhörte Infragestellung.

(Beifall bei der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU:  
Wollen mal hören, was der Ministerpräsident  
dazu sagt. – Sylvia Bretschneider, SPD:  
Das ist nun mal das Niveau der CDU. –  
Heinz Müller, SPD: Ja.)

Ich kann Ihnen sagen, so ist es bei mir angekommen. Ich rede jetzt von mir. Wenn Sie sagen, der Ministerpräsident und der Justizminister mißachten die Justiz, dann ist das für mich eine Mißachtung der Funktion des Amtes und der Person, die es ausfüllt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

denn ein Ministerpräsident und ein Justizminister können die Justiz doch nicht mißachten, wenn sie Personen aus Fleisch und Blut sind, und so etwas stellen Sie in Frage. Sie wissen ganz genau, daß sich bemüht wird, diese Dinge mit abzudecken. Und Sie reagieren in einer Art und Weise, die für mich nicht akzeptabel ist

(Eckhardt Rehberg, CDU:  
Gefühle reichen nicht aus.)

und die ich Ihnen persönlich übel nehme. Das will ich hier sagen. – Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Gramkow.

**Angelika Gramkow,** PDS: Die PDS-Fraktion geht davon aus, daß dem Bericht des Justizministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern nichts hinzuzufügen ist. Wir bitten deshalb, den vorliegenden Antrag für erledigt zu erklären.

(Beifall bei SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/680. Ich betrachte diesen Antrag als den weitergehenden und lasse also über den Antrag der CDU abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/680 ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Fortschreibung des Landesaltenplanes, Drucksache 3/674. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor, und wie ich eben höre, liegt er Ihnen noch nicht vor, sondern er wird verteilt. Sie bekommen den Änderungsantrag sofort auf Drucksache 3/708.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:  
Fortschreibung des Landesaltenplanes  
– Drucksache 3/674 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 3/708 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplín.

**Torsten Koplín,** PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Danach zu trachten, jede Lebensphase sinnvoll und aktiv zu gestalten, ist der übergroßen Mehrzahl der Menschen eigen, ist eine der zivilisatorischen Werte. In besonderem Maße trifft das auf die Lebensphase des Ruhestandes zu. Das gilt auch und gerade, wenn Zäsuren wirken, wie der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand oder körperliche Veränderungen, die eine Inanspruchnahme von Hilfeleistungen bedingen können. Das Leben sinnvoll und aktiv zu gestalten bedeutet, dem Verständnis der Würde des Menschen zu entsprechen. Eben diese Würde des Menschen ist ein verfassungsmäßiges Grundrecht. Im Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Insofern ist der Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ ein Dokument des Eingehens auf diese verfassungsrechtliche Verpflichtung.

Der seit mehr als einem Jahr vorliegende Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ hat einen ebenso sympathischen wie symbolträchtigen Namen. Bereits im Namen des Planes wird darauf hingewiesen, daß das Älterwerden ein Prozeß und keine in sich geschlossene Lebensphase ist. Die Lebensphase, die mit dem Plan umfaßt wird, umspannt eigentlich zwei Generationen: die jüngeren Alten in den Altersgruppen zwischen 60 und 80 Jahren – überwiegend aktiv und selbständig – und die Hochbetagten in der Altersgruppe der ab 80jährigen, die zunehmend auf Hilfe angewiesen sein können. Diese Tatsache ist bei der Schaffung politischer, sozialer, geistig-kultureller und rechtlicher Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und aktiver gesellschaftlicher Teilhabe an Kultur, in Umwelt, Politik, Sozialem und Sport ohne soziale und andere Barrieren zu berücksichtigen.

Die Wahlfreiheit der Lebens- und Betätigungsform für Seniorinnen und Senioren ist ein existentielles Grundrecht, für das die Politik die erforderlichen Rahmenbedingungen setzen muß. Der niedergeschriebene Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ ist ein Dokument vorhandener Rahmenbedingungen. In seiner Zielbestimmung heißt es: „Der Landesaltenplan ist ein erster Versuch, einige Aussagen zu Themen zusammenzustellen, die für ältere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wichtig sind.“

Die im Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ dargelegten Grundsätze sind zweifelsfrei von Bestand. Integration, Beteiligung und Selbsthilfe sind derartige Grundsätze. Aus ihnen lassen sich Leitsätze ableiten, die Bezug nehmen auf:

- die Organisation von Information und Beratung für ältere Mitbürger
- die Integration der Dienstleistungen und Angebote im Hinblick auf Bedürfnislagen
- die weitestgehende Koordination der Leistungen und Angebote
- die umfassende Nutzung vorhandener Aktivitäts- und Selbsthilfepotentiale
- die demokratische Beteiligung der betroffenen Altersgruppen an den sie betreffenden Planungs- und Entscheidungsprozessen

Der Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ ist eine – wie man sagt – offene Dokumentation. In ihm selbst wird auf die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Fortschreibung hingewiesen. Eine Fortschreibung des Plans ist durchaus angezeigt. In ihm enthaltene Rechtsgrundlagen haben in zahlreichen Bestandteilen relevante Änderungen erfahren, so zum Beispiel in der Renten- und der Pflegeversicherung. Veränderungen der praktischen Bau- und Verkehrspolitik sind absehbar. Nicht zuletzt ist gerade das hier und heute von einer erheblichen Dynamik gekennzeichnet. Sie findet sowohl vor dem Hintergrund ökonomischer und technologischer Wandlungen als auch in bezug auf eine markante demographische Entwicklung statt. Sowohl der vor einigen Wochen von der Sozialministerin vorgestellte Gesundheitsbericht als auch der Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ selbst weisen auf diese demographischen Veränderungen hin. Letzterem ist zu entnehmen, daß im kommenden Jahrzehnt die Zahl der über 65jährigen im Land um fast 40 Prozent zunehmen wird und damit einhergehende Bedürfnisse und Notwendigkeiten, die wiederum auf die individuellen Lebenszufriedenheiten wirken.

Wenn jüngst in unserer Region eine Befragung des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums unter den 60jährigen zur Zufriedenheit mit ihrem Leben allgemein ergab, daß sechs Prozent mit ihrem Leben allgemein sehr und 59 Prozent zufrieden sind, ist das zum einen ein Gütesiegel und zum anderen Verpflichtung für die Politik, die Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln. In der gleichen Befragung ist durch gehäufte Unzufriedenheitsbekundungen auf notwendige Verbesserungen bei der gebotenen sozialen Sicherheit mit 35 Prozent, dem Stand der Demokratieentwicklung mit 33 Prozent, der Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung mit 39 Prozent und der persönlichen Sicherheit mit 27 Prozent hingewiesen worden. Sich aus diesen und anderen Bedürfnissen ergebende Fragen müssen die Fortschreibung reflektieren.

Neben derartigen gesellschaftlichen Themen geht es auch um die Fortschreibung solcher Punkte des Altenplans, wie den zu den Seniorenbüros oder der Gerontopsychiatrie. Zu den Seniorenbüros gilt es zu dokumentieren, inwieweit das Land diese nach Auslaufen des Modellversuchs begleitet. In bezug auf die Gerontopsychiatrie sind Aussagen zu treffen zu dem Stand und zur weiteren Perspektive der Tageskliniken und dem Umfang vorzuhaltender spezieller ambulanter Angebote. Die Landesaltenplanung muß mutig weiße Flecken in Angebots- und Versorgungsbereichen aufspüren, wie zum Beispiel bei den intergenerativen, kommunikativen und kulturellen Begegnungsmöglichkeiten. Auch das Spannungsfeld, das mit der schleichenden Entmischung städtischer Einzugsgebiete entsteht, muß Berücksichtigung finden.

Sehr geehrte Damen und Herren! In der Begründung zum Antrag habe ich darauf verzichtet, den Zusammenhang zwischen dem Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ und dem Internationalen Jahr der Senioren oder der in wenigen Tagen stattfindenden Konstituierung des ersten Altenparlaments in unserem Land näher zu beleuchten. Wichtig ist es aber, darauf zu verweisen, denn alles, was wir in souveräner Verantwortungswahrnehmung des Landtages initiieren, kann und sollte zeigen, daß Seniorenpolitik zu den wichtigsten Aufgaben der Landespolitik zählt. Eine moderne Fachplanung muß hierzu einen Beitrag leisten. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

**Harry Glawe, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Internationale Jahr der Senioren steht unter dem Motto: „Eine Gesellschaft für alle Lebensalter“. Ich denke, das ist ein hervorragendes Thema, das insbesondere mit dem Altenplan für das Land Wegweiser sein kann. Aber nicht das ist entscheidend. Wir sind der Auffassung, daß es eigentlich um die Erarbeitung eines Landesaltenplanes gehen muß, denn bisher haben wir mehr oder weniger nur eine Unterrichtung, und zwar vom 12. Oktober 1998 auf der Drucksache 2/4073 „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, die jedoch keinen Landesaltenplan, sondern lediglich eine Situationsbeschreibung darstellt. Und in dieser Frage will ich dem Herrn Koplín ein bißchen widersprechen. Wir sind erst am Anfang dieser wichtigen Thematik im Land Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben viele Dinge richtig vorgebracht, Herr Koplín,

(Annegrit Koburger, PDS: Das ist ja wie in der Schule. Da wird auch gewertet, wer was richtig sagt und wer nicht.)

aber, ich denke, ein wichtiger Aspekt ist hier nicht genannt worden, und das ist die Frage der Verhinderung von Vereinsamung von Senioren in unserem Land. Es ist auch die Frage, wie ich zu Vernetzungsstrukturen komme, um die offene Altenarbeit auf eine bessere und inhaltsreichere Qualitätsstufe zu bringen.

Eins will ich hier vielleicht auch noch sagen: Es gibt gerade in Schwerin, wo Begegnungsstätten vorgehalten werden, ein Problem: Seit dem 30.07. ist eine Haushaltsperre in Schwerin ausgesprochen, und man hat die Förderung gerade für die offene Altenarbeit um 25 Prozent reduziert.

Herr Koplín hat viele Dinge angesprochen, und deswegen meinen wir, daß es nicht nur darum geht, einen Altenplan, der ja in der Institution gar nicht vorhanden ist, in einem fortzuschreiben, sondern wir brauchen dazu insgesamt eine komplette Darstellung. Und deswegen bitte ich Sie einfach, daß Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, um für die älteren Menschen in unserem Land die Dinge weiter zu verbessern. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Mahr von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Mahr.

**Beate Mahr, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedauere es ein bißchen, daß sich der Saal hier so geleert hat.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Immerhin sind mehr als die Hälfte unserer Mitmenschen Senioren, und das Interesse daran scheint mir nicht sehr groß zu sein.

(Siegfried Friese, SPD: Der harte Kern ist da. –  
Götz Kreuzer, PDS: Der harte Kern ist aber da.)

Ich freue mich auch, Herrn Dankert begrüßen zu können.

Das Jahr 1999 ist das Internationale Jahr der Senioren. Herr Glawe wies schon darauf hin. Der immer größer werdende Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft findet durch diese Benennung besondere Würdigung – Würdigung auch der Leistung dieser Generation. Was wäre das auch für eine Gesellschaft, die Lebenserfahrung, Lebensweisheit und Lebensleistung nicht zu würdigen weiß? In diesem Sinne verstehe ich den Antrag der Koalition auf Drucksache 3/674. Ich denke, der Antrag ist so weitgehend, daß wir nicht des Änderungsantrages der CDU bedürfen. Ich würde den Änderungsantrag der CDU ablehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Als wir vor circa zwei Jahren den vorliegenden Landesaltenplan hier im Parlament diskutierten, waren wir uns fraktionsübergreifend einig, daß es zu einer Fortschreibung kommen müßte, denn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind nicht starr, sondern einer stetigen Änderung unterworfen. Wir sind uns hier aber auch im klaren darüber, daß sehr viele Angelegenheiten, die die Seniorinnen und Senioren berühren, im Bundestag in Berlin zu diskutieren und zu beschließen sind. Trotzdem möchte ich auf einige Dinge aufmerksam machen, die ich in der Fortschreibung des Landesaltenplanes erwähnt haben möchte, müssen wir doch auch in unserem Bundesland alle Chancen nutzen, den älteren Mitbürgern eine aktive Beteiligung an der Gestaltung Mecklenburg-Vorpommerns zu ermöglichen und unseren Spielraum in der Landespolitik auszuschöpfen.

Die Bedeutung des Ehrenamtes wird von Politikern immer wieder hervorgehoben. Diese ehrenamtliche Arbeit ist nicht hoch genug einzuschätzen, werden doch für unsere Gesellschaft wertvolle Ergebnisse geschaffen und gleichzeitig sinnerfüllte Tätigkeiten geboten. Ist hier durch die Sozialministerin eine finanzielle Anerkennung in Planung, auch wenn sie noch so gering ist und ganz gleich aus welchem Topf kommt?

In der Koalitionsvereinbarung ist das barrierefreie Bauen als gesetzliche Untermauerung als Ziel formuliert. Wird sich dieses Vorhaben im Landesaltenplan wiederfinden? Ob alten- oder behindertengerechte Wohnungen, öffentliche Einrichtungen oder die bauliche Ausführung von Straßen, Wegen und Plätzen, dies ist eine Voraussetzung, daß Menschen im Lande aktiv sein können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Peter Ritter, PDS)

Wir sind stolz auf unsere jungen Alten. Mit ihren Leistungen und Erfahrungen haben sie wesentlichen Anteil am Aufbau unseres Bundeslandes. Sie wollen auch vielseitige kulturelle und sportliche Angebote nutzen. Die zahlreichen Klubs und Treffs in Mecklenburg-Vorpommern leisten hier Vorbildliches. Wird sich der Wunsch nach Erhalt, Neueröffnung oder Ausbau dieser Treffs im Plan wiederfinden?

Wir fordern von der jungen Generation Mobilität, aber auch die ältere Generation hat ein Recht darauf. Nur so ist es ihnen vergönnt, ihren berechtigten Lebensanspruch zu verwirklichen. Sind aber die Angebote in SPNV und ÖPNV diesem Anspruch gewachsen, und welche Voraussetzungen sind durch das Land Mecklenburg-Vorpommern dafür zu schaffen?

Unverzichtbar ist die Arbeit der Seniorenbeiräte auf kommunaler Ebene, können sie doch den Gemeindevertretern wertvolle Hinweise für die Gestaltung des Wohnumfeldes und für soziale Rahmenbedingungen geben. Gleichfalls organisieren sie zahlreiche Veranstaltungen auf kulturellem und sportlichem Gebiet, laden zu Gesprächen ein und geben auch Informationen zu ganz persönlichen Fragen. Wie kann es uns gemeinsam gelingen, die Stellung der Seniorenbeiräte in den Kommunen zu stärken und gemeinsam mit freien Trägern noch breitere Angebote zu schaffen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und Peter Ritter, PDS)

Die wertvollen Erfahrungen der älteren Generation dürfen nicht verlorengehen. Die Schätze müssen an die Jüngeren weitergegeben werden. Doch auch unsere schnelllebige Zeit bietet der jungen Generation eine Reihe von Chancen, ihre Lebenswelt den Seniorinnen und Senioren nahezubringen. Was kann getan werden, um Projekte, Ideen und Vorhaben zu unterstützen, an denen Jung und Alt gemeinsam wirken und gemeinsam Erfolg haben?

Mit zunehmendem Alter ist die Anfälligkeit für Krankheiten natürlich größer, und die Gesundheit ist auch im Alter das höchste Gut. Was kann unsere Landesregierung tun, um die Krankenhaus- und auch die ärztliche Betreuung den besonderen Bedürfnissen der Senioren und Seniorinnen besser anzupassen?

Auf die Gestaltung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens haben die Länder im Landesrundfunkrat Einfluß. Dieser Einfluß muß stärker genutzt werden, damit sich auch die ältere Generation in Rundfunk und Fernsehen mit ihren Wünschen, Meinungen, kulturellen Ansprüchen, aber auch Sorgen und Problemen wiederfindet. Auch eine solche Festschreibung von Aktivitäten wünsche ich mir für einen neuen Landesaltenplan.

Meine Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sollten aber Beachtung finden. Sie sind ein Querschnitt der Wünsche, die ältere Bürger an mich als Landespolitikerin herangetragen haben. Unsere Aufgabe ist es, diese Anliegen ernst zu nehmen und die politischen Voraussetzungen zu schaffen, daß zumindest ein Teil dieser Wünsche erfüllbar wird.

Abschließend sei mir der Hinweis auf die Einsetzung des Altenparlaments am 22. September 1999 hier im Hohen Hause gestattet. Ich weiß aus meiner Arbeit, daß noch viel, viel mehr als 71 Vertreter unserer älteren Bürger hier gerne mitwirken wollten. Deshalb bin ich mir sicher, daß aus diesem Altenparlament wichtige Impulse kom-

men werden, die in den neu zu erstellenden Altenplan aufgenommen werden müssen. Haben wir also ein offenes Ohr und ein weites Herz für die Wünsche und Ziele unserer älteren Mitmenschen! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Müller von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Müller.

**Irene Müller,** PDS: Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von Seiten der PDS-Fraktion kann ich nur sagen, daß wir den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ablehnen werden. Ich weiß eigentlich gar nicht, Herr Glawe, wo Sie waren, als wir – Herr Kuessner, Sie und ich – voriges Jahr gemeinsam beim Landesseniorenrat in Plau waren, der Landesaltenplan von den Senioren beraten war und wir die Ergebnisse der vielen Beratungen der Seniorinnen und Senioren in die Hand bekamen und darum gebeten wurden, den Landesaltenplan fortzuschreiben. Also muß ja dann wohl ein Plan da sein und auch eine Unterrichtung über diesen.

Wir möchten die Fortschreibung des Landesaltenplanes, und ich möchte mich ganz spezifisch bei meinen Worten darauf beziehen, was Seniorinnen und Senioren in vielen Veranstaltungen in den Treffs, in den Klubs, der Landesaltenratssitzung, den Kreisseniorenratssitzungen und so weiter und so fort an mich herangetragen haben, um diesem Landesaltenplan noch mehr Inhalt und Substanz zu geben. Es wurde niemals verhehlt, daß der alten Landesregierung und dem ehemaligen Sozialminister Herrn Hinrich Kuessner Dank gesagt wurde, denn unsere Seniorinnen und Senioren hatten sehr schnell begriffen, daß erst mal alles zusammengetragen werden mußte, um zu sehen, was es gibt, wo bereits ein guter Stand in der Arbeit erreicht ist, aber auch, um zu sehen, wo Defizite sind, wo weitergearbeitet werden muß, wo ein anderer Rahmen erstellt werden muß, wo vielleicht der Rahmen erweitert werden muß oder die ganze Hülle mit Inhalten ausgegeben werden muß.

In diesem Zusammenhang kann man nur staunen, in welcher Art und Weise Seniorinnen und Senioren sich eingebracht haben, uns ihre Worte mitgegeben haben. Ich möchte mich deswegen bei der Thematik Landesaltenplan an den einzelnen Punkten entlanghangeln, denn zu jedem oder fast jedem Punkt sind sehr interessante Dinge von den Seniorinnen und Senioren unseres Landes gekommen.

Wir beginnen bei der ganzen Sache mit dem Problem – deswegen steht das auch in unserem Antrag – offene Altenarbeit. Die Altenarbeit für Menschen, Seniorinnen und Senioren, die noch sehr flink auf den Füßen sind und nicht zu Pflegenden und zu Betreuenden gehören, ist noch ein bißchen unterbelichtet. Der erste Punkt, der angemahnt wurde, waren die kulturellen Veranstaltungen. In diesem Zusammenhang wurde uns gesagt – und wir halten das auch für richtig –, daß gerade auf dem Gebiet der Kultur, der kulturellen Ausgestaltung des Lebens noch viel zu tun ist. Dabei sollte man sich nicht von Seiten der Landesregierung auf kleine Projekte stürzen und sie finanziell unterstützen, sondern sollte sehr wohl Landesprojekte in Betracht ziehen, um die Altenarbeit auch landesweit auf ein hohes Niveau zu bringen.

Auch in der Bildung haben unsere Seniorinnen und Senioren sehr wohl etwas zu sagen, sehr viel zu sagen.

Sie möchten, daß sie Partner finden können durch Unterstützung der Landesregierung, die sie in Bildungsangeboten mit einbeziehen.

(Georg Nolte, CDU: Sie sind doch jetzt  
in der Regierungsverantwortung.)

Ganz speziell wurde dabei genannt die Mathematik, die Naturwissenschaften und – man höre und staune – die Computer. Das sind nicht meine Worte, das sind die Worte von Seniorinnen und Senioren.

Bei der offenen Altenarbeit ist immer zu bedenken, daß unsere älteren Menschen sehr wohl auch Sport treiben wollen. Dazu sind Rahmenbedingungen zu schaffen, daß sie in die Sportverbände und -vereine kommen können, daß sie aufgrund ihrer finanziellen Situation sich dort einbinden können. In diesem Zusammenhang wurde immer betont, wir wollen nicht für Seniorinnen und Senioren gesonderte Vereine, Verbände und Organisationen, wir wollen mit einbezogen werden und dementsprechende Rahmenbedingungen bekommen. Wichtig dabei ist zu sagen, daß auch der Behindertensport auf andere Art und Weise gefordert werden mußte, denn gerade Behindertensport ist in gewissem Sinne auch Alterssport, weil es darum geht, daß Menschen mit Beeinträchtigungen – und Alter kann sehr wohl eine Beeinträchtigung sein – Sport treiben können.

Zum Thema Wohnen müssen wir anmerken, daß sehr viel getan wurde, wenn wir den bisher bestehenden Altenhilfeplan sehen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Es wurde sehr viel getan in bezug auf Alten- und Pflegeheime, aber auch im betreuten Wohnen. Aber nicht jeder ältere Mensch, jede Seniorin, jeder Senior will seine vertraute Umgebung verlassen. Oft wurde mitgeteilt, daß die Begründung für das Verlassen der Wohnung, auch wenn man überhaupt nicht pflegebedürftig ist, um in eine betreute Wohneinrichtung zu ziehen, der Umstand ist, daß man entweder Schwierigkeiten hat, seine Wohnung zu erreichen, oder – was bei vielen noch viel mehr zu Buche schlägt – daß sie einfach nicht mehr in der Lage sind, Verkaufseinrichtungen zu Fuß zu erreichen. Da sind wir wieder bei dem Punkt des barrierefreien Bauens bei uns im Land.

Barrierefreiheit bedeutet nicht nur eine Wohnumwelt für Menschen mit Behinderungen, sondern für alle Altersgruppen. Zur Wohnumwelt gehören in dem speziellen Falle dann natürlich die kulturellen Einrichtungen, die Verkaufseinrichtungen, Einrichtungen wie Treffs und Clubs und natürlich auch Arztstationen. Arztstationen auf der grünen Wiese, angegliedert an Sky-Märkte und so weiter und so fort, sind für alte Menschen nicht erreichbar. Dabei sind unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger natürlich nicht so blauäugig oder so unrealistisch, daß sie verlangen, daß jede Verkaufseinrichtung oder jede Wohnung, die aus älteren Zeiten besteht, sofort umgebaut wird. Aber ihre Forderungen decken sich mit denen der Behinderten. Sie sagen: Öffentliche Einrichtungen, Theater, Kinos, Geschäfte, Rathäuser, Postgebäude, Sparkassen müssen barrierefrei gebaut werden. Sie wollen auch hinein. Und die Begründung, zu uns kommt selten ein Rollstuhlfahrer, zeigt Engstirnigkeit. Barrierefrei bedeutet nicht rollstuhlfahrergerecht.

Sehr positiv wurde immer wieder die Einrichtung des Altenparlamentes in der Hinsicht bewertet, daß man beim

Landesaltenplan aktiv mitwirken kann. Ich möchte, daß das alle bedenken: Unsere älteren Mitbürger – Seniorinnen und Senioren – stellen sich nicht hin und fordern, sondern sie stellen sich sehr wohl hin und sagen: Wir wollen mitmachen. Die Kompetenz unserer Erfahrung und vielleicht auch die Weisheit unseres Alters sind prädestiniert dafür, daß wir mitarbeiten. Sie bieten sich in allen Punkten an.

Ein großes Problem für die älteren Menschen ist die Frage der Sicherheit. Dabei stellen sie ganz konkret die Frage: Sind es wirklich nur jüngere Menschen, die uns bedrohen in unserer Sicherheit und unserem persönlichen und privaten Sicherheitsbedürfnis? Sie sagen ganz eindeutig: Landesregierung, tu was, verhindere, daß eine Gewaltverherrlichung im Fernsehen kommt! Mach solche Gesetze – ich spreche jetzt mit den Worten der älteren Bürger –, daß Haustürgeschäfte, in denen wir sinnlos betrogen werden, einfach nicht mehr so abgewickelt werden können! Unsere Sicherheit ist uns wichtig, wir möchten auch Zivilcourage zeigen.

Die Seniorinnen und Senioren haben mir mit auf den Weg gegeben, daß sie im künftigen Landesaltenplan auch unsere ausländischen älteren Mitbürger berücksichtigt haben möchten. Ältere Bürger gibt es ganz einfach in jeder Nation.

Ein ganz besonderer Punkt ist die Gesundheitsfürsorge. Es wurde kritisch angemerkt, daß unser Landesaltenplan zur Zeit eine Darstellung des Krankheitsbildes ist. Wir möchten bitte dahingehend agieren, daß der Landesaltenplan eine Gesundheitsförderung darstellt und demzufolge eine wissenschaftlich fundierte Argumentation und Definition geriatrischer Betreuung hineinbringt. In dem Zusammenhang wurde Kritik geübt an der Art und Weise, wie das Pflegegesetz ausgeführt werden muß, weil es so ist. Ich denke, da haben wir auch Verantwortung.

Viele Menschen beklagen immer wieder, daß sie bei der Feststellung der Pflege kein Mitspracherecht haben. Der Betroffene ist ein Objekt des Betrachtens. Schlimmer: Medizinischer Gutachterdienst, Hausarzt und der zu Pflegenden dürfen nicht das Pflegepotential, was der Betroffene haben möchte, miteinander besprechen. Die Pflegemodule sind für die Abrechnung ungünstig. Es ist völlig außer acht gelassen, daß Zuwendung auch Pflege sein kann, und für die Zuwendung ist einfach keine Zeit. Diese Zeit müssen leider unsere Pflegepersonen heutzutage damit zubringen, die Module in ihrem fürchterlich komplizierten Abrechnungsstatus aufzuschreiben.

Ein weiteres Problem für unsere älteren Menschen und Mitbürger ist nach wie vor die Achtung und Ehrung der ehrenamtlichen Arbeit. Dabei sind unsere älteren Bürger nicht so vermessen, nur Achtung und ehrenamtliche Arbeit für Ältere zu wünschen, sondern für alle. Ihnen geht es darum – und das wurde mehrmals betont –, daß es für ehrenamtliche Arbeit in keiner Art und Weise eine Entlohnung geben soll, aber die Aufwandspauschalen möchten sie ersetzt haben. Ganz wichtig ist, sie möchten endlich Versicherungsschutz haben bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit. Und was mir immer wieder mitgeteilt wurde, ist, daß es leider in unserer Gesellschaft verlorengegangen ist, einmal richtig danke zu sagen, öffentlich danke zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die für sich selbst selbstbewußt und selbständig tätig sind, ver-

langen, daß die Landesregierung, daß die Kreise und die Kommunen die Art, öffentlich danke zu sagen für ehrenamtliche Arbeit, in jeder Altersgruppe auf jedem Gebiet wieder lernen.

(Gesine Skrzepski, CDU:  
Das haben wir auf Rügen schon lange.)

Das ist gut. Es wird aber nicht überall gemacht, und Rügen ist nicht die Landesregierung.

(Peter Ritter, PDS: Und Rügen ist überall. –  
Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Es ist also dringend notwendig, diesen Landesaltenplan fortzuschreiben. Wir haben viele Ideen bereits von den Seniorinnen und Senioren bekommen. Hören wir auf sie! Seien wir – auch wenn wir noch jünger sind – so weise, diese Kompetenz und Erfahrung in uns aufzunehmen, und arbeiten wir weiter daran, daß es im Land Mecklenburg-Vorpommern schön ist, alt zu werden! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

**Harry Glawe,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich habe mich doch noch einmal entschlossen, an das Mikrofon zu gehen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist nicht  
zu übersehen. – Heiterkeit bei einzelnen  
Abgeordneten der PDS)

Na ja, ist nett.

Es gibt zwei, drei Dinge, die ich hier noch einmal vortragen möchte. Es sieht ja jetzt so aus, als wenn wir nun Unterlagen nicht mehr lesen können.

Meine Damen und Herren! Ich will darauf hinweisen, zur Zeit gibt es nur eine Unterrichtung und keinen Landesaltenplan in dem Sinne. Deswegen haben wir eigentlich diesen Antrag gestellt. Aber wenn Sie sich als Koalition nicht dazu entschließen können, sozusagen einen Altenplan zu erstellen,

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

der nachher auch Bestand hat, dann müssen wir damit umgehen. Wir können damit auch leben, nur hätten wir gedacht, daß Sie eigentlich dazu bereit sein könnten.

Frau Müller, noch einmal zu Ihrem Einwurf, wo ich denn in Plau gewesen wäre. Sie wissen ja, daß wir gerade in Plau auf die Oppositionsbänke verbannt worden sind. Das haben Sie auch ganz prima gemacht. Ich saß links auf den harten Bänken, während Sie vorn im Präsidium saßen.

(Zurufe von einzelnen  
Abgeordneten der PDS: Oh!)

So weit, so gut.

Herr Kuessner als Landtagspräsident war ja auch anwesend, und das war auch gut für den Landesseniorenbeirat, der im übrigen ebenfalls hier unter uns weilt. Ich darf Sie hier auch recht herzlich begrüßen.

Meine Damen und Herren! Es geht bei der offenen Altenarbeit doch eigentlich um zwei Dinge, einmal um den ambulanten Teil der Altenhilfe und auf der anderen Seite

um den stationären Teil. Zur offenen Altenarbeit gehören Altenclubs, Altenbegegnungsstätten und Altenerholung. Daneben spielen aber auch die mobilen sozialen Hilfedienste und die Nachbarschaftsdienste eine große Rolle.

Hier sind alle gefragt, alle Wohlfahrtsverbände, die Kirchen, wir, jeder einzelne, jeder Bürger in unserem Land. Die stationäre Altenhilfe umfaßt vor allem die Betreuung in Altenheimen. Frau Müller ist auf die Probleme eingegangen. Gerade die Probleme mit der Pflegeversicherung in der einen oder anderen Weise sind ja auch bekannt.

Die moderne Altenhilfe bemüht sich über die bloße Versorgung alter Menschen hinaus um persönliche Hilfen zum Schutz gegen Vereinsamung im Alter. Und darauf wollte ich hinweisen, denn das ist ja ein ganz großes Problem. Wir wissen, wie hoch die Lebenserwartung mittlerweile ist. Frauen werden fast 80 Jahre alt.

(Annegrit Koberger, PDS: Schön!)

Das ist doch in Ordnung. Nur es geht auch darum, daß man Vereinsamung nicht erleiden muß. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, daß sehr viele ältere Bürger in ihren Wohnungen sterben, ohne daß es der Nachbar oder die Nachbarin über Monate mitbekommen.

(Peter Ritter, PDS: Das spricht nicht für diese Gesellschaft. Da waren wir schon mal weiter im Zusammenleben.)

Das sind Probleme in unserem Land. Und die gilt es sozusagen aufzuweichen und zu verbessern.

Im übrigen gibt es ja auch noch die Hilfen nach dem BSHG, ich will hier nur mal auf ein paar hinweisen, zum Beispiel Hilfen bei der Beschaffung und der Erhaltung altersgerechten Wohnens. Darauf ist schon hingewiesen worden. Sie ergänzen gesetzliche Sozialleistungen für alte Menschen, besonders aus der Rentenversicherung.

Zur offenen stationären Altenhilfe können auch finanzielle Vergünstigungen treten. Das sind zum Beispiel Steuererleichterung, Fahrpreisvergünstigungen, Befreiung von Fernseh- und Rundfunkgebühren. Zuständig sind in der Regel örtliche Kreise und kreisfreie Städte sowie überörtliche Träger von Sozialhilfen in Zusammenarbeit mit Trägern der Freien Wohlfahrtspflege.

Meine Damen und Herren! Es ist nun mal so, wir müssen auch aufpassen, daß das Ehrenamt eine Stärkung erfährt.

(Annegrit Koberger, PDS:  
Das hat doch schon Frau Müller gesagt.)

Und da erinnere ich mich an einen Vorschlag der CDU „Programm 55 plus x“. Ich lade Sie alle ein, auch das mit den Senioren zu besprechen und nicht immer so zu tun, als wenn wir nur, sage ich mal, Gehälter zahlen wollen. Es geht tatsächlich um eine Entschädigung, Frau Müller.

(Dr. Margret Seemann, SPD:  
Das steht aber nicht im Antrag.)

Ich kann Ihnen nur noch einmal empfehlen, das Programm nachzulesen, und vielleicht können Sie es mal aufgreifen, denn das würde wirklich den Senioren sowie den Vereinen und Wohlfahrtsverbänden helfen, gerade den Leuten, die im Ehrenamt tätig sind.

Ich kann Ihnen nur sagen, versuchen Sie das mit dem Altenplan aufzugreifen. Das ist eine gute Sache. Es wäre noch viel besser, wenn Sie unserem Antrag zustimmen

könnten, denn damit könnten wir den Senioren und älteren Menschen unseres Landes viel mehr helfen als mit einer bloßen Fortschreibung einer Unterrichtung. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In der Unterrichtung zum Landesaltenplan wurde festgelegt, daß dieser in regelmäßigen Abständen an die Entwicklung angepaßt werden soll. Da zum einen die Regierungen in Bund und Land gewechselt haben, zum anderen 1999 zum Jahr der Senioren erklärt wurde, sehe ich es als angemessen oder besser gesagt als Verpflichtung an, den Landesaltenplan an die neuen Entwicklungen anzupassen beziehungsweise fortzuschreiben.

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD,  
und Angelika Gramkow, PDS)

In diesem Zusammenhang möchte ich von hier aus einmal ausdrücklich dem Landesseniorenbeirat danken, der sich besonders aktiv an der Vorbereitung und Erarbeitung des Landesaltenplans beteiligt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

An vielen Orten, kürzlich auch bei mir im Wahlkreis, im Landkreis Ludwigslust, fanden von den Kreisseniorenbeiräten organisierte, interessante Diskussionen zum Jahr der Senioren statt. Übrigens, meine Damen und Herren der CDU – fünf sind Sie hier, glaube ich, noch im Raum –

(Peter Ritter, PDS: Sind es doch noch so viel,  
ja? – Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD,  
und Reinhard Dankert, SPD)

wäre es ganz schön, wenn Sie sich auch mal der Diskussion vor Ort gestellt hätten.

Auf die Beteiligung gerade der älteren Generation an der politischen Diskussion und Mitwirkung in gesellschaftlichen Gremien kann und darf die Gesellschaft nicht verzichten. Deshalb begrüße ich besonders die Einrichtung des Altenparlaments auf Initiative unseres Landtagspräsidenten Hinrich Kuessner. Da das Altenparlament nächste Woche tagt, bin ich schon sehr darauf gespannt, welche Anregung wir dadurch erhalten werden, im übrigen auch, wer von den Landtagsabgeordneten erscheinen wird. Sicherlich wird auch davon ein großer Teil in den Landesaltenplan einfließen.

(Harry Glawe, CDU: Ich komme,  
Frau Seemann. – Sylvia Bretschneider, SPD:  
War das eine Drohung?)

Meine Fraktionskollegin Frau Mahr und Frau Müller haben schon auf wesentliche Punkte des Landesaltenplans hingewiesen. Ich möchte deshalb nur einige herausgreifen, die mir für die Fortschreibung besonders wichtig erscheinen. Zunächst möchte ich aber zum Änderungsantrag der CDU etwas sagen.

Herr Glawe, ich hatte mir Ihre Rede zur damaligen Unterrichtung angesehen, und wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie damals selber vom Landesaltenplan gesprochen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

und diesen auch noch für positiv bewertet. Insofern finde ich Ihren Änderungsantrag jetzt gelinde gesagt etwas absurd.

(Harry Glawe, CDU: Ist man nicht lernfähig? –  
Zuruf von Annegrit Koberger, PDS)

Die Wohnsituation und das Wohnumfeld spielen für Ältere eine erhebliche Rolle. Menschen über 60 Jahre halten sich durchschnittlich 70 Prozent des Tages ausschließlich in der Wohnung und dem näheren Umfeld auf. Dementsprechend sind für sie das Angebot von Dienstleistungen sowie günstige Anbindungen an öffentliche Verkehrsmittel von großer Bedeutung. Somit muß der Wohnsituation der Älteren und der Schaffung angemessener Rahmenbedingungen bei der Suche nach Antworten auf die Frage nach einem Alter in Selbstbestimmung und Würde ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Die Wohnung älterer Menschen sollte nicht nur auf eventuelle Behinderungen und Einschränkungen hin ausgerichtet sein, wie dies zum Beispiel in Fördermaßnahmen und Richtlinien zum Ausdruck kommt, sondern auch stärker die kommunikativen und psychosozialen Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren! Altersgerechtes Wohnen ist ein wesentlicher Beitrag für ein erfolgreiches Miteinander der Generationen auf der Basis von Gegenseitigkeit. Es ist darüber hinaus angesichts des demographischen Wandels eine Investition in die Zukunft der nachfolgenden Generationen. Bezüglich dieser Thematik haben die Koalitionsfraktionen im März einen Antrag auf Unterrichtung vorgelegt. Diese Unterrichtung wird dem Landtag noch in diesem Halbjahr zur Verfügung stehen. Ich bin sicher, daß sie uns zu diesem Thema Diskussionsmaterial liefern wird, das auch für die Fortschreibung des Altenplans von großer Bedeutung sein wird.

Kommen wir nun zu einem Punkt, meine Damen und Herren, der zwar im Landesaltenplan erwähnt wird, der auch für jeden Menschen und vor allen Dingen für die Senioren eine hohe Bedeutung hat, den wir jedoch von diesem Hohen Hause nicht direkt beeinflussen können. Ich meine die aktuell sehr angeheizte Rentendiskussion. Wenn man sich das Faltblatt der CDU dazu ansieht, könnte man meinen, meine Damen und Herren von der CDU, Sie wären nicht erst 1989 geboren, wie Sie immer weismachen wollen, sondern Sie wären eben erst neu geboren worden.

(Harry Glawe, CDU: Sie nehmen den  
Rentnern Geld weg, und jetzt machen  
Sie noch populistische Sprüche!)

Meine Damen und Herren! Herrn Dr. Born sehe ich es nach. Er hat keine Sozialisation in der ehemaligen DDR, daß er eben so über die Vergangenheit geurteilt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber es ist für mich seit Jahr und Tag unerträglich,

(Harry Glawe, CDU: Sie bestrafen  
die Rentner in diesem Land.)

wie Menschen, die aktiv in den Blockparteien zu DDR-Zeiten mitgewirkt haben und nahtlos anschließend wieder

in die Verantwortung gegangen sind, so undifferenziert ihre eigene Vergangenheit bewerten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

so, wie Herr Dr. Born das eben namens der CDU gemacht hat. Das ist unerträglich, meine Damen und Herren!

(Harry Glawe, CDU: Das müssen Sie  
dem Seniorenbeirat mal ein bißchen  
genauer erklären, was da gemacht wird.)

Zurück zu Ihrem Faltblatt. In der Überschrift – Herr Glawe, Sie können sich gleich freuen – kann ich Ihnen nur zustimmen. Ich zitiere: „Rentenpolitik ist Vertrauenssache. Auch für die Rente gilt: Reformen muß man richtig machen.“

(Harry Glawe, CDU: Richtig. Genauso ist es.)

Recht haben Sie! Allerdings waren Sie es, die 1993 den gemeinsamen Konsens mit uns verlassen und damit auch den langfristigen Verlaß auf sichere Renten in Frage gestellt haben. Nachdem Sie dann mit Ihrer verfehlten Rentenpolitik das Vertrauen der Bevölkerung in die Rente von Grund auf beschädigt haben, stellen wir uns nun der Verantwortung.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Ja.)

Damit wir uns nicht falsch verstehen. Ich begrüße im Normalfall jeden Vorschlag, der auf Verbesserung von Maßnahmen zielt. Denn es gibt eigentlich nichts, was man nicht besser machen kann. Das haben wir heute schon häufiger gehört.

(Harry Glawe, CDU: Sie nehmen den  
Rentnern Geld weg. Das ist unglaublich! –  
Sylvia Bretschneider, SPD: Das haben  
Sie die ganzen Jahre gemacht.)

Aber daß ausgerechnet Sie, meine hier restlich übriggebliebenen Damen und Herren von der CDU, sich nach Ihrer jahrelangen desaströsen Renten- und Finanzpolitik –

(Harry Glawe, CDU: Von wegen, von wegen!)

1.500 Milliarden DM Schulden müssen abgetragen werden – nicht schämen,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

sich so weit aus dem Fenster zu lehnen, zeigt, daß Sie wirklich nichts,

(Harry Glawe, CDU: Sie schämen sich  
ja wohl für die deutsche Einheit.)

aber auch absolut nichts dazugelernt haben. Ja, im Gegenteil, Sie reiten schamlos auf einer Angstwelle, die Sie selbst erzeugt haben und weiter erzeugen.

(Harry Glawe, CDU:  
Sie machen doch die Gesetze!)

Sie unterbreiten auch nach wie vor keine konstruktiven Vorschläge.

(Harry Glawe, CDU:  
Sie machen doch das Sparpaket!)

Sie machen einfach nur madig. Die gestrige und heutige Landtagssitzung sind ein beredtes Zeugnis hierfür, meine Damen und Herren von der CDU.

(Reinhard Dankert, SPD:  
Das steht morgen in der Zeitung. –  
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

„Je öfter Eichels Rivalen aber nur Nein sagen, beispielsweise zu den Abstrichen bei den Renten, desto mehr wird Ihre eigene Konzeptionslosigkeit deutlich werden...“

(Angelika Gramkow, PDS: Diese Abstriche darf man auch nicht rechtfertigen.)

„Nur früher oder später wird der Druck wachsen, endlich das eigene Blatt zu zeigen, wollen Sie nicht als Blockierer einer guten Sache dastehen.“

(Harry Glawe, CDU: Sie haben vier Jahre lang blockiert, vier Jahre lang alles blockiert! –  
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD –  
Reinhard Dankert, SPD: Reg Dich nicht auf!)

„Süddeutsche Zeitung“, meine Damen und Herren von der CDU, ich zitiere nur, um im Wortlaut von Herrn Dr. Born zu sprechen.

Ich möchte einmal aufzählen, was Sie unter fairen Beiträgen für die Arbeitnehmer, finanziell gesichertem Ruhestand, nettolohnbezogener Rentenanpassung und gerechtem Ausgleich zwischen Jung und Alt – übrigens alles Begriffe aus Ihrem Faltblatt – verstehen.

Acht Jahre gab es unter der CDU-Bundesregierung acht Jahre Rentenanpassung unterhalb der Preissteigerungsrate. Das nennen Sie also nettolohnbezogene Rentenanpassung?

(Angelika Gramkow, PDS:  
Das rechtfertigt doch das jetzt nicht!)

Sie haben allen Rentnern acht Jahre lang also de facto Rentenkürzungen zugemutet und riskieren nun eine dicke Lippe bei einem zweijährigen Inflationsausgleich.

(Harry Glawe, CDU: Sie fühlen sich doch nur ertappt, Sie fühlen sich doch nur ertappt! –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Zuvor hatten Sie die Einführung der jährlichen Rentenanpassung an die Nettolöhne statt an die Bruttolöhne durchgesetzt. Sie haben es zudem geschafft, die Rentenbeiträge bis auf den historischen Rekord von 20,3 Prozent zu treiben. Das ist also Ihre Auffassung von fairen Beiträgen.

(Sylvia Bretschneider, SPD:  
Eine Schande ist das!)

Ihr gerechter Ausgleich zwischen Jung und Alt heißt die Absenkung des Rentenniveaus bis zum Jahre 2012 auf 64 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns. Nun kritisieren Sie unsere Erhöhung auf 67 Prozent.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ihr gerechter Ausgleich zwischen Jung und Alt heißt die Kürzung der Anrechnung von Ausbildungszeiten auf die Rente von 13 auf 3 Jahre.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Pfui Teufel!)

Ihr gerechter Ausgleich zwischen Jung und Alt heißt die Erhöhung der Altersgrenze für den Rentenbezug auf 65 Jahre sogar für Frauen und Arbeitslose. Das haben wir gestoppt. Ihr gerechter Ausgleich zwischen Jung und Alt heißt die Beteiligung der Rentner an den Kosten der Krankenversicherung.

(Harry Glawe, CDU: Das schreiben Sie doch mal alles in den Landesaltenplan hinein! Sie sollten mal zum Thema reden! In der Schule hätten Sie schon eine Fünf gekriegt. –  
Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling)

Meine Damen und Herren von der CDU! Ich glaube wirklich, Sie haben innerhalb eines Jahres ganze Paletten von Kreide heruntergewürgt, oder leiden Sie etwa alle an Gedächtnisschwund?

Die Rentenreform der Bundesregierung soll unser Rentensystem für die jetzigen und vor allem zukünftigen Rentner verlässlich machen. Wir haben den Rentenbeitrag bereits auf 19,5 Prozent gesenkt. Die Absenkung des Rentenniveaus wurde von uns verhindert. Sie hätte viele Rentner von der Sozialhilfe abhängig gemacht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU –  
Sylvia Bretschneider, SPD: Hören Sie doch auf mit dem blöden Gequatschel)

In diesem Jahr lag die Rentenanhebung erstmals seit 1994 wieder über der Preissteigerung. Und auch in den nächsten zwei Jahren sorgen wir dafür, daß die Rentenerhöhung nicht niedriger ausfällt als die Inflation.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

Damit sind die Rentnerinnen und Rentner auch in den beiden Übergangsjahren um einiges besser gestellt als unter der Regierung Kohl.

(Harry Glawe, CDU: Von wegen!)

Ohne diese Reform, meine Damen und Herren, würde der Beitragssatz bis 2030 auf 26 Prozent steigen. Wir wollen ein Rentenkonzept nicht für ein oder zwei Jahre, sondern für die künftigen Generationen.

(Harry Glawe, CDU:  
Sie sollten mal zum Thema reden.)

Das entspricht auch dem Gedanken einer Gesellschaft für alle Lebensalter.

Herr Glawe, wenn Sie die Unterrichtung gelesen haben, werden Sie feststellen, daß dort mehrere Seiten zur Rentenpolitik formuliert sind.

(Harry Glawe, CDU:  
Da steht nichts zum Sparpaket drin.)

Es geht nämlich nicht nur um die derzeitigen Rentner, es geht um die heutigen Beitragszahler und zukünftigen Rentner.

(Harry Glawe, CDU:  
Sie zocken die Rentner jetzt ab.)

Die Krönung Ihrer Kampagne – und Sie können mir nicht erzählen,

(Harry Glawe, CDU: Das ist keine Kampagne, das ist die Reaktion auf vier Jahre Blockade im Bundesrat.)

Sie wüßten es nicht besser – ist die Mär von der Höherbelastung der Rentner durch die Ökosteuer. Die Sicherung der Kaufkraft der Rentner gilt natürlich auch hinsichtlich der Auswirkung der Ökosteuer. Soweit sich die Erhöhung der Ökosteuer nämlich auf das ...

(Harry Glawe, CDU: Sie haben die Rentner betrogen! – Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist unerträglich, Herr Glawe! Sie wissen überhaupt nicht, wovon Sie reden. Lassen Sie Frau Seemann reden!)

Herr Glawe, Sie hatten genug Gelegenheit zu reden, jetzt lassen Sie mich bitte hier ausreden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Soweit sich die Erhöhung der Ökosteuer nämlich auf das Preisniveau auswirkt, geht sie in die Anpassungssätze der Jahre 2000 und 2001 ein. Genauso erhalten diese ab dem Jahr 2002 einen Ausgleich für die Ökosteuer, und das müßten Sie eigentlich auch wissen: Wenn durch die Ökosteuer die Beiträge sinken und die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer steigen, erhöhen sich dann natürlich auch die Renten.

Meine Damen und Herren von der CDU! Hören Sie endlich auf, absichtlich Unwahrheiten zu verbreiten!

(Harry Glawe, CDU: Das sagen Sie jeden Tag.)

Stellen Sie sich Ihrer landesverfassungsmäßigen Rolle als Opposition, und verzichten Sie auf sachlich jeder Grundlage entbehrende Verunsicherung des Bürgers. Das mag zwar kurzfristig Wählerstimmen bringen, führt aber langfristig zu Politikverdrossenheit und Ablehnung des Systems.

(Harry Glawe, CDU: Gucken wir Sonntag abend noch mal ins Fernsehen hinein.)

Ihre derzeitige Politik ist nicht nur unseriös, sie ist unmoralisch, und – das sage ich Ihnen hier als Christin – sie widerspricht dem achten Gebot. Für diejenigen, die das nicht wissen, das ist das Gebot, bei dem es um Wahrheit geht,

(Harry Glawe, CDU: Die Frage können Sie sich doch gleich stellen.)

beziehungsweise der umgedrehte Begriff ist die Lüge. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Frau Dr. Seemann.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/708 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/708 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/674. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/674 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bericht über die aktuelle Situation bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/676.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Bericht über die aktuelle Situation bei der  
Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur  
in Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 3/676 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

**Jörg Vierkant,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag richtet den Auftrag an die Landesregierung, sehr umfänglich über die aktuelle Verkehrssituation im Land Mecklenburg-Vorpommern zu berichten.

Wie bereits in der Begründung ausgeführt, gab es in der parlamentarischen Sommerpause zahlreiche Äußerungen zur Verkehrspolitik, die allein Anlaß bieten, das Thema ausführlich zu erörtern. Dazu kommt die Frage, wie die Zielstellung in der Verkehrspolitik, nämlich die Verkehrsinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern so schnell wie möglich nachhaltig zu verbessern, umgesetzt wird.

Natürlich sind wir uns darüber im klaren, daß ein derart umfänglicher Bericht vielleicht nicht in Gänze hier vorgelesen werden kann. Insofern sind wir einverstanden, auch im Ausschuß weiter darüber zu beraten. Dennoch halten wir es für wichtig, das Thema nicht nur im zuständigen Wirtschaftsausschuß zu thematisieren. Die Auswirkungen der Verkehrsinfrastruktur und ihre Bedeutung sind anerkanntermaßen ressortübergreifend groß.

Meine Damen und Herren! Worum geht es in dem Antrag? Zunächst wollen wir natürlich in den Bereichen, wo in der parlamentarischen Sommerpause Fragen aufgetreten sind, eine Klärung erfahren. Das betrifft insbesondere die Meldungen zu den fehlenden Milliardenbeträgen im Bundesverkehrshaushalt und zu den geplanten Streckenstilllegungen im Land.

Gerade zu letzter Frage ist verständlicherweise das Interesse in den betroffenen Regionen in Westmecklenburg, in Ludwigslust und in Mecklenburg-Strelitz groß, zumal wenn wie an der Seenplatte der schienengebundene Regionalverkehr für den Tourismus von Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren! Über diese ganz aktuellen Fragestellungen hinaus ist uns daran gelegen, sozusagen zum Ausgang des Jahrzehntes einen Status quo in der Verkehrspolitik festzuhalten, von dem ausgehend die zukünftigen Aufgaben und Zielsetzungen festgesetzt werden können. Die Verkehrsentwicklungen und Trends fordern von uns, alles zu tun, um nicht nur unsere infrastrukturellen Defizite zu beseitigen, sondern darüber hinaus ein Wachstum der Verkehrsinfrastruktur zu ermöglichen, das sich an den Verkehrsprognosen orientiert. Dabei – und das möchte ich hier ausdrücklich betonen – kommt es auf eine leistungsfähige Entwicklung aller Verkehrsträger, nicht nur der Straße, an. Wollen wir aber die wirtschaftlichen Potentiale unseres Landes als Verkehrsdrehscheibe im Ostseeraum nutzen, so wird dies nur realisierbar sein, wenn schnell und gezielt die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Wird es uns nicht gelingen, werden wir den wachsenden Verkehrsströmen nicht standhalten können, und die Verkehrsachsen werden sich jenseits unserer Landesgrenzen verfestigen.

Übrigens, wer sich einmal die Wachstumsprognosen vor Augen führt, kann ermessen, welche Bedeutung dem Verkehr der Zukunft zukommen wird. Nach der Trendprognose 1995/2000 nimmt der Personenverkehr auf Auto-

bahnen um 25 Prozent und auf Bundesstraßen um 18 Prozent zu. Noch dramatischer ist es beim Güterverkehr. Hier wird für die Autobahn ein Wachstum von 51 Prozent und für die Bundesstraßen ein Wachstum von 30 Prozent erwartet.

Diese Trends, insbesondere im Güterverkehr, begründen sich in der fortschreitenden Globalisierung des internationalen Wettbewerbs, der damit einhergehenden Arbeitsteilung und der notwendigen Spezialisierung der Unternehmen sowie einer geringeren Fertigungstiefe.

Notwendige Weichenstellungen sind also unumgänglich, schließlich gibt es auch im Verkehrsbereich Wettbewerber, egal ob es Schleswig-Holstein im Westen oder Polen im Osten ist. Teilt man nun noch die Auffassung, daß die kommende Förderperiode von 2000 bis 2006 voraussichtlich die letzte sein wird, in der Mecklenburg-Vorpommern so erheblich von EU-Fördermitteln profitieren wird, so ist durchaus einsehbar, daß der zeitliche Druck bei der Realisierung der Vorhaben nicht unerheblich ist.

Meine Damen und Herren! Unter all diesen Voraussetzungen ist es klar, daß insbesondere strategisch bedeutungsvolle Vorhaben wie die Rügenanbindung und die zweite Rügenquerung – die A 241 und die A 14 – und natürlich die möglichen Auswirkungen der FFH-Richtlinie auf Verkehrsvorhaben in Mecklenburg-Vorpommern unser besonderes Interesse erregen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel begründen: Es war und, ich hoffe, es ist auch noch der politische Wille, die Anbindung der Insel Rügen zu verbessern und möglichst zeitgleich mit der A 20 fertigzustellen. In diesem Zusammenhang ist es selbstverständlich wichtig zu wissen, wie der Stand der Planung der Landesregierung ist, ob und inwieweit bereits Gespräche zur Privatfinanzierung der Querung geführt wurden und inwieweit die Verhandlungen gediehen sind.

Die möglichst schnelle Fertigstellung dieser Projekte wird entscheiden, wie sich der Hafen Mukran entwickeln und welche Rolle er im Konzert der Ostseehäfen spielen wird. Schließlich sind all die angesprochenen Fragen auch deshalb interessant, weil wir unmittelbar vor der Beratung des aktuellen Landshaushaltes stehen und sich aus den erbetenen Informationen des Wirtschaftsministers natürlich wichtige Hinweise für die parlamentarischen Beratungen zum Haushalt ergeben können. – Vielen Dank.

(Beifall Jürgen Seidel, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Vierkant.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Professor Dr. Eggert.

**Minister Dr. Rolf Eggert:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer mit dem Verkehrsmittel im Lande unterwegs ist, sei es per Eisenbahn, sei es per Auto, wird feststellen, daß allenthalben Verkehrsbaustellen davon künden, es geht voran. Als Aussage in einem Satz verdichtet sage ich, die Landesregierung sorgt dafür, daß die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in unserem Lande gute Fortschritte macht.

(Gerd Böttger, PDS: Na, meistens gibt es einen Stau, und dann geht es nicht voran. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, das ist der Dialektiker, Herr Dr. Eggert.)

Sie wissen ja auch, daß da natürlich auch schon systematische Fehler dahinterstecken. Da sind wir gar nicht so weit auseinander, daß man die Verkehrsträger gleichmäßiger auslasten muß, das muß ja auch unsere Zielstellung für die Zukunft sein. Wegen des Verkehrsanstieges in den vergangenen Jahren und aufgrund des großen Nachholbedarfs – das ist ja auch klar – ist noch viel zu tun. Aber ich denke, wir haben schon viel erreicht und gerade in den letzten Monaten die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern können. Gleichwohl wünsche ich mir, daß wir den Ausbau der Verkehrswege noch mehr beschleunigen können. Nun möchte ich die einzelnen Fragen aus dem Antrag der CDU-Fraktion beantworten.

Die Frage Nummer eins bezieht sich auf die aktuelle Situation bei der Realisierung der Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ und Planung für die nächsten Jahre einschließlich der finanziellen Absicherung für die einzelnen Jahre. Das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit Nummer 1“ umfaßt die Strecke Lübeck–Rostock–Stralsund und den Abschnitt Hagenow-Land–Bad Kleinen. Es umfaßt die Anhebung der Streckenhöchstgeschwindigkeit auf 160 Kilometer je Stunde, die Elektrifizierung des Abschnittes Hagenow-Land–Schwerin sowie abschnittsweise zweigleisige Ausbauten. Der Bund und die Deutsche Bahn AG stufen das VDE-Projekt Nummer 1 von der Dringlichkeit her im Gegensatz zur Landesregierung aufgrund der offenbar schlechten betriebswirtschaftlichen Perspektive verhältnismäßig niedrig ein.

Das bezieht sich ausschließlich auf die alte Bundesregierung, denn dies findet Ausdruck im laufenden Fünfjahresplan der Schiene von 1998 bis 2002, gegen den das Land während der Aufstellung 1997 erfolglos protestiert hat. Bei Gesamtkosten von knapp 1,6 Milliarden DM sind bis Ende 1997 nur gut 500 Millionen DM verbaut worden. Damit sind bis Ende 2002 voraussichtlich erst 44 Prozent der geplanten Bausumme realisiert. Das ist die Realität. Das Land konnte hier gegenüber den Zeitvorstellungen der DB AG durch intensive Verhandlungen Terminverkürzungen erzielen.

Gegenwärtig sind von der Unterbau- und Oberbausanierung her folgende Streckenabschnitte fertiggestellt: Grevesmühlen–Bad Kleinen und Hagenow-Land–Schwerin, wobei im Abschnitt Schwerin-Görries–Schwerin-Hauptbahnhof noch Sanierungsarbeiten bis voraussichtlich 2000 durchgeführt werden.

Weiterhin wurden die Abschnitte Warnow–Schwaan und Ribnitz-Damgarten West–Stralsund fertiggestellt. Für das Jahr 2005 kann derzeit voraussichtlich von der kompletten Fertigstellung folgender Abschnitte ausgegangen werden: Lübeck–Bad Kleinen, eingleisig, nicht elektrifiziert, Holthusen–Bad Kleinen, Blankenberg–Rostock-Dalwitzhof, Rostock-Riekdahl–Stralsund.

Das Verkehrsprojekt VDE Nummer 2, die Eisenbahnstrecke Berlin–Hamburg, ist in Mecklenburg-Vorpommern zwischenzeitlich abgeschlossen.

Nun zur A 20, dem VDE-Projekt Nummer 10. Dazu kann ich folgendes sagen: Der Bau verläuft im vorgesehenen Zeitplan und Kostenrahmen, auch wenn da von CDU-

Bundestagsabgeordneten im Bundestag in der Haushaltsdebatte etwas anderes behauptet wird. Die bisherigen Fertigstellungstermine sind weiterhin gültig. Das impliziert auch die finanzielle Absicherung.

Der Terminplan sieht folgendermaßen aus:

- bis 2000 Schönberg B 104 – Autobahnkreuz Rostock A 19
- bis 2001 Teilabschnitte bei Grimmen und bei Jarmen
- bis 2002 Abschnitt zwischen der A 19 bis zur L 19 westlich Tribsees – Abschnitt nördlich von Neubrandenburg bis zur A 11
- bis 2003 Lückenschluß von Schönberg B 104 bis zur A 1 südlich Lübeck

Von der A 1 bis hin zur Wakenitz ist ja bereits mit dem Bau begonnen worden. Für die Wakenitzquerung, also die Brücke über die Wakenitz, läuft jetzt das Planfeststellungsverfahren an.

- bis 2005 Fertigstellung der A 20 auf der ganzen Länge von der A 1 bis zur A 11

Es gibt keinen Anlaß, den vorgesehenen Fertigstellungstermin 2005 für die gesamte Trasse und die Termine für die Einzelabschnitte in Frage zu stellen.

(Reinhard Dankert, SPD: Da fragt ja keiner.)

Zu Ihrer zweiten Frage nach dem Stand und dem geplanten Fortschritt bei der Realisierung der A 241 und dem geplanten Vorgehen der Landesregierung hinsichtlich der A 14: Auch für die A 241 gilt, der Bau verläuft in einem festen Zeitrahmen. Ich habe es heute vormittag schon kurz gesagt, im ersten Abschnitt zwischen B 321 und B 104 ist die Übergabe in 2000 vorgesehen. Der Abschnitt von der A 20 bis zur L 101, also vom Norden bis nach Jesendorf soll in 2004 fertiggestellt sein und der Lückenschluß im darauffolgenden Jahr.

Die Finanzierung soll unter anteiliger Verwendung von EFRE-Mitteln erfolgen. Die Verkehrsuntersuchung Nordost – auch die war ja heute morgen schon Gegenstand der Debatte – schlägt vor, die Autobahnen A 2 und A 24 durch eine Autobahn auf der Linie Magdeburg – Schwerin zu verbinden.

Davon abzweigend sollen leistungsfähige Bundesstraßen nach Wolfsburg, Lüneburg und Wittstock/Mirrow die Raumerschließung ergänzend verbessern. Von der x-Lösung ist nicht mehr die Rede. Der Westteil unseres Landes braucht nach Süden eine leistungsfähige Autobahnbindung. Ich halte, wie meine Kollegen in den Ländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg und übrigens auch der Bund, einmütig an diesem Konzept fest.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Damen und Herren! Zu drittens – Planungs- und Sachstand zur zweiten Rügenanbindung/Rügenquerung, insbesondere hinsichtlich der Privatfinanzierung der zweiten Rügenquerung und zur Karniner Brücke – möchte ich wie folgt antworten:

Die Fertigstellung der Rügenanbindung ist bis Ende 2005 vorgesehen. Im Raum Stralsund laufen derzeit die Bauarbeiten im Bereich südlich der Zufahrt zur Strelasundquerung. Die weiteren Abschnitte des Zubringers werden in Etappen fertiggestellt. Für die zweite Strelasundquerung ist der Einsatz privaten Kapitals eingeplant. Dieses soll

später durch Benutzungsgebühren refinanziert werden. Eine Mauterhebung ist hier selbstverständlich nur für die neue Strelasundquerung vorgesehen.

Mit der Inbetriebnahme der Eisenbahnanbindung über die Brücke Wolgast voraussichtlich ab Mai 2000 erhält die Insel Usedom wieder einen direkten Anschluß an das festländische Fernbahnnetz. Zeitraubende Umsteigevorgänge in Wolgast können dann entfallen. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß mit einer Wiedereinrichtung der seit 1945 unterbrochenen Bahnstrecke Ducherow – Heringsdorf über die Karniner Brücke die Verbindung von Berlin auf die Insel Usedom verkürzt würde, weist das ungünstige Kosten-Nutzen-Verhältnis diesem Vorhaben keine Priorität zu. Die DB AG zeigt wegen mangelnder Rentabilität dieser Strecke kein Interesse an einem Wiederaufbau.

Ich komme nun zum Planungs- und Sachstand zur B 96, Ihre Frage Nummer vier.

Ich meine, da müßte man sich natürlich mal fragen, woher, Herr Riemann, der ja vehement dafür eintritt, oder der Landrat dort in Vorpommern, denn das Geld kommen soll für den Aufbau dieser Brücke. Ich gehe davon aus, daß beim Punkt vier die Antragsteller den Teil der B 96 im Auge haben, der sich von der Landesgrenze mit Brandenburg bis in den Raum Neustrelitz erstreckt. Der weitere Verlauf der B 96 von Neustrelitz, Neubrandenburg, Altenreptow, Jarmen, Greifswald, Stralsund, Bergen, Saßnitz wird deshalb hier nicht betrachtet.

Eine spürbare Verbesserung ergibt sich durch die fertige Ortsumgehung Neustrelitz und die im Entwurf befindliche Ortsumgehung Altstrelitz. Der Ausbau der B 96 weiter nach Süden wird hinsichtlich Planung und Bauausführung forciert, falls sich die Verkehre auf der Bundesstraße aus dem angrenzenden Abschnitt in Brandenburg maßgeblich verstärken sollten.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Bedeutsam für den Ausbau auf dem Gebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind auch Art und Umfang der künftig auf der brandenburgischen Seite vorgenommenen Ausbaumaßnahmen.

Zu fünftens, geplante Realisierung von Ortsumgehungen in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Bundesverkehrswegeplan 1992 sind für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 45 Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen enthalten. Insbesondere aus finanziellen Gründen sind jedoch nicht alle diese Ortsumgehungen im vorgesehenen Zeithorizont bis 2012 realisierbar. Daß der Bundesverkehrswegeplan von Anbeginn mehr notwendige Projekte enthielt, als der Bund finanzieren konnte und künftig kann, brauche ich, glaube ich, hier nicht zu erläutern. Der Bundesverkehrswegeplan wird derzeit überarbeitet. Mit einem neuen Plan ist aber kurzfristig nicht zu rechnen. Die Überarbeitung hat zum Ziel, daß alle dort enthaltenen Vorhaben auch ausfinanziert sind. Und Sie haben alle die Zahlen gehört, der jetzt bestehende ist mit 80 Milliarden DM unterfinanziert.

Lassen Sie mich die Ergebnisse der Umsetzung des laufenden Planes bei den Ortsumgehungen kurz skizzieren. Sieben Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen sind zur Zeit fertiggestellt. Dazu zählen die aufwendige Südumgehung Schwerins, die 74 Millionen DM verschlungen hat, oder die B 5, Ortsumgehung Boizenburg mit 37 Millionen DM Gesamtkosten. Acht Ortsumge-

hungen im Zuge von Bundesstraßen sind zur Zeit im Bau, zum Beispiel Anklam, Stralsund und Jarmen. Fünf Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen befinden sich in der Entwurfsplanung, wie Pampow, Neubrandenburg und Crivitz. Acht Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen befinden sich zur Zeit in der Linienplanung, deren Finanzierung derzeit nicht absehbar ist. Beispiele sind Wolgast und Waren/Westabschnitt sowie Ribnitz-Damgarten, das sich derzeit im Linienbestimmungsverfahren beim Bundesverkehrsministerium befindet. Für die Ortsumgehung Wolgast ist ebenfalls beabsichtigt, zur Stärkung der Finanzierung EFRE-Mittel einzusetzen.

Nicht nur im Netz der Bundesstraßen benötigen wir Ortsumgehungen. In den vergangenen Jahren sind auch im Landesstraßennetz, also aus Mitteln des Landes finanziert, drei Ortsumgehungen – Grevesmühlen, Nordumgehung Malchow und Ueckermünde – für insgesamt 34 Millionen DM fertiggestellt worden. In Planung befinden sich unter anderem folgende Maßnahmen: die L 4 und die L 5, Ortsumgehung Wittenburg, für 9 Millionen DM. Der Bau des ersten Bauabschnittes, der Westabschnitt, soll ab Ende 2000 erfolgen, der zweite Bauabschnitt ist haushaltsmäßig noch nicht abgesichert. Für die L 9, Nordumfahrung Parchim, gibt es zur Zeit noch keine haushaltsmäßige Absicherung für die erforderlichen 6 Millionen DM.

Zu sechstens, Situation und Bedarfsentwicklung im SPNV des Landes.

Seitdem das Land für den Schienenpersonennahverkehr die Verantwortung trägt und die entsprechenden Verkehrsleistungen bestellt und auch bezahlt, sind die Zugleistungen um etwa elf Prozent gemehrt worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die gemehrten Zugleistungen haben in Verbindung mit einer Qualitätssteigerung bereits zu Fahrgastzuwächsen von etwa 30 Prozent geführt. Bisher wurden die Zugleistungen auf drei Teilnetzen ausgeschrieben, die insgesamt etwa 20 Prozent des gesamten Leistungsangebotes in Mecklenburg-Vorpommern umfassen. Im Ergebnis dieser Ausschreibung konnte eine Reduzierung der Zuschußleistungen des Landes auf den beiden bereits vergebenen Netzen um bis zu 15 Prozent erreicht werden. Die Strecke Rehna-Schwerin-Parchim wird künftig von den Stadtwerken Schwerin bedient. Über das Teilnetz Südmecklenburg soll noch in diesem Monat entschieden werden.

Bei der Entwicklung des Verkehrsangebotes, dessen Rahmen im gültigen ÖPNV-Landesplan formuliert ist, handelt es sich um einen Optimierungsprozeß. Zugleistungsmehrungen auf den Strecken mit entsprechenden Nachfragepotentialen steht die Minderung von Leistungen auf Strecken mit sehr geringer Nachfrage gegenüber. Ich habe das alles auch schon umfassend erklärt und erläutert, unter anderem im Wirtschaftsausschuß. Für die letzteren Strecken kann gegebenenfalls der flexiblere Bus die bessere Alternative sein. Auf der Grundlage gutachterlicher Untersuchungsergebnisse wird derzeit die Umstellung des Verkehrsangebotes auf Busbedienung für die Linien Zarrentin-Hagenow Land, Dömitz-Ludwigslust, Güstrow-Karow-Landesgrenze Brandenburg und Neustrelitz Süd-Feldberg diskutiert.

Das Land engagiert sich zur Steigerung der Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs auch bei der Infrastruktur und den Investitionen. Bereits jetzt sind folgende

Vorhaben umgesetzt oder befinden sich kurz vor der Realisierung: Musterstrecke Wismar-Bad Doberan-Rostock-Tessin, Eisenbahnanbindung der Insel Usedom über die Klappbrücke Wolgast und Streckensanierung des Inselnetzes, Fahrzeugförderungen auf der Stadtexpreßlinie Wismar-Ludwigslust-Wittenberge und für die Usedomer Bäderbahn.

Weitere vordringliche SPNV-Infrastrukturmaßnahmen sind im ÖPNV-Landesplan benannt. Hinzu kommen Fahrzeugfinanzierungsverträge mit der DB Regio für Elektrotriebzüge im Raum Rostock/Stralsund und den Stadtwerken Schwerin.

Im SPNV sollen kurzfristig folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Streckenbeschleunigung Schwerin-Görries-Parchim auf 80 bis 120 Kilometer pro Stunde voraussichtlich bis 2002, Streckenbeschleunigung Rövershagen-Graal-Müritz auf 80 Kilometer pro Stunde mit Elektrifizierung, erste Maßnahmen der Streckensanierung Züssow-Wolgast.

Meine Damen und Herren, die siebte Frage befaßt sich mit der Situation und den Vorhaben der Landesregierung im Bereich der Seehäfen und der Schnittstellen des kombinierten Verkehrs.

Die Hafenvirtschaft ist ein sehr wichtiges wirtschaftliches Standbein in unserem Land. Unsere Häfen müssen sich einem harten Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene stellen. Entscheidend für ihre Wettbewerbsfähigkeit sind leistungsfähige Hafeninfrastrukturanlagen, Hinterlandanbindungen und seewärtige Hafenzufahrten, die den Anforderungen der Hafen- und Schifffahrtskunden gerecht werden.

Im zehnten Jahr nach der Wende kann ich feststellen, daß die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die Häfen in Mecklenburg-Vorpommern mit maßgeblicher Unterstützung der Landesregierung erheblich verbessert wurden. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurden bislang Fördermittel in Höhe von rund 700 Millionen DM für Hafeninfrastrukturprojekte bewilligt. Im Ergebnis dessen entwickeln sich unsere Häfen immer mehr zu komplexen Dienstleistungszentren und Gewerbegebieten, in denen Produktions- und Veredelungsbetriebe optimale Rahmenbedingungen vorfinden.

Den derzeit vollzogenen und sich weiter vollziehenden Strukturwandel in den Häfen will ich vielleicht an zwei Beispielen deutlich machen.

Der Seehafen Wismar, der nach der Wende extrem starke Rückgänge bei der Verladung von Kali verkraften mußte, wird nach Abschluß des Umbaus der Massengutanlage in diesem Jahr über eine den heutigen Umweltafordernungen entsprechende und leistungsfähige Umschlaganlage für witterungsempfindliche und umweltsensible Massengüter verfügen. Darüber hinaus ist Wismar heute der Holzhafen Mecklenburg-Vorpommerns. Allein durch die Inbetriebnahme des Klausner Nordic Timber Sägewerkes, das 220 neue Arbeitsplätze geschaffen hat, werden jährlich eine Million Tonnen Rundholz im Seehafen Wismar angelandet. Weitere Industrieansiedlungen auf dem Haffeld sind in Vorbereitung.

Beispiel Nummer zwei ist der wachsende Fährverkehr über unsere Häfen, der erst durch die Schaffung modernster Fährterminals in Rostock und Saßnitz ermöglicht wurde. Die umgeschlagene Nettoladungsmenge im Fähr-

verkehr erhöhte sich von 1996 auf 1998 um 27 Prozent. Der Anteil des Fährverkehrs am Gesamtumschlag der Häfen in Mecklenburg-Vorpommern betrug damit im vergangenen Jahr bereits 33 Prozent. Im ersten Halbjahr 1999 stieg die beförderte Nettoladungsmenge im Vergleich zum ersten Halbjahr 1998 wieder um zehn Prozent. Ich weiß gar nicht, wer da von Abschwung reden kann. In einer Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr über die Entwicklungstendenzen der deutschen Seehäfen im Ostseeraum bis zum Jahre 2010 haben die Gutachter ein dynamisches Wachstum des Fähr- und RoRo-Verkehrs in Mecklenburg-Vorpommern auf rund 20 Millionen Tonnen im Jahr 2010 vorausgesagt.

Selbstverständlich besteht auch künftig das Erfordernis, die Hafeninfrastruktur zu modernisieren und permanent den sich ändernden Anforderungen der Hafen- und Schifffahrtskunden anzupassen. Die Landesregierung wird den bedarfsgerechten Ausbau der Hafeninfrastruktur deshalb weiterhin fördern.

In den vergangenen Jahren wurden auf Initiative des Landes und der jeweiligen Kommunen die seeseitigen Zufahrten zu den Häfen Wolgast, Rostock und Wismar durch den Bund und zum Hafen Ueckermünde-Berndshof durch das Land ausgebaut. Entsprechend der vom Bundesverkehrsministerium gegebenen Zusage wird voraussichtlich bis Ende 2000 der Ausbau der Ostansteuerung nach Stralsund fertiggestellt sein.

Die von mir dargelegte Entwicklung der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur spiegelt sich auch in der positiven Entwicklung des Seegüterumschlages über unsere Häfen, die in den einzelnen Häfen differenziert verläuft, wider. So erhöhte sich der Seegüterumschlag von 17,6 Millionen Tonnen in 1992 auf 23,6 Millionen Tonnen in 1997. Der Umschlagsrückgang im vergangenen Jahr war auf Umbau- und Sanierungsmaßnahmen von Hafenanlagen, rückläufige Baustoffimporte, aber auch auf die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise in Rußland und Asien zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 1999 konnte der Seegüterumschlag im Vergleich zum Vorjahr wieder um 9,3 Prozent erhöht werden. Und auch das Halbjahresergebnis von 1997 wurde überboten.

Die Probleme im Schienengüterverkehr und insbesondere im kombinierten Verkehr Straße/Schiene sind deutschlandweit offenkundig geworden. Das Beförderungsvolumen stagniert, der kombinierte Verkehr ist defizitär, die Schienenanbindung unserer Häfen hat sich im Hinblick auf die Bedienung durch die DB AG nicht verbessert. In dieser Angelegenheit stehe ich mit der DB Cargo in intensiven Verhandlungen. Auch die Verkehrsminister der Länder werden auf ihrer in Kürze anstehenden Konferenz über dieses Thema diskutieren.

Meine Damen und Herren, Hinterlandanbindungen sind das Rückgrat der Häfen. Die Leistungsfähigkeit ihrer Anbindungen bestimmt in entscheidendem Maße die Hafenwahl durch die verladende Wirtschaft. Die Landesregierung hat sich deshalb in der Vergangenheit aktiv für die Verbesserung der straßenseitigen Hinterlandanbindungen der Häfen eingesetzt und führt ihre diesbezüglichen Bemühungen uneingeschränkt fort. Von herausragender Bedeutung für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Hafenwirtschaft sind die schnellstmögliche und termingerechte Fertigstellung der A 20 einschließlich Rügenzubringer, inklusive zweiter Strelasundquerung und Ausbau der B 96 auf Rügen sowie des

Lückenschlusses der A 241 zwischen Schwerin und Wismar, wie bereits erwähnt.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Häfen ist auch eine direkte Anbindung an die Wirtschaftszentren im mittel- und süddeutschen Raum von besonderer Wichtigkeit. Und dafür wäre die Autobahn A 14 Schwerin–Magdeburg in Verlängerung der A 241 Schwerin–Wismar optimal. Da auch leistungsfähige und den nautischen Anforderungen der Schifffahrt gerecht werdende seewärtige Zufahrten über die Hafenwahl der Verloader und Reeder entscheiden, wurden beziehungsweise werden die Zufahrten zu den Häfen Rostock, Stralsund, Wismar, Wolgast und Ueckermünde-Berndshof ausgebaut.

Nun zu achtens, mögliche Auswirkungen der FFH-Richtlinie auf Verkehrsprojekte in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, ich verhehle nicht, daß die Anwendung der FFH-Richtlinie bei der Planung von Verkehrsprojekten zu Verfahrensverzögerungen führen kann. Nach der FFH-Richtlinie ist unter gewissen Bedingungen – zum Beispiel beim Vorhandensein prioritärer Arten – eine Stellungnahme der EU-Kommission einzuholen, wenn die Gefahr besteht, daß ein Verkehrsprojekt ein FFH-Gebiet erheblich beeinträchtigen könnte. Aufgrund der Erfahrungen mit Vogelschutzgebieten, die von geplanten Verkehrswegen berührt wurden, ist für das Einholen der Stellungnahme – ohne die Erstellung der dafür erforderlichen Planunterlagen – mit einem zusätzlichen Aufwand zu rechnen, Zeitaufwand wohl gemerkt. Auf Vogelschutzgebiete findet die FFH-Richtlinie nach geltendem Recht bereits jetzt Anwendung.

Bei der Ausweisung der FFH-Vorschlagsgebiete ist die Landesregierung bestrebt, daß die bekannten Gebiete so ausgewiesen und flächenmäßig abgegrenzt werden, daß die Konfliktpotentiale zwischen Verkehrsplanungen und Gebietsausweisungen möglichst abgebaut werden.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Durch entsprechende Berücksichtigung von Verkehrstrassen bei der Gebietsausweisung können zahlreiche potentielle Konflikte vermieden und gemildert werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

(Martin Brick, CDU:  
Jetzt kommt was zum Luftverkehr.)

**Peter Ritter,** PDS: Jetzt kommt nichts zum Luftverkehr. Keine Bange!

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Werte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, da Sie alle solche Verkehrsexperten sind, wie ich auch heute früh wieder erfahren mußte, und über ausreichende Erfahrungen verfügen, hätten Sie sich viele der gestellten Fragen zur aktuellen Situation sicher selbst beantworten können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zweitens, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen keinen neuen Bericht, sondern unter anderem einen neuen Bundesverkehrswegeplan.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und drittens halte ich den Antrag mit dem Redebeitrag des Ministers für erledigt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Umweltminister Herr Professor Methling.

**Minister Dr. Wolfgang Methling:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Kollege Eggert hat es schon angedeutet, die FFH-Richtlinie könnte in der Umsetzung – könnte, er hat im Konjunktiv gesprochen – Probleme oder Konfliktstoff schaffen bei der Realisierung der Verkehrsprojekte im Lande. Ich kann mitteilen – das hat sicherlich Herr Eggert dann noch nicht erfahren, aber ich habe mich heute früh informiert –, daß Ressortabstimmungen in den letzten Wochen und Monaten zunächst mit dem Arbeitsministerium beziehungsweise Bauministerium und in den letzten Tagen und Stunden mit dem Wirtschaftsministerium dazu geführt haben, daß solche Konflikte nicht existieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich bitte Sie, dieses als eine gesicherte Aussage des dafür zuständigen Ministers aufzufassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

**Jürgen Seidel,** CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Alles redet gegenwärtig vom Sparen als eine sicherlich notwendige Maßnahme von Zukunftssicherung. Wenn man sich allerdings dann die Auswirkungen des Sparens – das ist immer das Spannende –, anschaut,

(Reinhard Dankert, SPD: Dann hatten wir schon 16 spannende Jahre.)

so sind die Bürger und demzufolge auch die Politiker doch sehr schnell geteilter Meinung. Ich denke, man muß immer sagen, daß die Notwendigkeit des Sparens zugleich auch die Kraft der Prioritätensetzung voraussetzt. Und dabei würde ich zumindest der Entwicklung wirtschaftsnaher Infrastruktur eine sehr hohe Priorität einräumen, die Infrastruktur sozusagen ganz oben auf der Prioritätenliste ansiedeln. Nicht zu Unrecht werden die Verkehrswege als Blutbahnen eines wirtschaftlichen Organismus einer Gesellschaft angesehen. Und ich meine auch, daß gerade im Zeitalter voranschreitender Globalisierung der Stellenwert einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur wächst.

Und schaut man sich nun die Fakten im Bundeshaushalt an – und das ist eigentlich das Problem, Herr Minister Eggert –, so müssen zunächst einmal zumindest Zweifel kommen an einer richtigen Weichenstellung, um in der Sprache der Eisenbahn zu bleiben. Der Verkehrshaushalt des Bundes, konnte man nachlesen im „Handelsblatt“,

wies im Jahr 1997 Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre bei der Bahn von 27,6 Milliarden DM aus. Diese Zahl ändert sich in 2000 auf 6,14 Milliarden DM. Beim Bundesfernstraßenbau entwickeln sich die VEs, also das, was in die Zukunft hineingeht, von 1997 gleich 10,6 Milliarden DM auf VE 2000 gleich 7,5 Milliarden DM.

Und nun kann einer sagen, die Zahlen sind ja ständig im Fluß. Das ist wohl richtig, die Haushaltsdiskussion läuft ja jetzt auch. Aber spätestens nach dem Bekanntwerden des beabsichtigten Einstellens des Baus der ICE-Strecke in Thüringen wird wohl doch nun niemand mehr glauben, daß es Kürzungen nicht gäbe und daß diese Kürzungen vielleicht auch – das haben wir ja mal gehört – den Osten nicht betreffen würden. Das hat mal der Herr Schwanitz in einer Veranstaltung, wo ich das Glück hatte, daran teilnehmen zu können, lauthals verkündet. Das glaubt doch wohl nun inzwischen keiner mehr. Insofern, meine Damen und Herren – und das werden Sie ja wohl einer Opposition dann auch nicht übelnehmen können –, muß eben befürchtet werden, daß es ganz entscheidende Wettbewerbsnachteile für die ohnehin noch schwächere Wirtschaft im Osten Deutschlands geben wird, die sozusagen dann ja auch zementiert würden.

Und so sehr ich das verstehen kann, ich würde wahrscheinlich ähnlich agieren wie der Wirtschaftsminister, der sehr mutig allen Befürchtungen, was die A 20 betrifft, insbesondere im Bereich Vorpommern, entgegentritt, so sehr muß man dann auch die Opposition verstehen, wenn Sie heute zum Beispiel in der „Berliner Zeitung“ lesen: „So muß der Bau der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zeitlich vermutlich erheblich gestreckt werden.“ Und das ist nicht die böse CDU, die das schreibt,

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Was ist denn bisher passiert? Sie haben doch nur gestreckt. Sie haben doch nur gestreckt, Herr Seidel.)

das ist einfach die Situation, wie wir sie vorfinden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Claus Gerloff, SPD: 30 Prozent haben wir bisher. Sie sollte doch schon längst fertig sein.)

Ja, das ist doch in Ordnung, Herr Gerloff. Das heißt doch überhaupt nicht – dafür haben Sie ja genug kritisiert, und das ist ja auch voll zu akzeptieren –, daß wir jetzt ruhig sind und damit einverstanden sind, daß vielleicht doch Verzögerungen auftreten. Oder wenn Sie das jetzt so sagen, Herr Gerloff, dann haben Sie ja vielleicht ein besseres Wissen als wir. Kommt es denn zu solchen Verzögerungen? Dann sagen Sie es doch bitte! Der Minister hat gerade gesagt, das ist nicht so.

(Minister Dr. Rolf Eggert: A 20, habe ich gesagt.)

Ja, von der A 20 habe ich eben auch geredet, Herr Minister.

Also insofern – ich habe ja nur mal zitiert, was in der „Berliner Zeitung“ steht – bitte ich schon mal zu verstehen, daß man sich Sorgen macht. Und es muß gefragt werden: Wie wird sich die notwendige Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in dieser Situation der Sparbemühungen des Bundes komplex in den nächsten Jahren gestalten?

Jetzt hören wir ja auch, Herr Gerloff, daß im Haushalt des Bundesverkehrsministers eine globale Minderausgabe von 3,5 Milliarden DM enthalten ist. Wer weiß denn heute, wie die sich auswirken wird? Und insofern finde ich

das ganz toll, daß jetzt hier ein Bericht gegeben wird. Den Versuch, den kann ich ja auch nachvollziehen, alles okay, nur, das ist natürlich Makulatur, weil sich eben in den nächsten Wochen dort was ändern kann, und das wissen Sie so wie wir. Und deswegen möchten wir wissen, wie sich die Dinge entwickeln. Wir haben natürlich nicht die Möglichkeiten, so schnell Informationen zu erhalten, wie Sie sie jetzt bekommen. Wir möchten aber wissen, wie sich die Dinge entwickeln werden. Und ich glaube, es ist wichtig für dieses Parlament, dies zu wissen, damit man dann auch was dagegen tun kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heike Lorenz, PDS: Und was sollen wir tun?)

Meine Damen und Herren, wir meinen, daß das Parlament wirklich ein Recht darauf hat, Kenntnis über die Auswirkungen von Sparmaßnahmen des Bundes zu erhalten, weil man erst damit beurteilen kann, ob die Bundesregierung wirklich Zukunftssicherung betreibt, wie sie das Programm ja überschreibt, oder ob Standortnachteile des Ostens auf Jahre hin festgeschrieben werden.

Meine Damen und Herren, pikant wird die ganze Angelegenheit natürlich dann, wenn die Bemühungen des Umwelt- und des Bauministers dieses Landes nun offensichtlich nicht zu 121, sondern zu 139 FFH-Gebieten führen – und jetzt bin ich ja dankbar, daß der Wirtschaftsminister das heute mal gesagt hat –, was natürlich zu Zeitverschiebungen, zu Verzögerungen führen wird. Und jeder weiß – das ist nun mal das Einmaleins solcher Planungen –, daß Zeit in dem Fall ganz klar Geld kostet. Insofern ist dort mit Kostenerhöhungen zu rechnen. Da bin ich Ihnen dankbar, Herr Minister, daß Sie das mal laut gesagt haben.

Herr Professor Methling, da haben Sie mit Ihrer Aussage auch keine Klärung erreichen können. Das ist einfach so. Und jetzt verweise ich wieder nicht auf die böse CDU, sondern ich verweise auf das berühmte Gutachten vom Planungsbüro Froelich und Sporbeck, wo das ja auch ganz klar gesagt ist, was jeder Mensch im Lande nachvollziehen kann,

(Caterina Muth, PDS: Das hat auf den ersten Vorschlägen des Umweltministeriums basiert und nicht auf den aktuellen. Das wissen Sie ganz genau.)

nur wohl Vertreter dieser Landesregierung nicht.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Also, wir möchten darum bitten, daß wir in einer angemessenen Frist,

(Caterina Muth, PDS: Ach, und woher wissen Sie dann das? Das ist aber interessant.)

und darüber können wir uns ja dann einigen,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

daß wir in einer angemessenen Frist ...

Na, Zeitung lesen können wir zumindest noch, Herr Ritter.

(Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS – Peter Ritter, PDS: Ich denke, Sie haben das Gutachten gelesen.)

Zeitung lesen können wir noch.

(Peter Ritter, PDS: Haben Sie das aus dem Gutachten oder aus der Zeitung?)

Und in der Zeitung sind Teile – wenn Sie das nicht lesen, tut mir das leid – dieses Gutachtens veröffentlicht worden.

(Caterina Muth, PDS: Oh, Herr Seidel! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Also insofern weiß man schon, was da drin steht.

Wir bitten also darum, daß dieser Bericht in einer angemessenen Frist im Wissen um die Entwicklung des Haushaltes 2000 des Bundes gegeben wird, denn erst dann kann man hier verantwortungsbewußt klipp und klar sagen, es wird keine Verschiebung und Verzögerung geben. Wer das heute sagt, begibt sich auf sehr glattes Eis. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Seidel.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Professor Eggert.

**Minister Dr. Rolf Eggert:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ja von diesem Pult aus nicht gesagt, daß es zu keinen zeitlichen Verzögerungen kommt. Wenn Sie meine Rede so interpretieren, dann ist das einfach falsch, Herr Seidel. Ich habe ganz klar gesagt, daß es zum Beispiel beim Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 1 natürlich zeitliche Verzögerungen geben wird. Sie sind ja schon da, und sie werden sich auch fortsetzen. Ich habe die realistische Umsetzung hier dargestellt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Und das hat natürlich zur Folge, daß es dort zeitliche Verzögerungen gibt, denn wenn man sich die gesamte Fertigstellung der Strecke ansieht, dann ist sie ja noch gar nicht gesichert in dem Zeitraum, den ich Ihnen geschildert habe.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Nun sage ich Ihnen noch mal was zu der Finanzierung. Ich kann hier nur das wiedergeben, was uns der Bundesverkehrsminister direkt gesagt hat und wozu er steht. Nichts anderes habe ich Ihnen hier heute geschildert. Natürlich sind wir jetzt dabei, den Investitionsplan, den konkreten bis 2001, mit dem Bundesverkehrsministerium durchzusprechen. Und da haben wir unsere Prioritäten, und die habe ich Ihnen heute auch geschildert. Davon können Sie ausgehen, daß wir die auch mit aller Macht durchsetzen.

Und einen dritten Punkt. Nun stehen Sie doch auch mal zu der Verantwortung, daß man in den vergangenen 16 Jahren einen vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan formuliert hat, der mit 80 Milliarden DM unterfinanziert war!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Caterina Muth, PDS: Das ist es!)

Das können Sie doch nun nicht der heutigen Landesregierung und Bundesregierung unterschieben.

Und wenn wir dann in Anbetracht dieser Schwierigkeiten bereit sind – alle neuen Länder im übrigen, einschließlich Sachsen und Thüringen –, dann 1,9 Milliarden DM EFRE-Mittel für die nächsten sieben Jahre zur Beschleunigung und Durchfinanzierung aufzubringen, dann, denke ich mal, ist das doch ein gutes Zeichen der Landesregierung und auch der Bundesregierung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Heidemarie Beyer, SPD: Richtig!)

daß wir die Dinge ernst nehmen und Ihnen hier in keiner Weise etwas vormachen wollen. Und deshalb lassen Sie doch diese Verunsicherungsdebatten, die Sie jetzt führen! Das geht doch nicht lange gut. Das können Sie eine Zeitlang machen, aber irgendwann glaubt Ihnen das doch keiner mehr, meine Damen und Herren. Hören Sie doch damit auf! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Wirtschaftsminister.

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Herrn Gerloff von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Gerloff.

**Claus Gerloff, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Als ich 1990 begonnen habe, mich um die verkehrspolitische Entwicklung dieses Landes zu kümmern, haben wir sehr befriedigt festgestellt, daß wir ausreichende Eisenbahntrassen in diesem Land hatten, die auch ganz erstaunliche Leistungen bis zu dem Zeitraum erbracht haben. Wir haben damals die Vorstellung gehabt, daß wir diese Eisenbahntrassen in relativ kurzer Zeit so ertüchtigen könnten, daß sie dann auch den Standard der Bundesrepublik Deutschland haben würden.

Wir haben schon wenig Verständnis dafür gehabt, daß hinsichtlich der Modernisierung der Eisenbahnstrecken im Grunde nur ein Vorhaben in den Bundesverkehrswegeplan gekommen ist, nämlich das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 1 – wir haben hier mehrfach darüber diskutiert –, aber nicht die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Fahrgeschwindigkeit der bisher hauptsächlich frequentierten, aber auch heute nach wie vor benötigten Nord-Süd-Verbindungen Berlin–Rostock, Schwerin–Magdeburg, Rügen–Stralsund–Berlin. Dafür allein das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit. Aber weil es ja nun mal eine vorhandene Trasse war, die im Grunde nach dem jahrelangen Verschlampern nur wieder instand gesetzt werden mußte, hätte das normalerweise wirklich schnell passieren können. Bis 1998 wäre das durchaus realistisch zu machen, aber aus finanziellen und auch verkehrspolitisch andersartigen Überlegungen geriet dieses Vorhaben immer weiter ins Hintertreffen. Und wir haben ja heute feststellen müssen – nun, das wissen wir ja nicht erst seit heute –, keine Fertigstellung, sondern nur 30 Prozent Abarbeitungsstand, dabei aber noch laufend Abstriche am Ausbaustand dieser Strecke, nicht durchgehend zweigleisig, nicht überall elektrifiziert. Das sind also schon Enttäuschungen für einen Verkehrspolitiker, die ich in den zurückliegenden acht Jahren zur Kenntnis nehmen mußte.

Wir haben natürlich auch als Verkehrspolitiker dieses Landes dazulernen müssen. Wir haben einfach auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Leistungsanteile der Verkehrsträger völlig entgegengesetzt in der Bundesrepublik und auch im westlichen Europa sind zu den Leistungsanteilen, wie wir sie gekannt haben: nicht 80 Prozent auf der Schiene, sondern 67 Prozent Güterverkehr auf der Straße, nur 16 Prozent noch auf der Schiene – ich behaupte einfach, in unserem Land sieht es noch viel schlimmer zum Nachteil der Bahn aus –, beim Personenverkehr 81,7 Prozent auf der Straße, sieben Prozent noch bei der Eisenbahn.

Das ist die verkehrspolitische Realität, und insofern hat man schlechte Argumente, jetzt zu fordern, daß bei uns im Land mit riesigen Summen Eisenbahninfrastruktur vorrangig zu ertüchtigen ist, wenn dafür aber nicht das Aufkommen da ist. Denn allein mit dem Ausbau dieser Trassen ist noch lange nicht das entsprechende Verkehrsaufkommen bereit, auf diese Trassen zu gehen. Das müssen wir bedenken. Aber ich wollte es hier doch einmal gesagt haben, da nach der Verkehrsdebatte von heute früh sonst der schnelle Eindruck entstehen könnte, ich wäre allein ein Autobahnfetischist. Das ist mitnichten so.

(Siegfried Friese, SPD:

Na ja, da muß man noch drüber reden. –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Beim Straßenausbau mußten wir etwas ganz anderes feststellen. Als wir 1989/90 Bilanz gezogen haben, haben wir festgestellt, wir haben im Grunde nur eine leistungsfähige Straßenverbindung Nord-Süd, die A 19, Rostock–Berlin, in unserem Land gehabt. Daß wir vordringlich eine entsprechende Ost-West-Verbindung brauchen würden, das lag auf der Hand. Es gab damals noch weitere Vorstellungen, die wir heute auf einem anderen Weg dann doch erreichen werden, nämlich nicht nur in der Mitte unseres Landes leistungsfähige Hinterlandverbindungen für die Häfen zu bauen, sondern auch in der östlichen Randlage in Vorpommern und im westlichen Bereich unseres Landes jetzt die A 241 und die A 14.

Mit dem Schwerpunkt A 20 in unserem Land haben wir aber auch weiterhin die Vorstellung gehabt, das übrige Straßennetz nicht zu vernachlässigen, sondern es im Grunde zu befreien von der Überbeanspruchung und Überlastung, es damit in seinem Bestand erhalten zu können mit der landschaftsangepaßten Trassierung, mit den Allees und Verkehren, die über große Entfernungen auf der Straße nicht nur innerhalb unseres Landes sich fortbewegen wollen, sondern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus weiter nach Osten, auf die Schwerpunktrasse A 20 zu konzentrieren.

Diese Entlastung des vorhandenen Straßennetzes ist nicht nur für den regionalen Verkehrsfluß von großer Bedeutung, sondern darüber hinaus auch wichtig für eine Reduzierung der verheerenden Unfallentwicklung. Auf Autobahnen passieren nun mal deutlich weniger Unfälle, und unseren Spitzenplatz in der Unfallstatistik unter allen deutschen Bundesländern, den wollen wir ja nun nicht unbedingt behalten. Ich erwarte also dann, wenn wir diese Verkehrsverlagerung auf die A 20 haben, auch zunehmend eine Entlastung der schrecklichen Unfall-situation.

Noch mal zur Relation in West-Ost-Richtung. Eigentlich haben wir ja damit bewirkt, auch gewollt, eine gewisse Parallelführung Schiene/Autobahn A 20, aber mit der Zielsetzung, die Schiene sehr schnell fertig zu haben und schon anbieten zu können, weil man natürlich gewußt hat damals, daß man eine Autobahn nicht in zehn Jahren würde bauen können. Wir hätten aber dann das Angebot auf der Schiene gehabt, zumindest für die Verkehren, die bisher auch auf der Schiene zu den Häfen und von den Häfen ins Land gelaufen sind. Wir hätten sicherlich eine bessere Option gehabt bei einer schnelleren Fertigstellung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nummer 1.

Ich habe heute morgen davon gesprochen, daß der Bundesverkehrswegeplan einen Geburtsfehler hat, daß er im Grunde eine Liste aller Notwendigkeiten ausweist, aber

nicht eine Liste des Machbaren. Insofern stimme ich Herrn Ritter zu: Wir brauchen einen neuen Bundesverkehrswegeplan, wir müssen Bilanz ziehen auf dem Gebiet. Wir müssen offen und ehrlich sagen, wenn 90 Milliarden DM finanzielle Absicherung fehlen, dann können wir den Bundesverkehrswegeplan bis 2012 nicht abarbeiten. Da müssen wir also offen und ehrlich zugeben, wir werden in dem Zeitraum nicht die 45 Ortsumgehungen realisieren können. Wir haben sieben fertig, acht sind im Bau. Wir müssen den Menschen klipp und klar sagen, wann sie mit ihrer Ortsumgehung rechnen können.

Der Minister sprach von der günstigen Entwicklung der Fährverkehre in unserem Land. Wir haben hier ausführliche See- und Hafendiskussionen geführt. Ich möchte das nur unterstreichen. Nicht zufrieden bin ich damit, wenn hier von neuen und modernen Fährterminals die Rede ist. Ich will es einmal überspitzt einfach so sagen, wir haben Anlegestellen geschaffen. Von Terminals möchte ich überhaupt noch nicht reden. Wenn ich an Terminals denke, dann denke ich immer an so etwas ähnliches wie wir es in Hamburg-Fuhlsbüttel oder Frankfurt/Main auf den Flughäfen haben.

(Reinhard Dankert, SPD: Oder in Tallin.)

Ich komme nicht gern als Passagier ohne Auto unterm Hintern in Rostock mit der Fähre an,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Dr. Manfred Reißmann, SPD – Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

dann sieht es nämlich böse aus, zumindest wenn es regnet. Also da müssen wir unbedingt was machen. Wir müssen dort die Abfertigungsanlagen gerade für zu Fuß gehende Passagiere nachrüsten. Wir müssen dort mehr Service bieten, sonst werden sich die Gäste unseres Landes, die wir hier immer herzlich willkommen heißen, das so, wie es jetzt aussieht, nicht allzulange bieten lassen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank. Herr Abgeordneter Gerloff, gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Klostermann? (Zustimmung)

Bitte sehr, Herr Dr. Klostermann.

**Dr. Henning Klostermann,** SPD: Danke, Frau Präsidentin.

Da der Abgeordnete Gerloff mir heute schon einmal nicht antworten konnte auf eine Frage, da mir die Frage verweigert wurde, stelle ich sie jetzt: Herr Gerloff, die künftige Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur soll ja auch eine hohe Flexibilität der Verkehrsmittel und der Fahrzeugtypen haben. Was halten Sie in diesem Zusammenhang von dem blauen Doppelstockbus?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Claus Gerloff,** SPD: Der blaue? Ich meine, man hat ja jetzt die Farbenvielfalt bei der Werbung entdeckt, im Stromgeschäft und so. Aber der blaue Bus, da erinnere ich mich an ein Kinderbüchlein vom blauen Omnibus,

(Annegrit Koburger, PDS:  
Ja, das ist sehr hübsch, ne?)

eine tolle Sache, das haben meine Jungs gern gelesen.

(Annegrit Koburger, PDS:  
Ich hab' das auch gern gelesen.)

Aber im Verkehrsbereich blaue Omnibusse oder Omnibusse in unseren Landesfarben und so, das wäre noch was ganz Spezielles. Da bin ich sehr dafür. Ich meine, die Bahn fährt ja immer noch in Doppelstocktraktion auf der Schiene. Doppelstockzüge, Doppelstockbusse auf der Schiene kommen groß in Mode. Bei den Bussen gefällt mir diese Doppelstocktraktion am besten dann, wenn ich oben bequem sitzen, essen und trinken und mir das Land anschauen kann, und dann, wenn ich müde bin, mich aber unten hinlegen kann.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Das wäre vielleicht die Ausbauvariante.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Dr. Henning Klostermann,** SPD: Danke schön.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Gerloff.

Haben wir heute im Laufe des Tages gelernt, wie man Doppelstockbus trennt, so haben wir jetzt auch noch mehr Eigenheiten dieses Verkehrsmittels kennengelernt. Vielen Dank dafür.

Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist durch den Abgeordneten Ritter beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/676 durch den im Laufe der Debatte abgegebenen Bericht des Ministers für erledigt zu erklären. Die Antragsteller haben jedoch beantragt, daß über den Antrag in der Sache abzustimmen ist. Da dies der weitergehendere Antrag ist, lasse ich jetzt also über diesen Antrag in der Sache abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/676 gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen der PDS und SPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt alle zusammen die Möglichkeit, den eben gehörten Bericht in der Praxis zu testen, wir sind nämlich am Schluß der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 17. September 1999, um 8.00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen ein staufreies Nachhausekommen und vor allem unfallfrei. – Vielen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 17.11 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Till Backhaus, Dr. Hubert Gehring und Volker Schlotmann.